



# Landtag von Baden-Württemberg

11. Sitzung

12. Wahlperiode

Stuttgart, Donnerstag, 17. Oktober 1996 • Haus des Landtags

Beginn: 9.36 Uhr

Schluß: 17.44 Uhr

## INHALT

Eröffnung – Mitteilungen des Präsidenten . . . . .	471	3. a) Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP/DVP und Stellungnahme des Wirtschaftsministeriums – <b>Lehrstellenversorgung in Baden-Württemberg</b> – Drucksache 12/3	
1. Aktuelle Debatte – <b>Auswirkungen der Auseinandersetzungen über die Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall auf den Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg</b> – beantragt von der Fraktion der SPD . . . . .	471	b) Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Wirtschaftsministeriums – <b>Zukunftschancen junger Menschen in Ausbildung und Beruf</b> – Drucksache 12/13 . . . . .	495
Abg. Maurer SPD . . . . .	471, 479	Antrag Drucksache 12/532	
Abg. Kurz CDU . . . . .	472	Abg. Bloemecke CDU . . . . .	496
Abg. Sabine Schlager Bündnis 90/Die Grünen	473, 482	Abg. Nagel SPD . . . . .	497, 504
Abg. Pfister FDP/DVP . . . . .	474	Abg. Renate Thon Bündnis 90/Die Grünen . . . . .	499
Abg. Krisch REP . . . . .	476, 484	Abg. Hofer FDP/DVP . . . . .	501
Minister Dr. Döring . . . . .	477, 484	Abg. Rapp REP . . . . .	503
Abg. Oettinger CDU . . . . .	480	Staatssekretär Dr. Mehrländer . . . . .	504
Abg. Dr. Noll FDP/DVP . . . . .	482	Beschluß . . . . .	505
2. Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Stellungnahme des Ministeriums für Umwelt und Verkehr – <b>Projekt Stuttgart 21 – Durchführung eines vergleichenden Raumordnungsverfahrens</b> – Drucksache 12/109 . . . . .	485	4. a) <b>Wahl eines Mitglieds des Staatsgerichtshofs und des stellvertretenden Präsidenten des Staatsgerichtshofs</b> . . . . .	505, 519
Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen . . . . .	485, 491	b) <b>Wahl der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder der Verwaltungsräte des Badischen Staatstheaters Karlsruhe, der Württembergischen Staatstheater Stuttgart und des Landestheaters Württemberg-Hohenzollern Tübingen</b> . . . . .	506, 519
Abg. Dr. Inge Gräßle CDU . . . . .	487, 495	Abg. Kretschmann Bündnis 90/Die Grünen (zur Geschäftsordnung) . . . . .	507
Abg. Brechtken SPD . . . . .	487		
Abg. Hofer FDP/DVP . . . . .	489		
Abg. Eigenthaler REP . . . . .	490		
Minister Schaufler . . . . .	493		
Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen (zur Geschäftsordnung) . . . . .	495		
Beschluß . . . . .	495		

- c) **Wahl der Mitglieder des Medienrats der Landesanstalt für Kommunikation** . . . . . 507, 520
- d) **Herstellung des Einvernehmens zur Berufung von sieben sachverständigen Persönlichkeiten in das Kuratorium der Landeszentrale für politische Bildung** . . . . . 507
5. Fragestunde – **Drucksache 12/507**
- 5.1 Mündliche Anfrage des Abg. Arnold Tölg CDU – **Physiotherapieschule Bad Wildbad** . . 508
- Abg. Tölg CDU . . . . . 508
- Staatssekretärin Johanna Lichy . . . . . 508
- 5.2 Mündliche Anfrage des Abg. Ulrich Deuschle REP – **Verbilligte Darlehen der Landeskreditbank** . . . . . 508
- Abg. Deuschle REP . . . . . 508, 509
- Staatssekretär Dr. Mehrländer . . . . . 509
- 5.3 Mündliche Anfrage des Abg. Johannes Buchter Bündnis 90/Die Grünen – **Rechtsschutz beim Vollzug von Abschiebungen** . . . . . 509
- Abg. Buchter Bündnis 90/Die Grünen . . 509, 510
- Minister Dr. Schäuble . . . . . 509, 510, 511
- Abg. Renate Thon Bündnis 90/Die Grünen . . 510
- Abg. Birgit Kipfer SPD . . . . . 510, 511
- Abg. Hackl Bündnis 90/Die Grünen . . . . . 511
- Abg. Dr. Hildebrandt Bündnis 90/Die Grünen 511
- 5.4 Mündliche Anfrage des Abg. Wolfgang Beber SPD – **Bestellung des neuen Landesdatenschutzbeauftragten** . . . . . 511
- Abg. Beber SPD . . . . . 511, 512
- Minister Dr. Schäuble . . . . . 511, 512
6. Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – **Gesetz zu dem Staatsvertrag zwischen dem Land Baden-Württemberg und dem Land Nordrhein-Westfalen über die Zugehörigkeit der Wirtschaftsprüfer und der vereidigten Buchprüfer des Landes Baden-Württemberg zum Versorgungswerk der Wirtschaftsprüfer und der vereidigten Buchprüfer im Land Nordrhein-Westfalen** – Drucksache 12/454 . . . . . 512
- Beschluß . . . . . 512
7. Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – **Gesetz zur Änderung des Eingliederungsgesetzes** – Drucksache 12/201
- Beschlußempfehlung und Bericht des Innenausschusses – Drucksache 12/424 . . . . . 512
- Beschluß . . . . . 512
8. a) Antrag der Fraktion Die Republikaner und Stellungnahme des Wirtschaftsministeriums – **Stabilitätspakt für Europa** – Drucksache 12/11
- b) Antrag der Fraktion Die Republikaner und Stellungnahme des Wirtschaftsministeriums – **Geldpolitik in der Währungsunion** – Drucksache 12/20 . . . . . 512
- Abg. Krisch REP . . . . . 512, 517
- Abg. Stratthaus CDU . . . . . 513
- Abg. Wettstein SPD . . . . . 514
- Abg. Dr. Hildebrandt Bündnis 90/Die Grünen . 515
- Abg. Dr. Freudenberg FDP/DVP . . . . . 517
- Staatssekretär Dr. Mehrländer . . . . . 518
- Beschluß . . . . . 519
9. Aktuelle Debatte – **Aufbau eines Pensionsfonds für Landesbeamte in Baden-Württemberg** – beantragt von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen . . . 520
- Abg. Hackl Bündnis 90/Die Grünen . . . . . 520
- Abg. Herrmann CDU . . . . . 521, 529
- Abg. Moser SPD . . . . . 522, 530
- Abg. Kluck FDP/DVP . . . . . 523, 531
- Abg. König REP . . . . . 524, 531
- Staatssekretär Rückert . . . . . 526
- Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen . . . . . 528
10. Beschlußempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu der Mitteilung des Rechnungshofs vom 15. November 1995 – **Vergabepaxis im Staatlichen Hochbau** – Drucksachen 11/6762, 12/142 . . . . . 531
- Beschluß . . . . . 532
11. Beschlußempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu der Mitteilung des Rechnungshofs vom 18. April 1996 – **Organisation und Wirtschaftlichkeit der Gebäudereinigung** – Drucksachen 11/7189, 12/143 . . . . . 532
- Beschluß . . . . . 532
12. Beschlußempfehlungen und Berichte des Petitionsausschusses zu verschiedenen Eingaben – Drucksachen 12/480, 12/481, 12/482, 12/483, 12/484, 12/485, 12/486, 12/487 . . . . . 532
- Beschluß . . . . . 532
13. Beschlußempfehlungen und Berichte der Fachausschüsse zu Anträgen von Fraktionen und von Abgeordneten – Drucksache 12/468 . . . . . 532
- Beschluß . . . . . 532
14. Beschlußempfehlung und Bericht des Wirtschaftsausschusses zu der Mitteilung der Landesregierung vom 8. August 1996 – **Bericht der Landesregierung von Baden-Württemberg über entwicklungspolitische Maßnahmen im Zeitraum von 1993 bis 1994** – Drucksachen 12/298, 12/428 . . . . . 532
- Abg. Wieser CDU . . . . . 532
- Abg. Schmiedel SPD . . . . . 533
- Abg. Buchter Bündnis 90/Die Grünen . . . . . 534

Abg. Dr. Glück FDP/DVP .....	535	17. Abgeordnetenbriefe .....	541
Abg. Deuschle REP .....	536		
Minister Dr. Döring .....	537	Nächste Sitzung .....	541
Beschluß .....	540		
15. Beschlußempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu der Mitteilung der Landesregierung vom 25. September 1996 – <b>Unterrichtung des Landtags in EU-Angelegenheiten; Mitteilung der Kommission der Europäischen Gemeinschaften: „Ein gemeinsames Mehrwertsteuersystem – ein Programm für den Binnenmarkt“</b> – Drucksachen 12/461, 12/510 .....	540	Anlage 1	
Beschluß .....	540	Wahlvorschlag der Fraktion der CDU, der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen – Wahl der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder der Verwaltungsräte des Badischen Staatstheaters Karlsruhe, der Württembergischen Staatstheater Stuttgart und des Landestheaters Württemberg-Hohenzollern Tübingen .....	542
Abg. Moser SPD (zur Abstimmung) .....	540	Anlage 2	
Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen (zur Abstimmung) .....	541	Wahlvorschlag der Fraktion Die Republikaner – Wahl der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder der Verwaltungsräte des Badischen Staatstheaters Karlsruhe und der Württembergischen Staatstheater Stuttgart .....	543
16. Kleine Anfragen – Drucksachen 12/390, 12/392, 12/394 .....	541		

## Protokoll

über die 11. Sitzung vom 17. Oktober 1996

Beginn: 9.36 Uhr

**Präsident Straub:** Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 11. Sitzung des 12. Landtags von Baden-Württemberg.

**U r l a u b** für heute habe ich den Herren Abg. Drexler und Göbel erteilt.

**K r a n k** sind gemeldet Frau Abg. Annemie Renz, Frau Abg. Dr. Eva Stanienda und Herr Abg. Weiser.

Wir treten in die Tagesordnung ein. Ich rufe **Punkt 1** der Tagesordnung auf:

**Aktuelle Debatte – Auswirkungen der Auseinandersetzungen über die Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall auf den Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg – beantragt von der Fraktion der SPD**

Für den Ablauf der Aktuellen Debatte gelten die üblichen Redezeiten: Gesamtdauer 50 Minuten ohne Anrechnung der Redezeit der Regierung, 5 Minuten für die einleitenden Erklärungen der Fraktionen und 5 Minuten für die Redner in der zweiten Runde. Ich darf bitten, in diesem Zusammenhang auf § 60 der Geschäftsordnung zu achten.

Wem darf ich das Wort erteilen? – Das Wort erteile ich Herrn Abg. Maurer.

**Abg. Maurer SPD:** Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben diese Debatte beantragt, weil die Auseinandersetzung um die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall von entscheidender Bedeutung ist für die Zukunft der wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland, für die Zukunft des Sozialstaats, der in unserer Verfassung garantiert ist, und weil sich im Land Baden-Württemberg die Schlüsselindustrien befinden, die für die Zukunft des Landes maßgebend sind und in denen diese Auseinandersetzungen in den letzten Wochen ausgetragen wurden und, fürchte ich, auch in Zukunft ausgetragen werden.

Meine Damen und Herren, bei dem Konflikt um die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall geht es um weit mehr als um die Frage, ob dabei zukünftig 80 oder 100 % des Gehalts bezahlt werden. Bei dieser Auseinandersetzung stehen vielmehr das gesamte in der Nachkriegszeit gewachsene System der Tarifautonomie, die Zukunft des verfassungsrechtlich verankerten Sozialstaats und damit der soziale Friede in Deutschland auf dem Spiel. Darum geht es.

(Beifall bei der SPD)

Es geht um die grundlegende Frage, wie das Land, wie Deutschland, wie Baden-Württemberg, das da schwer getroffen ist, aus der schwersten Krise der Nachkriegszeit her-

ausgeführt werden können. Es geht im Kern darum, ob sich eine unheilige Allianz aus Aktionärsegoismus, neokonservativer Wirtschaftswissenschaft, der FDP und weiter Teile der CDU durchsetzt, eine Allianz, die den Sozialstaat seit langem als eine Verkettung von Fehlentwicklungen zu denunzieren versucht, oder ob jene Kräfte in Deutschland die Oberhand behalten, die auch und gerade in Krisenzeiten einen gerechten Ausgleich suchen und den sozialen Frieden als entscheidende Voraussetzung für Wachstum und Wohlstand begreifen. Das ist die Kernfrage.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des Abg. Dr. Witzel Bündnis 90/Die Grünen)

Es geht darum, ob wir in Deutschland eine Wirtschafts- und Sozialpolitik betreiben, die auf Dialog, Verständigung und gerechten Interessenausgleich setzt, ob wir in Deutschland eine gesellschaftliche Situation bekommen, in der alle Kräfte unter Wahrung des Maßstabs der Gerechtigkeit verantwortungsbewußt zusammenarbeiten und gemeinsam versuchen, das Land aus den Herausforderungen, die durch Globalisierung und deutsche Einheit entstanden sind, positiv herauszuführen, oder ob dieser Ansatz, der uns in der Nachkriegszeit groß gemacht hat und für den beispielsweise, meine Damen und Herren von der CDU – ich bitte Sie, das wieder einmal nachzulesen –, Ludwig Erhard stand, zerstört wird. Wenn Sie heutzutage Erhard zitieren, werden Sie des Linksradikalismus bezichtigt. Diese Versuche sind gemacht worden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen – Widerspruch bei der CDU – Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Mir passiert!)

– Das ist so.

Es geht darum, ob sich das, was dieses Land groß gemacht hat, nämlich die Fähigkeit zum Konsens, zur Gerechtigkeit, zum Dialog, zur Gemeinsamkeit, durchsetzt. Sie sind dabei, das, was Deutschland groß gemacht hat und was uns allein die Zukunft sichern kann, mutwillig zu zerstören.

(Beifall bei der SPD)

Das geht auch nicht nach der Methode „Wasch mir den Pelz, aber mach mich nicht naß.“

(Abg. Haas CDU: Das ist Ihre Methode!)

Es gibt ein Kapitel, das heißt: die CDU vor der Wahl und die CDU nach der Wahl.

(Zuruf des Abg. Fleischer CDU)

(Maurer)

Das ist ein großes Kapitel; das will ich Ihnen jetzt einmal sagen. Vor der Wahl Angebot der Gewerkschaften für ein „Bündnis für Arbeit“;

(Abg. Haas CDU: An wem ist das gescheitert?)

damals Koalitionsrunde mit dem Kanzler, in der der Kanzler ausdrücklich erklärt hat, man solle für die Frage der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall nach betrieblichen Lösungen im Konsens suchen. Nach der Wahl, als Ihnen der Kamm geschwollen ist, Hybris, Kampfansage. Ihr Fraktionsvorsitzender – er war ja wenigstens ehrlich – hat sich hier hingestellt und hat gesagt: „Wir wollten, daß die Arbeitgeber durchziehen; wir wollten den Konflikt.“ O-Ton Oettinger. O-Ton Döring: „Man darf sich dem Druck der Straße nicht beugen.“ Das hat die Daimler-Belegschaft gut verstanden: „Druck der Straße“.

Ich will Ihnen einmal etwas sagen, Herr Wirtschaftsminister: Die Stärke der baden-württembergischen Unternehmen beruht auf einer Unternehmenskultur, in der die Betriebsräte Co-Manager waren, die Menschen gemeinsam am Unternehmensziel gearbeitet haben, auf ihr Unternehmen stolz waren, gemeinsam die Aufgaben angepackt haben. Dies ist in den Grundfesten erschüttert und beschädigt worden, weil man die Belegschaften gedemütigt hat. Das ist die Realität, die Sie bewirkt haben.

(Beifall bei der SPD)

Da von „Druck der Straße“ zu reden ist dummes Zeug.

Apropos CDU vor der Wahl und CDU nach der Wahl: Meine Herren, heute morgen schlage ich die Zeitung auf und lese:

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Ja, ich auch!)

Union für Erhöhung der Mineralölsteuer. Dieselben Leute, die einen Landtagswahlkampf geführt haben mit der Parole „Rotgrün – 5 Mark für den Liter Benzin“,

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: So ist es! Jawohl! – Abg. Weimer SPD: Unverschämtheit!)

kommen jetzt damit heraus. Das ist eine gigantische Spekulation auf die Vergeßlichkeit der Menschen. Aber diese Spekulation wird nicht aufgehen; das kann ich Ihnen sagen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten des Bündnisses 90/Die Grünen)

Ich sage Ihnen: Da, wo der Weg des Konsenses, der Zusammenarbeit mit den Betriebsräten gegangen worden ist, ist es zu erheblichen Verbesserungen gekommen, gerade was die Krankheitsabwesenheit angeht, beispielsweise bei Opel halbiert, bei VW halbiert, weil man die Arbeitsbedingungen verbessert hat, weil man dafür gesorgt hat, daß krankmachende Umstände beseitigt worden sind, und weil man in den Belegschaften einen gemeinsamen Geist erzeugt hat. Das ist der einzig mögliche Weg, und diesen haben Sie verlassen.

Es geht nicht so, wie es Herr Kohl macht: erst die Hütte anzuzünden und dann zu sagen: „So habe ich es nicht gemeint“ und wegzurennen. Sie haben das angerichtet. Jetzt bringen Sie es auch gefälligst wieder in Ordnung!

(Beifall bei der SPD – Abg. Haas CDU: Das machen wir! – Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Objektiv gute Rede!)

**Präsident Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Kurz.

**Abg. Kurz** CDU: Herr Präsident, meine Damen, meine Herren! Lieber Herr Maurer, wenn wir jetzt aus Ihrer wortgewaltigen Rede all das herausnehmen, was an Polemik darin enthalten war,

(Abg. Haas und Abg. Seimetz CDU: Dann bleibt nichts mehr übrig!)

dann bleibt eigentlich relativ wenig an Substanz übrig.

(Beifall bei der CDU)

Es geht heute nicht mehr darum, daß man in klassenkämpferischen Parolen des ausgehenden 18. oder des beginnenden 19. Jahrhunderts

(Lachen und Widerspruch bei der SPD)

die Zukunft in unserem Land gewinnen will.

(Beifall bei der CDU)

Herr Maurer, wir wissen ja, wer in den letzten Monaten im Bundesrat blockiert, wer vernünftige Gesetzgebung abblockt,

(Abg. Weimer SPD: Wer blockiert?)

damit wir letztlich in einen sozialen Strudel geraten. Das ist doch Ihre Partei, das ist doch die SPD, das sind doch die SPD-regierten Länder.

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Sie sind doch auch für die Steuererhöhung! Ehrlich sein!)

Ich bin der Auffassung, verehrter Herr Maurer, meine Damen und meine Herren, daß wir jetzt sicherlich den Konsens zu suchen haben, den Dialog und das Einvernehmen in den Betrieben brauchen. Wir sind aber auch – die Welt hat sich verändert, und sie wird sich auch in den nächsten Jahren mit großer Geschwindigkeit verändern – in einer Situation des globalen Wettbewerbs. Unser Problem ist nicht die geistige Unbeweglichkeit der SPD, unser Problem sind die 4 bis 5 Millionen Arbeitslosen in unserer Republik.

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Sie nehmen doch immer zu, die Arbeitslosen! Tun Sie doch nicht so scheinheilig! Sie sind beweispflichtig, daß Sie die Arbeitslosen abbauen! Das ist doch der Punkt!)

– Genau, Herr Kuhn. Im Metallgewerbe verlieren wir von Monat zu Monat 10 000 bis 11 000 Arbeitsplätze.

(Zuruf des Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen)

Daher müssen wir doch die Strukturen verändern. Wir brauchen die Reform an Haupt und Gliedern.

(Abg. Weimer SPD: Aber im Konsens und nicht einseitig! Das ist doch der Punkt!)

(Kurz)

Derjenige, der sich heute den notwendigen Reformen verweigert, versündigt sich an den künftigen Generationen.

(Beifall bei der CDU)

Wir brauchen eine Steuerreform. Wir brauchen vor allen Dingen eine Fortschreibung unserer sozialen Sicherungssysteme, eine Stabilisierung des Sozialstaats. Deutschland muß für Investoren wieder interessant werden. Das erreichen wir eben nur dann, wenn sich die Arbeitskosten in diesem globalen Wettbewerb auch so herauschälen, daß sich die Wettbewerbschancen in Industrie und Handwerk wieder verbessern. Monatlich verlieren wir Arbeitsplätze. Arbeit wird in das Ausland verlagert, und Arbeitslosigkeit bleibt zurück. Dem muß mit klugen politischen Entscheidungen entgegengewirkt werden.

(Glocke des Präsidenten)

**Präsident Straub:** Herr Abg. Kurz, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Weimer?

**Abg. Kurz** CDU: Bitte sehr.

**Präsident Straub:** Bitte schön, Herr Abg. Weimer.

**Abg. Weimer** SPD: Herr Kurz, bis jetzt haben Sie zum Thema noch nichts gesagt. Deswegen will ich einmal ganz konkret fragen: Teilen Sie die Auffassung Ihres Fraktionsvorsitzenden Günther Oettinger, der sich vor 14 Tagen da vorne hingestellt und klipp und klar erklärt hat, der Tarifbruch, den der Daimler-Benz-Vorstand einseitig begangen hat, sei aus seiner Sicht richtig? Ja oder nein?

**Abg. Kurz** CDU: Wenn Sie richtig zugehört hätten, würden Sie heute diese Frage nicht stellen.

(Zuruf des Abg. Weimer SPD – Gegenruf des Abg.

Seimetz CDU: Sie müssen einmal zum Hals-Nasen-Ohren-Arzt gehen!)

Die Bundesregierung und die CDU/CSU-Bundestagsfraktion haben mit der Verabschiedung dieses Gesetzes den richtigen Weg beschritten. Die CDU im Land steht voll hinter dieser Maßnahme.

(Abg. Weimer SPD: So, und jetzt zum Vorgang!)

Günther Oettinger hat durchaus bemängelt – wir haben das im Augenblick auch nicht zu bewerten oder zu beurteilen –, wie die einzelnen Unternehmen vorgehen. Aber auf jeden Fall – und da gebe ich Ihnen recht – darf es nicht so weit kommen, daß ein Gesetz aus Bonn als Rammbock für die sozialpolitische Auseinandersetzung benutzt wird.

(Beifall bei der CDU – Abg. Weimer SPD: Das hat aber der Oettinger anders gesagt!)

In dem Punkt sind wir einig.

Auf der anderen Seite aber müssen wir jetzt auch Reformfähigkeit beweisen. Jetzt in dieser Zeit kommt es darauf an, daß wir die Grundlage bilden, damit unsere Wirtschaft wieder wettbewerbsfähig wird und damit bei uns wieder Arbeitsplätze neu entstehen und Arbeitsplätze gesichert werden. Dies ist unser Anliegen. Daher halten wir diese Gesetzgebung in Bonn für durchaus vertretbar.

Wenn Sie einmal abwägen: Jeder spricht immer nur von der Kürzung des Lohns. Wir haben doch die Möglichkeit der Verrechnung mit Urlaub. 1957, als das Lohnfortzahlungsgesetz eingeführt wurde,

(Abg. Pfister FDP/DVP: 14 Tage!)

gab es im Schnitt, quer über alle Branchen hinweg, quer durch alle Tarifbereiche, 14 Tage Urlaub. Heute haben wir im Durchschnitt 31 Tage Urlaub. Da ist es zumutbar, daß für eine Woche Krankheit ein Tag Urlaub und für sechs Wochen Krankheit eine Woche Urlaub geopfert wird.

(Beifall bei der CDU)

Das ist ein Stück Solidarität derjenigen, die Arbeit besitzen, mit denjenigen, die keine Arbeit besitzen.

(Abg. Sieber CDU: Sehr gut! – Beifall bei der CDU)

**Präsident Straub:** Das Wort erteile ich Frau Abg. Schlager.

**Abg. Sabine Schlager** Bündnis 90/Die Grünen: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Zunächst zu Ihnen, Herr Kurz. Das Anliegen ist doch ein richtiges. Es gibt doch niemanden in diesem Haus, der es nicht teilt. Aber der Weg, den Sie beschreiten, ist falsch. Sie schaffen doch keine Arbeitsplätze, indem Sie damit beginnen, die Motivation der Beschäftigten erst mal in den Keller zu drücken. Die Stärke dieses Standorts waren doch – Herr Maurer hat es ausgeführt – der soziale Frieden und der Konsens, zumindest einmal der Mindestkonsens, zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern. Genau der wird doch mit einem solchen Vorgehen aufs Spiel gesetzt. Das wird unserem Standort mehr schaden als nützen.

Ich bewerte die Frage, die die SPD in ihrer Debatte stellt, so: Das, was sich Daimler-Benz und die Metallarbeitgeber da geleistet haben, ist genau das, was sich der Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg nicht leisten kann.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei Abgeordneten der SPD)

Herr Schrempp hat es verdient, daß ihm die Belegschaft in Sindelfingen das Mißtrauen ausgesprochen hat. Es ist ein unglaublicher Vorgang, daß in Baden-Württemberg die Beschäftigten streiken müssen, um die Einhaltung des Tarifvertrags zu erzwingen.

Die Botschaft auf seiten der Arbeitgeber ist doch eindeutig. Die Botschaft heißt: Konsens ist Nonsens. Die Zeiten sollen vorbei sein, wo die Probleme gemeinsam gelöst werden und wo gemeinsam um einen fairen Interessenausgleich gerungen wird.

(Abg. Haas CDU: Wer hat das gesagt?)

– Das ist das Ergebnis dieses Vorgehens.

(Abg. Haas CDU: Das ist Ihre Bewertung! – Gegenruf des Abg. Jacobi Bündnis 90/Die Grünen: Zeitung lesen!)

Ich will jetzt einmal konkret auf die Auswirkungen eingehen, die die Kürzung der Entgeltfortzahlung im Krankheits-

(Sabine Schlager)

fall hat. Meistens wird es ja statistisch weggerechnet. Man sagt, der statistische Arbeitnehmer mit dem statistischen Krankheitsstand von 14 Tagen büße dabei statistisch ein Prozent seines Gehalts ein. Aber damit geraten die konkreten Einzelfälle aus dem Blick oder werden weggerechnet. Ich nenne Ihnen deswegen jetzt einmal zwei konkrete Einzelfälle, damit Sie sehen, daß es keine Peanuts sind, worüber wir hier diskutieren.

Bei einem Einkommen von 4 000 DM brutto hat eine Familie bei vierwöchiger Krankheit der Erwerbsperson statt 2 900 DM nur noch 2 400 DM netto zur Verfügung.

(Abg. Kluck FDP/DVP: Oder vier Tage Urlaub weniger!)

– Oder vier Tage Urlaub weniger.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Also!)

Ich gehe gleich auf Ihren Urlaubsvorschlag ein, Herr Kluck. Aber ich sage den zweiten Fall noch. Ein alleinerziehender Elternteil mit einem Kind, 2 500 DM brutto. Im Krankheitsfall bleiben dann im Monat statt 1 980 DM noch 1 510 DM für eine alleinerziehende Mutter mit Kind.

(Abg. Haas CDU: Da muß Sie aber einen ganzen Monat krank sein! Das ist nur einmal im Jahr!)

– Ja, da muß sie einen ganzen Monat krank sein. Diese Einzelfälle gibt es, und auf diese Einzelfälle muß auch ein Gesetzgeber reagieren, die muß er im Blick haben. Es gibt nicht nur die Statistik.

Zu den Urlaubstagen. Nehmen wir mein zweites Beispiel mit der alleinerziehenden Mutter. Es sind ohnehin schon 13 Wochen Ferien, wo das Kind nicht in der Schule ist und wo nach Lösungen gesucht werden muß. Sie von der CDU überlegen sich ja gerade, ob Sie Zuschüsse für „Spatzenest“ und für Familienerholungen streichen. Wo sollen denn die Kinder in dieser Zeit hin, wenn die erwerbstätigen Eltern auf ihren Urlaub verzichten müssen?

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall ist meiner Meinung nach eben gerade nicht das Sahnehäubchen auf dem Sozialstaatsmenü, sondern sie ist eine wichtige Absicherung für die Risiken des Krankwerdens.

Ich will auch noch darauf eingehen, ob sich denn die Unternehmen einfach damit abfinden müssen, daß wir im internationalen Vergleich tatsächlich einen relativ hohen Krankenstand haben und daß es bei vollem Lohnausgleich für Blaumacher ja tatsächlich einigermaßen komfortabel ist, wenn das Gehalt weiterläuft. Zugegeben, durch die Drohung mit geringerem Einkommen geht die Zahl der Krankmeldungen zurück. Das zeigen die Beispiele aus anderen Ländern.

(Zuruf von der CDU: Na also!)

Aber es ist doch fraglich, ob das für die Betriebe einen echten Vorteil bringt. Erzwingen kann man doch nur die Anwesenheit. Was hat ein Betrieb von der Anwesenheit, wenn die Motivation und das Engagement eventuell zu Hause bleiben? Die Betriebe brauchen doch die Leistungsbereitschaft,

die Kreativität und das Verantwortungsgefühl für die Aufgaben. Die können nur durch motivierende Arbeitsbedingungen und nicht durch Zwangsmaßnahmen erreicht werden.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei Abgeordneten der SPD)

Es ist doch kein Zufall, daß in einer ersten Umfrage von „Focus“ zwei Drittel aller Mittelständler gesagt haben, sie zahlten natürlich weiterhin 100 % des Lohns, weil sie nämlich wissen, was die Motivation der Beschäftigten für ihre Betriebe bedeutet. Es gibt mittlerweile ja eine ganze Reihe von Firmen – Ravensburger oder Mettler-Toledo oder Hewlett-Packard –, die einen anderen Weg gegangen sind, nämlich gemeinsam mit den Beschäftigten nach den Ursachen des Krankwerdens zu suchen, statt das Krankwerden zu bestrafen. Dabei hat man Arbeitsplätze mit einem hohen Krankenstand und solche mit einem niedrigen Krankenstand verglichen, und man hat daraus gelernt. Wer im Team arbeitet, wer an seinem Arbeitsplatz Verantwortung hat, wer abwechslungsreiche Tätigkeiten hat, der meldet sich weniger krank. Diese Erkenntnisse wurden dann erfolgreich umgesetzt, und der Krankenstand wurde gesenkt. Die Gesetzesänderung in Bonn ist für solche Firmen nämlich gar kein Thema.

Zusammenfassend stelle ich fest: Es war falsch, dieses Gesetz in Bonn zu ändern. Für die Betriebe ist der wirtschaftliche Effekt fragwürdig, für die unteren Einkommen ist die Kürzung der Entgeltfortzahlung finanziell schwer zu verkraften, und die Auseinandersetzung zwischen den Metalltarifpartnern in diesem Land hat viel Porzellan zerschlagen. Baden-Württemberg hätte also gut auf diesen politischen Fehler der Bundesregierung verzichten können.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei Abgeordneten der SPD)

**Präsident Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Pfister.

**Abg. Pfister FDP/DVP:** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich will überhaupt nicht um den heißen Brei herumreden.

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Das geht auch gar nicht!)

Es war und ist das erklärte Ziel und der Wille des Gesetzgebers in Bonn, daß mit dieser Neuregelung bei der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall unter anderem ein wichtiges Ziel erreicht werden sollte, und dieses Ziel heißt, die Wirtschaft von Kosten zu entlasten und damit die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß es in diesem Land Baden-Württemberg und in Deutschland endlich wieder mehr Wachstum, mehr Beschäftigung und mehr Arbeitsplätze gibt.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Es ist völlig richtig, daß eine Kostenentlastungsstrategie allein nicht zu diesem Ziel führen wird. Das ist schon klar. Aber es ist genauso richtig, daß es zu Kostenentlastungen kommen muß. Deshalb muß das Thema Unternehmensteuerreform auf der Tagesordnung bleiben, deshalb muß mehr Bürokratie abgebaut werden, deshalb muß dereguliert wer-

(Pfister)

den, und deshalb muß endlich auch mit einem Abbau der Lohnnebenkosten ernst gemacht werden. Seit zehn Jahren und mehr wissen wir doch, meine Damen und Herren, um die Zusammenhänge zwischen Arbeitsplätzen auf der einen Seite und Lohnnebenkosten auf der anderen Seite. Seit zehn Jahren diskutieren wir. Jetzt ist es wichtig und richtig, daß endlich einmal ein Schritt in die richtige Richtung gemacht worden ist mit dem Ziel einer Entlastung bei den Lohnnebenkosten.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Weimer SPD: Warum habt ihr die deutsche Einheit über die Lohnnebenkosten finanziert?)

– Lieber Herr Kollege Weimer, wenn Sie uns das nicht glauben, dann schauen Sie doch einmal in das gesamte europäische Ausland. Egal, ob dort Konservative oder Sozialdemokraten regieren, überall haben wir die gleiche Situation.

(Abg. Weimer SPD: Falsch!)

Überall, auch in sozialdemokratisch regierten Ländern, wird der Versuch gemacht, das Sozialversicherungssystem an eine völlig neue wirtschaftliche Lage anzupassen. Und dieser Weg ist ohne Alternative. Das werden eines Tages auch noch Sozialdemokraten kapieren.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Das wollt ihr immer: keine Alternative! So würde es euch gefallen!)

Lieber Uli Maurer, ich habe nicht die Sorge, die Sie haben, daß unter dieser Auseinandersetzung, die wir hatten und die nicht immer sehr schön war – das will ich zugeben –, die Tarifaufonomie leidet. Ganz im Gegenteil.

(Zuruf des Abg. Redling SPD)

Ich glaube sogar, daß die Tarifaufonomie in der Zukunft gestärkt wird.

(Abg. Weimer SPD: Die Gewerkschaften haben wieder mehr Mitglieder! Das ist gut!)

Natürlich ist es richtig, daß dieses Gesetz aus Bonn nur dort unmittelbar wirken kann, wo es keine tarifvertraglichen Regelungen gibt. Das ist schon wahr. Aber in allen anderen Fällen verstehe ich dieses Gesetz als ein deutliches, ein verbindliches Signal an die Tarifpartner, in der Zukunft im Sinne einer Paketlösung zu Verhandlungsergebnissen zu kommen, die flexibler, besser und vernünftiger sind als die Lösungen, die wir in der Vergangenheit hatten. Deshalb glaube ich, daß die Tarifaufonomie und der Stellenwert der Tarifpartner und auch die Verantwortung der Tarifpartner für mehr Arbeitsplätze in der Zukunft nicht abnehmen werden, sondern daß die Verantwortung der Tarifpartner in der Zukunft sogar noch steigen wird, und sie wird auch steigen müssen.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Es wurde von Flexibilität gesprochen. Ja, natürlich, Flexibilität ist wichtig. Aber ich will noch einmal unterstreichen: Auch dieses Gesetz hat bereits entscheidende Flexibilität.

Meine Damen und Herren, 80 % der abhängig Beschäftigten im Land Baden-Württemberg haben sechs Wochen Urlaub und mehr, 20 % der abhängig Beschäftigten haben zwischen fünf und sechs Wochen Urlaub. In einer solchen Situation ist es nicht, wie Sie behaupten, unzumutbar, zu verlangen, daß für fünf Krankheitstage ein Urlaubstag angerechnet werden kann, sondern das ist eine vernünftige Regelung, die per Gesetz eingebracht worden ist.

Ich sehe vor mir den Kollegen Fritz Kiel sitzen. Er bekommt ganz glasige Augen, und ich sage Ihnen auch, warum: weil er schon vor acht Jahren genau den Vorschlag einer Kompensation von Lohneinbußen durch Urlaubstage gemacht hat. Fritz Kiel, du warst wie immer deiner Zeit voraus.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Birzele SPD: Der Kiel beklatscht sich selber! Alte Ostblockmethoden!)

Ich glaube also, daß die Gestaltungsmöglichkeiten für die Tarifpartner zunehmen werden. Niemand wird zum Beispiel ausschließen können, daß in Tarifvertragsverhandlungen eine 100prozentige Lohnfortzahlung festgeschrieben wird, wenn es gleichzeitig auf der anderen Seite zu einer entsprechenden Entlastung kommt. Das kann etwa in der Form von Urlaubstagen geschehen; Herr Kollege Kurz, Sie haben darauf hingewiesen. Niemand hindert die Tarifvertragsparteien etwa daran, zu sagen: Wir vereinbaren eine 100prozentige Lohnfortzahlung und verzichten auf drei Urlaubstage, so daß wir wiederum auf dem Stand von 1980 sind. So etwas ist selbstverständlich möglich.

Meine Damen und Herren, ich will sagen, worum es entscheidend geht. Das müssen wir einfach begreifen, das muß endlich in unsere Köpfe hinein. Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen haben sich verändert, und zwar dramatisch verändert und überall verändert. Ich habe darauf hingewiesen, daß alle unsere europäischen Nachbarn durch die Bank die Hausaufgabe bereits erledigt haben

(Abg. Weimer SPD: Falsch! Durch Wiederholung wird es nicht besser!)

und die Systeme der sozialen Sicherung auf den Prüfstand gestellt und entsprechend angepaßt haben. Genau das ist die Aufgabe, um die es bei uns in der Zukunft geht.

Ich sage Ihnen, Herr Kollege Maurer: Nicht derjenige wird den Sozialstaat retten, der Veränderungen kategorisch ablehnt, sondern derjenige wird den Sozialstaat retten, der in einer neuen Situation zu Anpassungen bereit ist.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Nur wer bereit ist, in einer neuen Situation überkommene Strukturen zu verändern, wird die soziale Marktwirtschaft sichern und wird letztlich den Sozialstaat sichern. Nur der kann den Standort stärken, kann für mehr Beschäftigung und mehr Wachstum sorgen und wird damit die Zukunft gewinnen.

(Abg. Weimer SPD: Lauter Sprechblasen!)

(Pfister)

Genau diesem Ziel, meine Damen und Herren, fühlen sich CDU und FDP/DVP in diesem Lande verpflichtet. Für dieses Ziel werden wir kämpfen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

**Präsident Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Krisch.

**Abg. Krisch REP:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! „Schon immer wurde die Verpflichtung des Arbeitgebers zur Fortzahlung des Gehalts im Krankheitsfalle als Fürsorgepflicht des Arbeitgebers angesehen.“ So wurde das Lohnfortzahlungsgesetz im Juli 1969 begründet. Damals galt die Lohnfortzahlung als ein Teil der Sozialpolitik, und das muß auch heute noch gelten, meine Damen und Herren.

Doch heute wird dieses sozialpolitische Ziel ernsthaft in Frage gestellt, und das ist kein Zufall. Neben der Internationalisierung der Wirtschaft und neben der Masseneinwanderung in unser eng besiedeltes Land führt vor allem die falsche Entscheidung für die Eurowährung, für das „Leiden wegen Maastricht“, zum Sozialabbau in unserem Lande.

(Abg. Drautz FDP/DVP: Diese Debatte war doch gestern, Herr Kollege!)

Die heutige Debatte hat unsere Fraktion schon durch unsere Große Anfrage vom August 1995 vorweggenommen,

(Zurufe von der CDU)

auf die die Regierung im Februar dieses Jahres antwortete – ich kürze etwas –

(Abg. Drautz FDP/DVP: Haben Sie gestern nicht reden dürfen?)

– seien Sie doch einmal ruhig! –: „Die Lohnfortzahlung stellt einen Kostenfaktor dar, doch darf der Beitrag der Lohnfortzahlung zum sozialen Frieden in unserem Lande nicht unterschätzt werden.“ Nur ein halbes Jahr nach dieser Regierungsaussage ist vom sozialen Frieden keine Rede mehr.

Um in die Eurowährungsreform einsteigen zu können, müssen Sie, die Euro-Befürworter dieses Landtags – dazu gehört auch die SPD –, die Maastricht-Kriterien, die Konvergenzkriterien, wenigstens zum Einstieg in die Eurowährung erzwingen, und zwar ohne Rücksicht auf die Folgen für unsere Arbeitnehmer und ohne Rücksicht auf die Folgen für die Rentner dieses Landes. So ist diese Debatte der SPD reine Heuchelei. Der Kollege Maurer ist verschwunden, aber seine Spekulation auf die Vergeßlichkeit der Wähler ist wohl am 24. März nicht aufgegangen.

(Beifall bei den Republikanern)

Ihr aller Handeln, meine Damen und Herren, deckt sich mit dem mancher Industriemanager, zum Beispiel bei Mercedes. Die haben 40 Jahre lang alle Wohltaten des Landes genossen, alle Steuervergünstigungen angenommen, bis es sich zu lohnen schien, die Wohltaten anderer Länder anzunehmen. Wie eine Mißachtung erhaltener Vorteile hat Mercedes gültige Tarifverträge gebrochen, wollte Mercedes einseitig die Lohnfortzahlung kürzen. Zu Recht hat die Ge-

werkschaft rebellierte, und sie hat dabei unsere Unterstützung erhalten. Von einer Unterstützung der SPD habe ich nichts gemerkt.

(Widerspruch bei der SPD – Abg. Nagel SPD: Sie haben die Gewerkschaften unterstützt? Da lache ich mich ja tot!)

Die Position unserer Fraktion zur Lohnfortzahlung im Krankheitsfall war immer eindeutig.

(Abg. Nagel SPD: Ich lache mich tot!)

– Machen Sie es nicht. Wir können Sie nicht verlieren.

Ich sage hier klar und eindeutig: Wir lehnen jede Form von Sozialabbau so lange kategorisch ab, solange in diesem Land ein massenhafter Zuzug von Armutsflüchtlingsen geduldet wird, der mehrstellige Milliardenbeträge verschlingt.

(Abg. Dr. Glück FDP/DVP: Nationalsozial!)

Wir lehnen eine Kürzung der Entgeltfortzahlung ab, solange diese Landesregierung keine Regelungsmechanismen zum Schutz unserer heimischen Wirtschaft gegen wettbewerbsverzerrende Strukturen aufbaut

(Zuruf des Abg. Scheuermann CDU)

und solange Bundesregierung und Landesregierung mit Unterstützung der Bonner Parteien an dem Konzept „Leiden für Maastricht“ festhalten, solange überhöhte Zahlungen an die EU mit ein Grund für den Sozialabbau sind.

Ganz besonders lehnen wir jede Kürzung sozialer Leistungen so lange kategorisch ab, wie die Rentenkassen mit Fremdleistungen belastet werden,

(Beifall bei Abgeordneten der Republikaner)

die größer sind als die gesamten Lohnfortzahlungskosten zum Beispiel im Jahre 1994. Denn bei solchen Fremdleistungen der Rentenkassen ist jede Diskussion über eine angebliche Senkung der Lohnnebenkosten Heuchelei und Augenwischerei.

Erst dann, wenn alle anderen Einsparungsmaßnahmen ausgelotet sind, und nur ganz am Schluß werden auch wir bereit sein, über eine Kürzung sozialer Leistungen wie der Kürzung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall zu reden.

(Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Dabei ist der Krankheitsbegriff nicht einheitlich, nicht objektiv festlegbar; denn hier sind viele komplexe Fragen und Faktoren zu berücksichtigen. Gerade unsere Große Anfrage vom letzten August zu diesem Thema hat gezeigt, daß dabei gesellschaftliche Faktoren zu berücksichtigen sind.

Es gibt Mißbrauch sozialer Leistungen, dem durch die Entsozialisierung der Menschen Vorschub geleistet wird, dem Vorschub geleistet wird durch egoistische Verhaltensweisen, die besonders ausgeprägt sind in sogenannten multikulturellen Gesellschaften.

Mißbrauch sozialer Leistungen durch einen Teil der Leistungsempfänger ist genauso schädlich wie gewinnorientier-

(Krisch)

tes Verhalten jener Manager, die eigenes Versagen durch aggressives Verhalten gegenüber der eigenen Belegschaft vertuschen.

(Beifall bei den Republikanern)

Teile der Industrie haben unserem Land einen weit größeren finanziellen Schaden zugefügt, als es alle in dieser Zeit fällig gewesen Entgeltzahlungen hätten tun können.

(Abg. Kluck FDP/DVP: Kraft durch Freude! – Abg. Weimer SPD: Ihr wißt auch nicht, wo ihr steht!)

Herr Weimer, nicht die Folgen einer Debatte, wie Sie das behaupten, sondern falsches politisches Handeln schaden unserem Land.

(Beifall bei den Republikanern)

**Präsident Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Wirtschaftsminister Dr. Döring.

**Wirtschaftsminister Dr. Döring:** Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich will gern mit ein paar Ausführungen auf den Kollegen Maurer erwidern und dabei auf Dinge eingehen, die er direkt angesprochen hat.

Ich will auch deutlich sagen: Nachdem wir in der Bundesrepublik Deutschland nach wie vor fast ein Drittel unseres Bruttosozialproduktes für soziale Zwecke ausgeben, ist es einfach nicht in Ordnung, davon zu sprechen, wir würden einen radikalen Sozialabbau betreiben. Dies widerspricht eindeutig den Tatsachen, die wir nach wie vor hier in Deutschland haben.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Hans-Michael Bender CDU: So ist es!)

Weil der Kollege Maurer in einem Zwischenruf die Mineralölsteuererhöhung angesprochen hat, will ich von meiner Seite aus sagen, daß ich eine Erhöhung der Mineralölsteuer ohne eine umfassende Kfz-Steuerreform für absolut falsch halte. Ich halte das für absolut falsch. Wer jetzt an die Mineralölsteuer herangeht, der kann dies nur dann machen, wenn er dies in ein Reformpaket einbringt und wenn endlich das geschieht, was wir und auch Sie, Herr Maurer, seit Jahr und Tag fordern, nämlich daß das im Gesamtpaket mit einer umfassenden Steuerreform im Zusammenhang mit der Kfz-Steuer geschieht. Die Mineralölsteuer jetzt zu erhöhen ist nicht nur falsch und kontraproduktiv, sondern das ist schlicht und ergreifend auch das glatte Gegenteil von dem, wofür wir uns lange Zeit, jedenfalls noch bis vor kurzem, ausgesprochen haben. Dies kann so nicht erfolgen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der SPD)

Bevor ich auf den Gegenstand Ihrer Debatte eingehe, Herr Kollege Maurer, will ich auch klar sagen: Wir sollten uns alle miteinander nicht daran beteiligen, den Standort Bundesrepublik Deutschland und den Standort Baden-Württemberg ständig schlechter zu reden, als er tatsächlich ist und als er an vielen Stellen erscheint. Gerade in den letzten Monaten und in der jüngeren Vergangenheit gab es eine Vielzahl von positiven Signalen. Ich will das auch einmal deutlich machen. Wenn wir in einer Situation sind, in der je-

mand, der beim Automobilbau in einem außerordentlich harten Wettbewerb steht, nämlich der Porsche-Chef, hinsteht und sagt: „Der Boxster wird ganz selbstverständlich in Zuffenhausen gebaut und nirgendwo sonst“, dann ist das auch ein positives Standortsignal. Das muß man dann auch einmal erwähnen

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

und darf nicht immer nur davon reden, daß wir hier keine Chance mehr hätten. Erfreulicherweise läßt sich diese Kette fortsetzen. Wir hatten schon vor längerer Zeit die Entscheidung mit den Motorenwerken in Untertürkheim. In jüngerer Zeit haben wir jetzt erfreulicherweise von Leibinger die Entscheidung, nicht in Österreich und nicht in der Schweiz, sondern in Ditzingen zu investieren und zu produzieren. Und wir hatten erst vor kurzem die Entscheidung gehabt, den Spatenstich von Hewlett-Packard bei uns in Baden-Württemberg vorzunehmen. Ich will das einleitend einmal in aller Deutlichkeit sagen: Der Standort Deutschland und der Standort Baden-Württemberg haben ganz selbstverständlich nach wie vor eine Chance.

Weil Sie, Herr Maurer, darauf hingewiesen haben, will ich auch deutlich machen: Die Hauptentscheidungen, die die Grundlagen dafür gewesen sind – jetzt kommen wir auch an die Gründe, aus denen heraus Sie diese Debatte beantragt haben –, sind im Konsens getroffen worden. Da ging es zum Beispiel darum, daß man dazu bereit gewesen ist, den Samstag mehrmals im Jahr zum Regelarbeitstag zu machen, daß man dazu bereit gewesen ist, in Vereinbarung mit den Betriebsräten die Regelarbeitszeit zu erhöhen, und daß man flexiblere Arbeitszeiten sowie längere Maschinenlaufzeiten hat. Dies sind wertvolle Errungenschaften, die im Konsens erzielt worden sind. Deshalb darf dieser Konsens nicht kaputtgemacht werden.

Wenn Sie nun sagen, jetzt stehe der Döring hin und sage: „Dem Druck der Straße nicht beugen“, dann erwidere ich: Ich war schon sehr erstaunt über die Kollegen aus dem Bundestag, die am 13. September in großer Geschlossenheit beschlossen haben, daß es zu einer Korrektur bei der Lohnfortzahlung kommen soll. Ich halte diese Korrektur erstens für richtig, zweitens für notwendig und meine drittens: Dazu muß man dann auch stehen. Ich war erstaunt über diejenigen, die sich vier Tage später, als es etwas eisig und windig geworden ist, von dieser Entscheidung verabschieden wollten. So geht es nicht. Wir haben uns lange darum bemüht, daß es zu dieser Entscheidung kommt und daß diese Gesetzesänderung kommt. Wenn sie jetzt da ist, dann müssen alle diejenigen, die sie betrieben und beschlossen haben, auch konsequent dazu stehen und können nicht davon weggehen.

Insofern bleibe ich auch dabei, daß man sich von dieser Entscheidung, die gerade erst getroffen worden ist, dem Druck der Straße nachgebend, nicht drei Tage später wieder verabschieden darf. Vielmehr muß das jetzt auch gültig bleiben, und das muß man dann auch durchsetzen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

(Minister Dr. Döring)

Jetzt kommt natürlich die Entscheidung. Darüber muß man reden, das ist keine Frage. Da werden Sie mich auch nicht so zitieren können, wie Sie das gemacht haben. In der Gesetzesbegründung heißt es:

Den Tarifvertragsparteien wird durch die Neuregelung ein Freiraum eröffnet,

(Abg. Pfister FDP/DVP: So ist es! Das ist der entscheidende Punkt!)

das angestrebte Ziel der Kostenentlastung der Unternehmen eigenverantwortlich zu erreichen.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Mit Tarifautonomie!)

„Den Tarifparteien“, nicht einseitig einer. Deswegen müssen die das unter sich ausmachen und regeln.

(Zuruf des Abg. Pfister FDP/DVP)

Der Gesetzgeber konnte und wollte damit ausdrücklich nicht in die Tarifautonomie eingreifen. Für mich ist die Tarifautonomie unantastbar, denn sie hat sich grundsätzlich bewährt.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Pfister FDP/DVP: So ist es!)

– Ja, das ist so: Sie hat sich grundsätzlich bewährt. – Deswegen greife ich dort auch nicht ein. Aber es ist doch klar das Signal und der politische Wille – zu dem stehe ich nach wie vor –, daß es zu dieser Änderung kommen und diese Änderung herbeigeführt werden muß,

(Abg. Pfister FDP/DVP: So ist es!)

und zwar auf dem Weg im Konsens, so, wie das vorhin auch von Herrn Kurz und anderen angesprochen worden ist.

Deswegen geht der dringende Wunsch in die Richtung, daß man sich zusammensetzt und sich im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben rasch auf Lösungen einigt, die dazu beitragen, den Standort Deutschland zu sichern und den Standort Baden-Württemberg nach vorn zu bringen. Dies ist die Aufgabe, die wir haben: dafür Sorge zu tragen, daß man zu diesen Lösungen kommt, daß man sich zusammensetzt und auf diese Art und Weise dann dieses Ergebnis erreicht. Ich habe den Eindruck, daß das jetzt auch wieder angestrebt wird. Kein Unternehmen wird durch das Gesetz gezwungen, die Lohnfortzahlung zu kürzen. Auch das ist völlig klar. Kein Unternehmen wird durch dieses Gesetz dazu gezwungen, die Lohnfortzahlung zu kürzen. Wie die Unternehmen künftig die Lohnfortzahlung handhaben, ist nur ein Teil ihres Kostenpakets im Kampf mit ihren Wettbewerbern.

Es kann betriebswirtschaftlich absolut vernünftig sein, es bei der hundertprozentigen Lohnfortzahlung zu belassen, wie es übrigens auch der BDI-Vorsitzende Olaf Henkel in einem Gespräch mit dem „Handelsblatt“ vom 18. September angesprochen hat. Bei entsprechendem Entgegenkommen der Gewerkschaften etwa bei der Arbeitszeitgestaltung könnten gegebenenfalls die Unternehmen auf diese spezielle Kürzung verzichten. Es ist doch völlig klar: Da gibt es auch Alternativen, die unter dem Strich das Ziel erreichen, das wir brauchen, nämlich zu einer Senkung der Lohnne-

benkosten und zu einer Senkung der Kostenbelastung unserer Unternehmen insgesamt zu kommen, damit sie wieder wettbewerbsfähig werden. An diesem Ziel kann ja wohl niemand vorbeiwollen.

Wenn ich es richtig verstanden habe, kam zu Beginn des Jahres 1996 auch in der Kanzlerrunde, in der die Gewerkschaften mit dageigewesen sind, die klare Aussage von allen Beteiligten, man müsse von dieser Kostenbelastung herunterkommen.

Deswegen kann man auch nicht hinstehen – das kann ich auch nicht nachvollziehen – und den Eindruck erwecken, als ob jetzt die Bundesregierung und die Landesregierung, als ob wir gemeinsam hier die Schlimmsten wären, die es auf der Welt gibt, einen radikalen Sozialabbau vornähmen. Man muß sich in einer solchen Diskussion auch ein bißchen außerhalb des eigenen Landes umtun, und da ist es nun mal so, daß mittlerweile alle anderen Länder ganz selbstverständlich den Hebel an dieser Stelle angesetzt haben. Die Niederlande haben seit 1996 die Lohnfortzahlung reformiert; seither müssen Arbeitgeber im Krankheitsfall 70 % des Gehalts zwölf Monate lang allein tragen. Das sind die Niederlande.

Schweden – es wird ja wohl niemand hergehen und sagen, Schweden sei nun ein ganz schlimmes, stockkonservatives und ultrakapitalistisches Land – hat den vollen Lohnausgleich 1993 abgeschafft und Karenztage eingeführt.

In Italien werden bis zum 21. Krankheitstag 50 % gezahlt. Der Krankenstand liegt bei 3,9 %.

Irland hat keinen gesetzlichen Anspruch auf Lohnfortzahlung, Spanien Karenztage, Frankreich keine einheitliche Regelung. In Großbritannien richtet sich die Lohnfortzahlung nicht nach dem Verdienst.

Überall ist der Krankenstand deutlich geringer als bei uns. Die europäischen Länder, die an das Thema Lohnfortzahlung im Krankheitsfall herangegangen sind, sind in weiten Teilen auch sozialdemokratisch oder sozialistisch regierte Länder. Das heißt, die Umstellung, um im internationalen Wettbewerb dabeisein zu können, hat überall stattgefunden, ist überall eingeleitet worden. Bei uns kommt sie nicht voran. Dann steht man hin und fragt: Warum haben die Betriebe bei uns nach wie vor Wettbewerbsnachteile? Warum gibt es hier keine besseren Rahmenbedingungen zur Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen?

Wir wollen die Rahmenbedingungen endlich so verändern, daß unsere Betriebe und Unternehmen im internationalen Vergleich wieder mithalten können.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Drautz FDP/DVP: Sehr richtig!)

Dazu gehört neben diesen genannten Maßnahmen auch das Thema der Steuerreform. Ich bekomme überhaupt nicht auf die Reihe, daß man dann meint, man müßte an verschiedenen Stellen noch etwas oben draufsatteln. Wenn wir wissen, daß 4 % der Steuerzahler 37 % der Gesamtsteuerlast aufbringen, dann frage ich Sie wirklich: Was wollen Sie denn denen noch oben draufsatteln?

(Beifall bei der FDP/DVP – Lachen bei der SPD)

(Minister Dr. Döring)

Was wollen Sie denen denn noch zusätzlich zumuten, meine Damen und Herren? Was soll denn da noch draufkommen, damit man vollends davonläuft?

(Beifall bei der FDP/DVP)

Das sind ja Dinge, die man einmal ganz nüchtern sehen muß. Sie haben Beispiele genug, wie es um uns herum in der Welt zu drastischen Veränderungen gekommen ist, und zwar mit positiven Auswirkungen. Sie alle haben den „Spiegel“-Artikel über Neuseeland gelesen. Wenn es in Ihren Reihen Leute gibt, die in Debatten mit Mexiko argumentieren, kann man auch einmal Neuseeland als Diskussionsbeitrag bringen. Dort gab es entscheidende Veränderungen. Dort hat sich die Arbeitslosigkeit halbiert, und die Staatsverschuldung ist heruntergegangen, und zwar durch Maßnahmen, die wir seit Jahr und Tag predigen: mehr Flexibilisierung, Steuern radikal herunter, Privatisierung. Das sind die Mosaiksteine, die wir brauchen, um endlich zu einer Verbesserung der Situation zu kommen.

Ich kann nur sagen: Hören Sie auf mit Ihrer Blockadepolitik im Bundesrat!

(Lachen des Abg. Birzele SPD – Abg. Birzele SPD:  
Wie ist es beim Kindergeld?)

Bringen Sie uns insgesamt ein Stück voran, damit wir wieder bessere Rahmenbedingungen haben, damit das Thema Nummer eins „Arbeitsplätze in Deutschland schaffen“ endlich eine Chance hat und von Ihnen nicht länger blockiert wird.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg.  
Weimer SPD: Mein Gott!)

**Präsident Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Maurer.

**Abg. Maurer SPD:** Herr Kollege Döring, Ihre Botschaft an die CDU zum Thema Mineralölsteuer habe ich gehört. Ich fürchte nur: Sie sind in dieser Frage ähnlich durchsetzungsfähig wie in anderen Fragen auch. Ich fürchte das.

(Abg. Weimer SPD: So ist es! – Minister Dr.  
Döring: Haben Sie es nicht größer?)

– Wir haben das ja oft genug erlebt.

(Minister Dr. Döring: Wo denn? Solidarität! Steuer-  
senkung!)

Aber jetzt dazu, daß Sie ja in Wirklichkeit das Thema verfehlt haben.

(Abg. Wieser CDU: Grüß Gott, Herr Oberlehrer! –  
Abg. Haas CDU: Und Sie haben noch gar nicht  
zum Thema gesprochen!)

Herr Kurz, von wegen Klassenkampf. Wofür ich geredet habe, das ist die Aufrechterhaltung von Sozialpartnerschaft, die Zusammenarbeit in den Unternehmen, die Aufrechterhaltung einer Unternehmenskultur, die überhaupt erst die notwendige Flexibilisierung ermöglicht hat. Dafür habe ich geredet.

(Beifall bei der SPD)

Was Sie angerichtet haben, das ist in der Tat Klassenkampf. Sie machen Klassenkampf von oben und zerstören diese Kultur der Sozialpartnerschaft. Das ist die Situation.

(Beifall bei der SPD – Abg. Hans-Michael Bender  
CDU: Unsinn!)

Ich sage Ihnen, weswegen ich wirklich große Sorge habe. Wenn Sie, angetrieben von Ihrem Koalitionspartner, mit dieser Linie fortfahren, dann werden Sie in Deutschland am Ende in der Tat Klassenkämpfe bekommen. Das sage ich Ihnen voraus. Ich hoffe, da genügt Ihnen in diesen Tagen ein kleiner Blick in die Französische Republik. Dort ist das in vollem Gang.

(Abg. Wieser CDU: Nach 14 Jahren sozialistischer  
Regierung!)

Ich kann Sie nur warnen, zu glauben, jetzt sei die Zeit der Ellbogengesellschaft angesagt.

(Abg. Kluck FDP/DVP: So ein Unfug!)

– Da schreit der Richtige. Sie kriegen auch glasige Augen, nicht nur der Kollege Kiel.

(Zuruf des Abg. Drautz FDP/DVP)

Ich kann Sie nur davor warnen.

(Abg. Wieser CDU: Wir sind doch nicht in Sontho-  
fen!)

Herr Wirtschaftsminister, Sie haben es ja selber zitiert. Es bringt überhaupt nichts, in dieser wirtschaftlichen Situation alle Unternehmen und alle Branchen über einen Leisten zu schlagen. Es gibt Unternehmen im Maschinenbau, die einen enormen Kapitalverzehr hatten und jetzt um ihre Existenz ringen. In anderen Bereichen gibt es Unternehmen, die vor Kraft und Gewinnen kaum laufen können. Der deutsche Aktienindex steigt parallel zur Kurve der Arbeitslosigkeit. Das ist doch kein Ausweis von wirtschaftlicher Schwäche der deutschen Unternehmen insgesamt.

Deswegen geht es in der Tat um die Frage, wie Sie zu flexiblen Antworten auf diese Situation kommen, die den einzelnen Unternehmen gerecht werden. Diese findet man aber nur in Zusammenarbeit und im Konsens mit den Gewerkschaften, mit den Betriebsräten und mit den Belegschaften. Wer das zerstört, wie Sie es machen, der beseitigt die Hauptvoraussetzung dafür, daß er überhaupt flexible, den Unternehmen gerecht werdende Antworten in dieser Situation findet.

(Beifall bei der SPD – Abg. Haas CDU: Das Pro-  
blem haben Sie immer noch nicht erwähnt: die Ar-  
beitslosigkeit!)

Wenn es nicht gelingt, die Tarifautonomie und Tarifverträge als Vereinbarungen von Mindestbedingungen und des Rahmens, innerhalb dessen sich Entwicklungen vollziehen – das Ganze läuft ja nach dem Motto: Ellbogen für jeden, und rette sich, wer kann –, zu erhalten, dann wird das Land in chaotische Situationen versetzt. Die Situation ist jetzt schon außerordentlich ernst.

(Abg. Haas CDU: Oje, oje!)

(Maurer)

Herr Kollege Döring,

(Minister Dr. Döring: Ich komme gleich noch mal!)

das war eine schöne Diskussion, sehr spannend. Sie haben Porsche gelobt. Diesem Lob schließe ich mich ausdrücklich an. Auch ich lobe Porsche, weil dort nämlich nicht dieser Mist gemacht worden ist, den Sie nahegelegt haben.

(Beifall bei der SPD)

Das ist ein hervorragendes Beispiel, weil die dort Ihren Kampfaufrufen in dieser Situation nicht gefolgt sind und weil sie sich die Unternehmenskultur bewahrt haben.

(Lachen des Ministers Dr. Döring)

Herr Kollege Döring, Sie haben von den Lohnnebenkosten gesprochen. Sehr schön. Wer bietet denn in Deutschland seit Jahren wie saures Bier an, durch Herausnahme der versicherungsfremden Leistungen endlich die Lohnnebenkosten zu senken

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten des Bündnisses 90/Die Grünen)

– wer macht das? Wir machen das! – und gleichzeitig natürlich die Nettolöhne ein bißchen zu verbessern? Die Leute brechen ja unter den immer mehr steigenden Abgaben zusammen. Das wäre also im Interesse des Faktors Arbeit, der Unternehmen und der Beschäftigten.

(Abg. Wieser CDU: Achtung! Jetzt kommen die Vorschläge! – Heiterkeit und Beifall bei der FDP/DVP)

– Nein, Herr Kollege Wieser, wir bieten Ihnen das seit Jahren an. Wir haben Ihnen angeboten, auf der Basis der Vorschläge der Bareis-Kommission, die Sie selber eingesetzt haben, deren Ergebnisse Sie aber anschließend in den Papierkorb geworfen haben, Steuerreformen in Deutschland zu vereinbaren. Wir haben Ihnen in der Tat angeboten, die versicherungsfremden Leistungen herauszunehmen und sie im Staatshaushalt über eine ökologische Steuerreform zu refinanzieren. Jawohl. Dabei sind wir sogar der Idee nahegetreten – da müßten Sie von der FDP doch begeistert sein –, eine ökologische Steuerreform beispielsweise auch durch eine ökologische Differenzierung der Mehrwertsteuer durchzuführen. Das liegt alles auf dem Tisch.

(Abg. Weimer SPD: So ist es!)

Nur, Herr Kollege Wieser, Sie und Ihre Partei, Herr Kollege Döring, haben die Kosten der deutschen Einheit in einer unverantwortlichen Weise in die Lohnnebenkosten hineingedrückt. Sie haben die Lohnnebenkosten erhöht.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten des Bündnisses 90/Die Grünen)

Sie reißen ein Finanzloch nach dem anderen auf, und Sie tragen das einseitig immer auf dem Rücken des Faktors Arbeit aus. Wir sind auf dem Marsch in den Lohnsteuerstaat. All diejenigen, die arbeiten, und all diejenigen, die Menschen beschäftigen, sind die Dummen in dem Land. Wer Geld verleiht und nur Kontoauszüge liest, ist auf der siche-

ren Seite. Das ist die Klientelpolitik, die Ihre Partei, Herr Kollege Döring, betreibt.

(Beifall bei der SPD – Abg. Weimer SPD: So ist es!  
– Abg. Drautz FDP/DVP: Billige Polemik!)

– Nein, nein.

In den Vereinigten Staaten von Amerika sind die Vermögensteuern viermal so hoch wie in Deutschland. Allerdings werden in den Vereinigten Staaten von Amerika die Reinvestition von Gewinnen, die Reinvestition in Arbeit, Pioniergeist und Risikokapital in der Tat sehr begünstigt. Bei uns ist es genau umgekehrt. In dieser Situation bauen Sie auch noch einen Popanz auf und senken die Vermögensteuer, ohne eine Refinanzierung zu haben. Wenn Sie schließlich feststellen, daß Ihnen das Geld ausgeht, sammeln Sie Ihre Wahlplakate wieder ein und erhöhen die Mineralölsteuer. Sie taumeln hilflos von einer Lücke zur anderen. Sie haben kein Konzept, obwohl es höchste Zeit wäre, sich darüber zu verabreden.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten des Bündnisses 90/Die Grünen)

Deswegen sage ich Ihnen: Wir sind für Flexibilität, wir sind für ein Miteinander mit den Belegschaften und den Betriebsräten, wir sind gegen Klassenkampf von oben, wir sind für Pioniergeist. Aber wir sind dagegen, daß es immer ungerechter wird und die Familien immer stärker belastet werden. Wir sind stolz darauf, daß wir durch Blockade die Kindergelderhöhung durchgedrückt haben. Wir sind stolz auf unsere Blockademehrheit, weil sie zugunsten der Familien war.

(Beifall bei der SPD – Abg. Wieser CDU: Euer Programm ist Blockade!)

**Präsident Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Oettinger.

(Abg. Weimer SPD: Den Satz von vor 14 Tagen revidieren, bitte!)

**Abg. Oettinger** CDU: Herr Präsident, meine verehrten Damen und Herren! Die CDU hat keinen Nachholbedarf, wenn es darum geht, den Dialog in der Gesellschaft für wichtig zu finden.

(Zurufe von der SPD, u. a. Abg. Zeller: Doch, hat sie!)

Herr Kollege Maurer, wenn irgendwo in Europa zwischen den Gruppen kein Dialog erfolgreich aufgebaut worden ist, dann doch wohl dort, wo Sozialismus pur herrschte.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Oh-Rufe von der SPD)

Ludwig Erhard und Hans Katzer stehen dafür, daß in Deutschland Mitwirkung und Mitbestimmung zu einer tragenden Säule von funktionierenden Unternehmen geworden sind.

(Abg. Dr. Hildebrandt Bündnis 90/Die Grünen: Wohlstand für alle!)

(Oettinger)

Deswegen sind wir auch bereit, und zwar gerade in der Gegenwart und in der nahen Zukunft, die Konsenslösung zu unterstützen, und schlagen ausdrücklich den Dialog zwischen den Gruppen vor.

(Zuruf des Abg. Weimer SPD)

Mir scheint nur, daß da mancher Betriebsrat weiter ist als manche Gewerkschaft,

(Beifall des Abg. Haasis CDU – Zurufe der Abg. Walter und Kuhn Bündnis 90/Die Grünen)

und mir scheint, daß mancher Sozialdemokrat weiter ist als Sie.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Deswegen muß deutlich gesagt werden: Dort, wo Sie im Betrieb konkret den Umbau anbieten, dort, wo Sie die Strukturen im Einvernehmen zu ändern bereit sind, machen wir mit.

(Zuruf des Abg. Birzele SPD)

Aber die Blockade der IG Metall und der SPD Lafontaines ist doch in Wahrheit dafür verantwortlich, daß wir manche Probleme eben auch im Konflikt lösen müssen.

Damit klar ist: Wenn Sie nicht zu Dialog und Konsens bereit sind, werden wir Mehrheiten suchen, um den Umbau für mehr Beschäftigung in Deutschland notfalls auch gegen Sie hinzubekommen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Sapperlot!)

Herr Schrempp gehört doch nicht der CDU an.

(Zuruf der Abg. Birgit Kipfer SPD)

Ich habe den festen Eindruck, daß Daimler-Benz mit Reuter und Schrempp an der Spitze eher bei Ihnen verortet ist.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Lachen bei Abgeordneten der SPD)

Sie waren doch in guten Zeiten auch immer stolz darauf, beide als Podiumsteilnehmer bei sozialdemokratischen Veranstaltungen zu haben.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Deswegen kann ich nur sagen: Das Gebaren des Vorstands von Daimler-Benz hier dem bürgerlichen Lager oder gar der FDP in die Schuhe zu schieben ist mehr als schäbiges Ablenken und zieht hier nicht.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und Beifall bei der FDP/DVP – Glocke des Präsidenten)

**Präsident Straub:** Herr Abg. Oettinger, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

**Abg. Oettinger** CDU: Im Augenblick nicht.

Und dann die Wehleidigkeit der Fraktion der Grünen. Wenn die Debatte, die wir heute führen, in der wir im Grunde genommen beklagen, was alles nicht geht, und Einzelfälle hochspielen, die so nicht stimmen, von europäischen Nachbarn betrachtet wird, dann wird jeder europäische Betrachter nur sagen: Diesen Deutschen ist in ihrer Krise nicht zu helfen.

(Beifall des Abg. Haasis CDU)

Wir haben noch gar nicht begriffen, daß das, was wir derzeit umbauen, erst der Anfang ist, um konkurrenzfähig werden zu können. Deswegen muß deutlich werden: Konsens ja; aber Konsens kann nicht heißen, daß alles, was besteht, bleiben muß

(Abg. Haasis CDU: So ist es!)

und daß mit den Lohnnebenkosten ein Popanz aufgebaut werden kann.

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Fragen Sie mal den Mittelstand nach den Lohnnebenkosten!)

– Das mache ich jeden Tag, Kollege Kuhn.

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Dann würden Sie nicht mehr so daherreden!)

Wissen Sie, wenn ich durch Ihre Reihen schaue, dann sehe ich nichts von Mittelstand. Da sehe ich Lehrer, Hochschullehrer, Professoren, alles sympathische Kollegen, aber der Mittelstand ist in der CDU zu Hause.

(Beifall bei der CDU – Lachen bei der SPD)

Deswegen ist diese Debatte bei uns jeden Tag auf der Tagesordnung, und deswegen machen wir einen Umbau auch im Bereich sozialer Leistungen und Lohnnebenkosten mit. Nur: Gewerbesteuer: Blockade SPD; Vermögenssteuer: Blockade SPD; Haushalt: Lafontaine büxt doch schon längst aus.

(Abg. Birzele SPD: Sie wollen doch keine Vermögenssteuer!)

Im Landtag sind wir uns zwar noch einig, daß neue Schulden kein Weg sind. Aber Lafontaine verkündet öffentlich, daß man endlich aus den Korsettstangen der staatlichen Verschuldung heraus muß.

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Sie haben doch auch gesagt, daß man Neuverschuldung machen muß! Sie haben das doch selber gesagt!)

Er will antizyklisch mit mehr Schulden die Probleme von heute mit der Generation von morgen lösen.

(Beifall bei der CDU)

Deswegen ist meine Bitte: Sagen wir Herrn Schrempp die Meinung, wenn wir ihn treffen, und sagen wir sie nicht in seiner Abwesenheit dem Landtag. Aber sorgen wir im Landtag dafür, daß endlich Mehrheiten im Bundesrat möglich werden für die Reform des Steuerrechts, für die Abschaffung der Gewerbesteuer, für intelligente Veränderungen im Haushalt, und sorgen wir nicht dafür, überall

(Oettinger)

dort, wo Gruppen betroffen sind, diese in den Landtag einzuladen, um ihnen zu versprechen, alles beizubehalten, was da ist, wobei die SPD schon wenige Monate nach ihrer Regierungsarbeit alle Erkenntnisse aus vier Jahren vergessen hat und mit „SPD pur“ im Grunde genommen „Kopf pur in den Sand“ als Politik begreift.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Walter Bündnis 90/Die Grünen: Immer die gleichen Sprüche! Nichts Neues!)

**Präsident Straub:** Das Wort erteile ich Frau Abg. Schlager.

**Abg. Sabine Schlager** Bündnis 90/Die Grünen: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Zunächst zu Ihnen, Herr Döring. Ich bin Ihnen dankbar für die Klarstellung, daß Sie gesagt haben: Nach wie vor werden 30 % des Bruttoinlandsprodukts für soziale Leistungen ausgegeben. Sie haben richtig gesagt: nach wie vor. Das ist der Prozentsatz, den wir uns seit 1970 leisten konnten, und das ist der Prozentsatz, bei dem wir heute nicht sagen können, daß wir einen fetten, unfinanzierbaren, ausgeferten Sozialstaat haben.

Natürlich stimmt es: Die Arbeit ist zu teuer. Aber wer hat denn in den letzten Jahren in die Lohnnebenkosten zum Beispiel die deutsche Einheit und auch noch andere Leistungen hineingepackt? Sie von CDU und FDP hätten doch in Bonn durchaus die Möglichkeit, die Sozialversicherungsbeiträge in der Größenordnung von sechs Prozentpunkten zu senken, wenn Sie darangehen würden, die versicherungsfremden Leistungen mit Steuern zu finanzieren. Herr Maurer hat ja gesagt: Die Vorschläge liegen seit Jahren auf dem Tisch.

Für uns, Herr Oettinger, sind die Lohnnebenkosten kein Popanz, der hier aufgebaut ist. Es ist in der Tat ein Problem für die mittelständische Wirtschaft hier in Baden-Württemberg, daß die Arbeit zu teuer ist. Aber es gibt zwei Möglichkeiten, Arbeit billiger zu machen und die Lohnnebenkosten zu senken. Ich kann zum einen den Beschäftigten weniger geben, weniger soziale Leistungen, weniger Löhne, oder ich kann zum anderen die Lohnnebenkosten senken, aber nicht, indem ich soziale Leistungen reduziere, sondern indem ich das über Ökosteuern finanziere.

(Abg. Fleischer CDU: Rechnen Sie es mal aus! – Abg. Hans-Michael Bender CDU: Zauberwort Ökosteuer!)

Ich will noch einen anderen Aspekt ansprechen. Auch wenn es uns gelingt, die Arbeit billiger zu machen – hier stoßen wir natürlich an Grenzen, denn wir brauchen auch in unserer Wirtschaft nach wie vor eine starke Inlandsnachfrage –, werden wir international nie die Billigsten sein. Es muß hier in Baden-Württemberg unsere Aufgabe sein, dafür zu sorgen, daß wir mit unseren Produkten konkurrenzfähig sind und daß wir die richtigen Produkte haben, nämlich diejenigen, die auf dem Weltmarkt nachgefragt werden.

Herr Döring, als Sie in Amerika waren, haben Sie uns aus Alabama wissen lassen, daß es auf den ausländischen Märkten vor allen Dingen ein Interesse an den Umwelttechnologien gibt. Wenn Sie aber wollen, daß wir unsere Spitzenstellung, die wir hier nach wie vor haben, nicht weiter verlieren, müssen Sie schauen, daß die Produkte hier nicht nur

erforscht werden, sondern daß sie auch auf den Markt kommen und daß es hier weiterhin eine Nachfrage für solche Produkte gibt.

(Abg. Drautz FDP/DVP: Deshalb müssen die Rahmenbedingungen stimmen!)

– Ja, natürlich. Weltweit haben wir aber nur Referenzen, wenn die Produkte hier produziert und angewendet werden. Deswegen brauchen wir hier – soweit zum Stichwort Deregulierung – auch die so verhaßten Umweltstandards. Die Umweltstandards sind nämlich dann ein Motor dafür, daß hier die richtigen Produkte entwickelt werden, die Sie dann in Amerika vermarkten können. Das wäre mein Vorschlag für ein Marketingkonzept, Herr Döring, von dem Sie sagen, Sie hätten es für die Wirtschaft von Baden-Württemberg noch nicht.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

**Präsident Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Noll.

**Abg. Dr. Noll** FDP/DVP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wenn man den bisherigen Verlauf der Debatte verfolgt, muß man wirklich sagen: Hier werden Popanze aufgebaut. Ein Popanz, der hier aufgebaut wird, ist der Popanz vom radikalen Sozialabbau. Da muß ich einmal fragen, was die Fakten sind.

Bei diesen Beispielrechnungen wird so gerne verschwiegen, wenn es immer um das Geld geht, das den Kranken abgezogen werden soll – das muß immer wieder herausgehoben werden –, daß ein Ausgleich durch Urlaubstage möglich ist. Wir wissen aus der statistischen Erhebung – Frau Schlager hat es gesagt –, daß es in der Regel – so die große Mehrzahl der Krankheitsverläufe – um eine bis zwei Wochen geht. Das heißt, daß wir im Grunde genommen hier davon reden, ob wir es für zumutbar halten, einen oder zwei Tage vom Urlaubsanspruch abzugeben; das angesichts der Tatsache, daß wir gerade in der Disziplin, wer die meisten Urlaubstage in der Welt hat, zu den Weltmeistern gehören.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Ich meine, daß es selbst für den schlimmsten Fall zumutbar ist – das wissen viele draußen auch nicht, Sie wissen es –, daß maximal sechs Urlaubstage, also eine Woche, betroffen sind.

Nun sind sich ja alle über alle Parteigrenzen hinweg einig, daß die Arbeitsplatz- und die Lohnzusatzkosten gesenkt werden müssen. Aber immer dann, wenn es darum geht, konkrete Maßnahmen zu ergreifen, wird von Ihrer Seite blockiert.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Birzele SPD: Das ist doch gar nicht wahr! Senken Sie doch die versicherungsfremden Leistungen! Das ist viel wichtiger!)

– Ich komme gleich zu Ihren versicherungsfremden Leistungen.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Sieben Prozentpunkte Mehrwertsteuererhöhung!)

(Dr. Noll)

Ich möchte nur einmal an das Problem der Gesundheitsstrukturgesetzreform erinnern. Auch da fällt es der Koalition unheimlich schwer, ein Gesamtpaket zu schnüren. Wir müssen uns darauf beschränken, in den Bereichen, in denen Gesetzesänderungen nicht zustimmungspflichtig sind, einen Schritt voranzukommen. Auch in diesem Fall blockiert die SPD.

Die beste Möglichkeit der Bekämpfung von Mißbrauch bei Sozialleistungen ist nach meinem Dafürhalten nach wie vor, daß die Menschen es am eigenen Geldbeutel spüren. Das wurde hier schon mehrfach betont. In all den Ländern, in denen man darangegangen ist, die Lohnfortzahlung zurückzuführen, hat sich ein drastischer Abbau der Fehlzeiten in den Betrieben gezeigt. Warum soll das bei uns anders sein?

Nun zu den Vorschlägen, die immer gemacht werden. Alle Ihre Vorschläge laufen doch darauf hinaus, daß man im Grunde genommen versucht, die Einnahmen über Beitragsbemessungsgrenzen, über eine Finanzierung des Gesundheitswesens aus Steuermitteln, sei es aus ökologischen Steuern, aus sonstigen oder aus der Mehrwertsteuer, zu erhöhen. Das ist genau der falsche Ansatz. Wir müssen in den Systemen Anreize zur Sparsamkeit finden. Da ist die Reduzierung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall um 20 % durchaus ein Anreiz, damit die Menschen sich wirklich überlegen, ob sie möglicherweise doch in den Betrieb gehen können.

(Abg. Birzele SPD: Aber ist es gerecht, daß Versicherte Leistungen bezahlen müssen, die sie gar nicht verursacht haben, für die sie keine Verantwortung haben?)

– Herr Birzele, Sie haben das Prinzip der Umlagefinanzierung offenbar nicht verstanden.

(Zuruf des Abg. Birzele SPD)

Ich möchte nun auch etwas Positives zu Ihnen sagen. Es gibt aus Ihren Reihen auch Vorschläge, die ich begrüße, zum Beispiel den Vorschlag, in den Betrieben durch vorbeugenden Gesundheitsschutz oder durch die zitierten Anwesenheitsprogramme dafür zu sorgen, daß weniger Krankenstand zustande kommt. Selbstverständlich sind das richtige Ansätze. Das heißt aber, das eine zu tun, das andere jedoch nicht zu lassen.

(Zuruf des Abg. Birzele SPD)

Die Anreize zur Sparsamkeit müssen meiner Meinung nach dasein.

Ein Lieblingsthema von Ihnen ist ja immer die Kontrolle von Mißbrauch. Da schiebt man unter Umständen den Ärzten den Schwarzen Peter zu. Man unterstellt, sie würden zu viel krank schreiben.

(Zuruf des Abg. Birzele SPD)

Aber ich sage Ihnen: Über einen überzogenen Kontrollstaat werden wir das nicht in den Griff bekommen, sondern nur durch Anreize zu mehr Sparsamkeit im System.

(Glocke des Präsidenten)

**Präsident Straub:** Herr Abg. Dr. Noll – –

**Abg. Dr. Noll FDP/DVP:** Einen ganz kleinen Moment, ich lasse die Zwischenfrage gleich zu.

Zum Thema „Kontrolle und Sozialmißbrauch“ möchte ich der SPD einfach sagen: Gucken Sie einmal bei Ihren Kollegen in Nordrhein-Westfalen, daß dort die Leute, die neben den Diäten Arbeitslosengeld beziehen, sich einmal überlegen, ob das nicht auch Sozialmißbrauch ist.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Jetzt bitte.

**Präsident Straub:** Herr Abg. Nagel, Ihre Zwischenfrage ist zugelassen.

(Abg. Weimer SPD: Es ist ausgesprochen primitiv, was Sie machen! Wenn Sie immer so primitiv sind, bleiben Sie zu Hause! – Zuruf des Abg. Birzele SPD)

**Abg. Nagel SPD:** Herr Kollege, nachdem Sie jetzt der SPD attestiert haben, daß Sie es für richtig finden, daß zum Beispiel die Gesundheitsvorsorge in den Betrieben intensiviert werden soll, frage ich Sie: Ist Ihnen bekannt, daß Ihr Koalitionspartner, der Gesundheitsminister Seehofer, gerade wegen dieser Sache die Krankenkassen jetzt an die kurze Leine nehmen und sie dafür bestrafen will, daß Prävention stattfindet, und daß er sie praktisch mit Eingriffen des Staates und der Regierung bedroht, wenn sie diese Prävention betreiben?

(Zuruf des Abg. Kluck FDP/DVP)

**Abg. Dr. Noll FDP/DVP:** Hier bauen Sie genauso wieder den Popanz auf, daß man das alles radikal weghaben will.

(Zuruf des Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen)

Sie wissen ganz genau, daß die Maßnahmen, die zum Beispiel im Rahmen der Anschlußrehabilitation oder ähnlichem vorgesehen sind, nicht betroffen sind. Betroffen sind -- und dazu stehen wir von der Koalition auch -- aber überzogene Marketing-Maßnahmen, die unter dem Titel Prävention laufen und die Kosten für die Solidargemeinschaft weiterhin in die Höhe treiben.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Birgitt Bender Bündnis 90/Die Grünen: Jetzt sagen Sie einmal etwas zur Gesundheitsförderung! – Zuruf des Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen)

Ich möchte abschließend etwas zu dem Thema „Kürzung der Gelder für Abgeordnete und Minister“ sagen. Damit habe ich überhaupt kein Problem. Als Selbständiger ist man nämlich nicht gewohnt, über 100 % oder 80 % Lohnfortzahlung zu diskutieren. Die meisten Selbständigen in diesem Land haben nämlich null Lohnfortzahlung. Bei denen laufen sogar die Kosten weiter, solange sie krank sind.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

(Dr. Noll)

Da kann man dieses weinerliche Gerede von Sozialabbau und Demontage des Sozialstaats, wenn es um einen oder zwei Urlaubstage im Jahr geht, überhaupt nicht mehr hören.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Glocke des Präsidenten)

**Präsident Straub:** Herr Abg. Dr. Noll, gestatten Sie noch eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Müller?

**Abg. Dr. Noll** FDP/DVP: Ich möchte jetzt eigentlich zum Schluß kommen.

(Zurufe von der SPD: Aha!)

Mein Fazit: Ihre Debatte dreht sich ja um die Auswirkungen auf den Standort Baden-Württemberg. Dazu sage ich: Diese Reduktion der Lohnfortzahlung bzw. der Ausgleich über Urlaubstage ist ein erster kleiner Schritt in die richtige Richtung, um den Standort Deutschland und den Standort Baden-Württemberg wettbewerbsfähig zu halten. Damit betreiben wir Klientelpolitik, jawohl, aber Klientelpolitik für diejenigen, die Arbeitsplätze suchen. Wir sorgen dafür, daß die Arbeitsplätze nicht weiterhin abwandern.

(Abg. Weimer SPD: Mir kommen die Tränen!)

Ich rufe Sie dazu auf, an diesem Ziel mitzuarbeiten. Nehmen Sie sich etwa ein Beispiel an Schweden, wo so etwas im Konsens mit den Gewerkschaften möglich war. Daran sollten Sie sich ein Beispiel nehmen.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

**Präsident Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Krisch.

**Abg. Krisch** REP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es ist immer interessant, zu verfolgen, welche Zwischenrufe bei einer Rede in diesem Plenum gemacht werden. Als ich den ersten Teil meiner Rede brachte, war mir eigentlich bewußt: Ein großer Teil der hier Anwesenden kann sich nicht vorstellen, daß Sozialpolitik ohne Wirtschaftspolitik, ohne Finanzpolitik und ohne Europapolitik nicht sinnvoll durchführbar ist. Das entnehme ich Ihren Zwischenrufen.

Nehmen wir die Wirtschaftspolitik. Seit 1992 haben wir in Deutschland 400 000 Arbeitsplätze verloren. Über 150 Milliarden DM wurden im Ausland investiert, anstatt daß hier Arbeitsplätze geschaffen worden wären. Unser Exportüberschuß in die Länder der Europäischen Union ist seit 1992 um 50 % zurückgegangen. Nicht der absolute Export ist für unsere Arbeitsplätze wichtig, sondern der Exportüberschuß. Die Zahlungen an die EU sind in der gleichen Zeit auf das Doppelte gestiegen, und sie werden weiter steigen.

Der SPD-Bürgermeister Becker sagte schon vor ein paar Jahren, daß die Sozialleistungen für Asylbewerber über 35 Milliarden DM im Jahr betragen.

(Abg. Birzele SPD: Und wenn Sie es zwanzigmal wiederholen, ist es vierzigmal falsch!)

Wenn ich das alles nicht berücksichtige, dann ist es Heuchelei, hier von seiten der SPD, Herr Kollege Birzele, über die

Kürzung der Lohnfortzahlung zu reden, als ob sie heute noch wirklich die Partei der Arbeitnehmer wäre.

(Abg. Weimer SPD: Aber Sie? Da lachen ja die Hühner!)

Der VdK hatte am 13. Februar seinen Verbandstag. Dem Ministerpräsidenten wurde dort in schon peinlicher Weise vom Vorsitzenden, von Herrn Hirrlinger, vorgeführt, wie falsch die Einstellung unseres Ministerpräsidenten ist, der dort sagte, der Verlust an Arbeitsplätzen und die Verluste an Steuergeldern seien für die Politik nicht vorhersehbar gewesen. Das war die Aussage des Ministerpräsidenten. Wer solche Denkweisen hat und solche Ansichten vertritt, der kann keine vernünftige Sozialpolitik machen.

(Beifall bei den Republikanern)

Herr Kollege Maurer, Sie scheinen Angst vor Republikanern zu haben. Jedesmal wenn ein Republikaner am Rednerpult steht, verschwindet Maurer. Das ist schon sehr interessant.

(Zuruf des Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen – Unruhe)

Herr Kollege Maurer – Sie hören mich sicher –, die Proteste der französischen Arbeitnehmer, die Sie vorhin als Menetekel in den Raum stellten als das, was in Deutschland auf uns zukommen wird, sind eine direkte Reaktion auf extreme Kürzungen im Sozialetat und von Sozialleistungen. Wie in Deutschland, so ist auch die französische Regierung gezwungen, diese Kürzungen vorzunehmen, um die Einführung des Euro-Gelds überhaupt zu ermöglichen. Hier sind die Zusammenhänge. Wir können das nicht oft genug wiederholen. Vielleicht geht es irgendwann doch in Ihre Köpfe rein.

(Beifall bei den Republikanern)

**Präsident Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Wirtschaftsminister Dr. Döring.

(Zurufe: Schon wieder! – Zuruf des Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen)

**Wirtschaftsminister Dr. Döring:** Herr Kuhn, wenn Herr Maurer mich vorhin nicht so maßlos aufgeregt hätte, wäre ich gar nicht noch einmal ans Rednerpult gekommen. Aber die Ausführungen von Herrn Maurer in der zweiten Runde haben eindeutig gezeigt: Wenn einer in diesem Haus keinen Konsens will, dann ist es Herr Maurer.

(Abg. Weimer SPD: Wieso das? Das ist eine Unterstellung!)

Er will den Konsens überhaupt nicht.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Ich habe vorhin in aller Deutlichkeit gesagt, daß ich die Tarifautonomie nicht antasten will. Und er sagt darauf: „Ihr greift die Tarifautonomie an.“ Ich habe vorhin in aller Deutlichkeit gesagt, daß die entscheidenden Vorteile, die wir in den letzten Monaten gehabt haben, damit wir hier bei uns Ansiedlungen hinbekommen haben, nur im Konsens mög-

(Minister Dr. Döring)

lich gewesen sind. Und er hat gesagt: „Sie hauen mit dem Ellenbogen alles weg; Sie machen alles platt.“

(Abg. Weimer SPD: Lohnfortzahlung!)

Wer so reinfährt, der braucht sich nicht zu wundern, wenn das Klima ein bißchen verschärft wird. Ich kann das nur als eine Heuchelei ansehen, wenn jemand laufend nach Konsens ruft und sagt, wie das alles aussehen soll, und selber hier dann das platt macht, was an Konsens angeboten wird.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

So kann es nicht gehen.

Sie brauchen – und das ist deutlich geworden – diesen Konflikt, um aus Ihrem Tal herauszufinden.

(Zuruf der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Sie brauchen diesen Konflikt, und deswegen reden Sie ihn händeringend herbei.

Ich will dringend haben, daß wir an die Konsense, die es gegeben hat, anknüpfen können. Ich will mit Ihnen zusammen nach Möglichkeit vermeiden, daß sich das, was sich über zehn Tage bei uns außerordentlich schädlich für die langsam wieder aufkommende Konjunktur vollzogen hat, wiederholt; denn wir können uns bei Gott alles leisten, nur nicht solche Auseinandersetzungen und solche Produktionssperren und nicht weiterzuarbeiten.

Wir haben im ersten Halbjahr 1996 erfreulicherweise 0,9 % Wachstum. Wir liegen damit unter den westlichen Bundesländern an dritter Stelle. Das zeigt: Baden-Württemberg be-rappelt sich und kommt wieder ein Stück weit. Wir haben die Chance, daß wir im zweiten Halbjahr 1996 die Eins vor das Komma bekommen. Wir schaffen das nicht, wenn die Auseinandersetzung in der Weise weitergeführt wird. Deswegen brauchen wir ganz selbstverständlich den Dialog und den Konsens. Ich halte es auch für dringend notwendig, daß von der Politik gesagt wird: Wir tauchen da nicht ab. Wir stehen auch nicht anheizend am Wegesrand, sondern sind offen für den runden Tisch; ich will ihn ausdrücklich haben. Aber da müssen Sie auch ein Stück mitmachen und dürfen nicht mit den Ellbogen alles niedermachen, was als Konsens vorgeschlagen wird.

Ich will einen Konsens haben; wir brauchen ihn für Baden-Württemberg. Deswegen werden wir ihn auch anstreben.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

**Präsident Straub:** Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Damit ist die Aktuelle Debatte beendet.

Ich rufe **Punkt 2** der Tagesordnung auf:

**Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Stellungnahme des Ministeriums für Umwelt und Verkehr – Projekt Stuttgart 21 – Durchführung eines vergleichenden Raumordnungsverfahrens – Drucksache 12/109**

Das Präsidium hat hier folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung des Antrags 5 Minuten, für die Aussprache

gestaffelte Redezeiten bei einer Grundredezeit von 5 Minuten je Fraktion.

Das Wort zur Begründung des Antrags erteile ich Herrn Abg. Kuhn.

**Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wer im Herzen einer Landeshauptstadt einen alten Bahnhof hat, muß etwas tun. Er muß diesen Bahnhof modernisieren.

(Abg. Haas CDU: Vor allem wenn es ein Kopfbahnhof ist!)

Deswegen müssen Konzepte diskutiert werden, wie die Modernisierung am besten geschieht.

(Abg. Brechtken SPD: Das kann man sagen!)

Eine Vision für Stuttgart, die den Namen „Stuttgart 21“ verdient, muß aber mehr sein als das Konzept für einen neuen Bahnhof. „Bahnhof 21“ ist nicht „Stuttgart 21“ und kann nicht „Stuttgart 21“ sein.

Wenn wir für diese Großstadt, für die Hauptstadt dieses Landes wirklich eine Vision für 20 Jahre im voraus diskutieren und planen wollen, brauchen wir die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger und die öffentliche Abwägung von Alternativen. Wenn sich fünf CDU-Größen mit einem Bahnchef zusammentun, ein Video in Auftrag geben und von acht unterirdischen Gleisen für 5 Milliarden DM sprechen, kann dies keine Vision sein, die die Bürgerinnen und Bürger ergreift, weil nicht öffentlich und unter Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger zwischen Alternativen und verschiedenen Möglichkeiten abgewogen worden ist.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Deswegen schlagen wir in unserem Antrag vor, daß in einem vergleichenden Raumordnungsverfahren alle Varianten fair und offen geprüft werden und danach entschieden wird, wie zu verfahren sei. In diesem vergleichenden Raumordnungsverfahren soll der Antragsteller nicht nur darstellen müssen, warum er eine Alternative verwirft, sondern er soll auch mit der gleichen Untersuchungstiefe alle Alternativen tatsächlich fair prüfen müssen.

Die Landesregierung lehnt in der Stellungnahme zu unserem Antrag unseren Vorschlag ab, und das zeigt, daß sie schon festgelegt ist, daß sie die Bürger nicht wirklich beteiligen will und daß 5 Milliarden DM unter die Erde sollen.

Sie wissen, wir haben viele Zweifel und Bedenken gegenüber der offiziellen Variante der Bahn angeführt; ich will sie in der Kürze der Redezeit nicht alle darstellen. Die städtebaulichen Gründe und die ökonomischen Gründe sind bekannt. Ich bin der Meinung, daß auch bestimmte Argumente nicht fair diskutiert wurden.

Der Zeitgewinn durch die Bahnhofsmaßnahme Stuttgart 21 beträgt maximal drei bis vier Minuten. Natürlich wird die Fahrtzeit zwischen Stuttgart und Ulm um über 20 Minuten kürzer; aber ein großer Teil dieses Zeitgewinns geht auf das Konto der Neubaustrecke, die ohnehin, egal, mit welcher Variante, kommen wird.

(Abg. Brechtken SPD: Die Sie durch das Filstal führen wollten!)

(Kuhn)

Zum zweiten müssen Sie sehen, daß der tatsächliche Nahverkehrsnutzen gering ist, Herr Brechtken. Nach den Plänen der Bahn soll Stuttgart 21 4,8 Millionen verlagerte Pkw-Fahrten pro Jahr bringen. 4,8 Millionen klingt im ersten Moment überzeugend; man muß aber sehen, daß der VVS in Stuttgart heute schon 220 Millionen Pkw-Fahrten pro Jahr übernimmt. Das heißt, der Zuwachs ist im Verhältnis zu der Summe, die investiert werden soll, relativ gering.

Man muß sich auch immer die Frage stellen: Werden die Mittel effizient eingesetzt, wird mit den aufgewendeten Mitteln wirklich ein hoher Anteil des Pkw-Verkehrs ersetzbar oder nicht? Ich habe mir einmal die Mühe gemacht, für das Straßenbahnprojekt in Ulm Vergleichszahlen zu errechnen. Dabei bin ich darauf gekommen, daß bei Investitionskosten für die Infrastruktur in Ulm – die Zahlen kommen von Professor Heimerl –

(Abg. Drautz FDP/DVP: Der Erfinder der Heimerl-Trasse!)

von 340 Millionen DM – 340 Millionen DM öffentliche Gelder – 6 Millionen Fahrten pro Jahr substituiert werden können, bei Stuttgart 21 mit 1,1 Milliarden DM aus ÖPNV-Fördermitteln eben 4,8 Millionen. Dieses muß man bei der Abwägung aus Landessicht, aus Sicht derer, die die ÖPNV-Mittel verteilen, auch mitberücksichtigen. Man muß sehen, wie hoch der Wirkungsgrad der Investition in bezug auf Substitution tatsächlich ist.

(Abg. Schmiedel SPD: Gegen den Ausbau von ÖPNV in Stuttgart! Ich werd' verrückt!)

Meine Damen und Herren, das Thema heute aber ist die Frage des demokratischen Umgangs mit diesem Großprojekt, mit dieser Vision. Ich kann nur sagen: Viele Gruppen aus dem ökologischen Bereich, auch die Architekten, auch wir von den Grünen, haben zahlreiche Alternativen vorgelegt, andere Varianten vorgeschlagen. Ich persönlich empfinde es als ungeheuerlichen Vorgang, wenn ein Verkehrsminister dieses Landes – wie vor zwei Wochen auf einer Tagung zu Stuttgart 21 geschehen – diese Gruppen pauschal diskreditiert, indem er sagt, er lasse sich nicht von 25 Leuten, die lieber mit dem Fahrrad fahren würden, Stuttgart 21 verderben. Hier wird Bürgerengagement, wie man die Stadt und den Bahnhof am besten planen könnte, von einem Verkehrsminister pauschal diskreditiert.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Herr Döring, weil Sie da mit dem Kopf schütteln: Schauen Sie einmal, wie ist das denn mit der Westtrasse bei der Flughafenanbindung von Plieningen gelaufen? Da hat man Bürgerversammlung für Bürgerversammlung den Leuten erzählt: „Nein, das Ding muß durch das Körschtal bei Plieningen, wir können gar nicht direkt hoch und eine Westtrasse machen.“ Dann gab es Widerstand in Plieningen, auch in Hohenheim – die Hohenheimer vom Herrn Minister diskreditiert –, und jetzt plötzlich bringt die Bahn die Westtrasse, kann sie aber nicht mehr ins Raumordnungsverfahren aufnehmen, so daß das Raumordnungsverfahren jetzt mit einer Trasse läuft, die schon lange eine fiktive Trasse ist.

Wissen Sie: Die Bürgerinnen und Bürger muß man ernst nehmen. Ich kann mich nur bei der Bevölkerung da oben

auf den Fildern bedanken, weil die es wirklich durch ihren Widerstand gegen einseitige Planungen geschafft hat, zu erreichen, daß an dieser Stelle, wenn ich es richtig sehe, eine Fehlplanung korrigiert werden kann.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich kann nicht mehr verstehen, Herr Döring, daß wir nach 10, 15 Jahren Auseinandersetzung um die Frage, wie Großprojekte in diesem Land geplant werden, noch immer die Planungskultur haben, daß Großprojekte erdacht werden, meistens von der Regierung, und dann der Bevölkerung nach dem Muster alternativlos präsentiert werden: „Bist du nicht für dieses Großprojekt, dann bist du ein Feind des Vaterlands, des Wirtschaftsstandorts“, wie auch immer. Die jeweilige sprachliche Phrase können Sie da einsetzen.

Ich finde, daß wir endlich einen Schritt weiterkommen müssen. Ich will Ihnen sagen, Herr Brechtken: Ich bin nicht dagegen, daß man in Stuttgart ein Großprojekt im verkehrlichen Bereich mit dem Ziel realisiert, mehr Verkehr auf die Schiene zu bringen. Aber ich will – da kann ich für viele Bürger dieses Landes sprechen –, daß mit Alternativen geprüft wird, was der richtige Weg ist. Herr Brechtken, da reicht es nicht, wie Sie es jetzt machen, zu sagen, wir brauchen mehr Bürgerbeteiligung. Wenn Herr Brechtken dran wäre, sollten die Bürger gehört werden. Aber gleichzeitig sagt die SPD im Regionalparlament, im Gemeinderat – Herr Kußmaul –, wo auch immer, es gebe keine Alternative zur Untertunnelung des Stuttgarter Bahnhofs.

(Zurufe von der SPD, u. a. der Abg. Birgit Kipfer und Schmiedel)

Da wird die Demokratie, die demokratische Beteiligung, die Sie vorhaben, zu einer randständigen Veranstaltung, nämlich zu der Frage, wie herum man die Klötzchen der SüdwestLB und andere Klötzchen denn halten kann.

Ich kann nur sagen: Wenn ich mir das Geschrei des Herrn Verkehrsministers aus der vorletzten Woche anhöre, so blitzt da die Angst durch, daß die Alternativen vielleicht doch besser sind, daß die Alternativen den Leuten einleuchten. Da blitzt auch die Angst durch,

(Abg. Drautz FDP/DVP: Der sieht aber nicht so ängstlich aus!)

daß die Stuttgarter CDU mit ihrem OB-Kandidaten vielleicht den Bürgerinnen und Bürgern nicht die erste Wahl präsentiert hat.

(Abg. Birgit Kipfer SPD: Wollen Sie jetzt OB-Kandidat werden?)

Herr Schaufler, ich habe aus dem Tierreich gelernt: So etwas, wie das, was Sie da praktiziert haben, nennt man Angstbeißen.

(Abg. Brechtken SPD: Davon verstehst du ja etwas!)

Aber ich glaube, es wird die Wahrheitsfindung, was die beste Vision für Stuttgart sein wird, nicht fördern.

Ich kann nur sagen: Hören Sie auf, Bürgerinnen und Bürger, die bei Großprojekten nach Alternativen fragen, pauschal zu

(Kuhn)

beschimpfen. Wir von den Grünen und von den Bürgerinitiativen haben doch viel Schaden in den letzten Jahren von diesem Land abgewendet.

(Zuruf von der CDU: Aber auch viel Schaden zugefügt!)

Sie, die CDU, hätten Kehl doch mit Kosten von 600 Millionen DM gebaut und würden jetzt auf fehlenden Auslastungen beim Sondermüll sitzenbleiben. Ich warte schon lange auf den Dankesbrief von Herrn Teufel oder vom Finanzminister dafür, daß wir das Land vor diesem Unsinn bewahrt haben. Und, Herr Schaufler, ich werde mir weiter den Luxus erlauben, stets zu fragen

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen erhebt seinen Zeigefinger. – Abg. Drautz FDP/DVP: Vorsicht mit dem Finger!)

– auf Sie zeigt er ja gar nicht! –, ob es mit dem Mittelsatz von in diesem Fall 5 Milliarden DM nicht bessere und klügere Alternativen geben kann.

Deswegen bitte ich Sie, unserem Begehren beizutreten, ein vergleichendes Raumordnungsverfahren zu beantragen und einzuleiten, wie es die Bahn im übrigen bei der Neubau-  
strecke Karlsruhe – Basel bei Freiburg tatsächlich selbst gemacht hat. Da haben sie nicht soviel Angst, und da geht es. Wer eine Vision für alle Bürger dieses Landes und der Stadt will, der muß fair und offen prüfen und darf nicht so tun, als wäre alles schon im Sack.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

**Präsident Straub:** Das Wort erteile ich Frau Abg. Dr. Gräßle.

**Abg. Dr. Inge Gräßle** CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kuhn, es tut mir leid, daß die Grünen von Stuttgart 21 immer nur Bahnhof verstehen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Seimetz CDU: Die verstehen auch sonst nur Bahnhof!)

Es gibt verschiedene Wege, ein Projekt zu verhindern. Mit dem vorliegenden Antrag haben wir einen neuen, einen subtilen Weg vorliegen, nämlich den Weg der Verhinderung über das Planungsrecht. Nichts anderes ist gemeint: Es ist eine Verzögerungs- und Verhinderungsstrategie;

(Abg. Gerd Scheffold CDU: So ist es!)

denn wenn es Ihnen nur um eine sorgfältige Planung ginge, dann könnte man Sie beruhigen. Ein herkömmliches Raumordnungsverfahren sichert eine gute und sorgfältige Planung mit umfassender Bürgerbeteiligung zu.

(Zuruf des Abg. Walter Bündnis 90/Die Grünen)

Aber eine vergleichende Planung bedeutet eine Verlängerung um den Faktor drei: Aus einem Jahr werden drei Jahre. Damit ist Stuttgart 21 nicht mehr in diesem Jahrhundert zu realisieren.

Die grundsätzliche Offenheit der Verwaltung, dieses Projekt wirklich sorgfältig zu prüfen, ist da. Das zeigt gerade die Westumfahrung, die der Vertreter der Grünen angesprochen

hat. Es täuscht aber nichts darüber hinweg, daß das grundsätzliche Ja zu Stuttgart 21 in diesem Antrag eben wieder nicht enthalten ist, ebenso wie ja auch ansonsten das grundsätzliche Ja fehlt. Die Gemeinderatsfraktion der Grünen ist genauso dagegen wie Ihre Fraktion im Regionalparlament oder auch Ihr Kollege, der OB-Kandidat, der hier in Stuttgart antritt.

(Zurufe der Abg. Schmiedel SPD und Birgitt Bender Bündnis 90/Die Grünen)

Es geht nicht um die Verhinderung von Stuttgart 21, sondern es geht darum, zu Stuttgart 21 zu stehen, und zwar gerade wegen der Vorteile für das ganze Land, gerade wegen der Vorteile für die Hauptstadt, die es, wie wir wissen, nötig hat. Schauen Sie sich den Bahnhof einmal genauer an. Es geht darum, den mittleren Neckarraum vernünftiger anzubinden, und es geht darum, Baden-Württembergs Brückenfunktion zwischen West- und Osteuropa zeitnah zu ermöglichen. Dies wollen wir. Ich beantrage die Überweisung des vorliegenden Antrags an den Ausschuß für Umwelt und Verkehr.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

**Präsident Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Brechtken.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der CDU, u. a.: Ah! Der Kandidat! – Weitere Zurufe – Unruhe)

**Abg. Brechtken** SPD: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich meine, dieses Projekt ist von zentraler Bedeutung nicht nur für Stuttgart und die Region, sondern auch für das gesamte Land Baden-Württemberg. Zuvorderst und in erster Linie geht es darum, daß diese Region mit ihrer Kernstadt in die sich durch die Öffnung nach Osten völlig neu entwickelnden Verkehre eingebunden wird. Da hat sich nämlich etwas fundamental verändert. Es ist für das Land von besonderem Interesse, daß diese Region wirtschaftlich eine Zukunft hat. Wenn sie diese Zukunft nicht hat, wird das auch dem gesamten Land schaden.

(Beifall bei der SPD)

Herr Kollege Kuhn, ich habe ja gar nichts dagegen, daß man dazulernt. Aber verstehen Sie: Es wird immer so scheinchenweise argumentiert. Früher waren Sie und Ihre Fraktion hier im Haus, aber auch in anderen Gremien, noch für die Filstaltrasse und hätten den ICE durch das Filstal fahren lassen. Dann hätten Sie zum Beispiel wiederum den Nahverkehr nicht verbessern können und hätten ganz andere Fahrzeiten gehabt. Mittlerweile sind Sie offensichtlich weiter. Aber Sie sollten nicht immer die einzelnen Punkte herausgreifen und dann von dem Punkt aus rechnen, der Ihnen gerade paßt. Da haben Sie die Entwicklung bisher nämlich nicht richtig gesehen.

Zweiter Punkt: Neben dieser verkehrlichen Frage geht es um eine ökologische Frage.

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Für mich auch!)

(Brechtken)

Ökologisch ist übrigens auch unter dem Aspekt Verkehr zu verstehen. Ich will nicht, daß im Jahr 2010 von Paris nach Wien geflogen wird. Ich will, daß dann die Menschen auf der ICE-Trasse fahren.

(Beifall bei der SPD – Abg. Weimer SPD: Richtig!  
Sehr gut!)

Dann brauche ich auch einen entsprechenden Taktverkehr. Dann brauche ich auch die entsprechenden Anbindungen, und dann muß ich einen Durchgangsbahnhof bauen.

Aber was die Flächen oben angeht, ist es doch eine ökologische Chance, mitten in der Stadt 100 ha der baulichen Nutzung zuzuführen und dafür in der Region 100 ha nicht in Anspruch zu nehmen, dort 3 ha Streuobstwiese, dort 3 ha Felder.

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Ist das eine Absage an das Fildergutachten? Das haben doch Sie als Staatssekretär veranlaßt!)

– Nein. – Stellen Sie eine Zwischenfrage; dann wird es mir nicht angerechnet.

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: So weit kommt's noch!)

– Gut.

Also, dies ist ein ökologischer Ansatz, und ich begreife nicht, daß gerade Sie dies hier verhindern wollen. Denn dies ist auch unter ökologischen Gesichtspunkten für die gesamte Region von positiver Bedeutung.

(Beifall bei der SPD)

Lassen Sie mich noch ein Drittes sagen: Ich sehe für diese Stadt und diese Region auch eine städtebauliche Chance. Was hindert uns eigentlich daran, dieses Projekt zu einem Modellprojekt unter dem Aspekt der Anwendung von Solarenergie zu machen? Was hindert uns daran, dies zum Modellprojekt zum Energiesparen zu machen? Was hindert uns daran, den städtebaulichen Vorschlag des Italieners aufzugreifen und zusammen mit den Firmen dieser Region – seien es Automobilhersteller, seien es Soft- oder Hardwarehersteller im Bereich der Kommunikation – hier ein Modell der Verteilung von Menschen aus dem Nahverkehrssystem hinein in die Wohnquartiere zu erstellen, wozu eine Gedankenskizze vorliegt? Dies wäre doch ein Modell, und wir sollten in einen Wettbewerb über die besseren Vorschläge eintreten, statt eine Verhinderungsstrategie zu fahren.

(Beifall bei der SPD)

Lassen Sie mich einen vierten Punkt ansprechen. Für mich gibt es auch klare Bedingungen. Ich bin kein Techniker, der das entscheidet, sondern ich bin Politiker, der Vorgaben gibt. Die Mineralwässer dürfen durch das Projekt nicht gefährdet sein – das muß geklärt sein –, und für mich muß der integrierte Taktfahrplan im Tiefbahnhof möglich sein. Dann sagen mir die Techniker, wie viele Gleise ich brauche. Wenn ich weiß, daß ich im Jahr 2010 vielleicht ein zusätzliches Gleis brauche, dann baue ich das jetzt, richte es aber nicht ein, sondern später je nach Bedarf. Dies ist ein vernünftiger Weg, die Zukunft zu bewältigen, als sich heute über theoretische Ansätze zu streiten.

Nun zu den Kosten, dem fünften Punkt, damit das auch einmal klar ist: Hier wird ja so getan, als handle es sich um ein Projekt gigantischer Größenordnung. Das Projekt besteht in Wirklichkeit aus zwei Teilen, nämlich dem Fernverkehrsteil, der von Bahn und Bund finanziert wird, und dem Nahverkehrsteil, der überwiegend aus GVFG-Mitteln und aus den Mitteln der Regionalisierung finanziert wird. Wenn Sie beides auf die Bauzeit von sieben Jahren verteilen, dann haben Sie im Fernverkehrsbereich, bezogen auf die bisher jährlich zur Verfügung stehenden Mittel unter Einschluß der Einsparungen der Bundesbahn, nicht einmal 10 % der jährlichen Mittel, die für diesen Zweck im Bundeshaushalt zur Verfügung stehen, für dieses Projekt vorgesehen. Dies ist etwa das, was in den letzten Jahren immer in diese Region und in dieses Land geflossen ist. Beim Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz-Anteil sind 8 % der Mittel, die bisher in diesen Töpfen vorhanden waren, für dieses Projekt vorgesehen; das entspricht in etwa dem, was bisher in gleicher Weise für den Nahverkehr nach Stuttgart geflossen ist. Es geht also um nichts anderes als die Kontinuität der Leistungen des Bundes und des Landes zugunsten dieses Projekts, und es ist kein gigantisches und großes neues Projekt mit großen Risiken.

(Beifall bei der SPD)

Kommen Sie bitte nicht mit den Baupreissteigerungen. Ihr Kollege argumentiert dann immer mit dem Kanal, der ja unheimlich viel teurer geworden ist.

(Heiterkeit des Abg. Weimer SPD)

So kann ich alles kaputtargumentieren; das halte ich für keine vernünftige Geschichte.

Noch eine Bemerkung zu den Kosten. Sie müssen Antworten geben auf die Frage der Finanzierung,

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Gern!)

was wir mit den 1,7 Milliarden DM machen, die der Bahnhof bei der Renovierung kostet, wenn wir gar nichts machen.

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Wollen wir doch gar nicht!)

Dies bezahlt dann zu 90 % diese Region hier, und dies belastet die Haushalte der Städte und Gemeinden dieser Region,

(Beifall bei der SPD)

weil wir dann nämlich keine Finanzierung des Bundes bekommen.

Lassen Sie mich noch eine letzte Bemerkung anschließen. Im bisherigen Verfahren sind Fehler gemacht worden. Da stimme ich der Kritik ausdrücklich zu. Man kann ein solches Projekt nicht ohne Bürgerbeteiligung machen, man kann ein solches Projekt nicht von oben verkünden. Dies war ein zentraler Fehler. Man kann das Projekt kaputt machen, indem man es nicht will; man kann es aber auch durch falsches Handling kaputt machen, womit man dem Bürger eher Ängste einjagt.

(Abg. Birgitt Bender Bündnis 90/Die Grünen: Dann müssen Sie auch für die Variantenprüfung sein!)

(Brechtken)

Ich bin – jetzt kommt die Variantenprüfung – zuerst einmal dafür, daß die Stadt Stuttgart ihre Interessen wahrnimmt. Sie muß sie wahrnehmen, bezogen auf die Trassenführung auf den Fildern. Da haben wir jetzt einen neuen Vorschlag, der aus einer Bürgeranhörung heraus entstanden ist. Er ist übrigens auch aus dem massiven Druck der Regionalverbandsfraktionen von SPD und CDU heraus entstanden, die an dieser Stelle immer die Westumfahrung gewollt haben. Ich sage Ihnen: Wir brauchen auch eine Unterfahrung des Neckars im Bereich der Neckarvororte. Bei 60 Millionen DM Mehrkosten ist dies auch rechtlich geboten, weil sonst meiner Ansicht nach ein Abwägungsmangel vorliegt.

Was die Verfahrensvarianten angeht, so bin ich voll für eine Prüfung der Varianten. Nur eines – und das müssen die Juristen wissen –: Wir haben inzwischen eine Rechtsänderung. Man kann nach der Rechtsänderung, die der Deutsche Bundestag vor zwei Jahren vorgenommen hat, nicht mehr mit verschiedenen Varianten in ein Verfahren gehen. Man kann nur noch mit einer einzigen Variante ins Verfahren gehen,

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Der Antragsteller kann auch zwei prüfen lassen!)

aber im Verfahren müssen dann alle relevanten Varianten abgewogen werden. Genau das ist das Ziel.

Aber vor dieser Variantenprüfung, Herr Kuhn, werde ich, wenn ich das Amt des Oberbürgermeisters von Stuttgart bekomme, dafür sorgen, daß die Interessen dieser Stadt gewahrt werden und wir an der Stelle, wo wir noch Probleme haben, die Trassen zu verbessern, Druck auf den Bund ausüben. Dies ist der Weg.

Ich will dieses Projekt. Ich will es mit den Bürgern. Aber ich will es auch im Interesse dieser Stadt. Da sollten Sie mitarbeiten und mitkämpfen und nicht eine Verhinderungsstrategie fahren.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der CDU)

**Präsident Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Hofer.

**Abg. Hofer** FDP/DVP: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Begeuerungsfähigkeit für große Würfe gilt offenbar nicht überall als Tugend. Man wird sofort der Oberflächlichkeit und der Euphorie geziehen.

Deshalb möchte ich für meine Fraktion zunächst einmal ganz bewußt plakativ feststellen: Stuttgart 21 ist eine einmalige Entwicklungschance, um die wir von vielen Wirtschaftsmetropolen beneidet werden.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Stuttgart 21 ist das am meisten fortgeschrittene Projekt dieser Art, übrigens berechenbar, kontrollierbar, zugegebenermaßen etwas komplex. Es ist die Möglichkeit, eine Idee zu verwirklichen, die inzwischen übrigens auch in Frankfurt und in München aufgegriffen wurde.

(Zuruf des Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen)

Stuttgart 21 ist die größte Wachstums- und Beschäftigungsmaßnahme, die diese Landeshauptstadt jemals gesehen hat,

und das in einer Zeit, in der alles zurückgedreht wird, in der wir händeringend danach Ausschau halten, wie sich in diesem Lande wieder etwas bewegt.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Wer deshalb diese Chance ungenutzt läßt, der ist selber schuld.

Wir, die FDP/DVP-Fraktion, wollen nicht daran schuld sein. Deshalb sprechen wir uns nachdrücklich für eine Realisierung dieses Projekts aus. Das gilt für das Land, das gilt für die Region, und da wir heute einen Hauch von OB-Wahlkampf in diesem Haus verspüren, sage ich: Das gilt auch für die Landeshauptstadt Stuttgart. Erst gestern hat übrigens die Regionalversammlung der Region Stuttgart mit großer Mehrheit auch so entschieden, und zwar gegen die Grünen, die sich im engen Schulterschuß mit den Republikanern befanden.

(Abg. Weimer SPD: Schon wieder?)

Über Stuttgart 21 wird und muß die Landeshauptstadt optimal an das internationale Hochgeschwindigkeitsnetz angeschlossen werden. Deshalb unterstützen wir nachdrücklich den Antrag, daß man die Magistrale Paris – Straßburg – Stuttgart – München – Wien – Budapest intensiv weiterverfolgt. Das darf nicht platzen. Da stimme ich dem zu, was Rainer Brechtken vorhin gesagt hat.

Wir wissen, die Verkehrsachsen schreiben Geschichte. Wir haben über die Jahrhunderte hinweg immer wieder erlebt, wie Städte und Regionen eine sehr unterschiedliche Entwicklung genommen haben, je nachdem, ob sie an einer solchen Verkehrsachse lagen oder nicht.

Stuttgart 21 ist trotz gelegentlicher anderer Behauptungen ein ganz hervorragendes Nahverkehrsprojekt. Ich nenne ein paar Beispiele für Verbesserungen im Herzen Baden-Württembergs: Schwäbisch Hall – Tübingen 20 Minuten weniger, Heilbronn – Flughafen 44 Minuten weniger, Heilbronn – Horb 40 Minuten weniger. Allein diese wenigen Beispiele machen deutlich, daß der Nahverkehr in großen Teilen Baden-Württembergs und eben nicht nur in der Region Stuttgart Vorteile hätte.

(Beifall bei der FDP/DVP, Abgeordneten der CDU und der SPD – Abg. Brechtken SPD: So ist es!)

Übrigens haben Sie früher die Bahn kritisiert, weil nichts passiert ist. Jetzt ist manchem alles viel zuviel und geht viel zu schnell. Ich verstehe das nicht.

In das Raumordnungsverfahren, das im Dezember dieses Jahres eröffnet und nach den Plänen der Deutschen Bahn AG bis zum August 1997, also relativ schnell, zum Abschluß gebracht werden soll, wird noch eine ganze Reihe von Alternativen eingebracht – meines Erachtens viel wichtigere als die, von denen Sie immer reden –, zum Beispiel neuntes und zehntes Gleis zur Verbesserung des regionalen Verkehrs, die Sicherung der Gäubahntrasse für eine spätere Nutzung, viergleisiger Ausbau der Station Mittnachtstraße – das dient dem Nahverkehr, der S-Bahn –, detaillierte Untersuchung des Filderbahnhofs als Durchgangsbahnhof, Westumfahrung bei Plieningen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

(Hofer)

Dafür haben wir uns, Herr Dr. Noll, auch eingesetzt – edler Wettstreit. Ich nenne weiter den Immissionsschutz in Leinfelden-Echterdingen und die Nutzung des ICE-Tunnels für die Schnellbahnverbindung vom Hauptbahnhof zu den Fil dern. Leider – ich sage „glücklicherweise“, Sie werden „leider“ sagen – hat der Verband Region Stuttgart die Varianten „Kombi“ und „Lean“, wie es im besten Neudeutsch heißt, mit überwältigender Mehrheit abgelehnt. Denn diese Varianten stellen – so jedenfalls die Überzeugung nach langwierigen Debatten in der Regionalversammlung – keine effektiven Alternativen dar. Kombi mit 2,18 Milliarden DM erfordert ähnlich hohe Zuschüsse wie Stuttgart 21,

(Abg. Brechtken SPD: So ist es!)

weil weniger Grunderlöse anfallen.

(Beifall des Abg. Brechtken SPD – Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Völlig unbestritten!)

Außerdem ist es weniger attraktiv. Lean ist im Grunde genommen nichts anderes als der –

(Abg. Schmiedel SPD: Gar nichts!)

– Gar nichts. Es ist eine „Ertüchtigung“ des Kopfbahnhofs und kostet eine Menge Geld. Jeder weiß – auch Sie –, daß der zu erwartende Betriebsaufwand außerhalb jeder Relation steht.

Meine Damen und Herren, die Ablehnung dieser beiden Varianten kann nicht bedeuten, daß sie im Raumordnungsverfahren nicht abgewogen und untersucht werden. Aber hier geht es darum, daß man für die beiden Varianten ein eigenes Raumordnungsverfahren will. Ich meine, daß dies nicht erforderlich ist. Das ist eine Überbewertung der Alternative. Es ist im übrigen auch nie versprochen worden, daß sie realisiert wird.

Letzter Satz: Stuttgart 21 – das unterstütze ich – bietet auch durch die frei werdenden innerstädtischen Flächen – das ist nur bei dieser Variante der Fall – eine einzigartige städtebauliche Möglichkeit, die mit den Bürgern zusammen untersucht wird. Großen Planungen – das muß man sagen – ist immer die Gefahr immanent, daß sie möglicherweise nicht optimal durchgeführt werden. Aber von allen Risiken besteht das größte immer noch darin, die gebotene Chance nicht zu nutzen, ja sie zu vertun. Daran möchten wir uns nicht beteiligen. Deshalb unterstützen wir das Projekt Stuttgart 21 vollinhaltlich.

(Beifall bei der FDP/DVP sowie Abgeordneten der CDU und der SPD)

**Präsident Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Eigenthaler.

(Abg. Schmiedel SPD: Jetzt kommt ein Verbündeter von Herrn Kuhn!)

**Abg. Eigenthaler REP:** Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Selten hat ein Vorhaben soviel Staub aufgewirbelt wie das Projekt Stuttgart 21. Sicher ist es ein bestechender Gedanke, die Nord-Süd-Verbindungen der Landeshauptstadt zu verbessern, die Fil der dem Schienenverkehr weiter zu erschließen, die Grenzstädte von Baden-

Württemberg – Mannheim und Ulm – näher an Stuttgart heranzurücken und dem Hauptbahnhof ein neues Image zu verpassen, sozusagen bahnbrechend, wie einst beim Fernsehurm eine Rakete gen Himmel, jetzt mit einem Kraterbahnhof in der Unterwelt eine neue Pilotprojektbombe zu zünden, vielleicht als Mahnmal gegen die Zerbomber, und dann die frei werdenden Gleisanlagen für Gewerbeansiedlungen zu nutzen und obendrein wenigstens einen Teil der Baukosten durch Verkauf des frei werdenden Baulands abzudecken.

Auf der anderen Seite zwingen uns die schwindsüchtigen Geldbeutel der öffentlichen Hand zum korrekten Umgang mit den restlichen Steuergroschen, so daß vor Baubeginn verschiedene Konzepte und Planungsvarianten aufgezeigt werden, um eine gewisse Auswahl, je nach Geldbeutel des Bauherrn bzw. des Steuerzahlers, für sparsame oder für grandiose Lösungen anzubieten.

Für den Umbau soll ein markantes historisches Bauwerk, einer der schönsten Kopfbahnhöfe unseres Landes, zur Kulisse degradiert werden oder sogar ganz verschwinden.

(Abg. Schmiedel SPD: Wer sagt denn das? – Abg. Drautz FDP/DVP: Sind Sie der museumspolitische Sprecher?)

Warten Sie ab, was daraus wird. Ich darf Ihnen ins Bewußtsein rufen, daß die Bahnhöfe der Metropolen traditionell Kopfbahnhöfe sind,

(Abg. Brechtken SPD: Das ist ja logisch!)

so zum Beispiel der Münchener Hauptbahnhof, der Wiener Westbahnhof, der Gare de l'Est in Paris und Statione Termini in Rom ebenso wie die Bahnhöfe in Budapest und Istanbul.

(Abg. Brechtken SPD: London haben Sie vergessen!)

Ein solcher Kopfbahnhof ist der Hauptbahnhof in Stuttgart. Er ist damit ein Teil des kulturellen Erbes in Europa.

(Zuruf des Abg. Drautz FDP/DVP)

Sein Umbau vom Kopfbahnhof zum Durchgangsbahnhof, um ein paar Minuten einzusparen und eine Attraktion zu schaffen, will daher gut überlegt sein.

(Abg. Kluck FDP/DVP: Dann kommen die Ausländer noch schneller nach Stuttgart! – Große Heiterkeit)

– Das haben Sie gesagt. – Eine Verstümmelung oder gar Zerstörung im Hauruckverfahren ist alles andere als empfehlenswert.

Wir Republikaner sind der Überzeugung: In unserer Landeshauptstadt ist schon viel zuviel zerbombt worden. Einige – leider immer weniger – von uns kennen die Kraterstadt Stuttgart noch. Behutsamkeit statt Bedenkenlosigkeit sind gefordert.

Schwer abzuschätzen sind die geologischen Risiken. Aber um so deutlicher ist das Abenteuer der fehlenden Finanzierung zu erkennen.

(Abg. Schmid CDU: Das stimmt überhaupt nicht!)

(Eigenthaler)

Bei derartigen Projekten können aus veranschlagten 5 Milliarden DM leicht 7 oder 8 Milliarden DM werden. Dagegen scheinen die 2 Milliarden DM an Einnahmen durch Grundstücksverkauf eher zu hoch gegriffen, weil diese auf Schätzungen von 1993 beruhen. Seit einigen Jahren haben wir in Stuttgart stagnierende und sogar abbröckelnde Grundstückspreise, dazu zahlreiche leerstehende Büro- und Betriebsgebäude.

(Abg. Drautz FDP/DVP: Deshalb lassen wir den Kopfbahnhof!)

Investoren werden beim Baulandangebot, wenn überhaupt, nur zögerlich zugreifen, sofern sich die Preise vergleichbar günstig gestalten. Warteschlangen von Interessenten mit horrenden Angeboten werden wir hierbei sicher nicht erleben.

Wir Republikaner sehen daher die Forderung nach einem vergleichenden Raumordnungsverfahren grundsätzlich positiv, auch wenn aus unserer Sicht die von „Umkehr Stuttgart“ vorgelegten Varianten „S 21 Lean“ bzw. „S 21 Kombi“ in ihrer Trassenführung und -verknüpfung sowie in ihrer Leistungsfähigkeit noch gravierende Mängel aufweisen. Sie haben aber den Vorteil, daß sie sich auch in einzelnen Stufen umsetzen lassen. Jede Stufe bedeutet dabei eine Verbesserung des Verkehrs. Sie gestattet aber jeweils Korrekturen bei der nächsten Baustufe. Beide Varianten, Lean und Kombi, könnten daher im vergleichenden Raumordnungsverfahren dem Konzept von Stuttgart 21 gegenübergestellt werden.

Die Stellungnahme des Verkehrsministers, die Landesregierung halte dies nicht für erforderlich, kann uns nicht überzeugen, obwohl der ehemalige Heimerl-Plan inzwischen bereits wesentliche Verbesserungen in den neu angebotenen Planungsvarianten erfahren hat, die nicht zuletzt den hartnäckigen Diskussionen einschließlich der sparsamen Alternativkonzepte Lean und Kombi zu verdanken sind. Leider nur viele Optionen von der Bahn und keine realen Lösungen.

Wir Republikaner können uns nur dann einer Lösungsvariante Stuttgart 21 anschließen, wenn die Punkte, die ich jetzt erwähnt habe – ich habe noch einige aufgeschrieben, aber leider ist meine Redezeit zu Ende –, erfüllt werden.

(Beifall bei den Republikanern)

**Präsident Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Kuhn.

(Abg. Drautz FDP/DVP: Jetzt bin ich aber gespannt! – Abg. Sieber CDU: Jetzt kommt Stuttgart 22!)

**Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich will zu einigen Punkten, die der Kollege Brechtken angeführt hat, doch noch etwas sagen, nachdem der Verkehrsminister – wie sagt man es freundlich? – seinen Sitz nicht verlassen will.

Herr Brechtken, wir ziehen uns den Schuh nicht an – nicht als Grüne und auch nicht als Landtagsfraktion –, daß wir gegen Stuttgart 21 seien.

(Abg. Birgit Kipfer SPD: Was? – Oh-Rufe von der SPD)

– Ich bitte da genau zuzuhören.

(Abg. Drautz FDP/DVP: Das hat vielleicht nur der Rezzo gesagt! – Abg. Birk CDU: Sie müssen mal in die Regionalversammlung kommen!)

Ich sagte deutlich – ich werde es Ihnen erläutern, Herr Drautz –: Ich will ein Stuttgart 21 als eine städtebauliche Vision für diese Region und für diese Stadt, und ich will eine Veränderung und Modernisierung am Bahnhof.

(Abg. Rech CDU: Aber nur im Jahr 3000!)

Was wir ablehnen, ist, zu sagen: Der Entwurf, den die Bahn vorgelegt hat, der ist es, und die Bürgerbeteiligung findet jetzt um die Frage statt, wie die Baumaßnahme im einzelnen aussehen soll.

Selbstverständlich müssen wir an diesem Bahnhof etwas tun. Ich finde nur aus meinen hiesigen Diskussionserfahrungen heraus: Es paßt Ihnen nicht, daß jemand darum kämpft, eine differenzierte Position zwischen dem „Ja, hurra“ und dem „Nein, nie“ einzunehmen. Damit dies einmal klar wird, haben wir auch diese Debatte beantragt.

(Glocke des Präsidenten)

**Präsident Straub:** Herr Abg. Kuhn, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Schmiedel?

**Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen:** Nein.

(Abg. Weimer SPD: Das verstehe ich! – Abg. Birgit Kipfer SPD: Das verstehe ich auch!)

Ich will zu einigen Punkten, die Herr Brechtken – um diese Auseinandersetzung geht es – angesprochen hat, jetzt noch etwas sagen. Herr Brechtken, natürlich kann ich eine Finanzierung in Höhe von 5 Milliarden DM darstellen, sofern es bei 5 Milliarden DM bleibt, wenn ich dies über sieben Jahre mache und von entsprechenden ÖPNV-, GVFG- und Regionalisierungsmitteln ausgehe. So, wie Sie die darstellen, rechnen Sie mit zirka 100 Millionen DM jährlich.

Die Erfahrung, daß bei öffentlichen Projekten dieser Art – Tunnelprojekte, Messelinie – die Kosten – sagen wir es einmal vorsichtig – in der Regel das Doppelte ausmachen, können Sie allerdings nicht bestreiten.

(Zuruf von der FDP/DVP: Gegenwärtig sinken die Kosten, sie sinken!)

Das ist immer so. Da können Sie auch nichts dafür.

(Abg. Schmiedel SPD: Das gilt aber auch für die Alternative!)

Mir ist allerdings wichtig, folgendes zu sehen: Wir streichen gegenwärtig in der Haushaltspolitik des Landes sowieso bei den ÖPNV-Mitteln, die das Land noch einsetzen kann. 1996 hatten wir noch 196 Millionen DM eigene Mittel des Landes für den ÖPNV, und 1997 werden wir noch 13 Millionen DM haben. So ist Herr Schaufler in Saulgau gerupft worden. Dann sagt die Landesregierung, sie werde das, was dem ganzen Land an ÖPNV-Mitteln fehlt, durch Hinzunahme von Regionalisierungsmitteln ersetzen. Das heißt, die Mittel, die bei diesen Regionalisierungsmitteln noch vor-

(Kuhn)

handen und nicht selten als Mittel für neue Projekte für Schiene und Nahverkehr definiert sind, werden ohnehin und sowieso geringer.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Das ist genauso teuer!)

– Ich bestreite doch nicht, daß in diese Region Gelder für den ÖPNV müssen. Wo kommen wir denn da hin? Ich frage mich aber und erlaube mir zu fragen, wieviel man mit der eingesetzten Mark für Schiene und ÖPNV erreichen kann. Sie sollten einmal auf das von mir vorgerechnete Ulmer Beispiel eingehen, weil ich doch selbstverständlich vergleichen muß.

(Abg. Schmiedel SPD: Machen wir jetzt Ulmer Politik?)

Wir müssen die ÖPNV-Mittel doch für das ganze Land treuhänderisch und vernünftig verwalten. Wir müssen es, wenn das Geld knapp ist, eben an der effektivsten Stelle einsetzen.

(Glocke des Präsidenten)

**Präsident Straub:** Herr Abg. Kuhn, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Brechtken?

**Abg. Kuhn** Bündnis 90/Die Grünen: Sie haben doch noch Redezeit, Herr Brechtken.

(Abg. Brechtken SPD: Kein Dialog, den der macht!  
– Abg. Schmiedel SPD: Nicht dialogfähig!)

Ich möchte noch zu einem Punkt argumentieren, weil mir daran gelegen ist, daß Sie unsere Position verstehen.

(Zuruf der Abg. Birgit Kipfer SPD)

Selbstverständlich, Frau Kollegin, hat Stuttgart 21

(Zuruf des Abg. Weimer SPD)

in der Planungsvariante der Bahn für den Regionalverkehr Vorteile bei den Durchgangslinien. Das ist doch ganz klar. Wenn ich von Tübingen nach Schwäbisch Hall fahre und nicht umsteigen muß, habe ich mit dieser Variante einen Zeitgewinn,

(Abg. Brechtken SPD: Nicht nur wegen dem! –  
Abg. Birk CDU: Die Grünen sprechen mit gespaltener Zunge!)

übrigens einen Zeitgewinn, den die alternativen Varianten auch verzeichnen können.

(Abg. Birk CDU: Herr Kuhn, Sie sollten einmal in die Fraktion der Grünen und in die Regionalversammlung gehen!)

Das ist der entscheidende Punkt, den Sie offensichtlich nicht hören wollen, Herr Schmiedel. Wo ich umsteigen muß, wo es notwendig ist, in einer vernünftigen Vertaktung von einem Zug zum anderen zu kommen, bei all diesen Linien, stellt die Linie der Bahn beispielsweise gegenüber der Variante Lean eine Verschlechterung dar.

(Abg. Schmiedel SPD: Das ist doch nicht wahr!  
Wenn es keinen Tunnel gibt, gibt es die Zeitverkürzung nicht!)

Dieses wird man doch rational und vernünftig öffentlich diskutieren können.

(Glocke des Präsidenten)

**Präsident Straub:** Herr Abg. Kuhn, darf ich Sie bitten, zum Ende zu kommen.

**Abg. Kuhn** Bündnis 90/Die Grünen: Ja, ich wollte eigentlich gerade fast schon zum Ende kommen.

(Abg. Brechtken SPD: Ich wollte eine Frage stellen, damit hier Klarheit hineinkommt!)

– Bitte, Herr Brechtken.

(Abg. Brechtken SPD: Ich habe ja noch Redezeit!)

– Das mit der Redezeit ist eindeutig.

**Abg. Brechtken** SPD: Herr Kuhn, ich habe überhaupt kein Problem mit der Frage, daß man Varianten und einzelne Punkte kritisch prüft. Sie haben aber gerade gesagt, Sie ziehen sich nicht den Schuh an, daß Sie gegen Stuttgart 21 seien. Sind Sie jetzt für eine sorgfältige Überprüfung der Variante der Verlegung des Bahnhofs, um oben die städtebauliche Chance der Bebauung zu bekommen? Ja oder nein? Das ist die entscheidende Frage für Stuttgart 21.

(Abg. Birk CDU: So ist es!)

**Abg. Kuhn** Bündnis 90/Die Grünen: Das ist doch eine ganz einfache Frage, Herr Brechtken. Selbstverständlich.

(Abg. Birgit Kipfer SPD: Eine Antwort, bitte!)

Ich bin dafür, daß die offizielle Variante der Bahn mit acht, neun oder zehn unterirdischen Gleisen vernünftig überprüft wird und daß ein fairer Vergleich angestellt wird, was die Vorteile und die Nachteile dieser Variante sind.

(Abg. Brechtken SPD: Dann sind Sie weiter als Ihr OB-Kandidat! Okay!)

Wenn ich das fair mache, Herr Brechtken, muß ich die ausgearbeiteten Alternativen eben in ein faires Verfahren einbeziehen.

(Abg. Brechtken SPD: Kuhn ist für Stuttgart 21!  
Das ist die Botschaft!)

Es geht aber nicht, daß Sie sich hier hinstellen – alle Redner von CDU, SPD und FDP/DVP – und sagen, wer für Stuttgart 21 ist, muß für das sein, was die Bahn da vorgelegt hat. So geht Demokratie nicht. Herr Kollege Brechtken, ich habe Politik immer als die vernünftige Wahl zwischen Alternativen verstanden. Was uns die CDU präsentiert hat, waren keine Alternativen, sondern war ein Rezept „Hurra, wir haben es, und ihr müßt es fressen“.

(Zuruf des Abg. Brechtken SPD)

– Herr Brechtken, ich danke Ihnen ja für die Frage. – Dies, Herr Brechtken, machen wir nicht mit. Wir wollen vernünftig prüfen. Vielleicht werden Sie Oberbürgermeister. So sicher scheint es mir nicht. Aber nach dem, was Sie jetzt ge-

(Kuhn)

sagt haben, werden wir darauf hoffen, daß Sie die hier gemachten Ausführungen auch wirklich in die Tat umsetzen.

(Abg. Weimer SPD: Das macht er!)

Alles Gute kann ich Ihnen nicht wünschen; das werden Sie nachvollziehen können.

(Heiterkeit des Abg. Brechtken SPD)

Wir werden am Sonntag schlauer sein und wissen, wie es ausgegangen ist.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen – Abg. Seimetz CDU: „Schlauch“ sein! – Abg. Birk CDU: Die Grünen stehen auf dem Schlauch!)

**Präsident Straub:** Das Wort erteile ich dem Minister für Umwelt und Verkehr, Herrn Schaufler.

(Zuruf des Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen)

**Minister für Umwelt und Verkehr Schaufler:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich halte mich an die Gepflogenheiten dieses Hauses, Herr Kuhn, und es ist mir inzwischen auch egal, wie laut Sie dabei sind.

Stuttgart 21 hat einen einzigen Mangel: Wäre es von den Grünen erfunden worden, wäre es in den Augen derer, die es jetzt bekämpfen, das Allerbeste.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Man hat uns offensichtlich nicht zugetraut, daß wir beim öffentlichen Verkehr, ob Nahverkehr oder Fernverkehr, zu großen Wurfen fähig sind.

Ich bin sehr dankbar dafür, daß die Deutsche Bahn zu einer Aktiengesellschaft geworden ist, die anders, flexibler und wirtschaftlicher, arbeiten kann als zuvor, als sie in der Verklebung und Verkrustung früherer Jahrzehnte zu keiner Innovation mehr fähig war.

Die Geschichte dieses Stuttgart 21 ist ja auch insofern interessant, als jetzt Leute von „Lean“ reden. Die haben offensichtlich die ganzen Debatten von 1992 und 1993 gar nicht mitgekriegt. Wo waren denn damals eigentlich diese Leute? Waren sie wieder auf der Umkehr irgendwohin?

Wir hatten 1992 die Grundentscheidung zu treffen, die Strecke, die von Mannheim hauptsächlich mit dem ICE kommt, in Richtung Ulm und München zu qualifizieren. Es gab lange Zeit, vor allem auch bei der Bahn, fast mehrheitlich Anhänger für die Lösung, diese Hauptverkehrsstraße durch das Filstal zu legen, auf 99 km in 61 km Tunnel, mit einem gigantischen Planungswerk, das gerade dem widerspricht, was wir uns unter schnellen Zügen, wenn sie gastfreundlich sein sollen, vorstellen.

Dann haben wir uns durchgesetzt. Sie kennen die Kabinettsentscheidungen und auch die Debatten hier im Plenum. Wir haben gesagt: Wir gleichen uns in der Grundidee der Variante von Professor Heimerl an und wollen zumindest die Querlage unterhalb des heutigen Kopfbahnhofs, um schnel-

le Züge zu gewährleisten, um schnelle Umsteigemöglichkeiten zu gewährleisten. Dafür waren von uns ursprünglich zwei Gleise vorgelegt.

Dann kam die Bahn und hat ziemlich geeiert. Sie wollte den Bahnhof zum Rosensteinpark oder gar nach Untertürkheim hinausverlegen. Dagegen haben wir mit aller Macht gekämpft. Wir haben gesagt, das sei nicht nur eine Frage der verkehrlichen Leistung, sondern es sei zutiefst auch eine Frage der Urbanität in der Landeshauptstadt selbst.

Erst als es gelungen war, den wichtigsten Mann der Bahn in einem Hubschrauberflug von dem zu überzeugen, was da unten tatsächlich liegt, so daß er nicht nur den Blick auf die schöne Fassade des übrigens geschützten Hauptbahnhofs hatte – von der Fassade, die einst von einem hervorragenden Architekten gestaltet worden ist, wird nichts abgerissen –

(Abg. Eigenthaler REP: Die Funktion stimmt doch nicht mehr! Die Funktion ist doch weg!)

– Das sind diese Totschlagsargumente, die Sie permanent gebrauchen, wenn Sie nicht mehr weiterwissen. Sie reden den Leuten ein, daß da etwas kaputtgemacht werde.

(Abg. Eigenthaler REP: Das bleibt doch nur noch Kulisse!)

In Wahrheit hat die Bahn gemerkt, daß mitten in einer Hauptstadt, in einer Metropole des wirtschaftsstärksten Landes, 100 ha mit Gleisen liegen, von denen die Bahn selbst nicht mehr wußte, was sie damit machen soll. Es wäre ein Luxus gewesen, das nicht in einer wirtschaftlich sinnvollen Weise umzusetzen und gleichzeitig neue verkehrliche Chancen zu eröffnen. Erst durch diesen Blick auf das, was ist, ist die Idee von Stuttgart 21 entstanden.

Lean, das hätten Sie im Jahr 1992 haben können. Dabei hätten Sie nur für die paar querliegenden Spuren arbeiten müssen. Dann hätten Sie sagen können: Damit sind wir zufrieden. Wir wären mit dieser Lösung nicht zufrieden gewesen.

Wir sind auch nicht mit Kombi zufrieden, weil wir glauben, daß die effektivste Form ein Durchgangsbahnhof mit intelligentester Verknüpfung mit dem Nahverkehr und völlig neuen Chancen für die regionalen Verkehre ist.

Deshalb haben wir „H plus“ gesagt. „H plus“ bedeutet nicht nur die Verknüpfung in der Stadt und weitestgehend auf gleicher Ebene, denn der Bahnhof liegt ja nicht auf der Ebene zum Beispiel der Königstraße, wo die Leute zu Fuß reingehen, sondern fast 10 m höher; er wird jetzt nur auf das Niveau der Stadt abgesenkt. In diesem Zusammenhang wollen wir die Anbindung des Flughafens, um ihn vor allem für alle Regionen Baden-Württembergs nutzen zu können, damit man nicht mit dem Auto nach Stuttgart oder nach Frankfurt fahren muß, sondern damit man die Chance hat, den eigenen Landesflughafen, den wir ja auch teuer ausgebaut haben, zu nutzen, und zwar mit öffentlichen Verkehrsmitteln, und damit wir nicht mit Hunderten von Millionen Mark da oben auf den Fildern noch zusätzliche Parkhäuser bauen müssen.

(Minister Schaufler)

Das ist eine Chance zur Einpendelung der Gäubahn. Sie wird eine völlig neue Bedeutung in der Durchgangsphase gewinnen.

(Abg. Moser SPD: Hoffentlich!)

Offensichtlich hat noch kaum einer bemerkt, daß der Sinn der Gäubahn zwischen Zürich und Stuttgart eigentlich nicht vollendet ist. Sie müßte eigentlich weitergehen, in einer Diagonale durch das Land, über Heilbronn, Würzburg, Erfurt und Berlin oder einen Teil in sächsische Bereiche hinein. Erst dann haben Sie Durchgangsbahnhöfe. Das schaffen Sie nicht mit Kopfbahnhöfen, mit Kopfbahnhöfen, die nirgendwo auf der Welt mehr gebaut werden. Wenn Sie irgendwo auf dieser Welt das Sagen hätten, würden Sie wohl noch sehr viel mehr verkopfen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Aber gerade das werden wir nicht tun. Denn jede moderne Anlage eines öffentlichen Verkehrs, vor allem auf der Schiene, landet nicht in Kopfsystemen, sondern hat intelligente Verknüpfungen in Durchgangssystemen.

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Darum habt ihr auf den Fildern einen Kopfbahnhof geplant! – Unruhe)

– Bitte?

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Darum habt ihr auf den Fildern ja auch einen Kopfbahnhof geplant!)

– Nein, wir haben einen Durchgangsbahnhof zum Beispiel für die Gäubahn. Sie müssen sich auch an topographische Probleme heranwagen. Es geht nicht alles wie im Idealfall. Wir müssen zum Beispiel eine Kehre vorsehen für einen Zug, der von Tübingen zum Flughafen fährt und dann in der Kehre rückwärts wieder in acht Minuten in die Stadt kommt. Das ist gegenüber dem Heute aber immer noch eine Verbesserung, denn Sie werden dann mit Flughafenanbindung in 45 Minuten von Tübingen im Hauptbahnhof sein.

(Abg. Weimer SPD: Sehr gut!)

Wenn Sie direkt fahren, sind Sie in stark 30 Minuten in der Stadt. Von Reutlingen sind Sie in 18 Minuten am Flughafen. Wenn jemand vor zehn Jahren gesagt hätte, daß so etwas möglich wäre, wäre er für irr erklärt worden. Aber, wie gesagt, das haben eben die Falschen erfunden.

Ich komme jetzt noch zu den Planungsphasen. Die Planungsphase bedeutet, daß wir im kommenden Jahr in ein Raumordnungsverfahren einsteigen. Das Raumordnungsverfahren wird sowohl für das, was schon in Richtung Ulm geschehen ist, als auch für den Kernbereich ab Wendlingen beim Regierungspräsidium Stuttgart gebündelt durchgeführt. Es soll ungefähr ein Jahr in Anspruch nehmen. Es ist ein Raumordnungsverfahren, das von der Bahn beantragt werden muß. Derjenige, der den Antrag stellt, bestimmt den Inhalt des Raumordnungsverfahrens.

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Klar!)

Deshalb müssen wir alles, was wir an vergleichenden Aufgabenstellungen sehen, bei der Bahn einbringen, damit sie uns bei der Aufgabenstellung weit entgegenkommt.

Im übrigen gibt es im Anschluß daran das Sonderrecht der Bahn, daß sie selbst noch die Planfeststellung machen darf. Beides hängt sehr eng miteinander zusammen.

Fangen Sie einmal am Ende des Gesamten an: Wer heute ein Planfeststellungsverfahren durchführt und nicht alle Kontrapunkte abwägt und vergleicht, wird vor jedem Gericht scheitern. Alle wesentlichen Planfeststellungen, die bisher vor den Verwaltungsgerichten bis zu den höchsten Verwaltungsgerichten gescheitert sind, scheiterten an einem Mangel an Abwägung. Glauben Sie denn, daß wir in eine Aufgabenstellung von 5 Milliarden DM hineingehen und uns ganz bewußt, weil politisch etwas durchzusetzen ist, solche Planungsfehler leisten, daß wir zurückgeschickt werden und noch drei Jahre lang weiterplanen müssen? Sie dürfen uns vielleicht Verengung im politischen Diskussionsbereich vorwerfen, Sie dürfen uns aber nicht unterstellen, daß wir so blöd sind, daß wir das wichtigste Projekt in diesem Jahrhundert und ins nächste Jahrhundert hinein in der Landeshauptstadt auf diese Art und Weise gefährden.

Worum streiten wir jetzt? Das ist gerade das Lächerliche an der Debatte, die Sie angezettelt haben, Herr Kuhn.

(Abg. Birk CDU: Planungsrechtliche Winkelzüge seitens der Grünen sind das!)

Wir streiten uns über einen einzigen minimalen Punkt, nämlich darüber, ob zwei verschiedene Verfahren durchgeführt werden sollen oder ob die Abwägung in einem einzigen Verfahren stattfinden soll.

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der CDU: So ist es! – Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: So kann man es sehen!)

– So kann man es sehen, und so müssen Sie es auch sehen.

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Nein, ich muß gar nichts!)

Denn die Abwägung muß innerhalb des Raumordnungsverfahrens und wegen der Rechtskraft, die wir erzielen wollen, ganz nachhaltig im Planfeststellungsverfahren stattfinden.

Warum eigentlich zwei Verfahren, wenn die gleichen Leute, die planen sollen, die die Raumordnung objektiv durchführen sollen – das darf die Bahn gerade nicht –, uns alles in Abwägung vorlegen, sagen, warum sie das eine nicht wollen und warum sie das andere wollen, und dies bis ins kleinste hinein begründen müssen?

Die Deutsche Bahn ist im Moment dabei, die Raumordnungsunterlagen zusammenzustellen, und sie hat uns ausdrücklich erklärt und zugesichert, daß sie in das Raumordnungsverfahren zur Abwägung eine ganze Reihe von Varianten einbringt, obwohl sie sich vorher für eine entscheiden muß. Dazu gehören die Verlegung des Hauptbahnhofs aus der City heraus in einen Rosenstein-Bahnhof, also hinter den Park, oder nach Untertürkheim. Sie wird auch die Situation bei Beibehaltung des Kopfbahnhofs – diese Variante bezeichnen Sie als „Lean“ – darstellen. Insbesondere wer-

(Minister Schaufler)

den hier Aussagen zur verkehrlichen, betrieblichen, städtebaulichen und wirtschaftlichen Auswirkung getroffen.

Auch die Umweltauswirkungen dieser Variante werden dargestellt, Erweiterungsmöglichkeiten werden erwähnt und unterschiedliche kleinräumige Varianten bei Beibehaltung des Kopfbahnhofs in die Raumordnungsunterlagen aufgenommen. Gleiches gilt für die Varianten, die den Hauptbahnhof lediglich mit vier Gleisen unterfahren und von einigen Verbänden und den Grünen als Variante „Stuttgart Kombi“ bezeichnet werden.

Was kann man eigentlich noch mehr tun? Ich bitte Sie um eines, wenn Sie es mit öffentlichen Verkehren wirklich ernst meinen. Ich habe ja in der Vergangenheit alles geschluckt, was Sie zu Straßenverhinderungen beigetragen haben. Aber wenn Sie schon öffentliche Verkehre haben wollen, dürfen Sie durch Ihre Verhinderungspolitik nicht dazu beitragen, daß wir ähnlich, wie es bei der Strecke zwischen Mannheim und Stuttgart der Fall war, wieder 20 Jahre brauchen, bis der erste Zug fährt.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Fehler werden hier nicht von den Arbeitern an der Baustelle gemacht, sondern die Fehler werden immer von Politikern bei den Planungen gemacht. Wir aber wollen gerade keine Hyperplanung und wollen nicht alles ständig in Frage stellen.

Zu Stuttgart 21 hat es im Rathaus bis zu diesem Tag eine großartige Ausstellung mit allen Varianten gegeben.

(Abg. Birk CDU: Nur waren dort die Grünen nie!)

20 000 Bürger haben diese Ausstellung besucht. Bevor aber all die unterschiedlichen städtebaulichen Lösungen von zehn internationalen Architekten überhaupt zur Debatte standen, haben manche schon gewußt, daß das, was wir vorgeschlagen haben, gar nicht geht. Das ist das Verhindern von Politik. Sie werden überhaupt nichts zugunsten der öffentlichen Verkehre beitragen, weil Sie immer auf der Seite derer sind, die von vornherein versuchen, etwas zu verhindern, aber selbst keinen konstruktiven Beitrag leisten können.

(Sehr gut! und Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Herr Schaufler, nehmen Sie das eventuell zurück?)

**Stellv. Präsident Birzele:** Meine Damen und Herren, es liegt noch eine Wortmeldung vor. Frau Abg. Dr. Gräßle, Sie haben das Wort.

**Abg. Dr. Inge Gräßle** CDU: Ich möchte die Kolleginnen und Kollegen von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen einladen, ins Boot zu kommen und sich der Modernisierung des Bahnverkehrs und dieses Landes im 21. Jahrhundert nicht zu versagen.

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Bahnverkehr oder Boot?)

– Von mir aus können wir gerne einmal Boot fahren, Herr Kuhn.

(Zuruf von der CDU: Das war ein Angebot! – Abg. Dr. Repnik CDU: Aber ein eindeutiges Angebot!)

Mir ist natürlich sehr klar, daß Sie eine ganz wichtige Klientel bedienen, eine ganz wichtige Gruppe abdecken. Es wäre im Interesse des Landes und des gesamten Projekts wichtig, daß Sie sich für das Projekt erwärmen könnten. Sie sind nicht für Stuttgart 21; das ist nicht wahr. Die Lean- und die Kombi-Variante sind völlig andere, völlig neue Projekte. Das muß man sich klarmachen. Sie sind einfach gegen die vorliegenden Varianten, die alle geprüft werden. Daher dürfte das Planungsverfahren auch rechtlich erschöpfend sein. Man kann dem deutschen Planungsrecht ja alles vorwerfen, nur nicht, daß es nicht gründlich ist.

(Beifall bei der CDU)

Es hat sich hier eine interessante Koalition zwischen den Republikanern und den Grünen ergeben.

(Abg. Birgit Kipfer SPD: Schon wieder? – Unruhe)

Es gibt politische Gruppen, die gerne zu spät kommen. Andere Gruppen kommen überhaupt nicht.

(Abg. Drautz FDP/DVP: Der Herr Kuhn hört doch überhaupt nicht zu! – Gegenruf des Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Doch, ich höre zu!)

Wir wollen das eine nicht: Wenn sie nicht kommen wollen, soll es nicht am Bahnverkehr im 21. Jahrhundert liegen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

**Stellv. Präsident Birzele:** Meine Damen und Herren, wir sind damit am Ende der Debatte über den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Herr Abg. Kuhn, welche geschäftsordnungsmäßigen Anträge zur weiteren Behandlung dieses Antrags werden gestellt?

**Abg. Kuhn** Bündnis 90/Die Grünen: Ich bin für Überweisung, Behandlung im zuständigen Ausschuß.

**Stellv. Präsident Birzele:** Es wird Überweisung an den Ausschuß für Umwelt und Verkehr beantragt. – Sie stimmen zu.

Damit ist Tagesordnungspunkt 2 erledigt.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 3** auf:

**a) Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP/DVP und Stellungnahme des Wirtschaftsministeriums – Lehrstellenversorgung in Baden-Württemberg – Drucksache 12/3**

**b) Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Wirtschaftsministeriums – Zukunftschancen junger Menschen in Ausbildung und Beruf – Drucksache 12/13**

Das Präsidium hat hier folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung der beiden Anträge je 5 Minuten, für die Aussprache über beide Anträge 5 Minuten je Fraktion bei gestaffelten Redezeiten.

Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Bloemecke das Wort.

**Abg. Bloemecke** CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ausbildung in Schule, Betrieb und/oder Hochschule ist die beste Vorbereitung junger Menschen auf die Zukunft. Staatliche Investitionen in die Ausbildung Jugendlicher sind für den Staat nachweisbar rentierliche Ausgaben in vielfacher Hinsicht.

Heute sprechen wir über die berufliche Ausbildung. Zwischen 600 000 und 700 000 junge Menschen wollen ihre Zukunft auf einer beruflichen Ausbildung aufbauen, weil sie Vertrauen in unser duales Ausbildungssystem haben. Dieses duale Ausbildungssystem ist ein Standortvorteil in Deutschland. Man muß weltweit etwas Vergleichbares suchen.

Hier aber auch schon meine erste Kritik: Es muß verstärkt und schneller an die neuen Erfordernisse angepaßt werden – und das nicht nur jetzt, sondern stetig.

Tatsache ist: Eine steigende Zahl von Ausbildungsplätzen stellt in den letzten Jahren nur das Handwerk zur Verfügung. Dafür sage ich namens der CDU dem Handwerk unseren herzlichen Dank und zolle ihm unsere höchste Anerkennung.

(Beifall bei der CDU sowie des Abg. Dr. Freudenberg FDP/DVP)

Im Vergleich dazu: Industrie und Handel haben in den letzten fünf Jahren die Zahl ihrer Ausbildungsplätze um 14 000, die öffentliche Hand hat sie um 1 500 gesenkt. Das sind immerhin deutlich 50 % weniger. Die Gewerkschaften bilden meines Wissens überhaupt nicht aus.

Anscheinend wird immer vergessen: Voraussetzung für genügend Ausbildungsplätze sind gesunde und ertragreiche Betriebe. In diesem Jahr wird mit 48 000 Insolvenzen gerechnet.

Der Anteil der Selbständigen, bezogen auf die Einwohner bzw. die Bevölkerung, ist mittlerweile auf unter 9 % gesunken. Auch dies ist in den Industrieländern einmalig. Dafür hat sich die Zahl der Staatsdiener mehr als verdoppelt. Ich meine, umgekehrt wäre es besser. Es ist nicht gut, wenn immer mehr über Erschwernisse für immer weniger nachdenken und die Einhaltung dieser dann auch noch vermehrt überwachen.

Rufen Sie sich einmal in Ihr Gedächtnis zurück, wie viele Berufe in der letzten Zeit ganz verschwunden sind! Nur ein Beispiel aus meinem Bereich: Die Nahrungsmittelberufe haben in den letzten Jahren über 80 % ihrer Betriebe verloren. Ein großer Teil dieser Betriebe hatte auch Lehrstellen zur Verfügung gestellt, die heute fehlen.

Ich möchte noch anfügen: Es ist auch nicht hilfreich, wenn der große Befähigungsnachweis, sprich die Meisterprüfung, immer mehr ausgehöhlt wird, weil sich dann Jugendliche fragen: „Wofür mache ich eigentlich den harten Weg der beruflichen Ausbildung durch?“

(Abg. Wintruff SPD: Wer höhlt denn den aus, Herr Kollege?)

Bekenntnisse der Politiker zum Mittelstand in Wahlkampfzeiten, Herr Kollege, sind einfach zuwenig. Die Zahl der In-

solvenzen, die Zahl der verschwundenen Handwerksbetriebe, die Zahl der Betriebe ohne Nachfolger und die Zahl der Betriebe, die wegen mangelnder Eigenkapitalausstattung, wegen zu hoher Belastung durch Kammer- und Berufsge nossenschaftsbeiträge, Lohnkosten und lohnabhängige Kosten, Gebühren und sonstige Zahlungen in großen wirtschaftlichen Schwierigkeiten sind, stellen eine einzige Anklage an den Staat dar. Nur gesunde, ertragreiche Betriebe können Ausbildungsplätze zur Verfügung stellen. Nur gesunde und gewinnbringende Betriebe ermuntern die Nachfolger zur Übernahme der elterlichen Firmen.

Hören Sie die Alarmglocken! Jeder zehnte Jugendliche bleibt dauerhaft ohne Ausbildung. Die Betriebe klagen über eine zu geringe Ausbildungsfähigkeit der Jugendlichen wegen mangelnder Grundkenntnisse. Wer stellt eine Auszubildende für den Verkauf ein, die nicht einmal einen Hochschulabschluß hat oder die im Rechnen eine Fünf im Zeugnis hat?

(Abg. Wintruff SPD: Hochschulabschluß?)

Ich meine, das muß sich ändern.

(Abg. Bebbler SPD: Irgendwas stimmt da nicht! Aber machen Sie einmal weiter! – Zuruf von der SPD: Haben Sie die falsche Rede gehabt? – Gegenruf des Abg. Rech CDU: Stellt euch nicht so an! „Hauptschulabschluß“ hat er gemeint! – Zurufe von der SPD, u. a.: Ach so! – Unruhe)

– Sie haben sie mir nicht aufgeschrieben. Ich meinte: ohne Hauptschulabschluß. Entschuldigung. Man kann sich auch einmal versprechen. Seien Sie ein bißchen fair.

(Unruhe – Zuruf: Okay! – Abg. Rech CDU zur SPD: Da müßt ihr halt zuhören!)

Ich meine, das muß sich ändern. Die Abstimmung zwischen den Lernorten Schule und Beruf muß verbessert werden. Die Modernisierung der Berufsbilder, aber auch die Schaffung neuer Berufsbilder verläuft viel zu schleppend. Die jungen Menschen müssen auf die Informations-, Medien-, Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft vorbereitet werden.

Nur noch 23 % aller Betriebe bilden aus. Daß sie das tun, muß, meine ich, belohnt werden. Steuerermäßigung oder freiwillige Bevorzugung bei Auftragsvergaben wären Möglichkeiten dazu.

(Abg. Wintruff SPD: Das erzählen Sie einmal dem Zentralverband des Handwerks in Bonn, damit die das auch lernen! – Gegenruf von der CDU: DGB!)

– Sie dürfen ihnen meine Rede schicken.

Berufliche Bildung muß endlich gleichwertig neben allgemeiner und akademischer Bildung stehen.

Lehrlinge sind Lernende. Daran müssen sich das Verhalten in Betrieb und Schule, aber auch die Vergütungserwartungen messen. Von jungen Menschen kann und muß Flexibilität, aber auch Mobilität erwartet werden. Gerade durch größere Betriebe werden die Aufstiegsmöglichkeiten im nicht-selbständigen Bereich verbessert. Darauf müssen wir die Auszubildenden hinweisen.

(Bloemecke)

Ich appelliere an die Landesregierung, die Reformkonzepte für die allgemeine Schulbildung voranzutreiben. Die Schulen müssen die Schüler zur Ausbildungsreife führen. Wichtigste Grundlagen sind und bleiben die vier Rechenarten, Lesen und Schreiben. Die Berufsschulen und die Betriebe können das nicht nachträglich leisten.

Ich begrüße das Zukunftsprogramm der Landesregierung. Ein gebührender Teil davon sollte für eine deutlich bessere Ausstattung der Berufsschulen verwendet werden. Berufsschulen dürfen nicht weiter die Stiefkinder der Schulpolitik sein.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Oh! – Zuruf des Abg. Moser SPD)

Dies gilt auch im landwirtschaftlichen Bereich. Neu bei den Berufsschulen ist –

(Abg. Moser SPD: Die Kultusministerin lächelt schon! – Abg. Wintruff SPD: Frau Schavan, klären Sie den einmal auf! – Abg. Pfister FDP/DVP: Wer hat Ihnen das aufgeschrieben, daß die Berufsschulen die Stiefkinder im Schulsystem sind?)

– Wenn Sie sich in den Berufsschulen auskennen würden, Herr Pfister, dann würden Sie diese Frage nicht stellen.

(Beifall des Abg. Wieser CDU – Abg. Pfister FDP/DVP: Ich kenne mich sehr gut aus!)

Jetzt haben Sie sich ein großes Armutzeugnis ausgestellt. Ich führe Sie in Berufsschulen, und da schütteln Sie den Kopf, daß heute, im Jahr 1996, so etwas überhaupt noch möglich ist. Die Berufsschulen sind alles andere als für die in Zukunft notwendige Ausbildung gerüstet, Herr Pfister.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Ich bin gespannt, was die Frau Ministerin dazu sagt! – Gegenruf des Abg. Bebbler SPD)

– Ja, gut. Das werden wir hören. Aber ich gehe davon aus, daß das Zukunftsprogramm der Landesregierung auch deswegen aufgelegt worden ist. Ich kann nur hoffen, daß große Teile davon für die Berufsschulen verwendet werden.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Aber Sie wissen, was ein Stiefkind in der Bedeutung ist?)

– Sie können es dann in Ihrer Rede erklären.

Neu bei den Berufsschulen ist: Es geht nicht mehr ohne Ausbildungsbegleitmaßnahmen. Das Berufsvorbereitungsjahr darf nicht als Warteschleife verstanden werden. Das Berufsvorbereitungsjahr ist eine Chance, die Ausbildungsfähigkeit zu verbessern und die Berufseignung auf das Normalmaß zu bringen.

(Abg. Wintruff SPD: Realitätsfern!)

Es darf deshalb auch nicht auf die Lehrzeit angerechnet werden. Die Teilnehmer müssen in dieser Zeit sozialpädagogisch begleitet werden; Hausaufgabenhilfe ist notwendig. Ausländische Jugendliche brauchen Sprach- und Lernhilfe.

Die Praxis hat gezeigt, daß diese Ausbildungsbegleitmaßnahmen in vielen Fällen während der ganzen Lehrzeit notwendig sind. Deshalb müssen die freien Träger, wie zum Beispiel das „Förderband“ in Mannheim – es gibt auch andere im Land –, gefördert und unterstützt werden. Solche Einrichtungen helfen auch, die Verschulung der Ausbildung zu verhindern.

Die Ausbildung muß wirtschaftlich sein. Die Lehrlinge sollen während eines größeren Teils ihrer Ausbildung im Betrieb sein. Auch an Berufsschultagen muß nach der Ausbildung in der Berufsschule eine Ausbildung im Betrieb möglich und erlaubt sein.

Wir brauchen für praktisch Begabte ein Ausbildungsziel unterhalb der Gesellenprüfung. Das heißt, wir brauchen auch eine Ausbildung zum Werker. Es geht nicht, daß in Deutschland 10 bis 14 % eines Altersjahrgangs ohne abgeschlossene Berufsausbildung bleiben. Berufliche Bildung muß Karrierechancen eröffnen. Angebote dualer Ausbildung an Fachhochschulen oder Berufsakademien müssen weiter ausgebaut werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen – die, die hier sind, und die, die heute nicht hier sind –

(Abg. Sieber CDU: In ihren Büros!)

ich fordere Sie alle und auch die Landesregierung auf, sich der Berufsausbildung als wichtiger Zukunftsfrage mehr anzunehmen als bisher.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Sieber CDU: Sehr gut!)

Eine gute Berufsausbildung ist nicht nur eine Zukunftsfrage für Millionen Jugendliche; sie ist auch eine Zukunftsfrage für unseren Staat und für unsere Gesellschaft.

(Beifall bei der CDU)

**Stellv. Präsident Birzele:** Das Wort erhält Herr Abg. Nagel.

(Abg. Dr. Repnik CDU: Herr Nagel, sagen Sie mal, wie viele Lehrstellen die Gewerkschaften bieten! – Gegenruf des Abg. Zeller SPD: Apotheker vor!)

**Abg. Nagel SPD:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Lassen Sie mich zunächst eine Vorbemerkung zu dem machen, was Sie, Herr Bloemecke, teilweise gesagt haben. Sie haben hier als Selbständiger, als Mittelständler, als Handwerker gesagt, wir müßten den Staat anklagen wegen der Entwicklung, daß es immer weniger Handwerker gibt und daß immer weniger Nachwuchs bereit ist, das Handwerk der Eltern zu übernehmen. Sie haben da den ganzen Staat angeklagt.

So weit brauchen Sie gar nicht zu gehen. Gehen Sie zu Ihren Parteifreunden, die 14 Jahre lang im Bund die Rahmenbedingungen dafür geschaffen haben, daß wir es mit einem Niedergang im Handwerk zu tun haben. Da brauchen Sie nicht den ganzen Staat anzuklagen.

(Beifall bei der SPD – Abg. Bloemecke CDU: Sie vergessen sich!)

(Nagel)

Aber nun komme ich zum Thema. Die Botschaft des Landesarbeitsamts in der Presseerklärung vom 8. Oktober lautet: Erstmals nach acht Jahren ist der Ausbildungsmarkt im Südwesten gekippt. Den Arbeitsämtern sind weniger Lehrstellen zur Besetzung gemeldet worden, als Bewerber vorgemerkt waren.

Ende September sind in unserem Bundesland 2 330 junge Menschen ohne Ausbildungsplatz geblieben. Diese Zahl zeigt jedoch nur einen geringen Teil der Problematik auf. Rund 12 000 junge Menschen, die ebenfalls keinen Ausbildungsplatz erhalten haben, werden im Berufsvorbereitungsjahr zwischengeparkt und stehen im nächsten Jahr wieder auf der Matte. Rund 5 500 junge Menschen bekamen statt einer Lehrstelle einen Platz in Maßnahmen der Arbeitsverwaltung bei den sogenannten berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahmen. Des weiteren besuchen 7 100 junge Menschen das Berufskolleg. Dazu kommen 11 500 Jugendliche unter 20 Jahren, die arbeitslos gemeldet sind. Das heißt, meine Kolleginnen und Kollegen – und das ist –

(Abg. Wieser CDU: Sind Sie jetzt der Pressesprecher vom Statistischen Landesamt, oder halten Sie hier eine politische Rede? – Abg. Rapp REP: Nein, der liest Zeitung!)

– Herr Wieser, wenn sie das wüßten, würden manche Kollegen von Ihnen in dieser Sache nicht so einen Unsinn daherreden. Ich glaube, wenn wir uns konkret über diese Sache unterhalten, dann ist es notwendig, daß wir auch vom gleichen Stand ausgehen. Der Stand ist eben, daß wir uns nicht, wie manche meinen, um die übriggebliebenen 2 000 Jugendlichen zu kümmern haben, sondern daß 36 000 junge Menschen in diesem Land ohne Arbeit, ohne Berufsausbildung oder zwischengeparkt sind. Das ist die Ausgangslage, über die wir zu diskutieren haben.

(Beifall bei der SPD – Abg. Bebbler SPD: Sehr richtig! Das wußte der Wieser nicht!)

Diese Entwicklung war seit langem vorhersehbar. Die SPD hat deshalb vor der Sommerpause eine umfassende Initiative eingebracht, die heute zur Beratung ansteht. Wir fordern eine Zukunftsinitiative Ausbildungsplätze für Baden-Württemberg.

(Abg. Rapp REP: Das hättet ihr in den letzten vier Jahren auch schon machen können!)

Statt dem Schönreden von Zahlen ist konkretes Handeln gefordert.

(Abg. Bloemecke CDU: Wo bleibt die Gewerkschaft?)

Im Hinblick auf weiter steigende Zahlen der Schulabgänger in den nächsten Jahren können wir uns nicht mit Äußerungen zufriedengeben wie: „Wir sind noch mal mit einem blauen Auge davongekommen“ oder mit Aussagen wie der des Wirtschaftsministers in seiner Stellungnahme, in der er der Wirtschaft für ihr „großes Engagement“ dankte und vermerkte, daß die Wirtschaft ihrer gesellschaftspolitischen Verantwortung nachgekommen sei. Wenn der Herr Minister die eingangs erwähnten Zahlen zur Kenntnis genommen und die Stellungnahme seines eigenen Hauses verinnerlicht hätte, dann hätte dabei eine solche Bewertung nicht herauskommen dürfen.

Wenn jemand ausdrücklich Lob verdient hat, wenn sich jemand nicht nur in diesem Jahr, sondern in all den zurückliegenden Jahren gesellschaftspolitisch verantwortlich gezeigt hat, dann ist es das Handwerk.

(Beifall der Abg. Bloemecke und Wieser CDU – Abg. Wieser CDU: Das hört man gern!)

Gerade in unserem Land ist es ein Garant für eine stabile Arbeitsplatz- und Ausbildungsplatzsituation.

(Beifall bei der SPD sowie der Abg. Sieber und Wieser CDU – Abg. Rapp REP: Das hat nicht einmal die SPD geschafft, das Handwerk zurückzuschrecken!)

Die Betriebe im Industrie- und Handelskammerbereich senken seit Jahren drastisch die Zahl ihrer Ausbildungsplätze. 1992 waren es 11,9 % weniger, 1993 12,8 %, 1994 8,7 %. Wenn man sie 1995 um 2,5 % erhöht hat und sie 1996 nochmals um etwa 2,5 % erhöht, dann sind damit die massiven Abbauzahlen noch nicht wieder aufgeholt.

Auf ein Weiteres muß ich hinweisen: Auch und gerade der öffentliche Dienst glänzt nicht bei der Bereitstellung von Ausbildungsplätzen. Ich habe es einfach satt – das ist vielleicht ein harter Ausdruck –, wenn Vertreter von Bund, Land oder Kommunen meinen, sich darauf beschränken zu können, runde Tische zu moderieren. Sie haben auch eine Vorbildfunktion, das heißt, sie sind ebenfalls aufgerufen, zusätzliche Ausbildungsplätze zu schaffen.

(Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Birzele:** Herr Abg. Nagel, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Wieser?

**Abg. Nagel SPD:** Bitte sehr, Herr Wieser.

**Stellv. Präsident Birzele:** Herr Abg. Wieser, Sie haben das Wort.

**Abg. Wieser CDU:** Herr Kollege, wie erklären Sie es sich, daß im Handwerk die meisten Ausbildungsplätze geschaffen werden und dort, wo der Organisationsgrad der Gewerkschaften in den Betrieben am höchsten ist, die meisten Ausbildungsplätze vernichtet worden sind?

(Abg. Haasis CDU: Bei den mitbestimmten Betrieben!)

**Abg. Nagel SPD:** Herr Wieser, Sie müssen sehen, wer der Verursacher dieses Arbeitsplatzabbaus ist. Sie werden doch wohl nicht sagen, daß die Gewerkschaften oder die Betriebsräte oder die Jugendvertretungen in den Großbetrieben dafür die Verantwortung zu tragen haben, daß die Arbeitgeber, die Unternehmer, nicht mehr ausbilden. Sie wollen doch ein Fachmann sein. Sie wissen doch, was in den Großbetrieben läuft. Arbeitsplätze werden ins Ausland verlagert. In gleichem Maß wird die Zahl der Ausbildungsplätze gesenkt.

(Zuruf des Abg. Mühlbeyer CDU)

Ausbildung gehört nicht mehr zu den vorrangigen Unternehmenszielen, sondern wird bei den Großunternehmen nur noch als ein reiner Kostenfaktor angesehen.

(Abg. Zeller SPD: So ist es! – Zuruf des Abg. Mühlbeyer CDU)

(Nagel)

Wenn ich an Ausbildungsabteilungen in Großkonzernen denke: Sie müssen ihre Auszubildenden den anderen Abteilungen im Betrieb wie sauer Bier anbieten. Sie brauchen hier doch nicht eine falsche Schiene zu beschreiten, als handelte es sich um eine Frage der gewerkschaftlich organisierten Betriebe.

(Abg. Wieser CDU: Nur „Bündnis für Ausbildung“ spreche ich an!)

– Ja.

Meine Kollegen und Kolleginnen, wir haben uns all diesen Aufgaben zu stellen. Die jungen Menschen, aber auch ihre Eltern werden fragen, was die Politik tut, um dieser Entwicklung entgegenzutreten. Da ist es meines Erachtens mit Appellen an die Wirtschaft nicht mehr getan. All die runden Tische beim Bundeskanzler mit den feierlichen Gelöbnissen der Wirtschaft haben nichts gebracht. Sie haben die Versprechungen nicht erfüllt. Wir müssen andere Wege gehen. Wir haben in Baden-Württemberg die Chance, für die nächste Ausbildungsrunde bereits jetzt Regelungen zu treffen, die den jungen Menschen, die einen Ausbildungsplatz wollen, auch wirklich einen Ausbildungsplatz erbringen.

(Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Birzele:** Herr Abg. Nagel, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Bloemecke?

**Abg. Nagel SPD:** Bitte sehr, Herr Bloemecke.

**Stellv. Präsident Birzele:** Herr Abg. Bloemecke, bitte.

**Abg. Bloemecke CDU:** Herr Nagel, Sie sprechen hier viel von runden Tischen und davon, daß sie nichts gebracht hätten. Sind Sie als Gewerkschaftsvertreter bereit, daran mitzuwirken, daß Betriebe entlastet werden, daß sie wieder gesund werden, daß sie überleben können – die Zahl der Insolvenzen beträgt 48 000 – und daß damit auch in Zukunft mehr Ausbildungsplätze zur Verfügung stehen werden?

**Abg. Nagel SPD:** Herr Bloemecke, ich weiß nicht, ob Sie die Diskussion, die wir vorhin bereits unter einem anderen Tagesordnungspunkt geführt haben, verfolgt haben. Dabei hat Ihnen unser Fraktionsvorsitzender Maurer ja vorgehalten, daß die Verantwortung für die Entwicklung nicht bei der Opposition, sondern bei denen liegt, die im Bund seit 14 Jahren an der Regierung sind. Die Vorschläge, die wir Sozialdemokraten zum Beispiel in bezug auf die versicherungsfremden Leistungen unterbreitet haben, haben Sie nicht aufgegriffen. Das ist nicht unser Bier. Tun Sie doch nicht immer so, als würden die Sozialdemokraten oder die Grünen – die Opposition – verhindern, daß mehr Ausbildungsplätze geschaffen werden. Klopfen Sie sich an die eigene Brust, und kehren Sie vor der eigenen Haustür, Herr Bloemecke.

(Beifall bei der SPD – Abg. Bloemecke CDU: Sie lenken ab! Ich habe die Gewerkschaften gemeint!)

Ergänzend zu dem in unserem Antrag bereits formulierten konkreten Schritt für eine Zukunftsinitiative Ausbildungsplätze für Baden-Württemberg schlagen wir mit unserem Änderungsantrag Drucksache 12/532 vor, gemeinsam mit den IHKs, den Handwerkskammern und den Tarifpartnern

einen Ausbildungskonsens mit dem Ziel zu vereinbaren, daß jeder junge Mensch in Baden-Württemberg, der ausgebildet werden will, auch ausgebildet wird. Einen solchen Konsens haben die zuvor aufgeführten Partner vor wenigen Wochen in Nordrhein-Westfalen zustande gebracht mit all den Punkten, auf die sich die Kammern, die Arbeitgebervertreter, die Gewerkschaften und die Landesregierung geeinigt haben.

Ich füge gleich hinzu, daß auch ein solch notwendiger Ausbildungskonsens nicht garantieren kann, daß jeder junge Mensch seinen Traumberuf ergreifen kann. Hier müssen Abstriche gemacht werden.

(Abg. Bloemecke CDU: Das ist richtig!)

Die jungen Menschen haben die Flexibilität gezeigt, daß sie auch auf die Nummer zwei und drei oder gar vier zurückgreifen, Hauptsache, sie erhalten eine solide Ausbildung.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und des Abg. Wieser CDU – Abg. Wieser CDU: Sehr gut!)

Ein solcher Ausbildungskonsens wäre ein wichtiger Schritt, jungen Menschen wieder ein Stück Vertrauen in die Handlungsfähigkeit von Politik zurückzugeben. Ein solcher Ausbildungskonsens wäre eine gute Grundlage, um gemeinsam mit allen Verantwortlichen die von uns vorgeschlagenen Maßnahmen umzusetzen. Sie können sie ja unserem Antrag entnehmen. Meine Damen und Herren, lassen Sie uns gemeinsam einen solchen Ausbildungskonsens in Baden-Württemberg herstellen.

Wir fordern weiterhin in dem heute aufgelegten Änderungsantrag, bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen bei Vorliegen etwa gleichwertiger Angebote denjenigen Betrieben, die gemäß Berufsbildungsgesetz ausbilden, den Zuschlag zu erteilen. Auch dies wäre ein umsetzbarer Schritt in die richtige Richtung: daß wir die Betriebe belohnen, die ihrer Ausbildungsverpflichtung nachkommen.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Renate Thon Bündnis 90/Die Grünen)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bitte Sie um Zustimmung zu unserer Zukunftsinitiative. Die Bereitschaft bei den dualen Partnern ist durchaus vorhanden. Es ist auch eine Chance für dieses Parlament, bei der Politikverdrossenheit vieler Menschen, die die ewigen unproduktiven Streitereien satt haben, aufzuzeigen, daß es über Parteigrenzen hinweg noch Möglichkeiten gibt, gemeinsam zu handeln. Wenn wir dies gemeinsam hinbekämen, würden wir es für einen Personenkreis und eine Sache tun, für die es mehr als lohnenswert ist.

(Beifall bei der SPD – Abg. Bloemecke CDU und Abg. Pfister FDP/DVP: Sehr gut!)

**Stellv. Präsident Birzele:** Das Wort hat Frau Abg. Thon.

**Abg. Renate Thon Bündnis 90/Die Grünen:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Genau vor zwei Monaten haben wir hier in diesem Haus über die Jugendarbeitslosigkeit debattiert. Schon damals war eigentlich klar, was jetzt im abschließenden Bericht des Landesamts über das Berufsvorbereitungsjahr bestätigt wurde. Der Ausbildungsstellenmarkt ist gekippt. Wir haben im Laufe des Jahres we-

(Renate Thon)

sentlich mehr Bewerber um Lehrstellen als Angebote – ein Trend übrigens, der sich nicht erst in diesem Jahr angebahnt hat, sondern schon seit einigen Jahren zu bemerken ist. Durch die Stellungnahme des Wirtschaftsministeriums zu den beiden vorliegenden Anträgen ist ja jetzt gutes und umfangreiches Informationsmaterial vorhanden, auf das man zurückgreifen kann. Aus diesem Informationsmaterial kann man ersehen, daß sich die Krise auf dem Ausbildungsmarkt seit einigen Jahren fortsetzt. Der Trend wird auch im kommenden Jahr weitergehen.

Wenn Bundesbildungsminister Rüttgers den Jugendlichen rät – das habe ich einer Pressemitteilung entnommen –, wenn sie noch keinen Ausbildungsplatz haben, nicht den Mut zu verlieren, so ist das sicher ein netter und gutgemeinter Rat. Angesichts der Tatsache aber, daß im nächsten Jahr bundesweit weitere 13 000 Lehrstellen fehlen werden – für Baden-Württemberg gelten entsprechende Zahlen –, ist es tatsächlich notwendig, eine gehörige Portion Mut zu behalten.

In den vorliegenden Stellungnahmen – das habe ich bereits gesagt – sind gute Informationen enthalten, aber es steht auch eine Zahl drin, die mich sehr bedrückt hat – der Herr Kollege von der CDU hat sie schon genannt –: Nur noch 23 % aller Betriebe in Baden-Württemberg bilden aus. Über 70 % stehlen sich also meiner Meinung nach aus ihrer gesamtgesellschaftlichen Verantwortung. Ich denke, das ist ein starkes Stück, und möchte das hier auch ganz ausdrücklich so sagen.

Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung spricht noch von 30 % ausbildenden Betrieben. Zum größten Teil – das ist auch bekannt – handelt es sich dabei um kleine, mittelständische und Handwerksbetriebe. Es besteht laut DIW wenig Hoffnung, daß sich der Trend bei der Ausbildungsbereitschaft großer Betriebe nachhaltig umkehrt. Ob auf Dauer die kleinen, mittelständischen und Handwerksbetriebe den Anforderungen gerecht werden können, möchte ich sehr bezweifeln. Aber was machen wir dann? Liebe Jugendliche, ihr habt es gehört – ich weiß nicht, ob welche da sind –, ihr sollt nicht den Mut verlieren.

Ich möchte nachfragen, was eigentlich aus dem Bündnis für Ausbildung geworden ist, das just zur Zeit des Wahlkampfs am 2. Februar 1996 über die Presse groß verkündet worden ist, und ich möchte wissen – und bedauere daher auch sehr, daß der Herr Ministerpräsident nicht da ist –, was eigentlich die Appelle an die Arbeitgeber, die Zahl der Ausbildungsstellen zu erhöhen, gebracht haben. Was ist aus all den angekündigten Maßnahmen des Bündnisses für Ausbildung, der Schaffung neuer Berufsbilder, der Förderung weiterer Ausbildungsverbände geworden? Wo ist die Neukonzeption? Wo ist die Neukonzeption für ein Berufsvorbereitungsjahr?

(Abg. Wieser CDU: Das kommt alles nachher noch! Da werden Sie sich wundern!)

Von Arbeitgebern wird verstärkt über mangelnde Ausbildungsfähigkeit geklagt.

(Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Birzele:** Frau Abg. Thon, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Bloemecke?

**Abg. Renate Thon Bündnis 90/Die Grünen:** Bitte.

**Stellv. Präsident Birzele:** Herr Bloemecke, bitte.

**Abg. Bloemecke CDU:** Sehr geehrte Frau Kollegin, Sie haben vorhin Zweifel geäußert, ob die Ausbildung in den Betrieben des Handwerks ausreichend ist.

**Abg. Renate Thon Bündnis 90/Die Grünen:** Für den kommenden Ansturm.

**Abg. Bloemecke CDU:** Ich frage Sie: Ist Ihnen bekannt, daß das Handwerk und die Landesregierung sehr viele Mittel in überbetriebliche Ausbildungsstätten investieren, um die eventuell vorhandenen Mängel in den einzelnen Betrieben auszugleichen und die Ausbildung durch die überbetrieblichen Ausbildungsstätten auf einem sehr hohen Niveau zu halten?

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Jetzt haben Sie erst einmal die Mittel gekürzt!)

**Abg. Renate Thon Bündnis 90/Die Grünen:** Es ist mir bekannt, daß es überbetriebliche Ausbildungsstätten gibt. Aber diese werden das Problem nicht lösen. Wenn nur 23 % der Betriebe ausbilden, fehlen die anderen 77 %. Die will ich eigentlich holen. Es geht mir zunächst einmal nicht darum, noch weitere überbetriebliche Ausbildungen zu fördern, ich will erst einmal die eine Sache geklärt haben.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Nach dem Bündnis für Ausbildung gab es Ende Juli 1996 ein weiteres Spitzengespräch – es ist in den Anträgen erwähnt – zwischen dem Wirtschaftsminister, den Gewerkschaften, den Arbeitgebern und auch der Frau Kultusministerin, das auch wieder ein neues Maßnahmenbündel auf den Weg brachte. Ich frage mich jetzt natürlich, wann das dritte Maßnahmenbündel kommt oder ob es endlich einmal konkrete Ergebnisse dieses Bündnisses für Ausbildung gibt.

Das Bündnis für Arbeit auf Bundesebene ist bekanntlich gescheitert. Man kann dies auf keinen Fall der Arbeitnehmerseite zuschreiben. Ich meine, daß das Bündnis für Ausbildung hier im Lande wirklich einer Antwort auch des Herrn Ministerpräsidenten selber bedarf. Appelle an die Arbeitgeber haben nichts genützt. Das ist ausgeführt worden. Auch die angebotsorientierte Politik, die gemacht wird und hier gestern auch verteidigt worden ist, führt sicherlich nicht zu dem Aufschwung im Ausbildungsmarkt, wie wir ihn brauchen. Ich nenne nur das Stichwort „Wachstum ohne Beschäftigung“.

Gerade große Industriebetriebe – das wissen wir – können sich ihrer gesamtgesellschaftlichen Verantwortung entziehen, indem sie beispielsweise ins Ausland gehen, wie es ihnen dann ein Unternehmensberater in ihrem Haus empfiehlt. Die entsprechenden Ausbildungsplätze aber werden uns hier fehlen. Mit Durchhalteparolen oder Aufforderungen, Mut zu behalten, oder Maßnahmenkatalogen werden wir nicht weiterkommen.

Was muß passieren? Ich begrüße es, daß das Programm „Jugend – Arbeit – Zukunft“ über 1996 hinaus erhalten wird. Es wäre sicherlich besser gewesen, es aufzustocken, denn gerade benachteiligte Jugendliche werden wir weit mehr als

(Renate Thon)

bisher bekommen. Meiner Meinung nach muß das Land, wenn es zum Beispiel überbetriebliche Ausbildungsstätten fördern will, auch die Novelle des AFG auf Bundesebene ablehnen. Denn gerade dort werden sich neben negativen strukturellen Veränderungen durch die erhebliche Mittelkürzung für die Bundesanstalt für Arbeit Auswirkungen auf das Land ergeben. Sie können das auch der Stellungnahme zum SPD-Antrag entnehmen. Diese Auswirkungen klingen nicht gerade positiv.

Ich könnte Ihnen jetzt – aber leider geht meine Redezeit zu Ende – noch etwas Genaueres ausführen. Unterstützen möchte ich noch die Aufforderung an den öffentlichen Dienst, seiner besonderen Verpflichtung, Ausbildung anzubieten, nachzukommen. Wir müssen die Maßnahmen, die angeklungen sind, wirklich auf den Weg bringen. Das sehe ich noch nicht.

Die Umlagefinanzierung, die Sie immer vehement ablehnen, gibt es beispielsweise in Bayern schon. Die bayerischen Metallarbeitgeber und die Elektroindustrie haben eine Art Umlagefinanzierung, um in Ausbildungsverbänden die Zahl der Lehrstellen zu erhöhen. Man kann also von Bayern auch lernen. Wir sollten zumindest einmal vorurteilsfrei über eine Art und Weise einer solchen Umlagefinanzierung sprechen, wenn wir erreichen wollen, daß nicht nur 23 oder 30 % in diesem Land für die Ausbildung bezahlen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

**Stellv. Präsident Birzele:** Das Wort erhält für die mitantragstellende Fraktion FDP/DVP Herr Abg. Hofer. Herr Abg. Hofer, Sie haben deshalb auch 10 Minuten Redezeit.

(Abg. Zeller SPD: Das muß auch nicht sein!)

**Abg. Hofer FDP/DVP:** So lange brauche ich nicht.

Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Als wir zuletzt im Juli dieses Jahres über die Lehrstellensituation diskutierten, meinte ein Kollege – ich weiß nicht mehr genau, wer es war –, wenn nicht bis Ende September ein Wunder über uns komme, würden wir in Baden-Württemberg das erste Mal keinen ausgeglichenen Lehrstellenmarkt haben. Von einem Wunder, das über uns gekommen sei, habe ich eigentlich nichts gemerkt, aber – und das darf man an dieser Stelle auch einmal sagen – der Ausbildungsnotstand ist erfreulicherweise dennoch ausgeblieben.

(Beifall bei der FDP/DVP)

2 300 noch nicht vermittelten Bewerbern stehen 5 400 unbesetzte Stellen gegenüber.

(Abg. Wintruff SPD: So etwas zu analysieren, da gehört schon etwas dazu!)

– Warten Sie es ab.

(Abg. Wintruff SPD: Da muß man doch auf allen Ohren taub sein!)

– Warten Sie es ab; ich bin ja noch nicht fertig.

(Zuruf von der SPD)

– Das hören Sie nicht gerne, aber das ist auch ein Teil der Wahrheit.

(Abg. Wintruff SPD: Sie müssen doch sehen, wann diese Zahlen gebracht wurden!)

– Warten Sie es doch ab; ich bin ja noch nicht fertig.

Auf der anderen Seite lauten die Überschriften dieser Tage: „Mehr Bewerber als Lehrstellen“, „Ausbildungsmarkt im Lande gekippt“, „Engpaß verschärft sich“. Ich denke, meine Damen und Herren, sowohl die Erleichterung darüber, in der Tat noch einmal einigermaßen davongekommen zu sein, ist berechtigt als auch die Befürchtung, daß sich die schon jetzt bestehenden Engpässe noch weiter verschärfen, wie es ja das Deutsche Institut für Wirtschaft vorausgesagt hat.

(Zuruf des Abg. Wintruff SPD)

Es wurde vorhin gesagt, daß 11 000 oder 12 000 Mädchen und Jungen kurzfristig in berufsvorbereitenden Maßnahmen geparkt worden seien oder die weiterführenden Schulen ein Jahr länger besucht hätten. Natürlich werden die im nächsten Jahr wieder auf den Lehrstellenmarkt drängen, und das bei gleichzeitig steigenden Schulabgängerzahlen.

Die Vertiefung der Frage, ob angesichts dieser Situation die Erleichterung oder die Sorge überwiege, erscheint mir ähnlich müßig zu sein wie die Diskussion darüber, ob das halb ausgetrunkene Glas noch halb voll oder schon halb leer sei. Worauf es ankommt, ist, daß wir nach Kräften versuchen, zu erreichen, daß eine erneute Zitterpartie in Sachen Ausbildungsplätze im nächsten Jahr nicht mehr ansteht. Das müssen wir angehen, so gut wir es können.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Ich finde es ganz hervorragend, daß sich einer der ersten gemeinsamen Anträge dieser Koalitionsfraktionen auf dieses Thema bezieht. Das kommt nicht von ungefähr.

(Zuruf des Abg. Zeller SPD)

– Ich habe ja noch ein paar Minuten.

Zielgerichtetes Handeln erfordert eine Bestandsaufnahme. Dazu ist viel gesagt worden; da möchte ich die Diskussion jetzt nicht verlängern. Ich denke, wir wissen schon eine ganze Menge über den Lehrstellenmarkt und seine Probleme.

(Abg. Wintruff SPD: Aber Sie nicht!)

Wir sehen, daß es innerhalb von Baden-Württemberg regionale Unterschiede gibt. Das ist in den Stellungnahmen zu den Berichtsunterlagen bis ins letzte aufgelistet. Wir wissen, daß es berufsfachliche Unterschiede gibt, daß es Berufe gibt, wo es noch Lehrstellenangebote gibt, und daß es Berufe gibt, wo es Engpässe gibt.

Generell läßt sich auch feststellen – da stimme ich zu –, daß die Jugendlichen und vor allem auch ihre Eltern sich durchaus nicht nur auf die Traumberufe versteifen, sondern, der Not gehorchend, schon recht flexibel geworden sind. Nach wie vor sind es selbstverständlich die kleinen und mittleren

(Hofer)

Betriebe, insbesondere die Handwerksbetriebe, die gewissermaßen über den Bedarf hinaus ausbilden,

(Abg. Zeller SPD: Wo sind jetzt die Lösungen?)

während bei den Großbetrieben die Ausbildungskapazitäten zurückgefahren werden.

Nun zu den Lösungen. Viel wichtiger – da stimme ich Ihnen zu –, als sich mit dieser weithin bekannten Diagnose zu beschäftigen – ich habe vorhin allerdings auch nicht viel anderes gehört –, ist es, nach der Therapie zu fragen. Da finde ich schon, daß man es nicht verbieten darf, einmal auch der Wirtschaft gegenüber Dank und Anerkennung zu sagen für die Anstrengungen, die sie unternommen hat, um die Zahl der angebotenen Ausbildungsplätze weiter zu steigern. Denn eine Steigerung um 2 %, wie die Arbeitsgemeinschaft der IHKs sagt, ist doch wenigstens eine Anstrengung. Wer motivieren will, der soll auch einmal danke sagen und nicht immer noch eines draufsetzen; das ist meine Meinung.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Gerade weil es notwendig ist, daß bei der Schaffung von Ausbildungsplätzen nicht nur die kurzfristigen Kostengesichtspunkte, sondern auch die gesellschaftliche Dimension der Eingliederung junger Menschen gesehen wird, wenden wir uns auch gegen jede Form der Umlagefinanzierung im Ausbildungsbereich. Denn sie motiviert eben nicht dazu, aus freien Stücken mehr zu tun, als man muß, sondern allenfalls dazu, auf unterster Ebene den Forderungen zu genügen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Neu und motivierend wäre es, besondere Anstrengungen zu belohnen. Wir schlagen zum Beispiel vor, sie durch Steuererleichterungen zu belohnen. Wenn Sie vorschlagen, sie durch öffentliche Aufträge zu belohnen: Prüfen Sie es durch; ich habe meine Bedenken, ob das praktisch und rechtlich geht.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Aber prüfen Sie es durch. Wenn es geht, kann man darüber reden. Ich bezweifle, daß es geht.

Was ist noch zu tun? Natürlich müssen wir auch weiterhin auf die bekannten Appellaktionen und Spitzengespräche setzen. Sie machen doch unter anderem Etikett mit etwas weißer Salbe in Ihrem Antrag Drucksache 12/13 auch nichts anderes, als daß Sie auf solche Spitzengespräche setzen. Einen Rechtsanspruch auf einen Ausbildungsplatz werden Sie doch so gar nicht verankern können.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Daneben müssen die bewährten Programme weitergeführt werden. Das wurde auch von meiner Vorrednerin gesagt. Auch ich bin froh, daß das Programm „Jugend – Arbeit – Zukunft“ für 1997 gesichert ist. Auch ich halte die Verbesserung der Ausbildungsfähigkeit durch das Berufsvorbereitungsjahr für wichtig. – Jetzt sind Sie erfreulicherweise still; denn jetzt kommen ja die Vorschläge.

Schließlich setzen wir auf das vom Wirtschaftsminister initiierte Förderprogramm zur Unterstützung von Lehrlingen aus Konkursbetrieben.

(Zuruf des Abg. Wintruff SPD)

Manche kleineren und mittleren Betriebe fühlen sich bei der Ausbildung überfordert. Das muß man sehen. Deshalb müssen auch Themen wie „Ausbildungsvergütung“ und „Anwesenheit im Betrieb“ aufgegriffen werden.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Vor allem müssen die überbetriebliche Ausbildung beibehalten und die Verbundausbildung weiter gestärkt werden. Dies ist im Haushalt verankert. Das ist nicht nur eine Sprechblase, sondern da ist nicht gekürzt worden; das ist gesichert.

(Abg. Wintruff SPD: Das hat Spöri noch gemacht!  
– Abg. Bebber SPD: Das wäre noch schöner, wenn das nicht abgesichert wäre! – Weitere Zurufe)

Ein dringendes Problem – und damit möchte ich abschließen – ist die mangelnde Ausbildungsreife. Wir alle wissen, daß es attraktive Lehrstellen gibt, die wegen mangelnder Ausbildungsreife nicht besetzt werden können. Deshalb ist es gut, daß sich gegenwärtig das Wirtschaftsministerium intensiv um dieses Problem kümmert.

(Abg. Bebber SPD: Sie können doch nicht alles abschaffen!)

Auch an Neues ist zu denken, wie dies mein Kollege Kiel gemacht hat, zum Beispiel an Lehrstellen im technischen Bereich bei den Fachhochschulen. Wie wäre es übrigens mit Lehrstellen beim DGB?

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Zurufe von der CDU: So ist es!)

Den wichtigsten Impuls hat jedoch der Wirtschaftsminister mit seiner Forderung nach Modernisierung und Schaffung neuer Ausbildungsberufe gegeben. Es dürfen nicht nur hochqualifizierte Ausbildungen im Informations- und Dienstleistungssektor angeboten werden, sondern es müssen auch für leistungsschwache Jugendliche sogenannte Werkerberufe angeboten werden, eine Werkerausbildung, für die nach Ansicht der Wirtschaft durchaus ein Bedarf besteht. Auch das muß man anführen. Das ist vorhin komischerweise alles nicht erwähnt worden. Ich verstehe das nicht.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Deshalb ist es gut, daß es die FDP gibt! – Zuruf des Abg. Kuhn Bündnis 90/ Die Grünen)

– Sie haben es erwähnt. – Daran wird im Bundeswirtschaftsministerium mit Hochdruck gearbeitet.

Abschließend: In einer Art Ceterum censeo mahne ich bei diesem Punkt immer wieder an, alles zu tun, damit über Steuersenkungen und eine Senkung der Lohnzusatzkosten die Rahmenbedingungen auch für Ausbildungsplätze verbessert werden.

(Beifall bei der FDP/DVP)

(Hofer)

Wer eine Ausbildungsoffensive anmahnt und A sagt, der muß auch B sagen und darf nicht das Gegenteil, nämlich eine Blockade, machen.

(Lebhafter Beifall bei der FDP/DVP und Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zuruf des Abg. Wintruff SPD)

**Stellv. Präsident Birzele:** Das Wort erhält Herr Abg. Rapp.

**Abg. Rapp REP:** Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich war schon verwundert, Herr Kollege Bloemecke. Ich kann Ihren Worten nahezu voll zustimmen.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Dann können Sie sich ja setzen!)

Aber Sie sind mir vorgekommen wie einer, der zehn Jahre lang im Ausland war und zurückkommt und fragt: „Um Gottes willen, was macht ihr hier?“ Sie waren doch immer dabei. Das hätte man in einer Fraktion, die seit ewigen Zeiten an der Regierung ist, doch längst anstoßen können. Da hätte doch etwas passieren müssen. Es ist ein politisches Versäumnis; denn es ist nichts passiert. Das ist das Problem.

Die Präsenz der Abgeordneten zeigt, welches Interesse an dem Thema „Ausbildung für junge Menschen“ vorhanden ist. Das finde ich schlimm.

Herr Nagel, Sie haben es geschafft, einen Bogen um das tatsächliche Problem zu machen; denn Sie haben das Problem nicht angesprochen. Das wirkliche Problem ist, daß Sie sich weit davongeredet haben. Sie haben versucht, anderswo Schuldige zu finden. Sie haben sie aber nicht gefunden.

Wir hatten Ende August 1996 gegenüber dem Vorjahr einen Verlust von 6,9 % der angebotenen Ausbildungsplätze. 1996 gingen im Vergleich zu 1995 6,9 % der angebotenen Ausbildungsplätze verloren. Das ist schlecht, meine Damen und Herren. Das ist schlecht, weil gerade Baden-Württemberg, weil gerade Deutschland immer von gut ausgebildeten jungen Menschen profitiert hat.

Man darf auch betonen, daß unser Berufsbildungssystem mit Sicherheit eines der weltbesten, wenn nicht gar das weltbeste überhaupt ist. Überall, wo man es sich leisten kann und wo Potential vorhanden ist, versucht man, die jungen Menschen auf der Linie dieses dualen Ausbildungssystems zu formen und ins Berufsleben einzuführen.

(Abg. Drautz FDP/DVP: Danke für das Lob!)

– Bitte, Herr Drautz?

(Abg. Drautz FDP/DVP: Danke für das Lob! Da haben Sie ja nicht mitgewirkt!)

– Bitte schön, Herr Drautz, aber ich habe Sie nicht gelobt, da müssen Sie irgend etwas falsch verstanden haben.

(Beifall bei den Republikanern)

Meine Damen und Herren, die Fraktion Die Republikaner kann es natürlich nicht mittragen, daß sich zum Beispiel Industrie und Handel – das sind gerade diejenigen, denen man vor Jahren eine große Zukunft vorausgesagt hat – jetzt aus der Ausbildung abseilen und die Pflicht der Ausbildung

letzten Endes dem Handwerk und den Freiberuflern überlassen, die ja noch – das muß man auch einmal sagen – sehr gut ausbilden. Das darf nicht sein, das ist schlecht, und das wollen wir geändert sehen.

Meine Damen und Herren, die Tatsache, daß das Angebot auf dem Lehrstellenmarkt in diesem Land in den letzten fünf Jahren von 82 500 auf 69 000 Stellen zurückgegangen ist, muß uns zum Nachdenken zwingen. Da muß etwas passieren. Normalerweise werden auf der linken Seite dieses Hauses – ich warte darauf, daß das heute noch kommt – sofort Rufe nach Strafabgaben für diejenigen laut, die nicht ausbilden können. Heute sind solche Rufe noch nicht gekommen; aber ich warne davor.

Meine Fraktion schlägt für diejenigen, die ausbilden, Anreize vor. Anreize muß es geben. Man darf nicht immer wieder bestrafen und nicht immer neue Forderungen und neue Forderungen stellen, und am Ende passiert doch nichts, und die Ausbilder ziehen sich zurück. Wir fordern Anreize für diejenigen, der in schlechten Zeiten bereit ist, jungen Menschen eine berufliche Zukunft zu geben.

(Beifall bei den Republikanern)

Auf diesem Gebiet gibt es sehr, sehr große Versäumnisse, und wir können sie nicht hinwegreden. Wir wissen, daß nicht jeder Jugendliche in den nächsten Jahren in seinen Wunschberuf kommen kann; aber wir können die Jugendlichen auch nicht irgendwo hineinzwingen.

Glücklich sind die Jugendlichen in Freiburg, Nagold, Pforzheim oder Stuttgart, wo es noch ein ganz kleines Überangebot gibt; in der Antwort der Landesregierung, Drucksache 12/3, haben wir ja diese Mitteilung bekommen. Das ist sehr gut. Wir müssen aber dazu animieren, daß es anderswo genauso wird; denn demjenigen, der in einem unterversorgten Gebiet wie Aalen wohnt, nützt ein Überhang irgendwo im Lande überhaupt nichts. Deswegen dürfen wir die Situation auch nicht immer landesweit und bundesweit sehen, sondern wir müssen sie differenziert sehen. Die Menschen müssen dort, wo sie wohnen, auch lernen können. Die Arbeit muß zum Menschen kommen, und der Mensch darf nicht Hunderte von Kilometern zur Arbeit fahren müssen. Das ist meines Erachtens sehr wichtig.

(Beifall bei den Republikanern – Abg. Drautz FDP/DVP: Was Sie da erzählen, ist vom letzten Jahrhundert!)

– Sie arbeiten aber auch dort, wo Sie wohnen, Herr Drautz. Gönnen Sie doch den jungen Menschen das gleiche Privileg, das Sie für sich in Anspruch nehmen.

(Beifall bei den Republikanern)

Ich sage Ihnen aber dazu: Das ist natürlich auch ein wirtschaftliches Problem. Ein Unternehmen, das aufgrund des globalen Markts – Herr Deuschle hat Ihnen das gestern vormittag ganz deutlich vor Augen geführt – um seine Zukunft bangt, kommt als letztes auf die Idee, junge Menschen auszubilden und sich dadurch weitere Kosten aufzuladen. So ist es leider. Das ist eine Konsequenz der gegebenen Verhältnisse.

**Stellv. Präsident Birzele:** Herr Abg. Rapp, ich bitte Sie, zum Ende zu kommen.

**Abg. Rapp REP:** Ich komme zum Ende, ja.

Betrachten Sie einmal nüchtern, wer noch gut ausbildet. Es sind wieder die Freiberufler und das Handwerk, also genau diejenigen, die standortgebunden sind und eben nicht im Zug der Globalisierung irgendwo hingehen können. Hier schließt sich der Kreis. Sie merken, wie weit Sie mit Ihrer Globalisierung und Europäisierung danebenliegen und daß die Jugend ein Opfer Ihrer Politik ist.

(Beifall bei den Republikanern – Abg. Drautz FDP/  
DVP: Endlich sind wir beim Thema!)

**Stellv. Präsident Birzele:** Herr Abg. Nagel, Sie haben sich noch einmal gemeldet. Ich möchte darauf hinweisen, daß Sie unter Berücksichtigung der Zwischenfragen noch eine Redezeit von 2 Minuten haben.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Das reicht ihm!)

**Abg. Nagel SPD:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte noch die Antwort auf einige Fragen und Anmerkungen von Vorrednern geben.

Herr Rapp, Ihre Ausführungen hatten die gleiche weltpolitische Bedeutung wie das Umfallen eines Fahrrads in Chicago. Es lohnt sich also nicht, darauf einzugehen.

(Abg. Rapp REP: Wir wollen auch Ihre nicht über-  
bewerten, Herr Nagel!)

Herr Hofer ist nicht mehr hier. Vielleicht können Sie den Kollegen darauf aufmerksam machen, daß es dann, wenn man zu einem Tagesordnungspunkt gesprochen hat, üblich ist, so lange hierzubleiben, bis dieser Tagesordnungspunkt erledigt ist.

Zunächst zu der Forderung, die auch in Zwischenrufen erhoben wurde, der DGB solle ausbilden. Sie machen es sich damit einfach. Herr Pfister ist ja direkt erschrocken, als wir gefragt haben, wieviel Gewerkschaftssekretäre wir noch ausbilden sollten. Sie wissen, daß das kein Ausbildungsberuf ist. Genauso müßten Sie die Frage stellen, wieviel die Unternehmensverbände, die Arbeitgeberverbände, die Bäckerinnungen oder die Industrie- und Handelskammern ausbilden. Auf eine solche Ebene sollten wir uns also nicht begeben.

(Abg. Weimer SPD: Das ist halt das neue Niveau!)

Zweiter Punkt: Herr Hofer hat moniert, man müsse trotzdem den Dank an die Wirtschaft aussprechen. Ich habe dies differenziert gegenüber dem Handwerk getan, das den Dank auch verdient hat. Aber glauben Sie doch nicht – ich bringe das einmal als Beispiel –, wenn man Ihnen drei Jahre hintereinander 500 DM aus dem Portemonnaie nimmt und Ihnen dann im vierten Jahr 20 DM gibt, daß Sie dann noch „danke schön“ sagen. Das hat nämlich der Arbeitgeber gemacht: Er hat in der Industrie drei Jahre lang erheblich abgebaut und dann minimal zugelegt. Dies ist für mich kein Grund, seine Haltung als besonders lobenswert herauszustellen.

Der letzte Punkt: Herr Hofer hat gesagt, der Ausbildungskonsens sei nichts wert, sei weiße Salbe. Ich kann wegen der Kürze der Redezeit zwar nicht im einzelnen darauf ein-

gehen, doch empfehle ich ihm einmal, sich diesen Ausbildungskonsens zur Brust zu nehmen und durchzulesen. Das ist keine Erfindung der SPD. Dieser Konsens ist mit den Arbeitgebern, den Kammern, den Gewerkschaften und der Landesregierung gemeinsam erarbeitet worden. Das ist kein Papier mit weißer Salbe, sondern darin sind effektive Möglichkeiten aufgezeigt und auch effektive Verpflichtungen eingegangen worden.

Wenn wir etwas tun wollen, wie Herr Hofer gesagt hat – „wir müssen rechtzeitig für das nächste Jahr Vorsorge treiben“ –, kann man dies nicht mit einem Berichtsantrag tun und im übrigen darauf hoffen, daß die göttlichen Eingebungen die Landesregierung treffen, sondern dann muß man konkret etwas vereinbaren. Deshalb bitte ich um Zustimmung zu unseren Anträgen.

(Beifall bei der SPD)

**Stellv. Präsident Birzele:** Das Wort erhält Herr Staatssekretär Dr. Mehrländer.

**Staatssekretär Dr. Mehrländer:** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Bevor ich zu den verschiedenen Fragen, was die Landesregierung getan habe und noch tun wolle, Stellung nehme, möchte ich auch der Wirtschaft und insbesondere dem Handwerk dafür danken, daß die Ausbildungsstellen zur Verfügung gestellt worden sind.

(Beifall der Abg. Kleinmann und Beate Fauser  
FDP/DVP)

Ein weiteres Faktum ist aber auch – das ist ein Faktum –, daß es zum Beispiel in der Metallindustrie und in der Kunststoffindustrie noch freie Ausbildungsstellen gibt. Damit soll nichts bagatellisiert werden, aber dies ist auch ein Faktum.

Was ist zu tun? Die Zahl, die hier genannt worden ist, daß nur noch 23 % der Betriebe ausbilden, ist wirklich beunruhigend. Daher muß von der Politik weiterhin der Appell an die Wirtschaft gehen – nicht nur an das Handwerk –, mehr als bisher zu tun. Denn es ist klar, daß die geburtenstarken Jahrgänge noch bis zum Jahr 2006 auf den Lehrstellenmarkt drängen werden.

Was ist nun nicht nur von der Wirtschaft, sondern auch von der Politik zu tun? Es ist nach den Ergebnissen des Bündnisses für Ausbildung gefragt worden. Hier ist viel getan worden, meine Damen und Herren:

Erstens ist das Programm zur Unterbringung von Lehrlingen aus Konkursbetrieben auf die Schiene gesetzt worden. Es läuft in diesem Jahr mit 1,5 Millionen DM an.

(Abg. Wintruff SPD: Wieviel kriegt der Betrieb?)

Zweitens hat auch das Land mehr Ausbildungsplätze zur Verfügung gestellt: 5 % mehr, nicht viel, aber immerhin.

Drittens wird die Förderung von Ausbildungsverbänden fortgesetzt.

Viertens hat das Wirtschaftsministerium eine Arbeitsgruppe „Ausbildungsreife“ eingerichtet. Dies ist ein sehr wichtiger Punkt, um die Situation zu verbessern.

(Abg. Wintruff SPD: Die gab es auch schon! Die wird nur fortgesetzt!)

(Staatssekretär Dr. Mehrländer)

– Ja, aber jetzt haben wir eine Arbeitsgruppe. Ich komme zum Schluß noch einmal auf das Gemeinsame zurück.

Die nächste Frage betraf die Zukunftsoffensive. Da sind zwei Maßnahmen vorgesehen: 20 Millionen DM für Maßnahmen im Handwerk, vor allem zur besseren Qualifizierung, und 15 Millionen DM für neue Maßnahmen im Bereich der beruflichen Bildung, Stichworte: Schule, Betrieb, nebenbetriebliche Ausbildung.

Ein ganz wichtiger Punkt – das ist auch schon angesprochen worden – ist: Wir brauchen neue Ausbildungsberufe, und zwar insbesondere in den zukunftsorientierten Dienstleistungsbereichen. Wirtschaftsminister Dr. Döring wird am 24. Oktober, also in wenigen Tagen, eine öffentliche Anhörung hierzu durchführen, zu der Vertreter der Wirtschaft, der Gewerkschaften, der Arbeits- und Kultusverwaltung, aber auch des Bundes geladen sind. Hier tut sich ja schon etwas im Bund, der federführend dafür ist. Zum 1. August 1996 sind 19 modernisierte Ausbildungsordnungen geschaffen worden, und außerdem treten drei neu geschaffene Berufe für den Medienbereich in Kraft: der Werbevorlagenhersteller, der Film- und Videoeditor und der Mediengestalter Bild und Ton.

Das Problem der mangelnden Ausbildungsreife müssen wir angehen. Ich habe schon erwähnt, daß wir hierzu eine Arbeitsgruppe fortführen werden. Das ist sicherlich wichtig. Dazu müssen dann auch entsprechende Vorschläge aus dem Kultusministerium gemacht werden.

Ich möchte auch noch einen Vorschlag machen, meine Damen und Herren. Wieso kann man sich im Rahmen von Tarifverträgen beispielsweise nicht verstärkt darauf einigen, die Ausbildungsvergütungen einzufrieren und dafür die Zusage einzuhandeln, daß die Zahl der Lehrstellen in einzelnen Branchen gesteigert wird?

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/  
DVP)

Ich komme zum Schluß. Ich meine in der Tat, Herr Abg. Nagel: Hier ist gemeinsames Handeln notwendig; denn die Versorgung unserer jungen Generation mit genügend Ausbildungsplätzen ist eine Herausforderung für alle.

(Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Birzele:** Gestatten Sie noch eine Nachfrage des Herrn Abg. Wintruff?

**Staatssekretär Dr. Mehrländer:** Natürlich.

**Stellv. Präsident Birzele:** Herr Abg. Wintruff, bitte.

**Abg. Wintruff SPD:** Herr Staatssekretär, ich möchte Ihnen, stellvertretend für die jungen Leute da oben auf der Tribüne, noch die entscheidende Frage der heutigen Debatte stellen.

(Zuruf des Abg. Rapp REP)

Was sollen die jungen Leute nun eigentlich wirklich glauben? Zum einen haben sie – in der heutigen Debatte durch Sie bestätigt – gehört, zu Beginn des neuen Schuljahres hätten Tausende von Lehrstellen gefehlt. Einige tausend der jungen Leute haben wir zwischengeparkt, einige tausend mußten ins Berufsvorbereitungsjahr gehen.

(Zurufe von der CDU und der FDP/DVP: Frage! –  
Abg. Seimetz CDU: Fragen, nicht jammern!)

Andere sind in die Fördermaßnahmen des Arbeitsamts gegangen. Das ist die eine Seite dessen, was diese jungen Leute mitbekommen haben.

(Unruhe – Zurufe: Frage!)

Und nun – warten Sie doch – fragen sie sich, was sie glauben sollen, nachdem vor wenigen Tagen in der Zeitung stand: „Ministerpräsident Teufel: Mehr Lehrstellen als Bewerber“.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Das ist die Frage? – Abg. Seimetz CDU: Herr Präsident, ist das eine Frage? Das ist eine Rede, und zwar nicht einmal eine gute! – Anhaltende Unruhe)

**Stellv. Präsident Birzele:** Das ist die Frage.

**Abg. Wintruff SPD:** Was sollen sie glauben? „Mehr Lehrstellen als Bewerber!“ Sollen sie Herrn Pfister glauben oder dem Herrn Ministerpräsidenten? Beides paßt nicht zusammen.

(Beifall bei der SPD – Abg. Seimetz CDU: Wo war jetzt die Frage?)

**Stellv. Präsident Birzele:** Herr Staatssekretär.

**Staatssekretär Dr. Mehrländer:** Herr Abgeordneter, ich darf darauf noch einmal zusammenfassend antworten. Ich meine, ich habe deutlich gemacht, daß die Landesregierung mit einem Bündel von Maßnahmen ihrer Verantwortung gerecht wird.

(Abg. Wintruff SPD: Was sollen sie glauben?)

Ich bin der guten Hoffnung, daß dies auch die Wirtschaft erkannt hat. Wenn wir keine Panik machen, sondern dieses Problem gemeinsam angreifen, dann werden wir es auch lösen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Pfister FDP/DVP: Sehr gut!)

**Stellv. Präsident Birzele:** Meine Damen und Herren, wir sind damit am Ende des Tagesordnungspunkts 3. Die antragstellenden Fraktionen beantragen Überweisung an den Wirtschaftsausschuß. – Sie stimmen zu.

Ich rufe **Punkt 4 a** auf:

#### **Wahl eines Mitglieds des Staatsgerichtshofs und des stellvertretenden Präsidenten des Staatsgerichtshofs**

Meine Damen und Herren, Herr Karlmann Geiß hat nach seiner Berufung zum Präsidenten des Bundesgerichtshofs mit Schreiben vom 15. Juli 1996 mitgeteilt, daß er mit Wirkung vom 1. August 1996 aus dem Staatsgerichtshof ausscheidet. Ich habe die Fraktionen davon mit Schreiben vom 5. August 1996 unterrichtet.

Gemäß Artikel 68 Abs. 3 Satz 4 der Landesverfassung in Verbindung mit § 3 Abs. 2 des Gesetzes über den Staatsgerichtshof muß der Landtag für den Rest der Amtszeit des

(Stellv. Präsident Birzele)

ausgeschiedenen Herrn Geiß einen Nachfolger wählen. Die Amtszeit des Herrn Geiß wäre am 20. Juli 1997 zu Ende gegangen. Herr Geiß ist seinerzeit auf Vorschlag der SPD-Fraktion zum Mitglied des Staatsgerichtshofs gewählt worden. Die SPD-Fraktion schlägt Herrn Hans Georgii, Präsident am Landgericht Ravensburg, zur Wahl vor. Dieser Wahlvorschlag liegt vervielfältigt auf Ihren Tischen.

(Unruhe)

– Meine Damen und Herren, ich bitte Sie um etwas mehr Ruhe, damit die Prozedur der Wahl korrekt erfolgen kann.

Gemäß § 97 a Abs. 3 der Geschäftsordnung werden die Mitglieder des Staatsgerichtshofs ohne Aussprache in geheimer Wahl gewählt. Ein Stimmzettel, auf dem der Wahlvorschlag der SPD-Fraktion abgedruckt worden ist, liegt Ihnen vervielfältigt auf gelbem Papier vor. Wenn Sie den Stimmzettel unverändert abgeben, so haben Sie entsprechend dem Wahlvorschlag gewählt. Selbstverständlich sind Sie nicht an diesen Wahlvorschlag gebunden.

Da die Wahl des neuen Mitglieds nicht einen weiteren Wahlgang voraussetzt, möchte ich auch zur Wahl des stellvertretenden Präsidenten des Staatsgerichtshofs Ausführungen machen. Da Herr Geiß stellvertretender Präsident des Staatsgerichtshofs war, ist es notwendig, in einem weiteren Wahlgang den stellvertretenden Präsidenten des Staatsgerichtshofs zu wählen. Die SPD-Fraktion schlägt Ihnen vor, Herrn Dr. Heinz Jordan, Oberlandesgerichtspräsident und berufsrichterliches Mitglied des Staatsgerichtshofs, zum stellvertretenden Präsidenten des Staatsgerichtshofs zu wählen. Auch für diese Wahl bestimmt die Geschäftsordnung, daß sie geheim und ohne Aussprache stattzufinden hat. Bitte, verwenden Sie für diesen Wahlgang den weißen Stimmzettel.

(Abg. Brechtken SPD: Grau!)

Der Vorgeschlagene ist auf dem Stimmzettel vermerkt. Wenn Sie den Stimmzettel unverändert abgeben, so haben Sie entsprechend dem Wahlvorschlag gewählt.

Meine Damen und Herren, wir führen beide Wahlgänge in einem Arbeitsgang durch. Ich bitte Sie deshalb, beide Stimmzettel auszufüllen. Sie können sich auch damit begnügen, nur einen Umschlag zu verwenden.

Ich bitte die Schriftführer, die Wahlumschläge einzusammeln.

(Einsammeln der Stimmzettel)

Haben alle Abgeordneten ihren Stimmzettel abgegeben?

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Nein, der Kollege Kretschmann noch nicht!)

– Das ist der Fall. Ich schließe damit die Wahlhandlung.

Das Wahlergebnis wird umgehend festgestellt und Ihnen bekanntgegeben.

Ich schlage Ihnen vor, daß wir inzwischen in der Tagesordnung fortfahren und den gesamten Punkt 4 noch vor der Mittagspause abhandeln.

Ich rufe **Punkt 4 b** der Tagesordnung auf:

**Wahl der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder der Verwaltungsräte des Badischen Staatstheaters Karlsruhe, der Württembergischen Staatstheater Stuttgart und des Landestheaters Württemberg-Hohenzollern Tübingen**

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Ich bitte Sie um Ruhe.

Nach den Theaterverträgen zwischen dem Land Baden-Württemberg und den Städten Karlsruhe und Stuttgart gehören dem Verwaltungsrat des Badischen Staatstheaters und dem Verwaltungsrat der Württembergischen Staatstheater jeweils sechs Abgeordnete an, die vom Landtag namentlich bestimmt werden. Außerdem sind gemäß § 4 Abs. 2 der Satzung des Landestheaters Württemberg-Hohenzollern in Tübingen zwei Abgeordnete Mitglieder des Verwaltungsrats dieses Theaters.

Mit Ablauf der Wahlperiode ist die Mitgliedschaft der bisherigen Vertreter des Landtags in den genannten Gremien erloschen. Nach dem d'Hondtschen Berechnungsverfahren stehen im Verwaltungsrat des Badischen Staatstheaters und der Württembergischen Staatstheater der CDU-Fraktion jeweils drei Sitze, der SPD-Fraktion zwei Sitze und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ein Sitz zu. Im Verwaltungsrat des Landestheaters Württemberg-Hohenzollern stehen der CDU-Fraktion und der SPD-Fraktion je ein Sitz zu.

Für alle Verwaltungsräte sind auch jeweils Stellvertreter zu benennen.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Meine Damen und Herren, ich bitte um Ruhe.

Ihnen liegt ein gemeinsamer Wahlvorschlag der Fraktion der CDU, der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vor, der auf der Grundlage des Stärkeverhältnisses der Fraktionen erstellt ist (Anlage 1). Außerdem liegt Ihnen ein Wahlvorschlag der Fraktion Die Republikaner mit je einem Wahlvorschlag für die Verwaltungsräte des Badischen Staatstheaters und der Württembergischen Staatstheater vor (Anlage 2).

Zum Verfahren schlage ich Ihnen vor, daß wir den gemeinsamen Wahlvorschlag der Fraktion der CDU, der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen als Stimmzettel verwenden. Diejenigen Abgeordneten, die dem Vorschlag der Fraktion Die Republikaner folgen wollen, müssen auf dem als Stimmzettel verwendeten Wahlvorschlag der Fraktion der CDU, der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen jeweils Abgeordnete streichen und an deren Stelle die von der Fraktion Die Republikaner vorgeschlagenen Abgeordneten vermerken.

Selbstverständlich können Sie auch sonst Namen streichen und durch andere ersetzen. Allerdings müßten Stimmzettel, auf denen mehr als je sechs Abgeordnete für die Verwaltungsräte Karlsruhe und Stuttgart bzw. mehr als zwei Abgeordnete für das Landestheater Tübingen vermerkt werden, als ungültig angesehen werden.

Herr Abg. Kretschmann, Sie haben zur Geschäftsordnung ums Wort gebeten.

**Abg. Kretschmann** Bündnis 90/Die Grünen: Herr Präsident, Sie haben ausgeführt, daß beim Verwaltungsrat des Landestheaters Württemberg-Hohenzollern den Fraktionen der CDU und der SPD je ein Sitz zusteht. Kann ich daraus schließen, daß der Abg. Kluck die Fraktion gewechselt hat?

(Widerspruch)

**Stellv. Präsident Birzele:** Herr Abg. Kretschmann, es handelt sich um einen Vorschlag, den Ihre Fraktion, Bündnis 90/Die Grünen, mit eingebracht hat.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Ich gehe davon aus, daß Sie in Ihrer Fraktion über die Wahlvorschläge informiert worden sind.

(Heiterkeit – Abg. Sieber CDU: 1 : 0 für den Präsidenten!)

Meine Damen und Herren, ich bitte Sie nun, die Stimmzettel so, wie vorgeschlagen, auszufüllen. Die Schriftführer bitte ich, die Auszählung der vorhin durchgeführten Wahl zu unterbrechen und die Stimmzettel dieses Wahlgangs einzusammeln.

(Einsammeln der Stimmzettel)

Meine Damen und Herren, ist noch jemand im Saal, der noch nicht abgestimmt hat? – Das ist nicht der Fall. Dann wird der Wahlgang damit geschlossen. Ich bitte die Schriftführer, das Wahlergebnis festzustellen. Da Herr Abg. Fischer selbst kandidiert, wird an seiner Stelle Herr Abg. Hausmann als Schriftführer bei der Feststellung des Wahlergebnisses mitwirken. Auch dieses Ergebnis wird Ihnen nach Vorliegen bekanntgegeben.

Wir fahren in der Tagesordnung fort.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 4 c** auf:

#### **Wahl der Mitglieder des Medienrats der Landesanstalt für Kommunikation**

Nach § 72 Abs. 2 des Landesmediengesetzes entsendet jede Fraktion im Landtag einen Vertreter in den Medienrat der Landesanstalt für Kommunikation. Vier weitere Vertreter werden aufgrund von Wahlvorschlägen der Fraktionen vom Landtag im Weg der Verhältniswahl nach dem d'Hondtschen Höchstzahlverfahren gewählt.

Von den Fraktionen werden folgende Herren in den Medienrat entsandt: von der CDU-Fraktion Herr Hans Volle, Tuttlingen, von der SPD-Fraktion Herr Dr. Alfred Geisel, von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Herr Abg. Jacobi, von der FDP/DVP-Fraktion Herr Abg. Kluck und von der Fraktion Die Republikaner Herr Abg. Dr. Schlierer.

Die vier weiteren Vertreter des Landtags müssen wir heute wählen. Nach d'Hondt entfallen davon drei Vertreter auf die CDU-Fraktion und ein Vertreter auf die SPD-Fraktion. Ein gemeinsamer Vorschlag von CDU- und SPD-Fraktion liegt auf Ihren Tischen. Es werden vorgeschlagen von der CDU-Fraktion die Herren Abg. Birk, Dr. Mauz und Wieser, von der SPD-Fraktion Herr Abg. Junginger.

Bitte verwenden Sie den Wahlvorschlag wiederum einfach als Stimmzettel. Wenn Sie ihn unverändert abgeben, so haben Sie entsprechend den Wahlvorschlägen der CDU- und der SPD-Fraktion gewählt. Sie sind an die Vorschläge nicht gebunden. Sie können Namen streichen und durch andere ersetzen. Allerdings müßten auch hier wieder solche Stimmzettel als ungültig angesehen werden, die mehr als vier Namen enthalten.

Ich verweise auch auf § 17 a Abs. 2 letzter Satz unserer Geschäftsordnung, wonach ich gehalten bin, das Wahlergebnis unter Beachtung des d'Hondtschen Verteilungsschlüssels festzustellen.

Ich bitte die Schriftführer, die Stimmzettel einzusammeln und deshalb die Auszählung der vorangegangenen Wahlen so lange zu unterbrechen.

(Einsammeln der Stimmzettel)

Meine Damen und Herren, ist noch jemand im Saal, der noch nicht abgestimmt hat? – Es haben alle Abgeordneten, die abstimmen wollen, abgestimmt. Ich schließe deshalb die Wahlhandlung und bitte auch hier die Schriftführer, das Wahlergebnis festzustellen. Es wird Ihnen nach Vorliegen bekanntgegeben.

Wir fahren in der Tagesordnung fort. Ich rufe jetzt den letzten Teil dieses Tagesordnungspunkts auf, und zwar **Tagesordnungspunkt 4 d:**

#### **Herstellung des Einvernehmens zur Berufung von sieben sachverständigen Persönlichkeiten in das Kuratorium der Landeszentrale für politische Bildung**

Meine Damen und Herren, nach der Bekanntmachung der Landesregierung über die Errichtung einer Landeszentrale für politische Bildung vom 25. Januar 1972, zuletzt geändert durch die Bekanntmachung der Landesregierung vom 30. April 1990, beruft der Ministerpräsident neben den vom Landtag bereits nominierten Abgeordneten sieben sachverständige Persönlichkeiten ebenfalls für die Dauer einer Legislaturperiode in das Kuratorium der Landeszentrale für politische Bildung, und zwar im Einvernehmen mit dem Landtag.

Mit Schreiben vom 30. Juli 1996, das den Fraktionen in Ablichtung zugeleitet worden ist und das Ihnen vervielfältigt vorliegt, hat der Herr Ministerpräsident um das Einvernehmen zur Berufung folgender sachverständiger Persönlichkeiten gebeten: Herr Professor Dr. Dr. h. c. Günter Dohmen, Tübingen, Herr Oliver Moses, Stuttgart, Herr Professor Dr. Xaver Fiederle, Freiburg, Herr Ernst Mutscheller, Stuttgart, Herr Michael H. Raatz, Stuttgart, Herr Rainer Dahlem, Stuttgart, und Herr Dietmar Perchem, Stuttgart.

Wer der Berufung der vom Herrn Ministerpräsidenten vorgeschlagenen Herren zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Bei wenigen Enthaltungen so beschlossen.

Meine Damen und Herren, die CDU-Fraktion schlägt noch eine Umbesetzung bei den für das Kuratorium vom Landtag bereits nominierten Abgeordneten vor; und zwar sollen die Herren Abg. Haas und Wieser aus dem Kuratorium aus-

(Stellv. Präsident Birzele)

scheiden und an ihrer Stelle die Herren Abg. Birk und Herrmann in das Kuratorium gewählt werden. – Ich darf ohne förmliche Abstimmung feststellen, daß das Haus dem zustimmt.

Punkt 4 d der Tagesordnung ist damit erledigt.

Meine Damen und Herren, ich unterbreche die Sitzung. Die Fortsetzung wird um 14.15 Uhr sein.

(Unterbrechung der Sitzung: 13.06 Uhr)

\*

(Wiederaufnahme der Sitzung: 14.16 Uhr)

**Stellv. Präsident Birzele:** Meine Damen und Herren, die unterbrochene Sitzung wird fortgesetzt. Ich bitte Sie, Platz zu nehmen.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 5** auf:

#### **Fragestunde – Drucksache 12/507**

Ich rufe die Mündliche Anfrage unter Ziffer 1 auf:

Mündliche Anfrage des Abg. Arnold Tölg CDU – Physiotherapieschule Bad Wildbad

Das Wort zur Verlesung seiner Anfrage hat Herr Abg. Tölg.

**Abg. Tölg** CDU: Ich frage die Landesregierung:

- a) Wie beurteilt die Landesregierung die Entscheidung der Schiedsstelle, daß die Krankenkassen die Betriebskosten der geplanten Physiotherapieschule in Bad Wildbad weder tragen noch sich daran beteiligen müssen?
- b) Welche Wege sieht die Landesregierung, die vom Bedarf her dringend erforderliche Physiotherapieschule Bad Wildbad doch noch zu schaffen, und welche Unterstützung plant die Landesregierung zu gewähren?

**Stellv. Präsident Birzele:** Das Wort zur Beantwortung der Anfrage namens der Landesregierung erhält Frau Staatssekretärin Lichy.

**Staatssekretärin Johanna Lichy:** Sehr geehrter Herr Landtagspräsident, sehr geehrte Damen und Herren! Namens der Landesregierung beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu a: Herr Kollege Tölg, die Landesregierung bedauert diese Entscheidung. Das Sozialministerium und die Krankenkassen waren sich 1994 darüber einig, in Bad Wildbad eine Physiotherapieschule zu errichten. Leider gelang es dem Träger aber erst 1996, das Projekt umzusetzen. In diesem Jahr aber war vom Bundesgesetzgeber eine strenge Budgetierung der Krankenhausaufgaben vorgeschrieben worden. Dies war der Wille des gesamten Bundestags.

Die Landesregierung hat zwar die Auffassung vertreten, daß die getroffenen gesetzlichen Bestimmungen die Zusatzkosten der Schule für die Krankenhausträger erfassen müßten. Leider teilte der Bundesgesundheitsminister diese Auffassung nicht. Insofern sehen wir keine erfolversprechende Möglichkeit, den Schiedsspruch nicht zu genehmigen.

Zu b: Der Träger beabsichtigt, im Jahr 1996 die Schule nicht mehr zu realisieren. Die Rechtslage im Jahr 1997 ist noch offen. Man muß aber auch 1997 mit einer Festsetzung der Budgetierung rechnen. Daher beabsichtigt die Landesregierung, entsprechende Ausnahmeregelungen in das Gesetzgebungsverfahren einzubringen, um zusätzlich erforderliche Leistungen der Krankenhäuser wie zum Beispiel ebensolche Schulen künftig wieder pflegesatzfähig machen zu können.

**Stellv. Präsident Birzele:** Herr Abg. Tölg, Zusatzfrage.

**Abg. Tölg** CDU: Frau Staatssekretärin, wie ist denn der zeitliche Rahmen? Können Sie etwas dazu sagen, wann die Bemühungen der Landesregierung erfolgen werden und wann mit Ergebnissen zu rechnen ist, damit man für 1997 im Fall einer Genehmigung doch noch in eine sinnvolle Planung dieser Schule eintreten kann?

**Staatssekretärin Johanna Lichy:** Die Landesregierung hat bereits in den Beratungen der vergangenen Wochen über die Eckpunkte der künftigen Reformvorstellungen darauf hingewiesen, daß die Budgetdeckelung, mit der man ja auch 1997 wieder rechnen muß, doch Ausnahmeregelungen vorsehen sollte, die sicherstellen, daß Veränderungen des Leistungsangebots aufgrund von krankenhauplanerischen Entscheidungen oder aufgrund von Förderentscheidungen des Landes budgetsteigernd wirken.

**Stellv. Präsident Birzele:** Weitere Zusatzfrage, Herr Abg. Tölg.

**Abg. Tölg** CDU: Stehen die von der Landesregierung für 1996 eingeplanten Mittel auch 1997 zur Verfügung? Können Sie dazu etwas sagen?

**Stellv. Präsident Birzele:** Bitte.

**Staatssekretärin Johanna Lichy:** Die Mittel sind schon vorher als Investitionsmittel bereitgestellt worden, sonst würde sich die Entscheidung ja konterkarieren. Man hat es für sinnvoll gehalten, dort diese Physiotherapieschule entsprechend dem räumlichen Bedarf einzurichten. Diese Mittel stehen nicht in Abrede.

**Stellv. Präsident Birzele:** Es liegen keine weiteren Zusatzfragen vor.

Ich rufe die Mündliche Anfrage unter Ziffer 2 auf:

Mündliche Anfrage des Abg. Ulrich Deuschle REP – Verbilligte Darlehen der Landeskreditbank

Herr Abg. Deuschle, Sie haben das Wort zur Verlesung Ihrer Anfrage.

**Abg. Deuschle** REP: Herr Präsident, ich frage die Landesregierung zum Thema „Verbilligte Darlehen der Landeskreditbank“:

- a) Wie viele Projekte im Eigentumsbereich hat das Land in diesem Jahr über LKB-Gelder insgesamt und im Kreis Esslingen finanziert?
- b) Existiert seit August/September dieses Jahres ein allgemeiner oder auf Personengruppen bezogener Bewilligungsstopp?

**Stellv. Präsident Birzele:** Das Wort zur Beantwortung der Mündlichen Anfrage für die Landesregierung hat Herr Staatssekretär Dr. Mehrländer.

**Staatssekretär Dr. Mehrländer:** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Namens der Landesregierung beantworte ich die Fragen wie folgt:

Zur ersten Frage: Landesweit wurden von Januar bis August 1996 rund 6 200 Wohneinheiten im Bereich der Eigentumsförderung in das Landeswohnungsbauprogramm 1996 aufgenommen; davon werden rund 200 Wohneinheiten im Landkreis Esslingen gefördert.

Zur zweiten Frage: Mit Schreiben vom 26. August und vom 25. September 1996 wurde den Wohnungsbauförderungsstellen, den Regierungspräsidien und der Landeskreditbank Baden-Württemberg mitgeteilt, daß die verfügbaren Fördermittel für das Landeswohnungsbauprogramm 1996 mit einer Ausnahme vollständig erschöpft sind. Bis auf weiteres bestehen nur noch Fördermöglichkeiten im Eigentumsbereich für einkommensschwache kinderreiche Familien im ersten Förderweg. Es handelt sich also um einen – mit Ausnahme einer Personengruppe – allgemeinen Bewilligungsstopp.

**Stellv. Präsident Birzele:** Zu einer Zusatzfrage, Herr Abg. Deuschle.

**Abg. Deuschle REP:** Herr Staatssekretär, die Frage war, ob ein auf Personengruppen bezogener Bewilligungsstopp existiere, zum Beispiel nach der Zahl der Kinder. Das könnte ja auch sein. Was kann mir die Landesregierung dazu sagen?

**Stellv. Präsident Birzele:** Bitte.

**Staatssekretär Dr. Mehrländer:** Herr Abgeordneter, darf ich diese Frage schriftlich beantworten? Das ist im Augenblick aus den Unterlagen nicht nachvollziehbar. Ich möchte Ihnen keine falsche Auskunft geben.

(Abg. Deuschle REP: Ja! Danke!)

**Stellv. Präsident Birzele:** Sie sind damit einverstanden.

(Abg. Deuschle REP: Ich habe eine zweite Zusatzfrage!)

– Bitte.

**Abg. Deuschle REP:** Herr Staatssekretär, was sieht die Landesregierung im Etat 1997 diesbezüglich vor?

**Staatssekretär Dr. Mehrländer:** Die Etatberatungen sind, wie Sie wissen, noch nicht abgeschlossen, insbesondere im Landtag, so daß noch nicht gesagt werden kann, ob und wie viele Mittel dafür zur Verfügung stehen.

(Abg. Deuschle REP: Danke!)

**Stellv. Präsident Birzele:** Es liegen keine weiteren Zusatzfragen vor.

Wir kommen damit zur Mündlichen Anfrage unter Ziffer 3:

Mündliche Anfrage des Abg. Johannes Buchter Bündnis 90/Die Grünen – Rechtsschutz beim Vollzug von Abschiebungen

Herr Abg. Buchter, Sie haben das Wort zur Verlesung Ihrer Anfrage.

**Abg. Buchter** Bündnis 90/Die Grünen: Ich frage die Landesregierung:

- a) Wie will die Landesregierung in Zukunft vermeiden, daß – wie kürzlich in Leonberg – Asylbewerber abgeschoben werden, bevor die Ablehnung des Duldungsantrags gestellt ist und bevor überprüft ist, ob nicht eine Personenverwechslung vorliegt?
- b) Ist die Landesregierung bereit, einen Schmerzensgeldanspruch des pakistanischen Asylbewerbers dem Grunde nach anzuerkennen, der aufgrund eines in die falsche Akte gerutschten Abschiebebescheids am 7. Oktober dieses Jahres morgens um 4.30 Uhr mit seiner Familie abgeholt wurde und die Abschiebung durch einen Sprung vom ersten Stock eines Wohnhauses verhindert hat?

**Stellv. Präsident Birzele:** Zur Beantwortung dieser Anfrage erteile ich Herrn Innenminister Dr. Schäuble das Wort.

**Innenminister Dr. Schäuble:** Namens der Landesregierung nehme ich zu der Mündlichen Anfrage wie folgt Stellung:

Zu Frage a: Aufgrund einer bedauerlichen Namensverwechslung bei der Bezirksstelle für Asyl in Ludwigsburg sollten am 7. Oktober 1996, also vor zehn Tagen, der pakistanische Asylbewerber und seine Familie, die in Leonberg wohnhaft sind, abgeschoben werden. Die Voraussetzungen für die Abschiebung lagen nicht vor. Zwar hat das Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge die Asylanträge der Familie als unbegründet abgelehnt; dagegen war jedoch Klage erhoben worden. Das Verwaltungsgericht Stuttgart hat am Tag des Abschiebeversuchs die Familie als asylberechtigt anerkannt. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig.

Zu der Abschiebemaßnahme kam es aus folgenden Gründen: Im Juni 1996 ging bei der Bezirksstelle für Asyl in Ludwigsburg ein Beschluß des Verwaltungsgerichts Stuttgart über eine Verfahrenseinstellung wegen Klagerücknahme ein. Dieser Beschluß betraf einen anderen pakistanischen Asylbewerber, der jedoch den gleichen Familiennamen hat wie der in Leonberg wohnhafte Asylbewerber. Aufgrund einer Namensverwechslung wurde der Beschluß fälschlicherweise der Akte des Asylbewerbers aus Leonberg zugeordnet.

Als die Polizei die pakistanische Asylbewerberfamilie am 7. Oktober zur Abschiebung abholen wollte, legte der Asylbewerber den Polizeibeamten eine Ladung des Verwaltungsgerichts Stuttgart zu einem Termin am 12. September 1996 vor und behauptete, daß ein Urteil noch nicht ergangen sei. Die beiden Polizeibeamten versicherten ihm, daß dies auf dem Revier geklärt werde. Von dort aus werde man den Anwalt und die Bezirksstelle für Asyl in Ludwigsburg anrufen, wo die zuständige Sachbearbeiterin ab sieben Uhr zu erreichen sei.

Noch in der Wohnung hatte ein Polizeibeamter auch mit einem von dem Asylbewerber angerufenen, gut Deutsch sprechenden Pakistaner telefoniert und diesem die Telefonnummer des Rechtsanwalts des Asylbewerbers mitgeteilt, damit auch dieser sich um einen Kontakt zum Anwalt bemühen konnte.

(Minister Dr. Schäuble)

Bis zu dem Sprung aus dem Fenster verhielten sich der Asylbewerber und seine Ehefrau ruhig und unauffällig. Der Sprung geschah völlig unvermittelt, als die beiden Polizisten im Wohnungsflur warteten, damit sich der Asylbewerber und seine Ehefrau im Schlafzimmer ankleiden konnten.

Das Innenministerium hat diesen bedauerlichen Vorfall zum Anlaß genommen, die Bezirksstellen für Asyl mit Nachdruck darauf hinzuweisen, daß alle möglichen Vorkehrungen zu treffen sind, um solche Namensverwechslungen in Zukunft auszuschließen. Bei Abschiebungen müssen zusätzliche Unterscheidungskriterien wie Vornamen, Geburtsdaten oder Aktenzeichen mit größter Sorgfalt geprüft werden.

Zu Frage b: Über einen Antrag des pakistanischen Asylbewerbers auf Zahlung eines Schmerzensgeldes hätte in diesem Fall das Regierungspräsidium Stuttgart zu entscheiden. Ein entsprechender Antrag ist bisher nicht gestellt worden und bedürfte gegebenenfalls der Prüfung.

**Stellv. Präsident Birzele:** Zusatzfrage, Herr Abg. Buchter.

**Abg. Buchter** Bündnis 90/Die Grünen: Ich möchte keine Zusatzfrage stellen, sondern darauf hinweisen, daß die Frage b nicht beantwortet worden ist. Es ging hier um die Frage, ob Sie der Meinung sind, daß dem Grunde nach – das ist also eine rechtliche Frage – die Grundlagen für Schmerzensgeldzahlungen gegeben sind.

**Innenminister Dr. Schäuble:** Wir können das erst prüfen, wenn ein entsprechender Anspruch geltend gemacht wird. Sonst wären wir ja im Bereich einer Freiwilligkeitsleistung.

**Stellv. Präsident Birzele:** Zusatzfragen? – Frau Abg. Thon.

**Abg. Renate Thon** Bündnis 90/Die Grünen: Ist die Landesregierung bereit, einen Notdienst einzurichten, durch den Zweifel an der Rechtmäßigkeit einer Abschiebung in der Phase des Vollzugs überprüft werden können, und darf die Polizei, wenn sie Flüchtlinge in den frühen Morgenstunden zur Abschiebung abholt, von sich aus den Vollzug der Abschiebung stoppen, wenn die zur Überprüfung eines Falles zuständige Behörde nicht besetzt ist?

**Innenminister Dr. Schäuble:** Ein solcher Notdienst besteht de facto eigentlich insofern, als wir schon vor diesem Fall auf dem Erlaßweg geregelt haben, daß die Polizeibeamten dann, wenn sich bei einer Abschiebung Unstimmigkeiten, Unsicherheiten oder Zweifelsfragen ergeben, angewiesen sind, diese auf dem jeweiligen Revier zu klären. Die beiden Polizeibeamten sind ja in diesem Fall, wie ich vorgetragen habe, völlig korrekt und so, wie es auch Ihrer Frage zugrunde liegt, vorgegangen.

(Abg. Buchter Bündnis 90/Die Grünen: Dort gibt es keine Akten!)

**Stellv. Präsident Birzele:** Zusatzfrage, Frau Abg. Kipfer.

**Abg. Birgit Kipfer** SPD: Herr Minister, ist es üblich, Abschiebungen morgens früh um 4.30 Uhr einzuleiten?

(Abg. König REP: Da sind sie daheim! – Abg. Deuschle REP: Die Polizei hat 24 Stunden Dienst!)

Die Frage ging ja darauf hinaus, daß zu dieser Zeit die entsprechenden Stellen überhaupt nicht besetzt sind. Stimmen Sie mir zu, daß das ein so früher Zeitpunkt ist, daß man die Leute immer im Schlaf „erwischt“ und die ganze Familie, die Kinder inbegriffen, dazu auffordern muß, sich erst einmal anzukleiden, obwohl, wie gesagt, keine Möglichkeit der Überprüfung besteht?

(Unruhe)

**Innenminister Dr. Schäuble:** Vielleicht zwei Punkte.

Der erste Punkt: Es liegt natürlich auf der Hand, Frau Kollegin Kipfer, daß tagsüber die Wahrscheinlichkeit, Asylbewerber anzutreffen, wesentlich geringer wäre.

(Beifall bei Abgeordneten der Republikaner – Zuruf von den Republikanern: So ist es!)

Zum zweiten: Im konkreten Fall war es so, daß die Maschine der türkischen Luftfahrtgesellschaft um halb neun, glaube ich, in Stuttgart gestartet ist. Man mußte dann also schon um halb fünf Uhr dort erscheinen.

(Abg. Birgit Kipfer SPD: Was? Am Flughafen?)

– Nein! Bei den Leuten zu Hause. Wenn die Maschine vier Stunden später kommt, muß man so früh dort sein. Die müssen ja auch noch dem Bundesgrenzschutz übergeben werden.

**Stellv. Präsident Birzele:** Einen Moment, Herr Innenminister. Herr Abg. Buchter hat noch eine weitere Frage.

Herr Buchter, Sie haben das Wort.

**Abg. Buchter** Bündnis 90/Die Grünen: Herr Innenminister, auf dem Frankfurter Flughafen gibt es einen Notdienst, der auch Kompetenzen hat. Die Polizei, auf die Sie gerade verwiesen haben, die Ihrer Meinung nach praktisch eine Art Notdienst darstellt, hat ja überhaupt keine Entscheidungskompetenzen. Frau Kipfer hat richtigerweise darauf hingewiesen: Wenn um diese Uhrzeit abgeschoben wird und ein Flugzeug morgens um 8.30 Uhr abfliegt, ist es eben sehr schwierig, in Behörden wie dem Regierungspräsidium oder in der Zentralstelle jemanden anzutreffen. Insofern gibt es da doch ein Problem. Eine Möglichkeit wäre, analog zum Frankfurter Flughafen einen Notdienst einzurichten. Sind Sie dazu bereit?

**Innenminister Dr. Schäuble:** Nein. Bei uns ist das richtig geregelt. Im konkreten Fall – wäre der Asylbewerber nicht bedauerlicherweise aus dem Fenster gesprungen – wäre der Asylbewerber von den Polizeibeamten mit auf das Revier genommen worden und dort bis zur Klärung der Umstände, ob er abgeschoben werden kann oder nicht, verblieben. Es wäre nichts geschehen. Also zeigt auch dieser Fall, daß unsere Regelung richtig ist.

(Beifall des Abg. Kleinmann FDP/DVP – Abg. Kleinmann FDP/DVP: Genau!)

**Stellv. Präsident Birzele:** Weitere Zusatzfrage, Frau Abg. Kipfer.

**Abg. Birgit Kipfer** SPD: Herr Minister, war es in diesem Fall so, und ist es auch in anderen Fällen abgelehnter Asylbewerber so, daß ihnen nahegelegt wird, vor der Abschiebung freiwillig das Land zu verlassen?

**Innenminister Dr. Schäuble:** Wir haben in Baden-Württemberg schon immer darauf hingewirkt und dies auch oft genug gesagt, daß wir selbstverständlich einer freiwilligen Ausreise den Vorzug vor einer Abschiebung geben.

**Stellv. Präsident Birzele:** Herr Abg. Hackl, Zusatzfrage.

**Abg. Hackl** Bündnis 90/Die Grünen: Herr Innenminister, habe ich Sie richtig verstanden, daß im Fall einer Überprüfung der Abschiebung auf dem Polizeirevier der Flüchtling nicht in das Flugzeug gesetzt worden wäre, das um 8.30 Uhr abflog, sondern daß man gegebenenfalls auf das nächste Flugzeug gewartet hätte? Das hieße, daß man dort keine Sachzwänge schaffte.

(Abg. Mühlbeyer CDU: Was spielt denn das für eine Rolle? Da kann ich nur noch den Kopf schütteln!)

**Innenminister Dr. Schäuble:** Das ist etwas hypothetisch. Ich gehe davon aus. Im übrigen wäre nach dem mir übermittelten Sachverhalt die Sachbearbeiterin bei der Bezirksstelle schon um 7 Uhr – das habe ich vorhin vorgetragen – anwesend gewesen. Es wäre also wohl noch rechtzeitig aufgeklärt worden, daß es sich hier um eine bedauerliche Verwechslung handelt.

**Stellv. Präsident Birzele:** Herr Abg. Dr. Hildebrandt, Zusatzfrage.

**Abg. Dr. Hildebrandt** Bündnis 90/Die Grünen: Herr Minister, wenn es schon vorgekommen ist, daß es bei der Identität eine Verwechslung gab, kann es dann auch sein, daß das Land, in das abgeschoben wird, verwechselt wird? Oder ist es dann gleichgültig, ob es sich um das Ursprungsland oder ein Drittland handelt, in das der Betreffende/die Betreffende abgeschoben wird?

**Innenminister Dr. Schäuble:** Es ist eine sehr bedauerliche Verwechslung gewesen. Das ist ein Fall, der wohl auch aufgrund der Verkettung der ganzen Umstände wirklich sehr unglücklich verlaufen ist. Ich gehe davon aus, daß man natürlich auch in Zukunft alles daransetzt, daß sich so etwas nicht wiederholt. Ausschließen kann man aber Fehler, wenn Menschen handeln, bedauerlicherweise nie.

**Stellv. Präsident Birzele:** Es liegen keine Zusatzfragen mehr vor.

Wir kommen damit zur vierten Anfrage:

Mündliche Anfrage des Abg. Wolfgang Bebbler SPD – Bestellung des neuen Landesdatenschutzbeauftragten

Herr Abg. Bebbler, Sie haben das Wort.

**Abg. Bebbler** SPD: Ich frage die Landesregierung:

a) Wieviel Bewerbungen für das Amt des Landesbeauftragten für den Datenschutz sind eingegangen, und ist darunter auch die Bewerbung des von der FDP/DVP-Fraktion vorgeschlagenen Kandidaten?

b) Wie sieht der Zeitplan der Landesregierung für die Vorauswahl der Bewerber und die Bestellung des neuen Landesdatenschutzbeauftragten unter Beteiligung des Parlaments aus?

**Stellv. Präsident Birzele:** Herr Innenminister Dr. Schäuble, Sie haben das Wort zur Beantwortung der Anfrage.

**Innenminister Dr. Schäuble:** Namens der Landesregierung beantworte ich die Mündliche Anfrage des Herrn Kollegen Bebbler wie folgt:

Zu a: Auf die Ausschreibung der Stelle des Landesbeauftragten für den Datenschutz haben sich 34 Personen beworben.

(Abg. Deuschle REP: Wie bei der OB-Wahl!)

Über einzelne Bewerberinnen und Bewerber kann in einem Auswahlverfahren öffentlich keine Auskunft gegeben werden.

Zu b: Die Landesregierung wird Anfang November im Ministerrat über den dem Landtag vorzuschlagenden Bewerber bzw. die ihm vorzuschlagende Bewerberin entscheiden. Der Vorschlag wird dann umgehend dem Landtag zur Zustimmung zugeleitet werden.

**Stellv. Präsident Birzele:** Zusatzfrage, Herr Abg. Bebbler.

(Minister Dr. Schäuble: Zwecklos!)

**Abg. Bebbler** SPD: Akzeptiert die Landesregierung das im Koalitionsvertrag angesprochene Vorschlagsrecht der FDP/DVP-Fraktion, und wird der Ministerrat diesem Vorschlag folgen?

**Innenminister Dr. Schäuble:** Ich habe über das hinaus, was ich gesagt habe, nichts Weiteres zu erklären. Ich erlaube mir nur den Zusatz, daß wir selbstverständlich, wie immer, streng nach Recht und Gesetz vorgehen werden.

(Heiterkeit)

**Stellv. Präsident Birzele:** Herr Abg. Bebbler, zweite Zusatzfrage.

**Abg. Bebbler** SPD: Sehen Sie für den Fall, daß der Ministerrat dem Vorschlag der FDP/DVP-Fraktion Folge leisten sollte – –

(Abg. Kluck FDP/DVP: Die hat doch gar keinen Vorschlag gemacht! Es handelt sich doch um ein Bewerbungsverfahren!)

– Daß in der Fragestunde dazwischengerufen wird, ist zwar neu,

(Beifall des Abg. Krisch REP)

aber ich warte dann halt, bis Ruhe ist.

**Stellv. Präsident Birzele:** Sie haben das Wort, Herr Abg. Bebbler.

**Abg. Bebbler SPD:** Sehen Sie, Herr Minister, für den Fall, daß die FDP/DVP einen Vorschlag unterbreitet und der Ministerrat diesem Vorschlag folgt, die Gefahr einer Konkurrentenklage, und würde das die Entscheidung des Ministerrats beeinflussen?

**Innenminister Dr. Schäuble:** Ich verfare nach dem alten Grundsatz des früheren Bundestrainers Sepp Herberger: „Das nächste Spiel ist das schwerste.“ Also warten wir ab.

(Abg. Moser SPD: Der Ball ist rund! – Abg. Döpfer CDU: Schauen wir mal! – Heiterkeit – Unruhe)

**Stellv. Präsident Birzele:** Es liegen keine weiteren Fragen vor. Die Fragestunde ist damit beendet.

Ich rufe **Punkt 6** der Tagesordnung auf:

**Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zu dem Staatsvertrag zwischen dem Land Baden-Württemberg und dem Land Nordrhein-Westfalen über die Zugehörigkeit der Wirtschaftsprüfer und der vereidigten Buchprüfer des Landes Baden-Württemberg zum Versorgungswerk der Wirtschaftsprüfer und der vereidigten Buchprüfer im Land Nordrhein-Westfalen – Drucksache 12/454**

Das Präsidium hat festgelegt, daß keine Begründung des Gesetzentwurfs erfolgen soll und daß die Überweisung an den Wirtschaftsausschuß ohne Aussprache empfohlen werden soll. – Sie stimmen diesem Vorschlag zu. Damit ist dieser Gesetzentwurf an den Wirtschaftsausschuß überwiesen.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 7** auf:

**Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Änderung des Eingliederungsgesetzes – Drucksache 12/201**

**Beschlußempfehlung und Bericht des Innenausschusses – Drucksache 12/424**

Berichterstatter: Abg. Heiler

Meine Damen und Herren, das Präsidium war der Auffassung, daß auf eine Aussprache über den Gesetzentwurf verzichtet werden kann, da dazu in der Ersten Beratung gesprochen worden ist. Wir kommen daher gleich zur **A b s t i m m u n g**.

In seiner Beschlußempfehlung Drucksache 12/424 schlägt der Innenausschuß vor, dem Gesetzentwurf unverändert zuzustimmen.

Ich rufe auf

Artikel 1

Änderung des Eingliederungsgesetzes

mit den Nummern 1 bis 5. Wer Artikel 1 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Artikel 1 ist bei einigen Gegenstimmen so beschlossen.

Ich rufe auf

Artikel 2

Änderung der Eingliederungs-Zuständigkeitsverordnung

Hier darf ich wohl ohne förmliche Abstimmung die Zustimmung des Hauses feststellen. – Das ist der Fall.

Ich rufe auf

Artikel 3

Rückkehr zum einheitlichen Verordnungsrang

– Auch hier stelle ich die Zustimmung des Hauses fest.

Ich rufe auf

Artikel 4

Inkrafttreten und zeitliche Begrenzung

Ich stelle ohne förmliche Abstimmung fest, daß das Haus Artikel 4 zustimmt.

Die Einleitung

lautet: „Der Landtag hat am 17. Oktober 1996 das folgende Gesetz beschlossen:“.

Die Überschrift

lautet: „Gesetz zur Änderung des Eingliederungsgesetzes“. – Sie stimmen der Überschrift zu.

Wir kommen zur

Schlußabstimmung

Wer dem Gesetz im ganzen zustimmen möchte, den bitte ich, sich zu erheben. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Dem Gesetz wurde mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe **Punkt 8** der Tagesordnung auf:

**a) Antrag der Fraktion Die Republikaner und Stellungnahme des Wirtschaftsministeriums – Stabilitätspakt für Europa – Drucksache 12/11**

**b) Antrag der Fraktion Die Republikaner und Stellungnahme des Wirtschaftsministeriums – Geldpolitik in der Währungsunion – Drucksache 12/20**

Das Präsidium hat hier folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung der Anträge 5 Minuten, für die Aussprache über den gesamten Tagungsordnungspunkt 5 Minuten je Fraktion.

Das Wort zur Begründung der Anträge und zur Aussprache erteile ich Herrn Abg. Krisch.

**Abg. Krisch REP:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! In Abwesenheit des Großteils der SPD-Fraktion

(Widerspruch bei der SPD)

möchten wir die folgenden zwei Anträge meiner Fraktion debattieren: Der Antrag Drucksache 12/11 fordert Maßnah-

(Krisch)

men, um auf Dauer die Verbindlichkeit der wichtigen Konvergenzkriterien zu sichern, und betrifft die Budgetdisziplin der EU-Mitgliedsstaaten. Unser Antrag Drucksache 12/20 befaßt sich mit der Europäischen Zentralbank, mit der erweiterten Beteiligung nationaler Notenbanken, mit geldpolitischen Maßnahmen, mit Zinspolitik und mit dem Unterschied zwischen dem zentral ausgerichteten englischen Bankensystem und dem dezentralen bewährten deutschen Modell und der damit verbundenen Gefahr für die deutsche Bankenstruktur.

Verschiedener können zwei Anträge kaum sein, aber diese Anträge sind wichtig; denn die Bürger dieses Landes müssen informiert sein. Der gegenwärtige Verlauf der Regierungskonferenz läßt in der Tat Schlimmes befürchten. Was beim Stabilitätspakt für Europa diskutiert wird, sind völlig unverbindliche Bestimmungen des Maastricht-Vertrages. Weder die in Artikel 104 c des EG-Vertrages niedergelegten Sanktionen noch die Bestimmungen im Protokoll über das Verfahren bei einem übermäßigen Defizit garantieren die erforderliche Haushaltsdisziplin der Mitgliedsstaaten über den Tag der Aufnahme in die Währungsunion hinaus.

Man sieht, daß es der Regierungskonferenz fast unmöglich ist, die Auslegung dehnbare Begriffe wie „ausnahmsweise“ oder „vorübergehende Überschreitung der Defizitobergrenze“ präzise festzulegen. Wir müssen damit rechnen, daß es nicht zu einer Automatik für das Greifen der Sanktionen gegen Defizite kommen wird, und wir müssen befürchten, daß das Sanktioneninstrument zu einem politischen Kuhhandel im Rahmen einer Ministerratsentscheidung führen wird, und das sicher nicht zu unserem Nutzen und Vorteil.

Die Problematik des Artikels 104 c des EG-Vertrages wird schließlich darin deutlich, daß über die Höhe und über Verfahren einer Stabilitätseinlage unter den EU-Staaten völlig unterschiedliche Vorstellungen bestehen. Würden die Sanktionszahlungen für Staaten mit einem übermäßigen Budgetdefizit übergebührlich hoch, dann würde die Glaubwürdigkeit des gesamten Verfahrens der Sanktionen in Frage gestellt.

Das schwerwiegendste Argument gegen eine fiskalische Disziplinierung sind jedoch die breit diskutierten Haftungsgrundsätze, englisch: Bail-out-Effekte. Unter „bail out“ ist das Eintreten anderer Länder für die Überschuldung eines einzelnen Staates zu verstehen. Eine solche Haftungsgemeinschaft ist nach Artikel 104 b des EG-Vertrags, der sogenannten No-bail-out-Klausel, formal ausgeschlossen, wird aber im Artikel 103 a Abs. 2 des EG-Vertrags praktisch wieder eingeführt. Denn dort sind ausdrücklich gemeinschaftliche Hilfe- und Haftungsmaßnahmen in besonderen nationalen Krisensituationen vorgesehen.

Dies kann nach Ansicht von Wirtschaftsexperten schließlich dazu führen, daß eine einzelne nationale Schuldenkrise, die Krise eines einzelnen Staates in der EU, Gefahren für die Stabilität der gesamten Währungsunion nach sich zieht. Zur Vermeidung einer solchen Finanzkrise würde der Druck auf einzelne Staaten der Gemeinschaft, ganz besonders auf Deutschland, noch stärker, einen finanziellen Beitrag zu leisten, und die Europäische Zentralbank könnte sich einer noch stärkeren Inflationsorientierung ihrer Geldpolitik nicht entziehen.

Noch in anderer Hinsicht sind Konkretisierungen des Solidaritätsprinzips geeignet, die sogenannte No-bail-out-Klausel zu unterlaufen. Ich meine die Kohäsionspolitik im Rahmen des Strukturfonds und der Europäischen Investitionsbank. Besonders durch kohäsionspolitische Transferzahlungen werden bei defizitgefährdeten Ländern falsche, weil positive Bonitätskriterien und -bewertungen geschaffen. Die Folge sind zusätzliche Kredite, zum Beispiel bei der Europäischen Investitionsbank. Die Kohäsionspolitik für sich selbst genommen hat schon eine dem Bail out vergleichbare Wirkung.

Das umverteilende Transfersystem innerhalb der Währungsunion bewirkt also für die beteiligten Länder eine höhere maximal mögliche Verschuldung als ohne Transfersystem. Das ist eine gefährliche, stabilitätsgefährdende Situation, die den Euro-Befürwortern bewußt ist, aber von ihnen verschwiegen wird.

(Beifall bei den Republikanern)

Hier tickt eine Euro-Zeitbombe.

Wir fordern: Der EG-Vertrag ist im Bereich des Artikels 104 c zu ergänzen. Stabilitätspolitische Ziele sind realistischer zu formulieren und zu definieren. Denn Verschuldungsanreize werden erst nach dem Übergang zu einer einheitlichen Währung zum Tragen kommen. Dann ist es aber zu spät.

Wir verlangen, die Konditionensetzung der Europäischen Investitionsbank entsprechend dem jeweiligen Länderrisiko zu ändern, die Strukturfondsmittel, also die Zahlungen an solche Länder bei übermäßigen Defiziten, zu kürzen und ein Verbot von Beistandshilfen für einen Mitgliedsstaat mit chronisch übermäßigen Defiziten. Schließlich muß bei wiederholter und nachhaltiger Verletzung der Budgetdisziplin der Ausschluß des betreffenden Landes aus der Währungsunion als letzte Sanktion möglich sein.

Die Thematik unseres zweiten Antrags erläutere ich in meinem zweiten Redebeitrag.

(Beifall bei den Republikanern – Abg. Dr. Hildebrandt Bündnis 90/Die Grünen: Und wie ist das dann mit der Redezeit?)

**Stellv. Präsident Birzele:** Das Wort erhält Herr Abg. Strathaus.

**Abg. Strathaus CDU:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Was die Republikaner fordern, ist entweder längst erfüllt

(Abg. Deuschle REP: Nein!)

oder selbstverständlich oder zum Teil unmöglich.

(Abg. Rapp REP: Was ist unmöglich?)

Es hat ja sehr fachmännisch und sehr wissenschaftlich geklungen. Ich kann mir aber nicht helfen: Bei Ihnen habe ich immer den Eindruck, daß, obwohl es fachmännisch und wissenschaftlich ist, doch die alte Europafeindlichkeit dahinter hervorlugt.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP sowie des Abg. Sieber CDU – Abg. Deuschle REP: Ach!)

(Stratthaus)

Ich glaube, Sie wollen Europa einfach nicht. Dann sagen Sie es doch. Sie wollen den Nationalstaat des 19. Jahrhunderts mit allen Problemen der Wirtschaft: weniger Handel, Grenzbarrieren, weniger Wettbewerb, höhere Preise. Sie wollen gewissermaßen die Preise hoch, die Grenzen fest geschlossen.

(Abg. Deuschle REP: Können Sie nicht mal eine andere Platte auflegen?)

Meine Damen und Herren, wir brauchen Europa, und wir brauchen die Währungsunion. Ich glaube, ich brauche die politischen Gründe, Wiedervereinigung und Frieden in Europa, gar nicht aufzuzählen; die wirtschaftlichen allein reichen. Wir brauchen Europa, weil wir wie keine andere Industrienation der Welt vom Export abhängen.

(Beifall des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

Dieser Export geht zu 50 % in die EU-Länder. Wir wissen alle, meine Damen und Herren, daß Außenhandel politisch und wirtschaftlich immer unsicherer und gefährdeter ist als Binnenhandel. Durch die Währungsreform machen wir auf einen Schlag

(Abg. Schonath REP: Die D-Mark kaputt!)

50 % unseres Außenhandels zum Binnenhandel.

(Abg. Deuschle REP: Sie sagen „Währungsreform“!)

Das ist ein Grund dafür, daß wir diese Währungsreform brauchen.

(Abg. Deuschle REP: Aha!)

Wir haben nun zum Stabilitätspakt und zur Geldpolitik gesprochen.

(Abg. Deuschle REP: Währungsreform!)

Zunächst einmal: Ich bin der Ansicht, daß es einen Finanzausgleich in Europa nicht geben darf, um es ganz eindeutig zu sagen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Es bestünde die Gefahr, daß wir die gleichen Probleme, die wir mit den neuen Bundesländern bekommen haben, dieses Mal auf europäischer Basis bekommen.

(Abg. Schonath REP: Größere Probleme!)

Aber eines ist auch sicher: In Dublin haben die Notenbankgouverneure und die Finanzminister bereits Beschlüsse gefaßt, nach denen Sanktionsmechanismen, wie wir sie bei uns in der Bundesrepublik Deutschland zwischen Bund und Ländern und zwischen den Ländern leider noch nicht haben, eingeführt werden. Es sind viele Sanktionsmechanismen festgelegt. Sie haben von einer Haftungsgemeinschaft gesprochen. Ich finde den Ausdruck ganz gut. Eine Haftungsgemeinschaft haben wir bereits heute. Wir müssen haften. Wenn das Saarland, wenn Hessen und Niedersachsen eine schlechte Finanzpolitik betreiben, müssen wir bereits heute mit haften.

(Abg. Rapp REP: Das sind unsere Landsleute!)

Leider haben wir in Deutschland die Disziplin, die Sie für Europa fordern, nicht.

(Zuruf des Abg. Schonath REP)

Auch in diesem Fall wird die Welt nicht am deutschen Wesen genesen. Wir sind leider nicht die Musterknaben.

Zum Schluß noch zum sicheren Geld. Natürlich wollen wir alle das sichere Geld. Aber eines dürfen wir doch nicht verschweigen: Die Europäische Zentralbank wird ihren Sitz in Frankfurt haben. Zweitens wird sie alle Befugnisse, alle Rechte haben,

(Abg. Schonath REP: Das ist ein Scheinargument!)

die heute bereits die Bundesbank hat. In internationalen Währungskreisen befürchtet man ja schon, daß der neue Euro stabiler und stärker werden wird, als es die D-Mark heute ist.

(Lachen bei Abgeordneten der Republikaner – Zuruf des Abg. Rapp REP)

Es ist keine Frage, daß der neue Euro als Handels-, Anlage- und Reservewährung eine echte Konkurrenz zum Dollar sein wird. Warten Sie einige Jahre ab. Es entsteht ein neuer großer Finanzmarkt mit vielen neuen Möglichkeiten.

Meine Damen und Herren, unsere Wirtschaft akzeptiert Europa. Sie akzeptieren Europa meines Erachtens nicht.

(Zuruf des Abg. Deuschle REP)

Europa muß kommen, und Europa wird kommen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Deuschle REP)

**Stellv. Präsident Birzele:** Das Wort erhält Herr Abg. Wettstein.

**Abg. Wettstein SPD:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Sich mit den Argumenten der Fraktion Die Republikaner auseinanderzusetzen hat erst dann Sinn, wenn die Republikaner erklären, sie seien für ein vereintes Europa und träten für die Währungsunion ein. Andernfalls haben Diskussionen über Einzelheiten der Währungsunion

(Abg. König REP: Die wollen wir doch verhindern!)

aus der Sicht der Republikaner nur den Sinn, das Ganze, nämlich nicht nur die Währungsunion, sondern auch die weitere Integration von Europa, zu verhindern.

Wir Sozialdemokraten sehen in der Währungsunion einen Hebel zur weiteren Integration der Staaten in ein vereintes Europa. Deswegen bejahen wir die Währungsunion auch.

(Zuruf des Abg. Kluck FDP/DVP)

Die Währungsunion kann unserem Land, unseren Bürgerinnen und Bürgern erhebliche Vorteile bringen. Sie kann auch Vorteile für die Beschäftigung bringen, wenn sie intensiv vorbereitet und nicht übers Knie gebrochen wird und wenn die Bevölkerung rechtzeitig und aufrichtig über das informiert wird, was da geplant ist und was stattfinden soll.

(Wettstein)

Ich möchte hier mit dem Blick nach rechts ausdrücklich noch einmal feststellen: Die Währungsunion wird keine Währungsreform sein,

(Zuruf des Abg. Rapp REP)

wie wir sie 1948 hatten. Wer dies behauptet

(Zuruf des Abg. Wilhelm REP)

oder dabei auf Vorurteile in der Bevölkerung aufbaut,

(Abg. Deuschle REP: Wie Herr Spöri!)

betreibt eine niederträchtige Angstmacherei.

(Abg. Rapp REP: So wie Herr Spöri! – Abg. Deuschle REP: Oder Herr Lafontaine!)

Aber es ist auch unverantwortlich, wenn man die geplante Währungsreform so hinstellt,

(Abg. Rapp REP: Währungsreform!)

als sei sie eine alltägliche Operation ohne jegliche Risiken und bringe nur Vorteile mit sich,

(Zuruf des Abg. Rapp REP)

als gebe es zum Beispiel keine Umstellungsschwierigkeiten und keine Kosten.

Die Probleme, die dabei entstehen, müssen wir minimieren. Sie können nur dann minimiert werden, wenn klar ist, wohin die Reise geht.

Das ist zur Zeit der eigentliche Schwachpunkt. Ministerpräsident Teufel hat von diesem Platz aus schon gesagt: Das Wichtige sind die Kriterien, und weniger wichtig ist der Terminplan. Herr Döring hat das in der Wirtschaftsausschußsitzung letzthin wiederholt und hat gesagt, dies gelte vorläufig weiterhin.

Damit ist aber nicht gedient, meine sehr verehrten Damen und Herren. Es ist notwendig, daß umgehend Klarheit geschaffen wird, wie die Marschroute aussieht, unter welchen Umständen die Landesregierung im Bundesrat einer Währungsunion zustimmen wird und unter welchen Umständen nicht. Die Terminverschiebung würde immer schwieriger, und offenbar ist die Terminverschiebung auch nicht beabsichtigt.

Dann ist die Frage: Wie sieht es mit den Kriterien aus? Deutschland erfüllt bekanntlich zur Zeit nicht alle Stabilitätskriterien. Herr Kollege Stratthaus, Sie haben die Beschlüsse der Finanzminister in Dublin angesprochen. Wenn man diese Beschlüsse zugrunde legt, die ja, wenn die Währungsunion geschaffen ist, greifen sollen, dann hätte Deutschland schon im letzten Jahr 6 Milliarden DM bei der Europäischen Zentralbank hinterlegen müssen, und nächstes Jahr würde diese Summe dann der europäischen Kasse zugeführt. Dies ist die Situation, was Deutschland anbelangt.

Wir wollen Klarheit darüber, ob sich die Landesregierung eine Währungsunion ohne Deutschland oder ohne Frankreich vorstellen kann. Die Grenzen der Haushaltsrestriktionen

sind durch die Demonstrationen in Frankreich wieder deutlich geworden. Oder, so frage ich die Landesregierung, sollen die Kriterien so weit aufgeweicht werden, daß sechs bis sieben Teilnehmer in die Währungsunion kommen? Wie sieht das dann aus? Kommt dann Irland mit seiner geringen Produktivität hinein und mit all den Folgen, die sich dann für dieses Land nach einer Währungsunion ergeben? Dies muß geklärt werden. Oder ist beabsichtigt, sogar alle Mitgliedsländer der EU aufzunehmen? Es sind zweimal einstimmige Beschlüsse des Rates notwendig. Was passiert, wenn diese Einstimmigkeit nicht zustande kommt? In welchem Umfang wird die Bundesregierung dann nachgeben? Ist man notfalls bereit, alle Mitgliedsstaaten in diese Währungsunion aufzunehmen?

Ich habe jetzt einfach einmal die Palette dessen aufgezeigt, was möglich ist und was derzeit noch ungeklärt ist. Es ist notwendig, daß diese Fragen geklärt werden, und zwar möglichst schnell, weil die Schwierigkeiten, die entstehen, je nachdem, wofür man sich entscheidet, unterschiedlich sein werden. Diese Schwierigkeiten können wir nur meistern, wenn wir darauf vorbereitet sind, wenn auch die Bürger darauf vorbereitet sind und wenn den Bürgern reiner Wein eingeschenkt wird und sie in den Entscheidungsprozeß eingebunden werden.

Das Schlimmste, meine sehr verehrten Damen und Herren, wäre, wenn unbegründete Ängste, die bei den Bürgern vorhanden sind, mit berechtigten Sorgen der Bürger verbunden würden. Was dann passieren kann, hat das Beispiel der Europawahlen in Österreich gezeigt, meines Erachtens sogar nur angedeutet, was da alles geschehen kann.

Es darf daher im Zusammenhang mit der Währungsunion nichts schiefgehen. Wir haben mit der Währungsunion eine weitere Chance für die Integration. Aber eine mißglückte Währungsunion würde die Integration eher hemmen.

Wir müssen zusammen mit der Währungsunion auch zu einer gemeinsamen Wirtschaftspolitik in Europa kommen. Das hat das Europäische Parlament ja auch dieser Tage gefordert. Wir müssen zu einer gemeinsamen Finanzpolitik kommen und auch zu einer gemeinsamen Steuerpolitik. Hier meine ich insbesondere die Unternehmensteuern. Wir brauchen eine gemeinsame Sozialpolitik, und es ist äußerst bedauerlich, daß sich dieser gemeinsamen Sozialpolitik nicht nur Großbritannien, sondern auch die deutsche Bundesregierung bisher entgegengestellt.

Bisher ist die Währungsunion eine neoliberale monetaristische Veranstaltung. Es kommt darauf an, daß die Währungsunion jedoch ein Pakt für Stabilität, für mehr Beschäftigung und mehr soziale Gerechtigkeit wird.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

**Stellv. Präsident Birzele:** Das Wort erhält Herr Abg. Dr. Hildebrandt.

**Abg. Dr. Hildebrandt Bündnis 90/Die Grünen:** Ich habe vorhin etwas hilfeschend zum Präsidium geschaut, weil ich jetzt in 5 Minuten Redezeit zu zwei Anträgen der Fraktion Die Republikaner Stellung nehmen soll, sie aber erst einen eingebracht und begründet hat.

(Abg. Sieber CDU: Der eine ist noch gar nicht bekannt!)

(Dr. Hildebrandt)

Das ist geschäftsordnungsmäßig ein bißchen schwierig, aber sei's drum.

Die beiden vorliegenden Anträge kommen fiskalpolitisch-technisch mit scheinbaren Vorschlägen der genauen Verbesserung einzelner Maßnahmen daher, seien es die Ausstattung der Kompetenzen der Europäischen Zentralbank bzw. des europäischen Zentralbanksystems oder die Sanktionen für die Fortsetzung und Sicherung der Stabilität nach Eintritt in die Währungsunion. Gleichzeitig hat der Sprecher der Republikaner heute morgen deutlich von der falschen Entscheidung für die Euro-Währung gesprochen.

(Abg. Krisch REP: Gut zugehört!)

Der Zwischenruf „das sind ja unsere Landsleute“ interpretiert, daß es sich hier nicht um Anträge zur Verbesserung der europäischen Politik handelt, sondern um Anträge zu ihrer Verhinderung.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Diese Situation werden wir in den nächsten Monaten weiterhin haben. Wir werden sie nicht nur von dieser Seite haben, sondern natürlich auch von anderen. Es gibt durchaus auch ernstzunehmende Einwände und Kritiken an der Währungsunion. Ich empfehle Ihnen einen Artikel von Ralf Dahrendorf oder eine Erinnerung an die Rede, die er hier im Landtag gehalten hat. Das hat freilich mit dem, mit dem wir uns jetzt auseinandersetzen, weniger zu tun.

Wenn ich die Presse durchgehe, stelle ich fest, daß mit dem Annähern des Termins die Nervosität steigt. Gleichzeitig gibt es Stellungnahmen, die eher an das Pfeifen im dunklen Keller erinnern. Das liegt daran, daß die bisherigen Planungen zur Einführung der Währungsunion und zur Fortführung der Europäischen Union wackelig und nicht ausreichend fundiert sind.

Die Währungsunion bedarf einer Ergänzung durch eine Sozial- und Umweltunion – nicht deshalb, weil wir das sowieso schon immer vorschlagen und im Kopf haben, sondern weil sich aus den bisherigen Festlegungen Widersprüche und Risiken ergeben, die es zwingend notwendig machen, eine Ergänzung vorzusehen.

Ich will an einem Beispiel versuchen, das klarzumachen. Wenn der Produktivitätsfortschritt der deutschen Maschinenbauindustrie und im Durchschnitt der Produktivitätsfortschritt der deutschen Produktion gegenüber der italienischen einen entsprechenden Konkurrenzvorteil vor der italienischen Produktion hat – ich nehme das einmal an, einige von Ihnen werden wissen, daß das teilweise in verschiedenen Branchen auch der Fall war –, reagiert die italienische Nationalwährung, die Lira, durch die unterschiedliche Entwicklung der Lohnstückkosten in beiden Ländern schwächer. Sie wird abgewertet. Und das wiederum erschwert die Marktlage der deutschen Produzenten, der kleinen und mittleren Unternehmen hier in Baden-Württemberg, die das nicht gern hätten.

Jetzt ist folgendes: Fällt diese Möglichkeit der Abwertung der einen Währung gegenüber der anderen fort, was eine Korrekturmaßnahme, ein Korrekturinstrument der unterschiedlichen Produktivitätsentwicklung verschiedener

Volkswirtschaften ist, fällt natürlich die unterschiedliche Entwicklung nicht fort. Was Sie dann haben werden, ist entweder ein Niederkonkurrieren der italienischen Produktionsstätten, ein Steigen der Arbeitslosigkeit,

(Abg. Deuschle REP: Das sagen wir doch!)

oder Sie importieren Verhältnisse von dort zu uns hinein.

(Abg. Deuschle REP: Völlig richtig!)

Wissen Sie, daß ist das, was ich bei der Debatte heute morgen sowieso gemerkt habe. Wenn der Wirtschaftsminister aufzählt, in wieviel europäischen Ländern welche Regelung zur Krankheitsfortzahlung existiert – übrigens hat er es falsch gesagt, er hat es auch noch heruntergeredet, was in einigen Ländern existiert, aber das lassen wir auch einmal beiseite –, beschreibt er nur eine Politik, die wir möglicherweise vor und nach Eintritt in die Europäische Währungsunion zu erwarten haben, nämlich eine Fortsetzung der Konkurrenz der europäischen Länder, auch unter gemeinsamer Währung. Die Konkurrenz wird darin bestehen, sich gegenseitig in den Sozialleistungen und -standards zu unterbieten.

(Abg. Deuschle REP: Also, Sie können bei uns eintreten!)

Diese Art von Konkurrenz kann keine Politik sein, die jemand vertreten kann, der von der Mehrheit der Bevölkerung gewählt werden will; denn die Mehrheit der Bevölkerung ist halt immerhin noch von der eigenen Arbeit und von dem Einkommen aus dieser eigenen Arbeit abhängig.

Die FAZ schreibt heute – damit wir in dieser Frage einen seriöseren Diskussionspartner haben –:

Die Koalition steht offenbar vor dem Offenbarungseid.

Das tut sie anläßlich der angekündigten oder in Erwägung gezogenen Mineralölsteuererhöhung.

Das Gedächtnis der Wähler mag kurz sein,

– heißt es weiter –

einprägen wird sich jedoch, daß dies die erste Steuererhöhung ist, die auf das Konto des Maastricht-Vertrages geht. Den Euro würde dies belasten, bevor ihn die Menschen in den Händen halten.

Der Ministerpräsident ist im Wahlkampf landauf, landab damit herumgezogen, daß bei einer rotgrünen Landesregierung ein Benzinpreis von 5 DM je Liter drohe. Jetzt haben wir drei oder vier Monate nach der Wahl, und das erste, worüber sich die Wähler unterhalten müssen, ist die Ankündigung einer Erhöhung der Mineralölsteuer. Wohl gemerkt, nicht um Strukturmaßnahmen durchzuführen, wohl gemerkt, nicht um das Geld entweder in die Senkung der Lohnnebenkosten oder in Investitionen zugunsten der Umwelt zu stecken, sondern um das Haushaltsloch zu stopfen, das durch eine Politik entstanden ist, die die Regierung selbst zu verantworten hat. Wenn das die Aussicht ist, mit der wir eine Währungsunion und eine Europäische Union durchsetzen, dann werden wir tatsächlich zweierlei haben: verschärfte soziale Kämpfe, verstärkte nationalistische, parti-

(Dr. Hildebrandt)

kularistische Strömungen in Europa und eine soziale Lage, die niemand von uns wollen kann.

Deswegen ist es unerlässlich, die Planungen zur Europäischen Währungsunion schnellstens zum Beispiel mit einem Beschäftigungspakt und einem Beschäftigungsprogramm der europäischen Länder zu ergänzen. Ich bin ja nicht der einzige, der das fordert. Mit Jacques Santer habe ich da einen ganz guten Bündnispartner.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

**Stellv. Präsident Birzele:** Wer wünscht für die FDP/DVP-Fraktion das Wort? – Herr Abg. Dr. Freudenberg, Sie haben das Wort.

**Abg. Dr. Freudenberg** FDP/DVP: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bin immer wieder überrascht, über was alles man beim Thema Euro reden kann. Kommen wir also noch einmal zum Thema.

Die beiden Anträge der „Fraktion der Insulaner“

(Heiterkeit bei der FDP/DVP – Zurufe von den Republikanern: Was?)

befassen sich mit zwei Seiten derselben Medaille, nämlich der Sicherung des Wertes des Euro nach seiner Einführung. Der Antrag unter Tagesordnungspunkt 8 a behandelt die Haushaltspolitiken in den Mitgliedsstaaten, und der Antrag unter Tagesordnungspunkt 8 b macht Vorschläge zum europäischen Zentralbanksystem.

Lassen Sie mich mit dem Thema Haushaltspolitiken beginnen. Der Antrag beruht hier – verständlicherweise, muß man sagen – auf einem veralteten Sachstand. Inzwischen sind die Ergebnisse des ECOFIN-Rats vom 20. und 21. September 1996 in Dublin und die Entscheidungen der Kommission vom gestrigen Tag in die Überlegungen einzu beziehen. Dazu muß man allerdings international orientierte Zeitungen lesen. Dort kann man dann die Details entnehmen.

Der Rat hat in Dublin eine Grundsatzvereinbarung über die Einführung eines Stabilitätspakts zur Sicherung des Werts des Euro beschlossen. Da es sich hierbei um eine deutsche Initiative handelt, kann man der Bundesregierung zu diesem Erfolg gratulieren.

Dies ist um so bemerkenswerter, als der Währungsraum des Euro nun haushaltspolitisch – Herr Kollege Stratthaus hat das schon angedeutet – besser abgesichert ist, als der Währungsraum der D-Mark es je gewesen war. Die D-Mark ist zum Beispiel nicht vor der Verschuldung der Bundesländer geschützt. Tatsächlich sind einige Länder wie das Saarland und Niedersachsen so krottenpleite, daß wir als Baden-Württemberger, die wir über den Länderfinanzausgleich für solche Währungsgenossen mitbürgen müssen, froh wären, es gäbe einen solchen Stabilitätspakt auch für die D-Mark.

(Abg. Sieber CDU: Das muß aber wahr sein!)

Die Kommission hat nun gestern Vorschläge auf den Tisch gelegt, die ich hier nicht im einzelnen wiedergeben will, weil man sie, wie gesagt, am heutigen Tag – die Entscheidungen sind gestern gefallen – in jeder ordentlichen Zeitung

nachlesen kann. Angesichts dieser Entscheidungen ist der Antrag in diesem Punkt in die drei Stratthaus'schen Kategorien einzuteilen.

Kommen wir zum zweiten Antrag, der die Geldpolitik zum Gegenstand hat. Meine Damen und Herren, dazu hat in diesem Saal unlängst jemand etwas sehr Treffendes gesagt. Wir brauchen uns doch nicht einzubilden, daß die Stabilität der D-Mark einzig und allein Ausdruck unserer Volksmentalität ist. Sonst hätten in diesem Jahrhundert nicht mehrere deutsche Währungen – zuletzt war es die Ost-Mark – an den Baum gehen dürfen. Nein, es sind ordoliberalere Vorsichtsmaßregeln, die zur Stabilität der D-Mark geführt haben.

Die von Erhard vollzogene Trennung der Notenbankpolitik von der Tagespolitik ist das entscheidende Moment unserer soliden Währung, weil damit der Zugriff auf die Notenpresse unterbunden wurde. Es wäre ein Witz und eine Schande für Deutschland, nachdem wir das Bundesbanksystem als Zentralbanksystem für Europa in Frankfurt durchgesetzt haben, dies ausgerechnet von deutscher Seite abzusagen. Wer das will, sollte einmal über die Konsequenzen nachdenken: Die in Deutschland geltende Währung kommt im internationalen Handel, zum Beispiel im Osthandel – das Volumen des Osthandels ist inzwischen bedeutender als das des Handels mit den Vereinigten Staaten –, in einen immer größeren Bedeutungszusammenhang. Die Leitwährungslast müßte ohne Euro Deutschland alleine tragen, wie ich in diesem Hause schon einmal gesagt habe, und zwar nicht der Staat – wenn Sie Geld drucken, dann bringt das natürlich Bundesbankgewinne –, sondern die Betriebe und die Arbeitnehmer; die haben die Last davon.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Die Bauindustrie fordert händeringend den Euro zur Unterstützung gegen die Wettbewerbsprobleme. Deutschland ist keine Insel. Die antragstellenden „Insulaner“ sollten zur Kenntnis nehmen, daß ein Großteil der Arbeitsplätze in Deutschland am Export hängen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

**Stellv. Präsident Birzele:** Das Wort erhält Herr Abg. Krisch.

**Abg. Krisch** REP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich stelle fest, daß höchstens zwei Handvoll der Abgeordneten dieses Hauses die Problematik und die Thematik überhaupt verstehen.

(Vereinzelt Beifall bei den Republikanern)

Die Redner der SPD, der CDU und der FDP/DVP am heutigen Tag gehören mit Sicherheit nicht dazu.

(Widerspruch bei der CDU, der SPD, beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der FDP/DVP)

Der Maastricht-Vertrag wirft parallel zu den fiskalischen Problemen ein geldpolitisches Problem auf. Das geldpolitische Instrumentarium kommt nämlich in Europa ganz unterschiedlich zum Einsatz. Eine Vereinheitlichung der Geldpolitik zu einem zentraleren Modell der Geldversorgung würde für Deutschland ganz nachhaltige negative Conse-

*(Krisch)*

quenzen haben. Bestehende Finanzierungs- und Bankenstrukturen in Deutschland sind das Ergebnis jahrzehntelang technisch weit entwickelter Modelle der Geldmengensteuerung und der Refinanzierungspolitik der Bundesbank. Hier spielt die Basisrefinanzierung mittels Wechselrediskont und Lombardgeschäften – auch das verstehen die wenigsten – der Geschäftsbanken eine äußerst wichtige Rolle. Und mit dem Maastricht-Vertrag soll dieses dezentral ausgerichtete System auf dem Altar einer zentralen Offen-Markt-Politik geopfert werden. Den Euro-Befürwortern scheint nicht bewußt zu sein, was sie da fordern.

Wird unser dezentral ausgerichtetes System zugunsten einer einheitlichen Offen-Markt-Politik abgelöst oder verliert es auch nur quantitativ an Bedeutung, hat das weitreichende Auswirkungen auf unser Bankensystem. Müßte sich unser Instrumentarium an ein neues, zentral ausgerichtetes Instrumentarium anpassen, bedeutete dies einen Bedeutungsverlust Deutschlands als Banken- und Finanzplatz mit allen negativen Wirkungen für unsere Wirtschaft.

Auch zeichnet sich ab, daß sich die zukünftige Geldpolitik nicht, wie bisher, an einem Geldmengenziel, sondern an einem Inflationsziel orientieren wird. Das entspricht doch, zumindest teilweise, der Aufgabe des Ziels der Geldwertstabilität.

Wichtig ist – und das ist eine Bemerkung, die vorhin zur Europäischen Zentralbank gemacht wurde –: Die Mitglieder des europäischen Zentralbankrats werden anderen Anreizen unterliegen als die Mitglieder des Bundesbankdirektoriums. Deshalb wird die Neigung, angesichts anderer wirtschaftspolitischer Ziele eine höhere Inflationsrate in Kauf zu nehmen, ganz bewußt durchgesetzt werden. Mit steigender Arbeitslosigkeit in Europa wird dieser Gesichtspunkt an Bedeutung gewinnen. Die unterschiedlichen Interessen nationaler Entscheidungsträger sind somit der entscheidende Gesichtspunkt, der in der Praxis einer stabilitätsorientierten Geldpolitik entgegensteht.

Meine Damen und Herren, unsere Fraktion fordert mit unseren Anträgen das,

(Zuruf des Abg. Kluck FDP/DVP)

was von Wirtschaftsexperten und -verbänden auf breiter Basis gefordert wird. Wir fordern einen rechtsverbindlichen Pakt zu mehr Stabilität in einer Wirtschafts- und Währungsunion. Ich verweise ausdrücklich auf die Petersberger Erklärung führender Wirtschaftsverbände von Industrie, Handel und Banken – Zitat –:

Unerläßlich ist der Abschluß eines Stabilitätspakts, der die teilnehmenden Länder zu einer dauerhaft stabilitätsorientierten Finanzpolitik verpflichtet, weil das herkömmliche Haushaltsüberwachungsverfahren der EU dazu nicht ausreicht. Dieser Stabilitätspakt muß vor Beginn der Währungsunion unter Dach und Fach gebracht werden.

Genau dies gilt für die Ausgestaltung der geldpolitischen Maßnahmen, und es ist das Ziel unserer Anträge. Ich beantrage die weitere Behandlung unserer Anträge im zuständigen Ausschuß.

(Beifall bei den Republikanern)

**Stellv. Präsident Birzele:** Das Wort erhält Herr Staatssekretär Dr. Mehrländer.

**Staatssekretär Dr. Mehrländer:** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Erstes Stichwort: wirtschaftliche Konvergenzkriterien. Die Analyse zeigt, daß die Konvergenzkriterien trotz schwieriger Rahmenbedingungen in vielen Ländern schon zu sichtbaren Erfolgen geführt haben, beispielsweise bei der Inflationsbekämpfung und bei der Annäherung der Sätze für langfristige Zinsen.

Jeder weiß auch, daß die Konvergenzziele wegen ihrer Verankerung im Maastrichter Vertragswerk nicht geändert werden können. Dennoch werden auch hier Stimmen laut, man solle bei der anstehenden Bewertung großzügig verfahren.

Hier kann ich nur Reimut Jochimsen zitieren, der gesagt hat, eine laxe Auslegung der Vorgaben wäre unter stabilitätspolitischen Gesichtspunkten ein Desaster; denn wenn man die Konvergenzmaßstäbe aufweichen würde, hätte man das wichtigste Kapital verspielt, nämlich die Attraktivität der Europäischen Union und des Europäischen Binnenmarktes.

Alle anderen Staaten – zumindest die assoziierten – bemühen sich, nach Möglichkeit als Mitglied aufgenommen zu werden. So tun wir gut daran, die Bedingungen unverändert bestehenzulassen. Dadurch wird heilsamer Druck erzeugt, die Finanzen, den Arbeitsmarkt und die Preise in Ordnung zu bringen. Daraus folgt, daß es töricht wäre, den Druck zu vermindern.

Die Landesregierung wird deshalb im Bundesrat und gemeinsam mit der Bundesregierung alle Tendenzen abwehren, die Stabilitätskriterien auf irgendeine Weise weicher zu interpretieren.

(Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Birzele:** Herr Staatssekretär, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Hildebrandt?

**Staatssekretär Dr. Mehrländer:** Ja.

**Abg. Dr. Hildebrandt** Bündnis 90/Die Grünen: Herr Staatssekretär, das heißt, Sie würden zu diesem Zeitpunkt ausdrücklich bestätigen –

**Stellv. Präsident Birzele:** Wenn Sie aufstehen, Herr Dr. Hildebrandt, ist es leichter, das Mikrofon einzuschalten.

(Der Redner erhebt sich von seinem Platz und spricht weiter. – Zurufe: Ins Mikrofon sprechen!)

– Sie sollten schon ins Mikrofon reden, aber der Techniker sollte sehen, welches Mikrofon einzuschalten ist.

(Der Redner begibt sich zu einem Saalmikrofon. – Unruhe)

**Abg. Dr. Hildebrandt** Bündnis 90/Die Grünen: Soviel Aufwand wegen eines Satzes. – Sie würden zu diesem Zeitpunkt ausdrücklich bestätigen, daß die Landesregierung dafür eintritt, die Kriterien auf jeden Fall zu wahren und im Konfliktfall für eine Verschiebung zu plädieren?

(Unruhe)

**Staatssekretär Dr. Mehrländer:** Nein.

**Stellv. Präsident Birzele:** Herr Staatssekretär.

**Staatssekretär Dr. Mehrländer:** Ich trete dafür ein, den heilsamen Druck jetzt aufrechtzuerhalten und nicht preiszugeben.

(Sehr gut! und Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Einige Worte zum Stabilitätspakt für Europa.

**Stellv. Präsident Birzele:** Herr Staatssekretär, gestatten sie auch noch eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Wettstein?

**Abg. Wettstein SPD:** Herr Staatssekretär, Sie haben gesagt, Sie seien dafür, daß man den Druck jetzt aufrechterhält. Ich darf Sie fragen, wie lange Sie Druck machen wollen.

(Abg. Haasis CDU: So lange, bis verwirklicht ist!)

Halten Sie es nicht für zu spät, wenn die Landesregierung erst im Frühjahr 1998 sagt, was gemacht werden soll?

**Stellv. Präsident Birzele:** Herr Staatssekretär, bitte.

**Staatssekretär Dr. Mehrländer:** Der Druck muß aufrecht erhalten bleiben.

(Abg. Wettstein SPD: Wie lange? – Abg. Bebber SPD: Bis zum Tag X! – Abg. Sieber CDU: Solange er notwendig ist!)

– Solange er notwendig ist.

Ich komme jetzt zu dem zweiten Stichwort.

**Stellv. Präsident Birzele:** Herr Staatssekretär, es tut mir leid, es liegt eine weitere Zwischenfrage vor. Gestatten Sie die Zwischenfrage?

**Staatssekretär Dr. Mehrländer:** Ja, bitte.

**Stellv. Präsident Birzele:** Bitte schön.

**Abg. Schmiedel SPD:** Herr Staatssekretär, könnten Sie, wenn die Kriterien nicht aufgeweicht werden, die Länder im einzelnen benennen, von denen Sie erwarten, daß sie die Kriterien erfüllen?

(Abg. Sieber CDU: Esslingen!)

**Stellv. Präsident Birzele:** Herr Staatssekretär, bitte.

**Staatssekretär Dr. Mehrländer:** Wir werden das in der weiteren Entwicklung sehen. Ich werde hier – dafür bitte ich sehr um Verständnis – keine Zensuren erteilen. Jeder Mitgliedsstaat wird sich bemühen. Sehen Sie rundherum: Die Bemühungen von Griechenland bis Italien sind groß. Ich kann nur sagen, die Bemühungen um Abbau der Inflationsrate in Griechenland sind sehr beeindruckend.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Wettstein SPD: Dann sind sie ja alle auf dem Weg zur Stabilität! Dann müßten sie ja alle reinkommen nach Ihrer Definition!)

– Wir hoffen es.

Ich möchte jetzt noch zum zweiten wichtigen Punkt kommen, zum Stabilitätspakt für Europa, der hier auch eine große Rolle gespielt hat.

Ich will festhalten, daß im September in Dublin im Grundsatz der Sanktionsmechanismus gegen unsolide Mitglieder der Währungsunion beschlossen wurde, und zwar mit Einzelmaßnahmen, die sehr scharf sind. Inzwischen liegen ja die Ergebnisse der EU-Kommission vor. In der Tat sind sie sehr scharf.

Man kann sagen – das sage ich –: Dank der Einigung über den Stabilitätspakt wird die europäische Einheitswährung stabiler sein als die Mark – diese Voraussage wage ich –, weil sie über Garantien verfügt, die die deutsche Währung nicht hat.

In zwei Jahren ist Prüftag für das Jahrhundertwerk der Wirtschafts- und Währungsunion. Bis dahin müssen in der Tat alle Kandidaten ihre Hausaufgaben machen.

(Abg. Wettstein SPD: In zwei Jahren ist er schon vorbei, der Prüftag!)

Wir werden auch alles dazu tun. Das Wirtschaftsministerium wird in Kürze eine Euro-Akzeptanz-Kampagne starten, um für den Euro mehr Akzeptanz zu bekommen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Schonath REP: Einen Volksentscheid brauchen wir!)

**Stellv. Präsident Birzele:** Meine Damen und Herren, die Antragsteller haben beantragt, beide Anträge zur weiteren Beratung an den Wirtschaftsausschuß zu überweisen. – Sie stimmen dem zu. Es ist so beschlossen.

Ich rufe erneut Tagesordnungspunkt 4 auf. Die Wahlergebnisse zu den Punkten 4 a bis 4 c liegen inzwischen vor.

#### **Tagesordnungspunkt 4 a:**

##### **Wahl eines Mitglieds des Staatsgerichtshofs und des stellvertretenden Präsidenten des Staatsgerichtshofs**

An der Wahl eines Mitglieds des Staatsgerichtshofs haben sich 126 Abgeordnete beteiligt. Auf Herrn Hans Georgii entfielen 105 Stimmen. Außerdem wurden 21 Neinstimmen abgegeben.

Damit, meine Damen und Herren, ist Herr Georgii zum Mitglied des Staatsgerichtshofs in der Gruppe der Berufsrichter für den Rest der Amtszeit des ausgeschiedenen Herrn Karlmann Geiß gewählt.

Bei der Wahl des stellvertretenden Präsidenten des Staatsgerichtshofs wurden insgesamt 124 Stimmzettel abgegeben. Auf Herrn Heinz Jordan entfielen 109 Stimmen. Die restlichen 15 Stimmen waren Neinstimmen.

Herr Jordan ist damit zum stellvertretenden Präsidenten des Staatsgerichtshofs gewählt.

#### **Tagesordnungspunkt 4 b:**

##### **Wahl der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder der Verwaltungsräte des Badischen Staatstheaters Karlsruhe, der Württembergischen Staatstheater Stuttgart und des Landestheaters Württemberg-Hohenzollern Tübingen**

(Stellv. Präsident Birzele)

Das Wahlergebnis stellt sich wie folgt dar: Abgegeben wurden 129 Stimmzettel. Drei Stimmzettel waren ungültig.

In den Verwaltungsrat des Badischen Staatstheaters wurden mit jeweils 112 der abgegebenen Stimmen die Damen und Herren Abg. Hans-Michael Bender, Ingrid Blank, Mappus, Fischer, Kielburger und Stolz als ordentliche Mitglieder und die Damen und Herren Abg. Rech, Wacker, Zimmermann, Göschel, Wintruff und Renate Rastätter als stellvertretende Mitglieder gewählt.

Nicht gewählt wurden Herr Abg. Rapp als ordentliches Mitglied und Herr Abg. Troll als stellvertretendes Mitglied. Sie erhielten jeweils 14 der abgegebenen Stimmen.

In den Verwaltungsrat der Württembergischen Staatstheater Stuttgart wurden als ordentliche Mitglieder gewählt: Herr Abg. Heinz mit 112 Stimmen, Herr Abg. Dr. Mauz mit 111 Stimmen, Herr Abg. Oettinger mit 110 Stimmen, Frau Abg. Carla Bregenzer mit 111 Stimmen, Frau Abg. Helga Solinger mit 111 Stimmen und Herr Abg. Jacobi mit 110 Stimmen.

Als stellvertretende Mitglieder wurden gewählt: Herr Abg. List mit 112 Stimmen, Herr Abg. Schmid mit 112 Stimmen, Frau Abg. Dr. Eva Stanienda mit 112 Stimmen, Herr Abg. Braun mit 111 Stimmen, Herr Abg. Reinelt mit 112 Stimmen und Herr Abg. Kretschmann mit 112 Stimmen.

Nicht gewählt wurden die Herren Abg. Eigenthaler als ordentliches Mitglied und Krisch als stellvertretendes Mitglied. Auf sie entfielen jeweils 14 Stimmen.

In den Verwaltungsrat des Landestheaters Württemberg-Hohenzollern Tübingen wurden gewählt als ordentliche Mitglieder Herr Abg. Kluck mit 112 Stimmen und Herr Abg. Weimer mit 111 Stimmen.

Als stellvertretende Mitglieder wurden die Herren Abg. Dr. Repnik und Hausmann mit jeweils 112 Stimmen gewählt.

Nicht in den Verwaltungsrat des Landestheaters Württemberg-Hohenzollern gewählt wurden folgende Abgeordnete, die auch nicht kandidiert hatten: Birzele mit zwei Stimmen, Maurer mit zwei Stimmen,

(Abg. Sieber CDU: Zwei Stimmen? – Heiterkeit)

Kuhn mit einer Stimme und als Stellvertreter Drautz mit zwei Stimmen, Kuhn mit einer Stimme und Maurer mit einer Stimme.

(Unruhe)

Diese Abgeordneten wurden nicht gewählt. Sie hatten auch nicht kandidiert.

Ich rufe noch einmal **Tagesordnungspunkt 4 c** auf:

#### **Wahl der Mitglieder des Medienrats der Landesanstalt für Kommunikation**

Bei diesem Wahlgang wurden insgesamt 116 Stimmzettel abgegeben. Darunter waren acht Neinstimmen und eine Enthaltung. Auf Herrn Abg. Birk entfielen 107 Stimmen, auf Herrn Abg. Dr. Mauz 101 Stimmen, auf Herrn Abg.

Wieser 105 Stimmen und auf Herrn Abg. Junginger 105 Stimmen. Die genannten Kollegen sind damit zu Mitgliedern des Medienrats der Landesanstalt für Kommunikation gewählt.

Damit ist Tagesordnungspunkt 4 nunmehr endgültig abgeschlossen.

Wir kommen zu **Tagesordnungspunkt 9**:

#### **Aktuelle Debatte – Aufbau eines Pensionsfonds für Landesbeamte in Baden-Württemberg – beantragt von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**

Für den Ablauf der Aktuellen Debatte hat das Präsidium die üblichen Redezeiten festgelegt. Das heißt: Gesamtdauer 50 Minuten ohne Anrechnung der Redezeit der Regierung, 5 Minuten für die einleitenden Erklärungen der Fraktionen und 5 Minuten für die Redner in der zweiten Runde.

Das Wort erhält Herr Abg. Hackl.

**Abg. Hackl** Bündnis 90/Die Grünen: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Nach dem Kanther-Bericht können auch die Landesregierung und Ministerpräsident Teufel, der dieser Debatte leider nicht beiwohnt,

(Abg. Haasis CDU: Das war Ihnen bei der Festlegung der Tagesordnung bekannt! – Abg. Sieber CDU: Der wurde entschuldigt!)

die Augen nicht mehr vor den zukünftigen Pensionslasten verschließen. Lange genug haben die Politik und das Land sich geweigert, die notwendige Vorsorge zu treffen. Alle bisher gemachten Vorschläge sehen die Bildung von Rücklagen und einen Pensionsfonds vor, um das Problem zu schultern, das dadurch entstanden ist, daß wir in den sechziger und siebziger Jahren wegen gesellschaftlicher Bedürfnisse im Bildungsbereich und im Bereich der inneren Sicherheit mehr Personal eingestellt haben. Für das Land Baden-Württemberg bedeutet dies, daß die Pensionslasten von heute rund 3,3 Milliarden DM bis zum Jahr 2030 auf rund 18 Milliarden DM ansteigen werden.

Meine Damen und Herren, wenn man bedenkt, welche Mühen es kostet, im Jahr 1997 2,5 Milliarden DM einzusparen, um die Neuverschuldung nicht erhöhen zu müssen, dann wird deutlich, daß wir, wenn wir heute keine Vorsorge treffen, den Landeshaushalt in der Zukunft an die Wand fahren.

(Abg. Sabine Schlager Bündnis 90/Die Grünen: Sehr gut!)

Mit dem Finanzminister Mayer-Vorfelder, den ich hier ausdrücklich lobe – er wohnt dieser Debatte leider auch nicht bei –,

(Abg. Dr. Schlierer REP: Da entgeht ihm aber etwas! – Abg. Sieber CDU: Aber er hört mit!)

sind wir deshalb der Meinung, daß das Land für die Zukunft Rücklagen schaffen muß. Wie er sehen wir vor, als Grundstock für den zukünftigen Pensionsfonds einen Teil, zirka 25 %, der Privatisierungserlöse aus Landesvermögen zu verwenden. Wir halten den von Kanther vorgeschlagenen

(Hackl)

Weg einer Untertunnelung des Versorgungsberges für eine unzureichende Lösung und eine Vertagung des Problems.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Warum? Der Aufbau der Rücklagen wird auf die Zeit nach 2001 verschoben. Der Bundesinnenminister vertagt das Problem damit und muß es heute nicht lösen. Vielleicht auch deshalb, weil er selbst und heute nichts tun muß, bekommt diese „Tapferkeit von übermorgen“ den Beifall von Ministerpräsident Erwin Teufel. Meine Damen und Herren, wir fordern, schon heute mit der Vorsorge zu beginnen und nicht erst im Jahr 2001.

Zweitens: Die Kanther-Pläne sind für die Länder, die das Problem hauptsächlich betreffen wird, unzureichend. Auch mit der Lösung der Bildung eines Fonds, der aus zukünftigen Besoldungserhöhungen der Beschäftigten angespart werden soll, wird der Anteil der Versorgungslasten am Haushalt weiter wachsen. Ohne zusätzliche Vorsorge würde die Landespolitik deshalb jeglichen finanziellen Spielraum verlieren.

(Abg. Haasis CDU: Heißt das, Sie sind für einen höheren Anteil?)

Drittens: Die Kanther-Pläne setzen das traditionelle Wachstumsdenken ungebrochen fort. Die dort angedachte Fondslösung finanziert sich nur aus Wachstum. Sollte dieses Wachstum ausbleiben – das ist ja, wie wir gerade erleben, nicht ganz auszuschließen –, dann wird es mit der Finanzierung sehr eng.

Viertens: Kanther sagt zu Recht, daß die Beschäftigten wegen des gesellschaftlichen Bedarfs eingestellt worden sind und deshalb die Lasten ihrer Altersversorgung nicht allein tragen können. Gleichzeitig verschiebt er aber die Finanzierung auf die künftigen Haushalte und die Beschäftigten. Ich meine, daß die Generation, die den Nutzen von den Beschäftigten hat – und das sind wir –, sich auch an der Finanzierung der Folgekosten, etwa für einen Pensionsfonds, zu beteiligen hat.

Fünftens: Natürlich müßten sich auch die Beschäftigten an der Finanzierung beteiligen. Anders geht es nicht. Angesichts der Gehaltsstruktur im öffentlichen Dienst meine ich aber, daß dazu eher die Pensionäre als die aktiven Beschäftigten einen Beitrag leisten können. In jungen Jahren und am Berufsbeginn sind die Gehälter sowieso am niedrigsten. So könnte etwa die 13. Monatspension zur weiteren Finanzierung der Rücklagen herangezogen werden. Dies halte ich auch deshalb für machbar, weil es in der Sozialversicherung keine 13. Monatsrente gibt.

Meine Damen und Herren, ich denke, daß wir aus diesen Gründen heraus dazu kommen müssen, einen Landespensionsfonds einzurichten, und ich hoffe, daß der Finanzminister in der weiteren Debatte in dieser Frage nicht weiter eher einem Schilfrohr im Schwäbischen Meer denn einer schwäbischen Eiche gleicht.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

**Stellv. Präsident Birzele:** Das Wort erhält Herr Abg. Herrmann.

**Abg. Herrmann CDU:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es ist eine Tatsache, daß wir in den nächsten 15 Jahren eine Verdreifachung der Versorgungsausgaben haben werden. Wir haben jetzt im Landeshaushalt etwa 3 Milliarden DM, im Jahr 2010 werden es etwa 8,5 Milliarden DM sein, im Jahr 2020 sogar 14 Milliarden DM. Der Bund der Steuerzahler rechnet da noch ein wenig anders, aber Tatsache ist es, daß es eine deutliche Erhöhung geben wird. Die Gründe dafür sind vielfältig: zum einen die in den letzten Jahren stark gestiegene Zahl der Beamten und zum anderen die Zahl der Teilzeitkräfte und der Beurlaubungen, die deutlich stärker als in der Vergangenheit gestiegen ist. Das haben wir bewußt alles mitgetragen, weil wir im öffentlichen Dienst aus familienpolitischen Gründen auch weit über das hinausgegangen sind, was die Privatwirtschaft an Möglichkeiten der Beurlaubung, der Freistellung und der Teilzeitbeschäftigung bietet.

Ein weiterer Punkt: In den vergangenen Jahren gab es auch strukturelle Besoldungsverbesserungen wie die Anhebung der Eingangssämter in zahlreichen Bereichen und eine andere Durchschlüsselung bei den Laufbahngruppen.

Wer das nun erkennt und eine verantwortungsvolle Finanzpolitik betreibt, der muß Vorsorge treffen, wie und in welcher Form man ab dem Jahr 2010 die dann kommende Spitze bei den Versorgungsleistungen noch finanzieren kann. Der Finanzminister von Baden-Württemberg war einer der ersten, der das erkannt hat, der darauf hingewiesen hat und der auch ganz konkrete Vorschläge gemacht hat.

(Zuruf des Abg. Hackl Bündnis 90/Die Grünen)

Wenn hier nichts geschieht, dann werden die Gestaltungsmöglichkeiten künftiger Generationen enorm eingeschränkt. Nicht vergessen darf man allerdings auch, daß der vorgesehene Pensionsfonds in der Zukunft nicht alle Beamtenpensionen finanzieren soll – das ist gar nicht möglich –, sondern daß nur die Spitze gekappt werden soll.

Konkret: Wir wenden derzeit 6 % des Gesamthaushaltsvolumens für Beamtenpensionen auf. In zehn Jahren werden es etwa 9 % sein. Alles, was dann über diese 9 % hinausgeht, soll aus diesem Pensionsfonds, der von Baden-Württemberg vorgeschlagen wurde, finanziert werden. Es wird also nur ein Teil der künftigen Lasten davon getragen.

Was wir brauchen, ist ein Zusammenwirken von dienstrechtlichen, verwaltungsorganisatorischen und haushaltsrechtlichen Maßnahmen, und genau das steht im Kanther-Papier drin. Wir brauchen – und das ist Bundesrecht – eine Verringerung im Zulagenbereich. Wir müssen auch im Besoldungsbereich die Maßnahmen nachvollziehen, die zur Kostendämpfung im Sozialsystem getroffen worden sind, die Kürzung der Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall beispielsweise. Wir müssen auch erreichen, daß die Zahl der vorzeitigen Zuruhesetzungen wegen Dienstunfähigkeit verringert wird, und wir müssen dazu kommen, daß eine Verringerung der Zahl der Beschäftigten im öffentlichen Dienst insgesamt, insbesondere der Zahl der Beamten erreicht werden kann, ohne aber – wie es hier im Haus auch vorgeschlagen wird – die Lehrer nicht mehr als Beamte, sondern nur noch als Angestellte einzustellen.

(Herrmann)

Die Unterschiede zwischen dem Modell des Innenministers Kanther und dem Modell des Finanzministers Mayer-Vorfelder sind lediglich die, daß Minister Kanther vorschlägt, daß die Anpassung der Beamtengehälter und Pensionen um eine bestimmte Spanne hinter der jeweiligen Anpassung der Tarifgehälter im öffentlichen Dienst zurückbleibt. In Baden-Württemberg wird erstens vorgeschlagen, daß durch Einsparungen im Haushalt dem Pensionsfonds jährlich 180 Millionen DM zugeführt werden. Zum zweiten sollen aus Veräußerungserlösen Teile des Landesvermögens dem Pensionsfonds zugeführt werden. Drittens soll dem Pensionsfonds für jede Neustelle – das haben Sie verschwiegen, Herr Kollege Hackl – ein Einmalbetrag zugeführt werden,

(Abg. Sieber CDU: Sehr gut!)

damit bei der Neuschaffung von Stellen schon jetzt klar ist, daß in Zukunft Lasten auf das Land zukommen.

(Abg. Hackl Bündnis 90/Die Grünen: Ja macht ihr's jetzt, oder macht ihr's nicht?)

Nun gibt es zu jedem Vorschlag irgendwelche Bedenken. Natürlich wird man nichts machen können, was jedem Bedenken optimal Rechnung trägt. Wichtig ist aber, daß man nicht aus dem Zusammenhang gerissene Äußerungen, die in der Presse auch nur teilweise richtig dargestellt worden sind, zitiert, sondern daß wir gemeinsam das Problem lösen.

Ich bin froh, daß jetzt von seiten des Bundes konkrete Vorschläge auf dem Tisch liegen und daß zusammen mit diesen Bundesvorschlägen die Vorschläge des Landes verwirklicht werden können. Die CDU-Fraktion ist der Meinung, daß zusammen mit strukturellen Maßnahmen im Haushalt Vorsorge getroffen werden muß für den Beginn des nächsten Jahrtausends. Ich glaube, daß wir bald zu einer Einigung kommen werden. Im Detail müssen wir das in Ruhe beraten, nachdem der Kanther-Bericht erst 14 Tage vorliegt. Dazu sind wir bereit und werden wir auch konkrete Vorschläge unterbreiten.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

**Stellv. Präsident Birzele:** Das Wort erhält Herr Abg. Moser.

**Abg. Moser SPD:** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist tatsächlich so, daß das ein Thema ist, über das man eigentlich in Ruhe reden müßte.

(Abg. Haas CDU: Macht's doch!)

– Werde ich auch tun, Herr Kollege Haas. Ich muß aber trotzdem auf einige Dinge hinweisen.

In Ruhe müssen wir deswegen miteinander reden, weil es ja offensichtlich eine große Koalition im Landtag gibt, um das Problem zu lösen.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Jawohl, sehr schön! – Abg. Sieber CDU: Eine sehr große, ja!)

Das heißt, die Parlamentarier, die Finanzleute und der Finanzminister haben erkannt, wo das Problem liegt.

Herr Herrmann, es war auch sehr interessant, daß Sie die Vorschläge von Herrn Finanzminister Mayer-Vorfelder aufrechterhalten haben, obwohl der Ministerpräsident den Finanzminister dafür öffentlich rasiert hat. Das ist schon eine sehr interessante Entwicklung.

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Das spricht für Herrn Herrmann!)

– Das spricht für Sie, aber ich bin mir nicht sicher, Herr Herrmann, ob Sie in dieser Fraktion nicht auch noch rasiert werden.

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen zu Abg. Herrmann CDU: Machen Sie sich nichts draus!)

Als ich die Zeitung aufschlug, war es mir ja ein bißchen so, als streife mich der Meteorit.

(Abg. Dr. Schlierer REP: Das hat er offensichtlich auch getan! – Abg. Dr. Caroli SPD: Dann wäre jetzt aber nichts mehr los mit Ihnen!)

Da sagt der Finanzminister vernünftige Dinge, weil er das Problem erkennt, weil er weiß, daß wir vor einer Riesenlast stehen. Dann kommt der Bundesinnenminister und macht einen Vorschlag zur „Untertunnelung“. Das hat mich an die Wühlmaus unter dem Himalaya erinnert. Das Problem wird nämlich mit dem Kanther-Vorschlag nicht gelöst.

Sie kennen ja die Zahlen. Es sind immerhin 12 000 bis 24 000 DM, die wir pro Jahr pro Stelle aufzubringen hätten. Wir stehen vor riesigen Finanzproblemen, die in wenigen Jahren auf uns zukommen werden. Das Jahr 2005 wird sehr schnell dasein, das wissen Sie. Das jetzige Jahrtausend ist ja schon fast vorüber. Da kommt Kanther und sagt: 0,2 % weniger – und den Rest rückt er in die Pressekonferenz. Es steht nicht alles im Kanther-Bericht, was in den Zeitungen steht.

(Zustimmung des Abg. Herrmann CDU)

Ich befürchte, wenn die Landesregierung nicht mit sich ins reine kommt und sich der Finanzminister mit seinem Ministerpräsidenten – oder umgekehrt, man weiß das ja nie so genau – nicht ausspricht, dann ist diese Landesregierung mit ihren jetzigen, sprich „Teuflichen“ Vorschlägen relativ zukunftsunfähig.

(Beifall der Abg. Nagel SPD und Hackl Bündnis 90/Die Grünen – Abg. Kleinmann FDP/DVP: Spärlicher Beifall!)

Das Geld des Kanther-Vorschlags reicht nicht aus, um dies zu bewältigen.

Wir müssen aber auch darüber reden, wie der Staatsaufbau zukünftig aussieht, wie die Besoldungsstrukturen bei den Beamten in Zukunft aussehen und wie wir zu weniger Beamten kommen. Ihr Vorschlag, Lehrer und Hochschullehrer nur noch als Beamte einzustellen, hilft uns nicht weiter.

Die Kultusministerin hat ja mit Freude die Dreiviertelangestelltenstellen gestrichen. Das sind doch diejenigen Leute, über die die Schulden in einer Grauzone aufgehäuft werden, Schulden, die bis heute nicht bewältigt sind. Das Land muß

(Moser)

ja die Pensionen in 10, 20 oder 30 Jahren – je nachdem, wie lange die Leute arbeiten – aufbringen. Das sind Schulden, die nirgends stehen, die aber auf uns zukommen. Insofern wird unverantwortlich gehandelt, wenn man dies nicht auf den Tisch legt.

Wir müssen auch über neue Bemessungsgrundlagen reden. Ich glaube, man sollte einmal offenlegen, worum es eigentlich geht. Es geht hier auch um die Frage der Gerechtigkeit in dieser Gesellschaft. Selbst kleine und mittlere Beamte, die nicht viel verdienen, haben eine Arbeitsplatzgarantie, die heute sehr viel wert ist – sehr viel wert ist!

(Beifall des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

Sie wird auch in Zukunft sehr viel wert sein.

(Beifall des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

Das heißt, diese Arbeitsplatzgarantie muß sich in irgendeiner Weise bei der späteren Versorgung auswirken, und zwar so, daß der Korridor zwischen Angestellten und Arbeitern, Arbeitnehmern, die nicht im Beamtenverhältnis sind, gegenüber denjenigen, die im öffentlichen Dienst sind, nicht zu weit auseinandergeht.

Ich nenne einmal die Zahlen, weil wir nicht nur über die globalen Dinge, sondern auch über die Betroffenen selbst reden sollten.

Durchschnittsrenten, Regelrenten bei Männern – Zahlen vom 1. Juli 1995 –: 1 700 DM West, 1 770 DM Ost; bei Frauen 688 DM West, 1 055 DM Ost.

Bei den Beamten – das muß man einmal sagen –: Interessant wird es ab einer Pension von etwa 3 500 DM. Insgesamt muß man auch anrechnen, was an Steuern bezahlt werden muß.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Richtig!)

Der Konrektor liegt bei 4 900, der Oberstudienrat bei 5 400, der Museumsdirektor bei 6 900,

(Abg. Stolz Bündnis 90/Die Grünen: Sie können das doch nicht miteinander vergleichen! Das stimmt doch hinten und vorn nicht!)

die Senatsräte liegen bei 7 200, der Generalmajor liegt bei 9 600 DM. Dann kommen die Staatssekretäre usw., die alle eine Pension von über 10 000 DM beziehen.

Wir müssen über diese Dinge reden, weil wir, glaube ich, zu einer Deckelung kommen müssen, was die Pensionen im oberen Bereich anbelangt. Wir müssen in der Endstufe zu anderen Prozentsätzen kommen, und wir müssen das Lebenszeitprinzip, zumindest bei den Beamten, näher an das Lebenszeitprinzip bei denjenigen heranbringen, die in dieser Gesellschaft das Risiko des Verlusts des Arbeitsplatzes tragen.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Sabine Schlager Bündnis 90/Die Grünen)

Ich hoffe und wünsche, daß wir zu einem besseren Vorschlag kommen als zu dem, was der Bundesinnenminister unterbreitet hat. Wenn wir dies gemeinsam schaffen, wenn

Sie schon von jetzt an eine vernünftige finanzielle Rücklage schaffen können, haben Sie uns auf Ihrer Seite.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten des Bündnisses 90/Die Grünen)

**Stellv. Präsident Birzele:** Das Wort erhält Herr Abg. Kluck.

**Abg. Kluck FDP/DVP:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es gab schon den Zwischenruf, hier seien Äpfel mit Birnen verglichen worden.

(Zuruf des Abg. Heiler SPD)

Der hochverehrte Herr Kollege Moser – ich glaube, er ist selbst Beamter – weiß ja, daß er seine Pension, wenn er eine erhält –

(Zuruf des Abg. Moser SPD)

wir werden dafür sorgen –, versteuern muß. Sie können nicht einfach mit diesen horrend klingenden Zahlen operieren.

(Abg. Moser SPD: Habe ich doch gesagt!)

– Gut.

Dann haben Sie auch von diesem etwas breiten Korridor zwischen Angestellten und Arbeitern – Sie haben sich dann später noch etwas korrigiert – und Beschäftigten im öffentlichen Dienst gesprochen. Die Angestellten im öffentlichen Dienst sind ja auch nicht schlechtergestellt als die Beamten und haben genauso eine Arbeitsplatzgarantie.

(Zurufe der Abg. Hofer FDP/DVP und Kuhn Bündnis 90/Die Grünen)

Daß uns diese Versorgungskostenlawine, die auf die kommenden Haushalte zukommt, zu Recht Sorgen bereitet, darüber sind wir uns ja einig. Es sind ja schon verschiedene Möglichkeiten aufgezeigt worden, wie man sich dagegen wappnen kann.

(Abg. Moser SPD holt sich sein am Rednerpult bereitgestelltes Glas Wasser.)

– Bitte schön. Prost!

Wenn man die Argumente sorgfältig abwägt, wird man zu der Auffassung kommen müssen, daß uns ein jetzt nur durch Kreditaufnahmen zu finanzierender Pensionsfonds überhaupt nicht weiterhilft. Das ist klar.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Einen solchen hätte man früher anlegen müssen, als man noch in der Lage war, Geld auf die Seite zu legen. Das hat man eben nicht getan. Sie wissen ja, wieviel oder wie wenig Schulden der Finanzminister Müller von der FDP/DVP dem Land hinterlassen hat und was dann daraus gemacht worden ist. Aber das ist Schnee von gestern.

Wir wollen jetzt hier nicht in diese Hosianna- oder „Kreuzigt ihn“-Rufe bei den Vorschlägen des Herrn Kanther einstimmen. Diese muß man sorgfältig abwägen und prüfen.

(Kluck)

Wir brauchen am Ende – das darf auch nicht zu lange dauern – eine tragfähige Lösung.

(Abg. Moser SPD: Sehr gut!)

Hier sind nach Meinung der FDP natürlich auch die Berufsverbände gefragt. Beamtenbund und Gewerkschaften können nicht einfach sagen: „Nein, das ist Kappes“, sondern sie sollen selber Vorschläge machen, wie wir dieses Problem in den Griff bekommen. Denn wir brauchen da wirklich alle konstruktiven Vorschläge für sachbezogene und finanzierbare Lösungen.

Wie Sie wissen, gehöre ich ja nicht zu den etwa 80 Mitgliedern dieses Hauses, die aktive oder Ruhestandsbeamte sind, aber gerade deshalb stimme ich in diesen Chor der allgemeinen Beamtenbeschimpfung, der auch bei diesem Thema – glücklicherweise nicht heute hier, aber ansonsten in der Öffentlichkeit –

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Überhaupt nicht! Nicht im Ansatz!)

immer wieder anklingt, nicht ein.

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Das ist doch jetzt wiederum genauso ein Popanz!)

Wir haben schon in der Begründung eines Antrags der FDP/DVP-Fraktion im Dezember 1995 darauf hingewiesen, daß das Problem nicht in der Höhe der Pension liegt. Herr Moser, das haben Sie hier ein bißchen verschoben. Das Problem liegt nicht in der Höhe der Beamtenpension, sondern das Problem liegt darin, daß die Zahl der in den Ruhestand tretenden Beamten von Jahr zu Jahr erheblich zunimmt.

(Abg. Moser SPD: Das liegt in allem!)

Wenn wir hier diesen Zustand beklagen, müssen wir uns alle miteinander an die eigene Nase fassen, denn für die ständig steigende Zahl der Pensionäre können natürlich nicht die Beamten verantwortlich gemacht werden, sondern ausschließlich die Politiker,

(Abg. Hackl Bündnis 90/Die Grünen: Schlagen Sie einmal eine Lösung vor!)

und zwar quer durch die Bank, egal, welcher Couleur. Dem vermeintlichen Wählerwillen nachgebend, hat man immer neue Stellen geschaffen, und auch die Opposition – auch wir gehörten ja mal eine Weile dazu, viel zu lange – hat natürlich immer mehr Stellen gefordert. Insofern kann man nicht sagen, die Regierung habe die Stellen geschaffen. Die gegenseitigen Schuldzuweisungen nützen uns überhaupt nichts, denn hier haben alle gesündigt oder hätten im Fall einer Regierungsübernahme gesündigt.

(Abg. Moser SPD: Wir bieten ja eine Lösung an!)

Da die Wählerinnen und Wähler in der Regel aber nur Menschen in die Parlamente schicken, die des Denkens fähig sind – davon gehe ich einmal aus –,

(Zuruf des Abg. Hackl Bündnis 90/Die Grünen – Abg. Moser SPD: Bei Ihnen habe ich da keinen Zweifel!)

wird jeder und jedem hier in diesem Haus auch in früheren Legislaturperioden klar gewesen sein, daß durch die vielen zusätzlichen Stellen eines Tages ganz zwangsläufig erhebliche Belastungen auf den Haushalt zukommen müssen.

Herr Kollege Herrmann hat hier schon erwähnt, daß es ja auch noch verschiedene andere Faktoren gibt, die hier eine Rolle spielen: die stark erweiterte Ermöglichung der Teilzeitarbeit, die beantragten oder auch die gesetzlich automatisch vorgesehenen Frühpensionierungen. Dann gibt es auch noch diverse Fremdkörper im Versorgungsrecht wie beispielsweise die Ruhegehaltsfähigkeit nahezu aller Zulagen oder auch die Teilhabe der Pensionäre an strukturellen Verbesserungen,

(Abg. Moser SPD: Wir müssen über alles reden, ja-wohl!)

die die Aktiven bekommen und die automatisch auch die Pensionäre erhalten.

(Abg. Hackl Bündnis 90/Die Grünen: Oder auch Urlaubsgeld für Pensionäre!)

Dies alles hat zur Auftürmung dieses Pensionslastenbergs beigetragen. Da muß man eben schauen, was man da auf ein normales Maß zurücknimmt.

Am saubersten bekommen wir das Problem in den Griff, meine Damen und Herren, wenn wir uns zu eisernem Sparen im Personalbereich entschließen. Der jetzt ja leider ebenfalls vorzeitig in den Ruhestand getretene Ministerialdirektor Bueble hat im Januar letzten Jahres im „Staatsanzeiger“ einen richtungweisenden Artikel geschrieben und hat dort gesagt, der wirtschaftlichste und sinnvollste Weg zur Finanzierung des Buckels der Pensionslasten bestünde in der Tat darin, die Zinsbelastung jetzt durch eine spürbare Absenkung der Neuverschuldung zu senken, um damit später Spielräume für höhere Kreditaufnahmen zu haben.

(Abg. Moser SPD: Eine echte Strukturveränderung hat er aber nicht vorgeschlagen, der Spitzenbeamte!)

Sie kennen die Rechnung: Wenn wir die gegenwärtige Zinsquote nur um 1,5 Prozentpunkte auf 4,5 % senken, hätten wir genügend Spielraum zur Finanzierung der Pensionslasten. Dazu sind wir Liberalen heiß entschlossen.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

**Stellv. Präsident Birzele:** Das Wort erhält Herr Abg. König.

**Abg. König REP:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Nun liegt er endlich vor, der von allen so heiß ersehnte Versorgungsbericht des Bundesinnenministers Kanther. Seit er vorliegt, haben wir das schriftlich, was wir eigentlich schon lange wissen, nämlich daß uns in den nächsten Jahren eine Lawine von Pensionsgeldern bevorsteht. Nun muß man sich auch einmal wieder darauf besinnen, warum das so ist. Was sind denn die Gründe dafür? Die Gründe sind die gestiegene Lebenserwartung, die auch bei den Beamten voll durchschlägt,

(Abg. Hackl Bündnis 90/Die Grünen: Was wollen Sie dagegen machen?)

(König)

ein wesentlich zu niedriges Pensionsalter – der statistische Durchschnitt liegt bei 58 Jahren – und darüber hinaus zu viele Frühpensionierungen. Nach den Angaben des Statistischen Bundesamts scheiden knapp 40 % der Beamten vorzeitig wegen Dienstunfähigkeit aus ihrem Dienst. Es sind weit über 40 % bei den Lehrern und gar 68 % der Beamten aus dem Justizvollzug.

(Zuruf von der SPD: Was?)

Ein weiterer Grund – das ist eigentlich der Hauptgrund – ist die inflationäre Ausweitung des öffentlichen Dienstes Ende der sechziger und in den siebziger Jahren. Damit verbunden war dann der rasante Anstieg der Löhne und Gehälter im öffentlichen Dienst.

Meine Damen und Herren, in dieser Zeit wurde immer bis zur Obergrenze der Steuerbelastung eingestellt. An die Folgekosten hat niemand gedacht, oder man hat sie einfach ignoriert. Jetzt, wo der Termin näher rückt, an dem die aus dieser Einstellungs- und Besoldungspraxis erwachsenden Pensionssummen fällig werden, kommt bei den verantwortlichen Politikern das große Erwachen. Dies äußert sich in einem hysterischen Aktionismus. Da werden plötzlich alle möglichen Vorschläge unterbreitet. Einer davon ist – und das ist meiner Ansicht nach auch der wichtige – die Einführung eines Pensionsfonds. Bloß stellt sich die Frage, ob der Pensionsfonds zum jetzigen Zeitpunkt nicht viel zu spät kommt. Jawohl, er kommt zu spät, denn ich muß in diesen Pensionsfonds etwas einzahlen, was nur – weil es ja die Beamten betrifft – aus dem Steuergeldtopf kommen kann.

(Zuruf von der SPD: Das ist etwas ganz Neues!)

Meine Damen und Herren, Pensionsfonds: jawohl. Dafür haben wir uns immer ausgesprochen. Dieser Pensionsfonds allein kann uns aber nicht retten. Zu diesem Pensionsfonds müssen die begleitenden Maßnahmen, die auch in dem Versorgungsbericht des Bundesinnenministers Kanther enthalten sind, greifen, so etwa die Senkung der Pension vielleicht von 75 auf 60 % der letzten Gehaltsbezüge. Was ist noch im Umlauf? Beispielsweise der Vorschlag, anstelle der letzten Besoldungsstufe die Lebenseinnahmen des Beamten zugrunde zu legen, wie es auch in der Rentenversicherung geschieht.

(Abg. Nagel SPD: Lebenszeitverkürzung!)

Ein weiterer Vorschlag ist, daß begleitend die Anhebung des Pensionsalters hinzukommen sollte: 65 Jahre, manche reden sogar von einem noch höheren Eintrittsalter.

Meine Damen und Herren, das sind jetzt alles Punkte, die von irgendwelchen Berufenen oder weniger Berufenen in die öffentliche Diskussion geworfen werden.

Meine Damen und Herren, für uns Republikaner ist es dringend notwendig, Rücklagen für die Beamten zu bilden, das heißt, einen Pensionsfonds einzurichten. Wir haben das schon vor drei Jahren gefordert. Wir fordern das auch heute.

Meine Damen und Herren, die Frage ist, wie ich eine solche Rücklage finanzieren kann.

(Abg. Moser SPD: Ja!)

Das ist die entscheidende Frage. Man hat es in Zeiten voller Kassen versäumt, diese Frage zu beantworten. Jetzt, wo das Geld vorne und hinten nicht reicht, sind wir natürlich in der allerschwierigsten Position.

Meine Damen und Herren, wenn Bundesinnenminister Kanther vorschlägt, 0,2 %, das heißt 2 Promille,

(Zuruf von der SPD: Sie haben sogar 3 Promille!)

der jeweiligen Einkommenserhöhung für diesen Pensionsfonds abzuzweigen, und errechnet, daß sich damit in 15 Jahren, vom Jahr 2001 bis zum Jahr 2015, bundesweit eine Summe von 60 Milliarden DM ansammeln würde – Finanzminister Mayer-Vorfelder hat das gleich für Baden-Württemberg ausgerechnet und ist für Baden-Württemberg auf 6,3 Milliarden DM gekommen –, muß ich mich schlicht und einfach fragen: Wie kommen diese finanzpolitischen Rechenkünstler auf eine solche Summe?

(Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Birzele:** Herr Abg. König, ich bitte Sie, zum Ende zu kommen.

**Abg. König REP:** Herr Präsident, ich muß das gerade noch zu Ende führen. – 2 Promille von der Einkommenserhöhung. Herr Mayer-Vorfelder war einmal Kultusminister. Er hat sich damals für die Mengenlehre stark gemacht. Selbst wenn ich die Mengenlehre heranziehe und dabei alle Teilmengen, Untermengen und Schnittmengen berücksichtige, komme ich mit den 2 Promille nie auf die genannten Summen. Also ist hier doch eine Milchmädchenrechnung aufgemacht worden.

(Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Birzele:** Herr Abg. König, ich bitte Sie nochmals, zum Ende zu kommen.

**Abg. König REP:** Ich möchte an dieser Stelle – meine Redezeit ist leider zu Ende – . . .

**Stellv. Präsident Birzele:** Schon länger.

**Abg. König REP:** . . . dem Herrn Finanzminister einen Vorschlag unterbreiten.

**Stellv. Präsident Birzele:** Herr Abg. König, es findet eine zweite Runde statt. Sie haben bisher die längste Redezeit gehabt. Ich bitte Sie deshalb, wirklich zum Ende zu kommen.

**Abg. König REP:** Noch einen Satz. – Herr Mayer-Vorfelder ist ja Vorsitzender des VfB Stuttgart und als solcher immer darauf bedacht, Finanzquellen zu erschließen.

(Abg. Moser SPD: Benefizspiel!)

Vielleicht sollte ich ihm einmal persönlich den Vorschlag des Beamten sponsoring unterbreiten. Die Polizeiautos haben ja genügend Werbefläche.

**Stellv. Präsident Birzele:** Herr Abg. König, Ihre Redezeit ist zu Ende. Ich bitte Sie, jetzt Ihre Rede zu beenden.

(Abg. König REP verläßt das Rednerpult. – Beifall bei den Republikanern)

(Stellv. Präsident Birzele)

Das Wort hat Herr Staatssekretär Rückert.

(Abg. Heiler SPD: Der kriegt jetzt die Redezeit angerechnet! – Heiterkeit bei der SPD und Abgeordneten des Bündnisses 90/Die Grünen)

**Staatssekretär Rückert:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Zu Ihrer aller Information: Unser Ministerpräsident und unser Finanzminister haben Auswärtsverpflichtungen wahrzunehmen. Der Finanzminister ist zum Beispiel in dieser Stunde im Vermittlungsausschuß in Bonn.

(Abg. Herrmann CDU: Der ständig tagen muß, weil die SPD alles blockiert! – Widerspruch bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen – Abg. Moser SPD: Lassen Sie sich einmal einen neuen Zwischenruf aufschreiben!)

Die Entwicklung der Pensionslasten bereitet den öffentlichen Händen fürwahr seit geraumer Zeit erhebliche Sorgen. Wir haben uns in Baden-Württemberg – und besonders der Finanzminister – frühzeitig Gedanken darüber gemacht, wie dem dynamisch wachsenden Pensionslastenberg entgegen gewirkt werden kann. Unser Finanzminister hat jede Gelegenheit genutzt, um darauf hinzuweisen,

(Abg. Moser SPD: Nutzt er sie in Zukunft auch noch?)

daß sich der Personalbestand in den letzten 20 Jahren mehr als verdoppelt habe und daß wir aus diesem Grund in den künftigen Jahren entsprechend höhere Pensionslasten zu erwarten hätten. Vorsorgemaßnahmen seien um so effektiver und könnten um so moderater begonnen werden, je rechtzeitig und schneller wir sie in Angriff nähmen.

(Abg. Hackl Bündnis 90/Die Grünen: Sehr richtig!)

Die baden-württembergischen Hochrechnungen führten zu dem Ergebnis, daß die Zahl der Ruhestandsbeamten von 36 000 im Jahr 1993 auf 76 000 im Jahr 2010 steigt. Wenn wir diese Rechnung fortführen, dann kommen wir bei den Pensionslasten auf eine Steigerung von 2,9 Milliarden DM im Jahr 1993 auf 8,6 Milliarden DM im Jahr 2010. Das ist innerhalb von 17 Jahren eine Verdreifachung. Wenn Sie die Rechnung bis zum Jahr 2030 weiterführen, landen wir sogar bei 18,4 Milliarden DM. Im Vergleich mit den bereinigten Ausgaben des Haushalts steigen die Pensionslasten von rund 6 % im Jahr 1994 bis zum Jahr 2010 auf 8,7 % und bis zum Jahr 2020 auf 9,6 %. Über die Ursachen haben meine Vorredner schon ausführlich gesprochen. Ich will darauf verweisen.

Ich möchte festhalten, daß uns der nun vorliegende Versorgungsbericht der Bundesregierung darin bestärkt, daß die Eckwerte der baden-württembergischen Berechnungen realistisch und zutreffend waren und daß sie geeignete Entscheidungsgrundlage sein können.

(Abg. Moser SPD: Sie haben ja auch geliefert!)

– Genau richtig; vielen Dank für den Hinweis.

(Zuruf des Abg. Moser SPD)

Der Bund hat eben den Bezug zum Bruttoinlandsprodukt genommen, während wir die Kosten mit den Gesamtausgaben des Haushalts verglichen haben.

Aufgrund der hiesigen Berechnungen hat unser Finanzminister im November letzten Jahrs ein Eckwertepapier vorgelegt, und er hat in diesem Eckwertepapier folgendes Zukunftskonzept skizziert:

Begrenzung der Pensionslasten auf 9 % der bereinigten Gesamtausgaben, Eintritt dieser Grenzbelastung im Jahr 2012, Ansammlung eines Fondsvermögens von 5,5 Milliarden DM bis zum Jahr 2012, Einrichtung eines Fonds als nicht rechtsfähiges, zweckgebundenes Sondervermögen im Grundstock des Landeshaushalts.

Dieses Modell sollte mit landesspezifischen Instrumenten Vorsorge treffen, um die Spitzenbelastung abzufedern und ein Ansteigen der Versorgungslasten auf 9 % der bereinigten Gesamtausgaben zu begrenzen.

Nun mag man sagen, bei 9,6 % im Jahr 2019 ginge es nur noch um marginale Mehrbeträge. Tatsache ist aber, daß ein Überschreiten um 0,6 % allein in einem Haushaltsjahr über 900 Millionen Mark ausmacht. Deswegen ist ganz einfach richtig, daß Handlungsbedarf gegeben ist. Richtig ist auch, daß der vom Haushalt zu verkräftende Wert von 9 % der bereinigten Gesamtausgaben im Jahr 2020 immerhin einen Betrag von rund 14 Milliarden DM ausmachen wird.

Daraus wird allerdings deutlich, daß mit dem Pensionsfonds allein das Problem der Versorgungslasten nicht in den Griff zu bekommen ist.

(Beifall bei der CDU – Abg. Sieber CDU: Sehr richtig!)

Hierauf ist noch besonders einzugehen.

Gleichwohl ist es im Blick auf die Problemdimension wichtig, solche Vorsorgemaßnahmen nicht nur anzudenken, sondern der Realität zuzuführen. Was haben wir in diesen Pensionsfonds hineingedacht? Wir wollten durch jährlich wiederkehrende oder durch unregelmäßige Zuführungen – Festbeträge, Rechnungsüberschüsse, Veräußerungserlöse – einen solchen Fonds ansammeln, um die Spitzenbelastung teilweise aufzufangen.

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Ergebnisse?)

Wegen der enormen Konsolidierungszwänge im Haushalt konnte bislang die Dotation eines solchen Fonds leider noch nicht in Angriff genommen werden. Weder standen uns nennenswerte freie Veräußerungserlöse zur Verfügung, noch war es möglich, die angedachte Zuführung von jährlich 180 Millionen DM aus dem laufenden Haushalt in Angriff zu nehmen. Rücklagenbildung und gleichzeitig noch immer notwendige Kreditaufnahme – beides zu Lasten des Haushalts – passen einfach nicht zusammen. Meine Damen und Herren, das war übrigens die Aussage des Ministerpräsidenten – nicht mehr und nicht weniger.

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Na ja! Jetzt kommt die Brücke zum Teufel!)

(Staatssekretär Rückert)

Festzuhalten ist, daß die Landesregierung in dieser Situation, bei diesem Diskussionsstand den von Kanther vorgelegten Versorgungsbericht als politisches Signal, als politischen Schub versteht, um die Problemlösung voranzubringen; denn der Versorgungsbericht verdeutlicht nochmals mit aller Dringlichkeit,

(Abg. Moser SPD: Eine vornehme Formulierung!)

daß es nicht bei einem einzigen Vorschlag bleiben kann.

(Zuruf des Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen)

Die Botschaft des Versorgungsberichts lautet: Das Problem ist groß, aber es ist lösbar.

(Abg. Moser SPD: Wer hätte das gedacht!)

Aber dabei springt derjenige viel zu kurz, der den Versorgungsbericht lediglich auf den Pensionsfonds

(Abg. Sieber CDU: So ist es!)

oder auf eine Versorgungsrücklage einengt.

(Beifall bei der CDU)

Der Versorgungsbericht der Bundesregierung – ich habe ihn dabei; Sie können ihn gerne nachlesen – macht nämlich die Lösung des Pensionslastenproblems von einem ganzen Bündel von Maßnahmen abhängig, mit denen die Anpassung bei Besoldung und Versorgung realisiert und insbesondere ein weiterer, konsequenter Stellenabbau auf breiter Front angestrebt werden soll. Erst in dritter Linie – quasi als Abrundung, als I-Tüpfelchen – wird eine gesetzliche Rücklage vorgeschlagen, die ähnlich wie in Baden-Württemberg die Spitzenbelastung auffangen soll.

(Abg. Moser SPD: Also der Tunnel über die Spitze, oder wie?)

– Sie können von Untertunnelung oder von dem Abtragen der Spitze sprechen; das kommt auf dasselbe heraus.

(Abg. Moser SPD: Die Höhlenforscher im Innenministerium waren das!)

Eine Versorgungsrücklage, die allein von den Beamten und Pensionären finanziert würde und die über das Bundesbesoldungsrecht, also mit bundesrechtlichen Mitteln, durch eine teilweise Abschöpfung des jährlichen Einkommenszuwachses aufgebaut würde, würde – auf die Verhältnisse hier in Baden-Württemberg umgerechnet – bei den Kantherschen Konditionen innerhalb von 15 Jahren zu etwa 4,7 Milliarden DM führen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, da Sie mutig und offensiv zu einer erträglichen Finanzierung der Pensionslasten beitragen wollen, gehen meine Bitte und meine Erwartung an Sie, sich bei dem Kanther-Papier nicht nur an die dritte Aussage, sondern auch an die erste Forderung – Reduzierung des Personalbestands – und an die zweite Forderung – haushaltsgerechte Struktur-, Tarif- und Besoldungsanpassungen – zu erinnern. Wir müssen versuchen, das gesamte Bündel mit einer ganzen Latte von Einzelmaßnahmen zusammenzubringen.

Da ist es für uns schon etwas schmerzhaft, daß zwar der Finanzminister von Baden-Württemberg in der Finanzministerkonferenz im Herbst letzten Jahres über alle Parteigrenzen hinweg einvernehmlich aufgefordert worden ist, die Vorschläge aller Finanzminister zu sammeln, daß aber dann, als sie gesammelt waren, im März dieses Jahres – Sie werden sich daran noch erinnern – die SPD-regierten Länder weggetaucht und nicht mehr an den Verhandlungstisch gekommen sind. Die Vorschläge liegen auf dem Tisch. Wir wären dankbar, wenn das Gesamtpaket gemeinsam weiterdiskutiert werden könnte.

(Abg. Moser SPD: Geben Sie mir die Adresse, wo der Tisch ist; ich gebe sie weiter! – Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Hat jetzt der Mayer-Vorfelder unrecht, oder was? – Gegenruf des Abg. Moser SPD: Der ist doch gar nicht da!)

– Moment!

Daher fordere ich Sie auf, in Ihren Parteien dafür zu sorgen, daß das bislang blockierte Bund-Länder-Einsparpaket wieder auf die Tagesordnung kommt

(Abg. Moser SPD: Ach so! Die Mineralölsteuer war das jetzt!)

und in konkrete Sparbeschlüsse einmündet.

Aber auch bei den Maßnahmen, die im Land Baden-Württemberg anstehen, wird sich unser aller Glaubwürdigkeit beweisen müssen; denn jede neue Stelle hat auch Pensionslasten zur Folge. Hier müssen wir umdenken.

(Abg. Moser SPD: Handeln!)

Eines, was vorhin auch angesprochen wurde, bedarf der Klarstellung. Die Pensionslasten können nicht als Hebel für ein einheitliches Dienstrecht herhalten. Auch das können Sie im Kanther-Bericht nachlesen.

(Abg. Moser SPD: Dies ist eine politische Entscheidung!)

Eine Lösung, künftig vermehrt Angestellte statt Beamte im öffentlichen Dienst zu beschäftigen, führt nicht weiter; denn die Kumulation von Sozialversicherungsbeiträgen und steigenden Pensionslasten würde unseren Haushalt zu sehr belasten. Dieser Weg kann nicht die Lösung des Problems sein. Vielmehr steht die Landesregierung nach wie vor unverrückbar zum Berufsbeamtentum als einer tragenden Säule dieses Gemeinwesens.

Aus alledem folgt, meine Damen und Herren, daß eine gesetzliche Rücklage oder ein Pensionsfonds nur einen Teil eines Gesamtkonzepts darstellen kann, wenn auch einen wichtigen. Dabei ist die Landesregierung nicht auf ein bestimmtes Modell fixiert. Der Finanzminister hat aber stets betont, daß jede Zuführung zu einem Fonds oder zu einer Rücklage nur innerhalb der Eckwerte der mittelfristigen Finanzplanung erfolgen kann, also keine zusätzliche Kreditaufnahme zulässig sein darf, sondern die entsprechenden Zuführungsraten durch eine Umschichtung im Haushalt erwirtschaftet werden müssen. Ferner wird aus alledem deutlich, daß rasch konkrete Schritte eingeleitet werden müssen.

(Abg. Moser SPD: Was ist „rasch“ und „konkret“?)

(Staatssekretär Rückert)

Hier sehe ich ganz besonders die Bundesregierung am Zug, da die von ihr vorgeschlagene Lösung eines Einbehalts von 0,2 % künftiger Gehaltserhöhungen nach derzeitigem Prüfungsstand eine Ergänzung von § 14 des Bundesbesoldungsgesetzes erforderlich macht, um eine Rechtsgrundlage für den Einbehalt dieser Gehaltsanteile und die Anlage in einer zweckgebundenen Rücklage zu schaffen.

In dieser Finanzierungsform liegt der Unterschied zwischen dem baden-württembergischen Modell und dem Kanther-Papier. Während wir aus dem Gesamthaushalt Gelder herauschwitzen und in den Fonds übertragen wollen, gibt nun Kanther die bundesrechtliche Möglichkeit, systemimmanent durch die Beamten selbst einen solchen Fonds aufzubauen. Wir meinen, daß dieser Vorschlag von Kanther sehr wohl kompatibel ist mit unseren baden-württembergischen Vorstellungen.

(Zuruf des Abg. Moser SPD)

Zusammenfassend: Die Landesregierung begrüßt den Versorgungsbericht der Bundesregierung und teilt auch ihre Einschätzung, wonach das Problem der Pensionslasten nur in einem gesamten Maßnahmenpaket gemeistert werden kann. Die Landesregierung hält es indessen für unzureichend, die Rücklagenbildung erst ab dem Jahr 2001 zu beginnen.

(Abg. Moser SPD: Ah! Das ist eine wichtige Aussage! Wann?)

Vielmehr sind Initiativen für eine wesentlich raschere Umsetzung erforderlich.

(Abg. Moser SPD: Wann etwa?)

– Mit Ihnen zusammen. – Wir werden jetzt, nachdem das Kanther-Papier auf dem Tisch liegt, die Ergebnisse der von uns gebildeten Arbeitsgruppe in Verhandlungen auf Bundesebene einbringen. Wir hoffen sehr, daß da CDU und FDP nicht allein stehen,

(Abg. Kluck FDP/DVP: Genau!)

sondern daß sich auch der von der SPD dominierte Bundesrat entsprechend öffnet, damit wir diesen Weg miteinander gehen können. Wenn auf Bundesebene eine solche Lösung gefunden wird, dann können wir hier miteinander abwägen, ob das für uns ausreicht, ob wir noch draufpacken oder unseren eigenen Weg gehen müssen.

(Abg. Moser SPD: Man könnte ja auch einmal anfangen und das dann später entsprechend verrechnen!)

Wir sitzen jedenfalls alle in einem Boot. Wir tragen gemeinsam Verantwortung dafür, daß die, die nach uns folgen, vertretbare Rahmenbedingungen vorfinden und noch ausreichend eigenen Gestaltungsspielraum haben.

Wir sind aufgerufen, meine Damen und Herren, uns auf ein ganzes Bündel notwendiger Maßnahmen zu verständigen. Dazu reiche ich Ihnen unsere Hand, und ich hoffe, daß wir bei dieser gesamtpolitischen Aufgabe auch zu einem gemeinsamen Konsens finden.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

**Stellv. Präsident Birzele:** In der zweiten Runde erhält Herr Abg. Kuhn das Wort.

**Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen:** Lieber Herr Kollege Rückert, politisch war das jetzt schon interessant, wie Sie die Brücke von Mayer-Vorfelder, ihn historisch verstehen wollend, über Kanther zum Wort des Ministerpräsidenten geschlagen haben. Allein, Sie konnten nicht erklären, mit welcher Aggressivität der Ministerpräsident in diesem Fall den Finanzminister zurückgepfiffen hat. Ich glaube, daß dahinter schon ein politischer Konflikt steht, über den man auch reden sollte.

Die Frage ist doch allein: Soll man zu dem, was auf Bundesebene – und ich sage dazu: der Kanther-Bericht ist ein Bericht, der politisch nicht in irgendeiner Umsetzungsphase ist – vielleicht kommen wird, mit allen Kompromißbildungen, die daran hängen, jetzt auf Landesebene beginnen, zusätzlich etwas zurückzulegen, um auf der sichereren Seite zu sein, weil man weiß, daß sich bei der Beamtenversorgung ein großes, gravierendes Problem des Landeshaushalts auftut?

Übrigens: Man kann das auflösen. Wir können das ja jetzt machen. Wenn über Bonn dann so vernünftige Lösungen kommen, daß wir das nicht brauchen, sind wir auch wieder auf der sicheren Seite.

Ich will jetzt zwei Dinge betonen, die uns trennen.

Der erste Punkt ist: Kanther und Sie, Herr Staatssekretär, sind nicht bereit und nicht in der Lage, insgesamt über die Fragen nachzudenken: Wieviel Beamte brauchen wir? In welchen Bereichen wollen wir Beamte? Der ganze Kanther-Bericht bedeutet, wenn man ihn genau studiert, eine Tabuisierung der Diskussion über den Status quo, um dann mit dem „Mut von übermorgen“, wie die Formulierung des Kollegen Hackl lautete, zu sagen: „Ab 2002 machen wir eine kleine finanzielle Lösung, die dann doch in einem Punkt zu Veränderungen führt.“

Das ist die politische Differenz. Wir meinen, daß man bestimmte Vorteile, die Beamte heute haben, zum Thema machen muß. Wir meinen auch, daß der Beamtenstatus in vielen Bereichen nicht mehr zeitgemäß ist, dies übrigens auch mit einer politischen und nicht nur mit einer finanzpolitischen Begründung.

Zu einem Punkt will ich noch etwas sagen. Sie alle wissen inzwischen: Gegenwärtig macht das etwa 3 Milliarden DM im Landeshaushalt aus, und im Jahr 2010 werden es 8,6 Milliarden DM sein, und das noch mit einer ansteigenden Tendenz. Wenn der Ministerpräsident – ich finde es schade, daß er jetzt nicht da ist – sagt, es sei doch unsinnig, Geld zurückzulegen, mit dem man investieren könne – das ist ja im Kern sein Argument –,

(Abg. List CDU: Da hat er recht!)

dann hätte er unter einer Voraussetzung recht. Lassen Sie uns das sachlich diskutieren. Wenn ich mit dem Geld, das ich heute, etwa aus Privatisierungserlösen, erzielen könnte, tatsächlich staatliche Investitionen oder Investitionen der Wirtschaft anregen könnte und belegen bzw. plausibel belegen könnte – weil ich das ja logischerweise nicht empirisch

(Kuhn)

belegen kann –, daß diese Investitionen – dabei kann es maximal um 2 Milliarden DM gehen – geeignet und in der Lage wären, im Jahr 2010 bei den Steuereinnahmen – um die geht es ja – zusätzlich 5 Milliarden DM zu erzielen, dann hätte der Ministerpräsident recht. Sie werden mir zustimmen, Herr Kollege: Unter dieser Voraussetzung hätte der Ministerpräsident recht.

Dann ist der Streit darüber, ob ein Pensionslastenfonds angelegt werden sollte oder nicht, eigentlich eine Frage des Vertrauens, des Glaubens an diesen ökonomischen Vorgang und der Nachvollziehbarkeit. Wenn ich mir die gigantischen Investitionen anschau – das hat ja immer „Zukunftsinvestitionen“ geheißen, auch bei Späth, da wurde ja jede Milliarde „Zukunftsinvestition“ genannt – und einmal nachfrage, wo denn eigentlich welche Arbeitsplatzeffekte entstanden sind, und wenn ich einmal schaue, welche Folgekosten die jeweiligen tollen Investitionen gehabt haben – da können Sie den Rechnungshof fragen –, dann muß ich sagen, meine Damen und Herren: Mir und uns fehlt der Glaube daran,

(Abg. Wieser CDU: Das wissen wir!)

daß der Ministerpräsident mit der Investition von, sagen wir einmal, 1 Milliarde DM – 1 Milliarde DM will er ja eh für das Zukunftsprogramm „Jugend“ haben –

(Abg. Moser SPD: Die hat er aber schon mehrfach verkauft!)

diesen gigantischen ökonomischen Effekt erzielen würde. Am Rande: Plötzlich wird der Ministerpräsident, der sonst in der Wirtschafts- und der Finanzpolitik eher eine angebotsorientierte Grundhaltung hat, doch zu einem ganz harten Keynesianer. Sein Argument gegen Mayer-Vorfelder war ja: Wir werden jetzt investieren, und dann wird so viel Nachfrage und wirtschaftliche Tätigkeit ausgelöst, daß die Staatseinnahmen wieder steigen können. Das ist ein Argument, das mich immer fasziniert, wenn die harten Angebotsleute plötzlich, wenn es in den Kram paßt, ihre Argumentation auswechseln und am anderen Ufer landen.

(Abg. Wieser CDU: Keynes ist Nachfragetheorie! –  
Abg. Moser SPD: Nachfrageförderung, ja! –  
Gegenruf des Abg. Hackl Bündnis 90/Die Grünen:  
Sie haben nicht zugehört, Herr Kollege Wieser!)

– Ja, das meine ich: wie die harten angebotsorientierten Wirtschaftspolitiker plötzlich nachfrageorientiert werden.

Ich möchte zusammenfassen, Herr Kollege Wieser. Wir von den Grünen halten es für klüger, einen Teil der Privatisierungserlöse im Sinn eines Pensionslastenfonds anzulegen, weil wir sagen: Die Verantwortung des Landes für die Leute, die davon betroffen sind, ist so groß, daß wir nicht hoffen, spekulieren, beten oder was auch immer können, daß in Bonn Positives geschieht.

(Zuruf des Abg. Hofer FDP/DVP)

Über die Modalitäten des Pensionslastenfonds und die Frage, ob das im Grundstock – wenn ich etwas vom Grundstock höre, dann sage ich mir immer: na ja, darauf könnt ihr zugreifen, Herr Kollege Staatssekretär – oder in einer anderen Form eines Fonds, die eben nicht im Grundstock

liegt, oder irgendwo anders angesiedelt ist – über die Details können und müssen wir reden –, wird Einigkeit zu erzielen sein. Aber jetzt zu sagen: „Das positive Licht Kanther ist uns dazwischengekommen, und nun war die ganze Debatte der letzten Monate und Jahre über diese Frage umsonst“, das halte ich doch, Herr Staatssekretär, ein bißchen für etwas, wo man sich aus der Verantwortung, die in Stuttgart besteht, stiehlt.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

**Stellv. Präsident Birzele:** Das Wort erhält Herr Abg. Herrmann.

**Abg. Herrmann CDU:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Zu den Worten des Kollegen Moser und den Zwischenrufen von Ihnen, Herr Moser, muß man doch noch ein paar Sätze sagen. Wenn es nach der CDU gegangen wäre, dann hätten wir schon im letzten Jahr beginnen können, einen Pensionsfonds hier im Land einzurichten.

(Beifall bei der CDU – Widerspruch bei der SPD –  
Abg. Rech CDU: Jawohl! – Zurufe von der SPD:  
Was?)

Ich zitiere aus einer Mitteilung der dpa vom Juni 1995, in der es heißt:

Mayer-Vorfelders angekündigtes Vorhaben eines Pensionsfonds stieß beim Koalitionspartner SPD auf Ablehnung mit der Begründung, notwendige Strukturformen im öffentlichen Dienst würden dadurch behindert.

(Zurufe von der CDU: Aha!)

Was war denn die Tatsache? Mayer-Vorfelder hat Vorschläge gemacht, die durch Landesrecht umsetzbar sind.

(Zuruf des Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen)

Die SPD hingegen hat bundesrechtliche Maßnahmen parallel dazu hier im Land gefordert. Wir haben gesagt: Wir wollen abwarten, was die Bundesregierung vorschlägt, und sind bereit, durch landesrechtliche Maßnahmen bereits vorab einen Pensionsfonds einzurichten.

(Abg. Rech CDU: Das ist auch vernünftig!)

Ein weiterer Punkt: Der Ministerpräsident hat nicht gesagt, er lehne die Vorschläge Mayer-Vorfelders ab, sondern er hat gesagt, er finde die Vorschläge von Innenminister Kanther gut. Dann wurde im Umkehrschluß hineininterpretiert, er lehne das ab, was von Baden-Württemberg vorgeschlagen wird. Das ist eben nicht richtig.

In Schleswig-Holstein hat im übrigen, Herr Moser, die dort damals noch existierende SPD-Alleinregierung bereits im Juni letzten Jahres einen Pensionslastenfonds eingeführt,

(Abg. Moser SPD: Komisch!)

der durch laufende Mittel aus dem Landeshaushalt finanziert wird, ohne daß man parallel bundesrechtliche Regelungen getroffen hat. Wenn die SPD in Baden-Württemberg genau die gleiche Meinung vertreten hätte, dann hätten wir

(Herrmann)

bereits im letzten Jahr diesen Pensionsfonds einrichten können.

Eine letzte Bemerkung: Ich bin froh darüber, daß heute auch in meiner Partei in erster Linie an Stellenabbau und Einsparungen gedacht wird und man nicht, wie das früher teilweise auch bei uns noch der Fall war, in erster Linie den Staatsapparat aufbauen und ausbauen will.

(Beifall des Abg. Rech CDU – Abg. Rech CDU: Ja-wohl!)

Man muß auch einmal selbstkritisch erkennen, daß hier ein Umdenken stattfindet, und zwar ein Umdenken wohl im gesamten Landtag, wie ich hier feststelle.

Zusammenfassend: Wir sind für die Einführung eines Pensionsfonds. Wir sind offen bei der Finanzierung des Fonds. Wir sind froh darüber, daß jetzt bundesgesetzliche Maßnahmen vorliegen, und wir werden sie, wie es der Staatssekretär auch dargestellt hat, durch landesrechtliche Maßnahmen dort ergänzen, wo es notwendig ist. Wir sind aber auch der Meinung, daß die Reduzierung des Personalbestandes im Bereich der Beamten und die Reduzierung der Staatsaufgaben für uns weiterhin wichtige Aufgaben sind. Das ist dann Politik für die Zukunft, Politik für künftige Generationen und schafft finanzielle Spielräume auch für die Zeit nach dem Jahr 2010.

(Beifall bei der CDU – Abg. Rech CDU: Ein klares Wort!)

**Stellv. Präsident Birzele:** Das Wort erhält Herr Abg. Moser.

**Abg. Moser SPD:** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Lieber Kollege Herrmann, blicken Sie nicht zurück wie Lots Weib! Das endet nicht gut. Es ist zwar richtig, daß man über diese Dinge geredet hat, aber im Kabinett hat man sich über den Pensionsfonds nie unterhalten.

(Abg. Wieser CDU: Waren Sie dabei im Kabinett?)

Man hat sich nie darüber unterhalten, und im übrigen haben Sie ja die Chance, jetzt einen Pensionsfonds zu schaffen. Sie können es jetzt tun, nur stelle ich fest, daß der Herr Staatssekretär schon wieder das alte Spiel anfängt, nämlich die Rochade: „Zuerst soll der Bund vor, und dann kommen wir.“ Das heißt, es ist keine klare Antwort gegeben worden, was jetzt wann tatsächlich geschieht, sondern man hat das alte Spiel wiederholt und sagt: „Der Kanther hat jetzt mal gesprochen, und jetzt soll der Bund mal was machen, und dann rechnen wir nach, und dann kommen wir vielleicht noch hinterher.“ So geht es, meine ich, nicht.

Sie haben ja gespürt, daß sich das Haus im Grunde genommen darüber einig ist, daß wir etwas tun müssen, und ich sage Ihnen: Sie könnten jetzt schon bei jeder Neueinstellung – und als Finanzpolitiker müßten wir uns eigentlich darüber im klaren sein, daß wir es tun müßten – für jeden, der unter bestimmten besoldungsrechtlichen Bedingungen neu in den öffentlichen Dienst kommt, eine Rückstellung bilden und diese dann wie auch immer verwalten.

Das Land hat nicht nur knapp über 50 Milliarden DM Schulden, die beziffert sind, sondern das Land hat eben auch – und das wird bei der Diskussion vergessen – eine versicherungsmathematisch berechenbare Pensionsschuld, die nirgendwo steht. Man müßte sie beziffern und fairerweise diese Schuld dann auch zur anderen Haushaltsschuld dazustellen. Daraus müßte dann die Politik abgeleitet werden.

(Abg. Herrmann CDU: Mayer-Vorfelder hat sie ja beziffert! – Abg. Wieser CDU: Die Schuld ist doch beziffert!)

– Sie steht aber nirgends.

(Abg. Wieser CDU: Sie steht jedes Jahr im Haushalt!)

Jedenfalls stelle ich fest, daß die Landesregierung jetzt erst einmal wieder zuwarten will, was der Bund tut.

Ich muß Ihnen auch in einer anderen Sache widersprechen. Es wird immer so getan, als könnte man besoldungsrechtliche, verwaltungsstrukturelle und sonstige Dinge von dem Problem Pensionsfonds lösen. Das kann man aber nicht, wenn man ehrlich ist, weil man mit jedem Schritt, den man auf der einen Seite macht, einen anderen Schritt auf der Finanzierungsseite einleitet.

Ich bin der Überzeugung, wenn man überhaupt eine Lösung hinsichtlich Beamtenbesoldung und -strukturen herbeiführen kann, dann muß man es jetzt tun, weil derzeit sowohl in der Politik als auch in der Bevölkerung die Vernunft auftritt und man miteinander in einen Dialog darüber eintreten muß, was der Staat noch bezahlen kann und was nicht.

Ich bitte Sie also, darüber nachzudenken, ob Sie neben einer Debatte über die Finanzierung der Pensionen nicht auch noch einige Schritte hin zu einer Reform des Besoldungsrechts tun können, über die man ja auch reden kann. Aber Sie trennen es wieder, indem Sie sagen, wir Sozialdemokraten würden das vermengen, statt zuerst einmal das eine zu lösen und dann das andere. Sobald die Politik anfängt, wenn die Zeit reif ist, die Dinge hin- und herzuschieben wie auf einem Rangierbahnhof, wird nichts geschehen. Es wird erst dann etwas geschehen, wenn uns das Geld ausgeht.

Ich glaube, wir sind jetzt in einer Zeit, in der man das machen kann und in der man sich, was die Staatsaufgaben angeht, auf die Kernaufgaben des Staates auch im öffentlichen Bereich konzentrieren kann. Ich bleibe dabei: Es gibt eine ganze Menge von Stellen im Staatsbereich – und es mag sie auch in Zukunft geben –, die nicht per se Kernbereich der Staatsaufgaben sind und die anderweitig finanziert werden können. Selbst wenn das im Moment im Barwert teurer ist – Sie kennen die mathematischen Berechnungen –, sieht es im Zeitwert nachher wieder ganz anders aus. Die Berechnungen liegen auf dem Tisch. Es gibt dazu inzwischen von acht oder neun Rechnungshöfen Gutachten. Ich würde mich freuen, wenn sich auch unser Rechnungshof in Bälde dazu äußern würde.

Ich schlage vor, nicht den Tunnel zu graben, dieses Mäuseloch unter dem großen Berg. Ich tendiere vielmehr zu der

(Moser)

Aussage: Wir müssen sehen, daß die Spitze des Bergs abgeflacht wird, und zwar spürbar. Vielleicht müssen wir darüber streiten, wieviel Prozent das jeweils im Haushalt ausmachen darf. Aber das ist des Streits der Edlen wert.

Ich fordere Sie, Herr Staatssekretär, und die Landesregierung nochmals auf, nicht auf den Bund zu warten, sondern zu handeln. Sie können das später wieder verrechnen, wenn das Ergebnis besser ist, als man ursprünglich meinte. Da geht kein Geld verloren. Dabei haben Sie unsere Unterstützung.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten des Bündnisses 90/Die Grünen)

**Stellv. Präsident Birzele:** Das Wort erhält Herr Abg. Kluck.

(Abg. Hackl Bündnis 90/Die Grünen: Jetzt kommt das Prinzip Hoffnung!)

**Abg. Kluck FDP/DVP:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Gestatten Sie mir noch ein paar kurze Sätze.

Ich möchte davor warnen, jetzt schon Überlegungen darüber anzustellen, 25 % der Privatisierungserlöse – Herr Hackl hat es gesagt, und Herr Kuhn hat es wiederholt – in die Versorgungsfinanzierung zu stecken. Ich weiß nicht, wie wir es gegenüber der Öffentlichkeit und der Bevölkerung plausibel machen können, daß für die Sünden der Vergangenheit Gelder, die wir für Zukunftsaufgaben ganz dringend brauchen, verversperrt werden.

(Abg. Hackl Bündnis 90/Die Grünen: Das ist wohl ein Witz! Augen zu und durch!)

Ich bin Herrn Kollegen Moser sehr dankbar dafür, daß er gesagt hat, der Staat solle sich auf seine eigentlichen Aufgaben beschränken. Ich sehe darin die Bereitschaft der Sozialdemokraten, mit uns über eine verstärkte Privatisierung bisher öffentlich wahrgenommener Aufgaben nachzudenken. Das würde uns in der Tat in die Lage versetzen, die von mir vorhin schon kritisierte Personalvermehrung radikal zu stoppen.

Ich bin dem Herrn Staatssekretär dankbar, daß er noch einmal gesagt hat, man beabsichtige nicht, am Prinzip des unabhängigen Berufsbeamtentums zu rütteln. Denn ich will Ihnen eines sagen: Selbst in der Weimarer Verfassung stand schon: „Der Beamte ist Diener der Gesamtheit und keiner Partei.“ Wir brauchen ein Berufsbeamtentum als Sperre gegenüber einem Parteienstaat. Andernfalls befürchte ich, daß eine Megaexplosion an Versorgungslasten entsteht, wenn Sie einmal ans Ruder kommen und immer wieder einen Teil der Beamten in den Ruhestand schicken

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Schauen Sie einmal in die Ministerialbürokratie hinein!)

und die nächste Regierung wieder neue reaktiviert.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU)

**Stellv. Präsident Birzele:** Das Wort erhält Herr Abg. König.

**Abg. König REP:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Als Resümee aller Beiträge zu diesem Thema kann ich feststellen: Quer durch alle Fraktionen besteht eigentlich Konsens darüber, daß Rücklagen gebildet werden müssen. Man hat früher versäumt, sie zu bilden. Man muß jetzt aber so schnell wie möglich handeln, das heißt nicht erst im Jahr 2001, sondern bereits heute oder spätestens morgen.

Wir müssen also Rücklagen bilden. Da stellt sich die Frage: Auf welche Art und Weise kann ein Eigenbeitrag vom Beamten eingefordert werden? Das ist eine verfassungsrechtliche Frage. Denn der Beamte ist ja kein Gehaltsempfänger in dem Sinn, sondern er wird vom Staat für seine Dienste und seine Treue alimentiert. Diese Frage wäre zunächst einmal rechtlich zu klären.

Man kann aber auf jeden Fall eines tun: Im Sozialbudget, der Planungsrechnung der öffentlichen Verwaltungen, erscheinen im Leistungsbereich Pensionsbeträge interessanterweise als sogenannte „unterstellte Beiträge“, das heißt fiktive Zahlungen, die vom Haushalt in einen Kapitalstock, sagen wir einmal, fließen sollten. Dies ist aber in der Vergangenheit nicht geschehen. Man hat sie beim Statistischen Landesamt zwar rein rechnerisch aufgeführt, aber geschehen ist nichts. Darin liegt meiner Ansicht nach der Ansatz, gleich morgen damit zu beginnen, dieses Geld tatsächlich in einen Kapitalstock einzubringen, und zwar für jeden Beamten, der neu ernannt wird, und so – gewissermaßen nach dem Prinzip der Lebensversicherung – für jeden neu ernannten Beamten einen individuellen Kapitalstock zu bilden.

Für die bereits ernannten Beamten muß man einen – nicht individuellen – Pensionsfonds bilden, der die Lasten für die nächsten 30 Jahre so ausgleicht, daß nicht das Ganze, sondern nur ein Teil, der in der Größenordnung von 50 % liegen könnte, aus dem Haushalt zu finanzieren ist.

Meine Damen und Herren, aus dem individuellen Kapitalstock und aus dem Pensionsfonds für die im Dienst befindlichen Beamten lassen sich Zinserträge erwirtschaften, die, auf lange Sicht gesehen, eine Teilfinanzierung in der Größenordnung des noch anfallenden Rests über die „unterstellten Beiträge“ hinaus ermöglichen.

Das wäre ein Vorschlag, den ich von meiner Fraktion aus machen kann. Unser Finanzminister ist hier vertreten durch den Herrn Staatssekretär, der leider nicht zugehört hat. Deswegen würde ich jetzt empfehlen, Herr Staatssekretär, zumindest nachher das Redeprotokoll abzuholen und diesen Vorschlag aufzunehmen und umzusetzen, und zwar nicht erst in fünf Jahren, sondern bereits im Haushalt 1997.

(Beifall bei den Republikanern)

**Stellv. Präsident Birzele:** Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Die Aktuelle Debatte ist damit beendet.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 10** auf:

**Beschlußempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu der Mitteilung des Rechnungshofs vom 15. November 1995 – Vergabepaxis im Staatlichen Hochbau – Drucksachen 11/6762, 12/142**

Berichterstatter: Abg. Seltenreich

(Stellv. Präsident Birzele)

Ich denke, wir können ohne förmliche Abstimmung feststellen, daß der Beschlußempfehlung des Finanzausschusses zugestimmt wird. – Es ist so beschlossen.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 11** auf:

**Beschlußempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu der Mitteilung des Rechnungshofs vom 18. April 1996 – Organisation und Wirtschaftlichkeit der Gebäudereinigung – Drucksachen 11/7189, 12/143**

Berichterstatter: Abg. Winckler

– Sie stimmen der Beschlußempfehlung des Finanzausschusses zu.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 12** auf:

**Beschlußempfehlungen und Berichte des Petitionsausschusses zu verschiedenen Eingaben – Drucksachen 12/480, 12/481, 12/482, 12/483, 12/484, 12/485, 12/486, 12/487**

– Sie stimmen den Beschlußempfehlungen des Petitionsausschusses zu.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 13** auf:

**Beschlußempfehlungen und Berichte der Fachausschüsse zu Anträgen von Fraktionen und von Abgeordneten – Drucksache 12/468**

– Sie stimmen den Beschlußempfehlungen zu.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 14** auf:

**Beschlußempfehlung und Bericht des Wirtschaftsausschusses zu der Mitteilung der Landesregierung vom 8. August 1996 – Bericht der Landesregierung von Baden-Württemberg über entwicklungspolitische Maßnahmen im Zeitraum von 1993 bis 1994 – Drucksachen 12/298, 12/428**

Berichterstatter: Abg. Dr. Hildebrandt

Das Präsidium hat hierzu folgende Redezeiten festgelegt: für die Aussprache 5 Minuten je Fraktion bei gestaffelten Redezeiten.

Wem darf ich für die CDU-Fraktion das Wort erteilen? – Herr Abg. Wieser, Sie haben das Wort.

(Abg. Weimer SPD: O Herr Kollege, Entwicklungspolitik!)

**Abg. Wieser** CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! In der Bevölkerung wächst das Verständnis für die Probleme der Entwicklungsländer wie zum Beispiel Armut, Hunger, Analphabetismus, Armutswanderung sowie Schuldenkrise, mangelnde Bildung, vor allen Dingen berufliche Bildung. Mit diesem Verständnis wächst auch die Bereitschaft, staatliche Mittel für die Entwicklungshilfe einzusetzen. Ja es gibt eine ganze Reihe von Bürgerinnen und Bürgern, die selber tätig sind, die spenden und in den Entwicklungsländern arbeiten.

Auf der anderen Seite stoßen wir Politiker immer wieder auf Gruppen in der Bevölkerung, die die Entwicklungshilfe

sehr kritisch beleuchten. Man hört dann, Entwicklungshilfe sei ein Faß ohne Boden, habe sowieso keinen Sinn, komme nicht an, wo sie hingehöre, und noch eine Reihe solcher Urteile oder Vorurteile.

Deshalb meine erste Bitte: Wir sollten alles tun, damit wir Verständnis für die Probleme der „einen Welt“ und der armen Länder gewinnen. Ich hoffe, daß wir hier auch einen Generalkonsens über alle Fraktionen hinweg bekommen werden.

(Beifall bei der CDU, der FDP/DVP, beim Bündnis 90/Die Grünen und des Abg. Weimer SPD)

Ich möchte aber neben den oft pessimistisch geäußerten Meinungen hinzufügen, daß in den letzten Jahrzehnten eine ganze Reihe von Ländern in die Gruppe der sogenannten Schwellenländer übergewechselt ist, so daß gesagt werden kann, daß die Erfolge der Entwicklungshilfe aufgrund der eigenen Leistung dieser Länder, aber auch aufgrund unserer solidarischen Hilfe möglich geworden sind.

Drittens: Das Land Baden-Württemberg nimmt in der Entwicklungshilfe im Vergleich zu allen Bundesländern sowohl absolut wie relativ einen Spitzenplatz ein. Ich denke, daß wir hier einen außerordentlich guten Rang haben, den wir vor allen Dingen der Arbeit des ehemaligen CDU-Fraktionsvorsitzenden und jetzigen Ministerpräsidenten Erwin Teufel verdanken. Ich hoffe, daß die Landesregierung – ich sehe vom Finanzministerium niemanden – auch in Zeiten knapper Kassen die Solidarität mit den Armen in der Welt nicht vernachlässigt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Nun zum Bericht der Landesregierung selbst. Die Leitlinien der Entwicklungshilfepolitik der Landesregierung sind:

Erstens: Die Armutsbekämpfung und die Sicherung der Grundbedürfnisse haben den ersten Rang. Zweitens: Stärkung der demokratischen Reformen. Drittens: Stärkung der wirtschaftlichen Entwicklung und des Prinzips der Hilfe zur Selbsthilfe. Viertens: Die Länder mit überproportionalen Rüstungsausgaben, vor allem im Verhältnis zu ihren Bildungs- und Sozialausgaben, sollten wir nicht fördern. Dabei muß allerdings geprüft werden – ich denke an den Fall Burundi –, wen diese Sanktionen treffen. Trifft es die Regierung und die Regierenden, oder trifft es die Schwächeren?

Nun gibt es in der Entwicklungshilfepolitik oft ein Spannungsfeld zwischen Armutsbekämpfung und Exportförderung. Deswegen gestatten Sie mir hier eine Anmerkung. Ich sehe den Vorrang der Armutsbekämpfung. Ich sehe aber auch, daß Exportförderung ein notwendiges Ziel ist. Wir sollten alles tun, diese beiden Ziele, wo immer es möglich ist, zusammenzuführen.

An dieser Stelle möchte ich erwähnen, daß gerade unsere Projekte in der beruflichen Bildung zur Sicherung der Grundbedürfnisse und der Einkommen ihren Beitrag leisten und für die Exportförderung nützlich sind. Die CDU-Fraktion steht zu dieser Partnerschaft, die nicht nur Geber und Nehmer kennt, sondern wo sich Geber und Nehmer gegenseitig bedingen und miteinander kooperieren. Das ist die Grundlage für eine echte Partnerschaft.

(Abg. Sieber CDU: Sehr schön!)

(Wieser)

Wir wollen durch unsere Maßnahmen gleichberechtigte Partner in der Welt gewinnen.

Wir haben in der letzten Legislaturperiode modellhaft das Projekt „Eine Welt“ auf den Weg gebracht, ähnlich wie das soziale Jahr oder das freiwillige ökologische Jahr. Wir wollen durch dieses Projekt Weltoffenheit, Toleranz und vor allen Dingen die originäre Begegnung unserer Jugend mit den Problemen der sogenannten Dritten Welt erreichen. Ich hoffe, daß wir in dieser Legislaturperiode dieses Modellprojekt weiter ausbauen können.

Wir wollen unsere Entwicklungspolitik vor allem auch für private Initiativen und natürlich für die sogenannten Nichtregierungsorganisationen öffnen, weil wir dadurch die großen Erfahrungen, die sie, vor allen Dingen die Kirchen, seit vielen, vielen Jahren in diesen Ländern haben, nutzen.

Ich sehe in der Stiftung Entwicklungs-Zusammenarbeit des Landes, die hier auch Fördermittel der Industrie und privater Quellen für die Entwicklungshilfe eingeworben hat, eine sehr vorteilhafte Einrichtung.

Fünftens – und zum Schluß –: die Partnerschaft Baden-Württembergs zu Burundi. Diese Partnerschaft mit einem afrikanischen Entwicklungsland mit all seinen Schwierigkeiten gibt uns die Chance, uns hautnah mit den Problemen dieser Länder auseinanderzusetzen. Die CDU-Fraktion steht zu dieser Partnerschaft und will sie fortsetzen. Vor allen Dingen gilt es hier, den Entwicklungshelfern zu danken, die in Handwerksprojekten bis zum buchstäblich letzten Tag vor dem Bürgerkrieg ihre Pflicht getan und die gebotene Hilfe geleistet haben. Mit diesem Dank an die Helfer in Burundi möchte ich den Dank an alle Entwicklungshelfer abstaten und danke ihnen für ihren aktiven Beitrag tätiger Nächstenliebe.

(Beifall bei der CDU)

Die CDU-Fraktion stimmt der Beschlußempfehlung zu.

(Beifall bei der CDU)

**Stellv. Präsident Birzele:** Das Wort erhält Herr Abg. Schmiedel.

**Abg. Schmiedel SPD:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es ist ein gutes Papier, was uns der Herr Ministerialdirigent mit dem Bericht über die entwicklungspolitischen Maßnahmen 1993/94 vorlegt. Wir können nur hoffen, daß dieses Thema auch unter der neuen Verantwortung im Wirtschaftsministerium ernst genommen wird.

(Abg. Drautz FDP/DVP: Dafür ist der Wirtschaftsminister da! – Gegenruf von den Republikanern –  
Gegenruf des Abg. Drautz FDP/DVP: Da sitzt er!)

– Er ist gerade gekommen; das ist auch recht so.

Es würde schon reichen, aus Nächstenliebe oder aus Menschlichkeit Hilfe in den weniger entwickelten Ländern dieser Erde zu leisten. Aber dieser Bericht weist auch nach – und das hervorzukehren ist auch wichtig –, daß wir natürlich ein ureigenes Interesse daran haben, Entwicklungshilfe zu leisten. Dieses ureigene Interesse, Herr Kollege Wieser, sehen wir nicht in erster Linie in der Exportförderung, son-

dern dieses ureigene Interesse sehen wir in erster Linie in der Bekämpfung von Fluchtursachen. Wir alle haben doch gelernt, daß Not und Elend, daß Krieg oder Unterdrückung und Hunger sich nicht auf bestimmte Landstriche begrenzen lassen, sondern sich in Flüchtlingsströmen äußern. Ein Teil dieser Flüchtlingsströme kommt natürlich auch zu uns. Also tun wir gut daran, diese Fluchtursachen auch weiterhin zu bekämpfen.

Wenn es dann darum geht, Grundbedürfnisse sicherzustellen, demokratische Strukturen zu festigen,

(Abg. Wieser CDU: D'accord!)

dann sehen wir eigentlich einen relativ geringen Zusammenhang mit der Frage der Exportförderung. Die Exportförderung, die eigenen wirtschaftlichen Interessen, von denen wir sagen, es sei legitim, sie zu haben, kommen dann bei der wirtschaftlichen Entwicklungshilfe zum Tragen. Das stellen wir unter das Stichwort „nachhaltige Entwicklungen fördern“. Auch da muß man abwägen und fragen, ob alles, was an hochentwickelten Technologien von uns kommt, automatisch eine nachhaltige Entwicklung fördert. Das muß im Einzelfall geprüft werden.

Sie haben gesagt – und das sehen wir genauso –, entwicklungspolitische Maßnahmen stünden unter Legitimationsdruck. Wenn man sieht, daß durch Bürgerkrieg Fortschritte, Hilfsmaßnahmen von einem Tag auf den anderen praktisch zunichte gemacht werden, stellt sich die Frage: Welchen Sinn macht es? Sie haben Burundi erwähnt. Wir müssen natürlich die Frage beantworten: Welchen Sinn macht es? Deshalb glauben wir, daß die erste Äußerung des Wirtschaftsministers zur künftigen Entwicklungspolitik, zu künftigen Entwicklungshilfeanstrengungen der Landesregierung nicht hilfreich war. Er hat heute Gelegenheit, Wiedergutmachung zu leisten.

(Abg. Hackl Bündnis 90/Die Grünen: Sehr richtig!)

Er hat nicht nur eine Institution der Landesregierung in Mißkredit gebracht, sondern er hat auch zur Verunsicherung vieler Einrichtungen beigetragen,

(Abg. Hackl Bündnis 90/Die Grünen: Hört, hört!)

die im Bereich der Entwicklungshilfe tätig sind. Ich nehme an, Sie und andere auch haben auch viele Briefe von kirchlichen Einrichtungen und freien Initiativen bekommen, die sich sehr besorgt und verunsichert darüber geäußert haben, wer denn künftig ihr Ansprechpartner sein soll.

Wir sind froh, wenn es eine Übereinstimmung im Landtag von Baden-Württemberg gibt, daß wir diese Koordinierungsstelle für diese privaten, für diese kirchlichen Initiativen brauchen. Denn an wen sollen sie sich wenden? An wen soll sich beispielsweise eine Schule wenden, wenn sie eine Partnerschaft mit einer Schule in der Dritten Welt eingehen will und sagt: „Wir wollen aber nichts in den Sand gesetzt haben; wir brauchen, wenn wir Hilfe leisten wollen, Kontakte, Beratung und Hilfe“? Deshalb war das nicht gut.

Unsere Fraktion ist nicht bereit, dem, was in der Presse zu lesen war, nämlich die Stiftung Entwicklungs-Zusammenarbeit aufzulösen, zuzustimmen, sondern wir meinen, wir

(Schmiedel)

müssen in der Zukunft verstärkt auf diese Stiftung zurückgreifen.

(Beifall des Abg. Wieser CDU)

Es war aber darüber hinaus schädlich, auch für den Gedanken der Entwicklungshilfe insgesamt, weil der Eindruck erweckt wurde: Da gibt es eine Einrichtung, die eigentlich nichts Richtiges zu machen weiß; das ist auch ein Versorgungsbetrieb oder weiß der Kuckuck was.

(Abg. Walter Bündnis 90/Die Grünen: Schön aufgeteilt zwischen CDU und SPD!)

Die Leute haben sich natürlich gefragt: Ja wie? Was ist denn das? Ist jetzt Entwicklungshilfe angesagt, oder ist Entwicklungshilfe nicht mehr nötig?

Deshalb erwarten wir von dieser Stelle aus, daß die Landesregierung klipp und klar sagt, wie sie es mit dieser Einrichtung halten wird, daß sie sagt, ob sie an den bewährten Leitlinien der Entwicklungspolitik der Landesregierung der vergangenen Jahre festhalten und diese fortführen wird.

(Beifall bei der SPD)

**Präsident Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Buchter.

**Abg. Buchter** Bündnis 90/Die Grünen: Herr Präsident, meine Damen und Herren! So unterschiedlich kann eine Bewertung ausfallen, Herr Schmiedel. Weil ich mit diesem Bericht völlig unzufrieden bin, und zwar sowohl formal als auch inhaltlich gesehen, war es mir ein Anliegen, daß diese Debatte heute geführt wird. Deshalb auch der Antrag unse-rerseits.

Zum Formalen: In weiten Teilen, Herr Schmiedel, liest sich der Bericht 1993/94 nicht anders als ein Telefonbuch. Das heißt, er ist ein Register, in dem einfach aufgezählt ist, wer mit welcher Einrichtung eine Partnerschaft hat. Aber über den Inhalt der Partnerschaft ist zunächst einmal gar nichts ausgesagt. Welchen Informationsgehalt hat das für uns? Keinen.

Dort, wo der Bericht ausführlicher wird,

(Zuruf des Abg. Wilhelm REP)

wird das Prinzip der Wahrheit und Klarheit eklatant verletzt, weil, bis auf wenige Ausnahmen, überhaupt keine Beurteilung der Projekte seitens der Partner vermittelt wird. Da haben wir selbstverständlich ein eklatantes Problem: Wie können wir Aktivitäten der Regierung in fernen Ländern, wo wir nicht hinsehen, beurteilen, ohne von der Partnerseite ein Feedback zu bekommen? Damit ist das nichts anderes als eine Schönwetterdarstellung der Regierung, und das taugt insofern nicht für eine parlamentarische Auseinandersetzung.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Die einzige Stelle, wo die Regierung Probleme einräumt, ist in der Einleitung, wo es unter „Effizienz entwicklungs-politischer Maßnahmen“ heißt, die Ergebnisse seien „zufriedenstellend bis erfolgreich“. Was heißt denn „zufriedenstellend“? Das heißt doch, daß es offensichtlich Probleme gibt.

Aber innerhalb der Projektbeschreibung wird überhaupt nicht klar, welche Projekte als problematisch anzusehen sind und welche nicht. Insofern erwarten wir bei solchen Berichten in Zukunft mehr Klarheit und mehr Wahrheit und eine ungeschönte Darstellung.

(Zustimmung des Abg. Kluck FDP/DVP)

Wie, Herr Minister Döring, darf man die Darlegungen auf Seite 8 der Drucksache verstehen, wo Hinweise auf „neue Akzente“ gegeben werden, die sich auf Seiten – Seite 99, Seite 112 – beziehen, die es in diesem Bericht gar nicht gibt, weil er nur 72 Seiten hat?

(Lachen des Abg. Hackl Bündnis 90/Die Grünen)

Sind das die neuen Akzente, die Minister Döring in der Entwicklungspolitik setzen will?

(Unruhe und Zurufe, u. a. Abg. Haasis CDU: Das ist gemacht worden, solange er in Amerika war! – Abg. Deuschle REP: Hätten Sie doch gefragt!)

– Da wurde es plötzlich ziemlich lean.

Wir sind durchaus – thematisch gesehen – für die neuen Akzente, die dort benannt worden sind, nämlich Schwerpunkt-akzente

(Anhaltende Unruhe)

– ich bitte um Ruhe – in den Bereichen Umweltpolitik und Frauenförderung zu setzen. Aber wir erwarten dann auch, daß in dem Bericht und bei den einzelnen Projekten deutlich zum Ausdruck kommt, wo denn diese Schwerpunktaktivitäten stattfinden. Es reicht uns nicht, wenn mit dem Hinweis auf die Quelle zu finden ist, daß man in Sierra Leone eine Stelle für eine Lehrhebamme eingerichtet hat. Das ist die sogenannte Frauenpolitik als Schwerpunkt, wie sie Minister Döring sieht. Das ist zu mager.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Zum inhaltlichen Teil. Ich finde, daß es bei einem Bericht der Regierung durchaus angebracht wäre, daß sie selber einmal das Thema aufgreift, daß der Unterschied zwischen armen und reichen Ländern immer größer wird und daß auch der Unterschied innerhalb einzelner Länder zwischen armen und reichen Bevölkerungsgruppen immer größer wird.

Aber dieses Thema wird nicht aufgegriffen, obwohl es genau der Bereich der Entwicklungshilfepolitik sein müßte. Hier ist die Frage: Soll man das einfach hinnehmen? Wird hier seitens der Regierung einfach resigniert? Wenn es sich um eine Resignation handelt, bitte ich darum, künftig davon Abstand zu nehmen, die Formel „Hilfe zur Selbsthilfe“ zu gebrauchen; denn dann taugt sie nichts mehr.

(Abg. Walter Bündnis 90/Die Grünen: Sehr richtig!)

Damit nichts Falsches hängenbleibt, Herr Minister Döring: Wir unterstützen Ihre Aussage, die Entwicklungshilfe künftig stärker zu konzentrieren. Es kann nicht mehr sein, daß so wie in diesem Bericht 70 Länder genannt werden und die Entwicklungshilfe mit der Gießkanne verabreicht wird.

(Buchter)

(Abg. Walter Bündnis 90/Die Grünen: Je mehr Länder, desto mehr Reisen!)

Aber Konzentration muß definiert sein. Wir definieren Konzentration nicht so, daß man nur noch Großprojekte in den Blickpunkt rückt, sondern so, daß wir unsere Entwicklungshilfe auf weniger Länder konzentrieren.

Es stellt sich auch die Frage, inwieweit aus dem Entwicklungshilfe-Etat weiterhin Schwellenländer gefördert werden. Zum Beispiel ist China in dem Bericht mit den meisten Projekten vertreten. Ist das die Art von Entwicklungspolitik, wie wir sie hier im Parlament verstehen? Meinem Verständnis nach handelt es sich hierbei mehr um Außenwirtschaftspolitik. Dann sollte das aber auch aus der Aufgliederung klar hervorgehen und nicht unter die Rubrik „Entwicklungshilfe“ subsumiert werden. Auch hier erwarten wir in künftigen Berichten mehr Klarheit.

(Beifall des Abg. Hackl Bündnis 90/Die Grünen – Abg. Drautz FDP/DVP: Ja, klatscht einmal!)

Wir sind der Meinung, wir müssen unsere Hilfe mehr auf die sogenannten „least developed countries“ konzentrieren; denn es ist Fakt, daß viele Länder aufgrund der Rahmenbedingungen innerhalb der Weltwirtschaft – ich nenne das GATT-Abkommen, Protektionismus und Subventionspolitik –, die nicht kapitalkräftig und investitionsstark sind, keinerlei Chancen mehr haben, auf den Weltmarkt zu kommen.

Ich nenne als Beispiel den Textilbereich. In den afrikanischen Ländern gibt es dazu viel Know-how; aber sie haben nicht die Möglichkeit, die notwendigen Investitionen zu tätigen – ganz im Gegensatz zum Fernen Osten. Dort wird massiv investiert. Daher haben die afrikanischen Länder schlicht und ergreifend nicht die Möglichkeit, Hilfe zur Selbsthilfe zu organisieren.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Deswegen sollten wir unsere Entwicklungshilfeleistungen auf die „least developed countries“ konzentrieren. Wir sind darüber hinaus der Meinung, daß von uns ein weiterer Schwerpunkt in dem Bereich der Nichtregierungsorganisationen gesetzt werden soll. Seit 1992 sind die Mittel hierfür von 8 Millionen DM auf 1,5 Millionen DM heruntergezogen worden.

Hier stellt sich also schon die Frage: Welchen Anspruch hat die Regierung noch an die Entwicklungspolitik? Will sie sie einfach kontinuierlich herunterfahren? Will sie den Anspruch, den sie selber in ihrer Koalitionsvereinbarung formuliert hat, nämlich die Mittel für die Nichtregierungsorganisationen auf einem Niveau zu verstetigen, das eine kontinuierliche Projektarbeit ermöglicht, einlösen oder nicht? Wenn sie es will, müssen im Haushalt auch entsprechende Mittel vorgesehen sein.

(Sehr gut! und Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

**Präsident Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Glück.

**Abg. Dr. Glück** FDP/DVP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Buchter, Sie haben natürlich recht: Einen

Bericht kann man sehr unterschiedlich bewerten. Im Gegensatz zu Ihnen finde ich allerdings den Bericht sehr ausführlich und gut gegliedert. Es ist zweifelsohne richtig, daß nicht die Beurteilung jedes Projekts hier ausführlich enthalten ist. Aber ich glaube, daß das auch überhaupt nicht hier hineingehört.

(Abg. Walter Bündnis 90/Die Grünen: Das müssen Sie ja gar nicht!)

Wenn Sie sich dafür interessieren, müssen Sie das im einzelnen nachlesen.

Ich möchte mich auf jeden Fall für diesen Bericht bedanken und das Fazit schon vorwegnehmen: Die etwa 40 Millionen DM, die jedes Jahr eingesetzt werden, sind unter dem Strich, so glaube ich, sinnvoll eingesetzt.

Ich möchte dennoch auf einige Punkte eingehen. Die mangelnde Akzeptanz von Entwicklungshilfe innerhalb der Bevölkerung wird beklagt. Das ist richtig. Es wird deshalb auch ausgeführt, man wolle hier eine vermehrte Aufklärung betreiben. Ich halte das uneingeschränkt für richtig. Man muß auf die Notwendigkeit dieser humanitären Hilfe eingehen. Aber ich denke, es ist auch legal, zu sagen, daß die Entwicklungshilfe auch Verbindungen für zukünftige Märkte öffnet.

(Abg. Wieser CDU: Sehr richtig!)

Ich denke auch, daß man sagen darf und muß, daß das Herstellen von vernünftigen Verhältnissen in den Ländern der sogenannten Dritten Welt auch die Chance bietet, daß die Menschen dort bleiben und sich nicht als Wirtschaftsflüchtlinge abseilen.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Vielleicht noch ein paar allgemeine Punkte. Besonders wurde der Wert der Nichtregierungsorganisationen hervorgehoben. Dafür bin ich ganz besonders dankbar. Ich bin auch froh darüber, daß, wie das ausgeführt wurde, ein beträchtlicher Teil der Projekte diesen Nichtregierungsorganisationen übertragen worden ist. Ich möchte zu einem Ausbau ermuntern; denn diese Organisationen sind flexibler, die Leute haben keine öffentlich-rechtlichen Verträge, und sie arbeiten sehr viel mit ehrenamtlichen Mitarbeitern, sind also unter dem Strich bedeutend kostengünstiger.

Ein Prinzip in der Entwicklungshilfe muß auch sein, möglichst viel Ausbildung in den Ländern vor Ort und weniger bei uns vorzunehmen. Auch das ist mit Abstand die kostengünstigere Lösung. Vor allem ist dies die Möglichkeit, die Leute wirklich an adaptierte Projekte heranzubringen und nicht hier in irgendwelche komplizierten Maschinen einweisen zu müssen, die bei ihnen zu Hause nicht vorhanden sind.

Im übrigen – auch das möchte ich erwähnen – ist ein weiteres Argument, daß dann das Risiko nicht gegeben ist, daß die Leute im Gastland verbleiben.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Es ist sicherlich richtig, wenn man Lehrer in die Länder der sogenannten Dritten Welt schickt. Ich halte es auch absolut

(Dr. Glück)

für richtig, einen Schüler- und Studentenaustausch zu machen.

Wichtig sind auch Projekte, die man in ein Land bringt. Ich bin froh darüber, daß nichts über reine Nahrungsmittellieferungen geschrieben ist; denn diese sind tödlich für die örtliche Landwirtschaft. Das kann meines Erachtens nur in akuten Fällen geschehen, wenn wirklich Hungersnöte oder ganz besondere Situationen gegeben sind.

Gestatten Sie mir in diesem Zusammenhang auch, daß ich auf die so unsinnigen Kleidersammlungen hinweise, die immer wieder durchgeführt werden, wo dem einzelnen vorgegaukelt wird, er leiste eine ganz besonders humanitäre Tat. Genau das Gegenteil ist der Fall: Man zerstört eine Schwellenindustrie in den Entwicklungsländern; denn typischerweise fängt es dort mit der Textilindustrie an.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Kleinmann FDP/DVP: Sehr gut! – Abg. Bebbler SPD: Plötzlich wird er wach!)

Ich möchte auf zwei Länder exemplarisch eingehen. Wie meine Vorredner nehme ich zunächst Burundi. Das bietet sich natürlich in Baden-Württemberg ganz besonders an. Dort ist es zur Zeit besonders schlimm, und die Hilfe ist im Augenblick sehr schwierig bis fast nicht möglich. Vorgesehen waren einige Programme, die allerdings 1996 auslaufen. Mich würde tatsächlich etwas näher interessieren: Wie sind die ausgelaufen? Wann sind die ausgelaufen?

Ich möchte vor allem ermuntern, daß die Landesregierung in Burundi sofort mit Maßnahmen anfängt, sobald der Bürgerkrieg zu Ende ist. Denn dann ist es dort bitter, bitter nötig.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Wieser CDU: So ist es!)

Ich habe aus eigener Anschauung die Situation in Ruanda kurz nach dem Krieg erlebt; das ist ja nun eine vergleichbare Sache.

Ich möchte etwas kritisch auf China eingehen. Ich bin ein bißchen überrascht gewesen, daß ein Programm für ein Projekt in der Volksrepublik China mit 2 Millionen DM in dem Bericht aufgeführt ist, unter anderem, glaube ich, mit 1,22 Millionen DM in den Jahren 1993 und 1994. Das wundert mich ein kleines bißchen. In eine Facharbeiterausbildung in China als einem Land, das dem Westen, wenn dieser gerade keine zur Verfügung hat, Trägerraketen für das Hochschießen von Satelliten anbietet, werden über 1,2 Millionen DM hineingesteckt. Das hat mich ein bißchen verwundert. Die Chinesen haben das sicher gern mitgenommen. Aber möglicherweise sieht man das auch im Rahmen der Erschließung von Märkten.

Meine Damen und Herren, zum Schluß möchte ich auf ein ganz zentrales Problem eingehen. Es ist wahrscheinlich das zentralste Problem der Entwicklungsländer überhaupt. Es wundert mich, daß niemand darauf einging. Ich meine die Bevölkerungsexplosion. Mit Abstand das schlimmste Problem haben die Länder mit einer rasanten Zunahme der Bevölkerung. Der Zuwachs beträgt in den Entwicklungsländern 90 Millionen pro Jahr. Das ist eine Zahl, die dort nicht

zu bewältigen ist. Wenn wir wirklich kausale Entwicklungshilfe betreiben wollen, dann dürfen wir uns auch nicht scheuen, uns an Maßnahmen des Family planning,

(Abg. Sieber CDU: Sehr richtig!)

zumindest an Maßnahmen zur Bekämpfung der Bevölkerungsexplosion zu beteiligen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

**Präsident Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Deuschle.

**Abg. Deuschle REP:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Debatte über die Entwicklungspolitik des Landes ist überfällig. Es stellt sich nämlich die grundsätzliche Frage, ob Entwicklungspolitik nicht Bundesaufgabe ist und die Länder sich soweit wie möglich zurückhalten sollten.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Quatsch!)

Der Fall Burundi zeigt doch wohl, daß Landespolitiker damit überfordert sind, schwierige innerafrikanische Probleme zu beurteilen.

(Zuruf)

Andererseits muß besonders in wirtschaftlich schwierigen Zeiten darauf geachtet werden, daß Steuergelder nicht vergeudet werden, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Republikanern)

Deshalb tragen wir auch die vorgesehene Kürzung von 18 Millionen DM auf rund 12 Millionen DM in diesem Bereich mit.

(Abg. Walter Bündnis 90/Die Grünen: Das ist klar!)

Wir halten es auch für richtig, daß der Wirtschaftsminister vorhat, die breite Streuung der Entwicklungszusammenarbeit kritisch zu hinterfragen und die Maßnahmen zu bündeln.

(Abg. Schmiedel SPD: Schöne Verbündete hat er da, der Wirtschaftsminister! – Abg. Walter Bündnis 90/Die Grünen zu Minister Dr. Döring: Walter, da mußt du dich distanzieren!)

Ich frage aber, Herr Wirtschaftsminister: Ist es denn sinnvoll, daß Baden-Württemberg Projekte in 70 Ländern fördert, und ist es denn auch sinnvoll, daß Baden-Württemberg auch in sogenannten Schwellenländern, die mit unserer Industrie und nun auch mit unserer mittelständischen Industrie konkurrieren, solche Projekte fördert? Das ist doch nicht in unserem Interesse, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Republikanern)

Ich erwähne hier Länder wie Singapur, Thailand, Taiwan, Brasilien, aber auch China.

(Zuruf des Abg. Walter Bündnis 90/Die Grünen)

Diese Länder, die – wie Brasilien oder China – militärisch in der Welt mit führend sind, brauchen die Unterstützung

(Deuschle)

nicht, meine Damen und Herren. Sie sollen ihren Militäretatumpolen und in ihre eigene Entwicklung stecken.

(Beifall bei den Republikanern)

Auch hier zeigt sich, daß eine Entwicklungspolitik mit dem Spendenkoffer falsch ist. Davon profitieren nicht die Armen in diesen Ländern, sondern davon profitieren nur gewisse herrschende Schichten in den Städten der globalisierten Welt. Entwicklungshilfe, meine Damen und Herren, muß ganz sicher projektgebunden und muß Hilfe zur Selbsthilfe sein.

Ich möchte hier noch ein Wort zur Stiftung Entwicklungszusammenarbeit sagen. Wir sprechen uns für den Erhalt dieser Stiftung aus, mit der Komplementärstellen für sinnvolle Projekte ausgegeben werden. Wir fordern Sie auf, Herr Wirtschaftsminister, nach diesem Sommertheater zur Stiftung klare und eindeutige Erklärungen hierüber abzugeben und dieses Sommertheater zu beenden. Wir fordern Sie insbesondere auf, Herr Minister, hier ein realistisches Konzept zur Kapitalausstattung der Stiftung vorzulegen, damit die notwendige Planungssicherheit für die Stiftungsarbeit geschaffen wird.

(Minister Dr. Döring: Jawohl!)

– Sie haben „jawohl“ gesagt. Vielen Dank dafür, daß wir Sie damit in dieser Hinsicht hier schon als Verbündeten haben.

(Abg. Weimer SPD: Da freut er sich aber!)

Wir Republikaner halten private Entwicklungsprojekte für wesentlich geeigneter als staatliche Millionen- oder Milliardenzuweisungen nach dem Gießkannenprinzip.

Die Entwicklung darf den einzelnen Völkern auch nicht aufgezwungen oder vorgeschrieben werden. Da muß ich eines sagen, Herr Kollege Wieser: Ich hätte es eigentlich nicht erwartet, daß uns hier aus dem bürgerlichen Lager und speziell von der CDU die Ideologie der „einen Welt“ vorgestellt wird. Es gibt unterschiedliche Staaten, es gibt Schwellenländer, es gibt Erdölländer, es gibt wirklich arme Entwicklungsländer, und jede dieser Gruppen hat eigene Interessen. Sie wollen doch nicht die ASEAN-Staaten mit Ländern in Schwarzafrika wie Burundi und Ruanda vergleichen. Deshalb ist diese Ideologie der „einen Welt“ zum Scheitern verurteilt, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Republikanern – Zuruf des Abg. Dr. Reinhart CDU)

Wir müssen hier auch, Herr Kollege, jenen selbsternannten Gutmenschen aus dem linksradikalen Spektrum widersprechen,

(Beifall bei den Republikanern)

die den anderen Völkern ihre Beglückungsideen nahebringen wollen. Wer hier in Deutschland schon bei dem Wort „Volk“ oder dem Wort „Nation“ Schluckbeschwerden bekommt, der kann nicht anderen Völkern und Nationen besserwisserische Anregungen geben, meine Damen und Herren!

(Beifall bei den Republikanern – Abg. Walter Bündnis 90/Die Grünen: Bei der Rede kriegt man den Schluckauf!)

Ich frage mich: Soll denn hier am „grünen deutschen Wesen“ die Dritte Welt genesen, meine Damen und Herren?

(Zurufe von der CDU, der SPD, vom Bündnis 90/Die Grünen und von der FDP/DVP: Ah! – Abg. Wieser CDU: Ich wußte, das kommt noch!)

Das wollen wir doch nicht!

(Lebhafte Unruhe)

Entwicklungspolitik, meine Damen und Herren, auch von der CDU, muß auch unseren Interessen sowie den Interessen der Wirtschaft und des Mittelstandes dienen und zur Sicherung der Arbeitsplätze hier beitragen.

(Beifall bei den Republikanern)

**Stellv. Präsident Birzele:** Das Wort erteile ich Herrn Wirtschaftsminister Dr. Döring.

(Abg. Weimer SPD: Jetzt stellt sich Döring vor Spöri!)

**Wirtschaftsminister Dr. Döring:** Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe ja schon – ich will das an dieser Stelle aber gern wiederholen – im Wirtschaftsausschuß – Sie werden sich daran erinnern – ausdrücklich angeboten, daß wir das, was im Bereich der Entwicklungshilfepolitik in Zukunft geschehen soll, entweder im gesamten Ausschuß oder mit denen, die ein besonderes Interesse daran haben, besprechen. Denn klar sein muß, daß wir die Entwicklungshilfepolitik so, wie sie bisher abgelaufen ist, nämlich mit der Gießkanne über – die Zahl ist genannt worden – 70 Länder hinweg, wo teilweise „Einzelprojekte“ mit 1 000 DM drin sind, nicht sinnvoll werden fortsetzen können.

Deswegen bin ich froh darüber, daß Sie es angesprochen hatten – und Sie auch –, daß wir hier zu einer Korrektur kommen werden, zu einer Konzentration und damit mit Sicherheit zu einer zielgenaueren Entwicklungshilfepolitik, als wenn wir das so breit austeilen würden – was wir auch finanziell gar nicht können –, wie dies bisher in Teilen der Fall gewesen ist.

Was heute diskutiert wird, ist ja der Bericht 1993/94. Vielleicht wird man das zur Kenntnis nehmen können. Ich denke, es ist auch in Ordnung, was da war. Wichtig ist: Was können wir künftig machen?

In diesem Zusammenhang will ich an das erinnern, was Sie, Herr Kollege Schmiedel, auch ein Stück weit angesprochen haben: die deutliche Reduzierung von etwa 18 Millionen DM im Haushalt 1995 auf etwa 11 Millionen DM im Haushalt 1996. Das hat die Vorgängerregierung heruntergefahren, und ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie bei den anstehenden Haushaltsberatungen dafür Sorge tragen würden, daß wir da wieder ein Stück hochkommen. Ich bin froh darüber – und ich bitte darum, das freundlicherweise zur Kenntnis zu nehmen –, daß CDU und FDP/DVP in Saugau bei den Haushaltsberatungen für das Jahr 1997 keinerlei Kürzung bei der Entwicklungshilfepolitik gegenüber dem, was Sie von 1995 auf 1996 heruntergekürzt haben, vorgenommen haben.

(Zuruf des Abg. Weimer SPD)

(Minister Dr. Döring)

– Herr Weimer, ich will schon darauf hinweisen: Es ist in allen Bereichen gekürzt worden, aber in diesem Bereich haben wir nicht gekürzt.

Ich möchte daher darauf hinweisen, daß die neue Landesregierung sagen kann: Wir wollen auf dem Kurs fortfahren, daß wir uns darum bemühen, daß das Land Baden-Württemberg, wie es in Baden-Württemberg bei Vorgängerregierungen über Jahrzehnte der Fall gewesen ist, bei der Entwicklungshilfepolitik im Ländervergleich in der Bundesrepublik Deutschland Spitze bleibt. Das halte ich für außerordentlich wichtig.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Wenn Sie dies von seiten der Opposition mittragen und durch intelligente, sinnvolle und machbare Haushaltsvorschläge noch ein Stück ausdehnen,

(Abg. Walter Bündnis 90/Die Grünen: Unsere Vorschläge sind immer intelligent!)

bin ich froh darüber, wenn wir das machen können.

Es ist eine Konzentration notwendig, was die Zahl der Hilfeleistungen insgesamt angeht, und es wird auch zu einer Reduzierung der Zahl der Länder kommen.

Ein bißchen war ich schon erstaunt, werter Herr Kollege, daß Sie Singapur erwähnt haben. Wir machen das Deutsche Haus in Singapur, aber das ist etwas anderes als das, was Sie hereingebracht haben.

(Abg. Deuschle REP: Nicht nur!)

Da ist bisher nichts gemacht worden.

(Abg. Walter Bündnis 90/Die Grünen: Gegen ein Deutsches Haus sollte ein „Deuschle“ eigentlich nichts haben!)

Wir planen auch nicht, da etwas zu machen, sondern wir wollen zielgerichtete Projekte machen. Der Kollege von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat es ja angesprochen, und ich unterstreiche das inhaltlich, was den Umweltbereich und die frauenpolitischen Bereiche angeht.

Erwarten Sie aber bitte jetzt nicht – das ist auch gar nicht das Thema –, daß schon ein fertiges Konzept vorliegt. Wenn ich mich mit dem Ausschußvorsitzenden, Herrn Fleischer, darüber verständige, daß wir im Ausschuß diskutieren, wie wir es künftig machen wollen, werden wir das nicht hier machen, sondern ich will das mit Ihnen gemeinsam machen. Darüber sind wir uns doch sicher einig.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Sehr richtig! Gut so!  
– Abg. Walter Bündnis 90/Die Grünen: Das machen wir gern!)

Die Zahlen will ich Ihnen natürlich noch nennen. Im Haushalt 1996, Stand Zweiter Nachtrag, haben wir 12,4 Millionen DM, bereinigter Mittelansatz nach Abzug der globalen Minderausgaben 11,7 Millionen DM. Für 1997 haben wir auch nach Saulgau noch 12,2 Millionen DM, also sogar ein bißchen mehr.

(Abg. Walter Bündnis 90/Die Grünen: Und dann die globalen Minderausgaben weg!)

Noch einmal: Wenn Sie noch etwas daraufpacken, ist es prima.

Nächster Punkt – und das ist keine Pflichtübung von mir, sondern mir ein außerordentliches Anliegen –: Gerade in einer Zeit, in der wir von etwa 18 Millionen DM 1995 – Herr Weimer hat es in einem Zwischenruf angesprochen – auf stark 12 Millionen DM heruntergehen, ist die Leistung derer, die als nichtstaatliche Organisationen in der Entwicklungshilfe tätig sind, nicht hoch genug einzuschätzen.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Ich bin über jeden einzelnen froh und dankbar, der das macht. Ich finde es sehr gut, wie viele sich dazu bereit erklären, in diesem Bereich etwas zu tun und konkrete, praktische Entwicklungshilfe zu leisten.

(Abg. Walter Bündnis 90/Die Grünen: Nur müßte sich das manchmal auch in klingende Münze umwandeln lassen!)

Ich bin auch denen dankbar, die sich nicht nur hier ans Pult stellen und sagen, was man alles machen müßte, sondern die zum Beispiel das flächendeckende Angebot der Patenschaften für Kinder in der Dritten Welt konkret auf sich nehmen und monatlich mit einem Beitrag praktische Hilfe leisten, was jeder einzelne von uns machen könnte. Das ist mir ein bißchen lieber, als sich hierher zu stellen und zu sagen, wie toll das alles wäre und was man alles machen müßte. Jeder einzelne von uns hat die Gelegenheit dazu, jeden Tag, jede Woche und jeden Monat enorm viel aus eigenem Antrieb zu leisten.

(Beifall des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

Nächster Punkt ist die Stiftung Entwicklungs-Zusammenarbeit; Herr Schmiedel, bei Ihnen habe ich das ganz besonders deutlich gehört. Das ist doch das Normalste von der Welt. Da stehle ich mich überhaupt nicht davon. Das war so und ist so. Wenn Sie an einem Haushalt „rummachen“ und eine gewaltige Einsparungssumme erbringen müssen, sind Sie von vornherein der Meinung – das halte ich auch für richtig –, daß es keinen Tabubereich geben kann. Also untersuchen Sie alles sehr genau. Dabei stoßen Sie auf eine Einrichtung – das ist nun einmal so und daran halte ich fest – mit vier Leuten, davon sind zwei Geschäftsführer in dieser Stiftung. Das dürfte weltweit einmalig sein.

(Abg. Walter Bündnis 90/Die Grünen: Das gibt es nicht einmal bei der FDP!)

Da kann man doch nicht einfach sagen: Das ist völlig in Ordnung so, das machen wir weiter so. Vielleicht finden wir noch einen dritten Geschäftsführer.

(Abg. Schmiedel SPD: Man könnte ja erst mal fragen, was die machen!)

– Nein. Da muß selbstverständlich klar sein, daß man sagt: Man muß einmal überprüfen, ob in einem Vier-Mann-Betrieb zwei Geschäftsführer zwingend notwendig sind.

Dann schaut man sich die beiden Geschäftsführer an, findet sie natürlich sympathisch, nett, erfolgreich und effektiv. Wenn man dann nachschaut, welche Parteibücher sie haben,

(Minister Dr. Döring)

weiß man, warum es zwei Geschäftsführer sind. Das sollte man dann freundlicherweise auch einmal dazu sagen.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Kretschmann Bündnis 90/Die Grünen – Abg. Walter Bündnis 90/Die Grünen: Will die FDP auch einen Geschäftsführer?)

Ich habe überhaupt kein Problem damit – Herr Schmiedel, wenn Ihnen das Freude bereitet –, offen zu bekennen: Ich rudere kräftig, und zwar zurück.

(Abg. Walter Bündnis 90/Die Grünen: Auf der Jagst?)

– Nicht auf der Jagst, wenn, dann auf dem Kocher, verehrter Herr Kollege.

(Abg. Walter Bündnis 90/Die Grünen: Da muß man erst mal hinkommen!)

Ich werde den Rechnungshofbericht, der voraussichtlich im November kommt, in aller Ruhe und Gelassenheit abwarten. Dann werden wir uns gemeinsam in der Stiftung, im zuständigen Gremium, und selbstverständlich im Ausschuß – wenn Sie wollen, auch hier – diesen Bericht des Landesrechnungshofs anschauen, und dazu wünsche ich mir Mutige mit ins Boot, die dafür Sorge tragen, daß das, was dort moniert werden wird, dann auch einer Korrektur zugeführt wird.

(Abg. Walter Bündnis 90/Die Grünen: Aber schneller als bei der Lebensmittelkontrolle!)

Das werden wir in aller Ruhe und Gelassenheit machen, wenn wir im November den Rechnungshofbericht haben.

Es ist bisher überhaupt nichts passiert. Es wird auch nichts passieren. Wir werden dieses Thema haarscharf entlang der Fakten bearbeiten.

Es sind noch einige andere Punkte angesprochen worden. Herr Kollege Glück ist auf Burundi eingegangen. Auch hierzu wurde im Ausschuß von einem Kollegen des Bündnisses 90/Die Grünen nachgefragt: Was macht man in Burundi? Wir standen und stehen jede Woche mit dem Außenministerium in Verbindung, weil wir ja, wenn wir in Burundi etwas tun wollten, die Zustimmung des Außenministeriums bräuchten. Es ist so, wie es auch an dem Tag war, als der Punkt im Wirtschaftsausschuß angesprochen wurde: Die Grenzen sind nach wie vor zu, die Sicherheit ist gefährdet. Es läßt sich gegenwärtig nichts machen. Wir dürfen dort gegenwärtig überhaupt nicht tätig werden. Wenn dort wieder friedlichere Zeiten herrschen – das wird hoffentlich bald der Fall sein –, wird man überlegen müssen, was aufgrund der traditionellen Beziehungen Baden-Württembergs zu diesem Land dort konkret als nächstes getan werden kann. Das wird im Auge behalten. Aber in der gegenwärtigen Situation besteht für uns keinerlei Handlungsmöglichkeit.

Ich will Ihnen abschließend, nachdem ich, wie ich meine, deutlich genug Ausführungen in bezug auf die Stiftung Entwicklungs-Zusammenarbeit gemacht habe, nochmals zusage: Wir werden uns das Thema „Entwicklungs-Zusammenarbeit in den Jahren 1997 ff.“ im Wirtschaftsausschuß

oder in einem anderen Ausschuß sehr bald vornehmen. Ich werde Sie daran erinnern, daß Sie uns, mich dazu aufgefordert haben, die Zahl der Länder zu reduzieren – das kann gar nicht anders sein –, einzelne Projekte zu nehmen. Ich will bei künftigen Reisen des Wirtschaftsausschusses auch daran denken, daß wir Projekte, die von Baden-Württemberg unterstützt werden, in diese Programme mit aufnehmen, um auch vor Ort eine sichtbare Unterstützung zu leisten.

(Glocke des Präsidenten)

**Präsident Straub:** Herr Wirtschaftsminister, . . .

**Wirtschaftsminister Dr. Döring:** Nein, im Moment nicht.

**Präsident Straub:** . . . gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Schlierer?

**Wirtschaftsminister Dr. Döring:** Da muß ich ja ja sagen.

(Abg. Dr. Repnik CDU: Sie müssen gar nichts!)

– Doch, doch, sonst sagt er wieder, ich würde ihn hier –

**Präsident Straub:** Bitte schön, Herr Abg. Dr. Schlierer.

**Abg. Dr. Schlierer REP:** Herr Minister, könnten Sie noch eine Aussage zu der vorhin gestellten Frage treffen, welches Konzept Sie verfolgen, um die Stiftung so zu kapitalisieren, wie es von einer Stiftung normalerweise zu erwarten ist.

(Abg. Deuschle REP: Genau!)

**Wirtschaftsminister Dr. Döring:** Nein.

(Abg. Deuschle REP: Warum nein?)

Nein, natürlich nicht. Ich will den Rechnungshofbericht abwarten.

(Abg. Dr. Schlierer REP: Das hat ja damit nichts zu tun!)

– Natürlich hat es damit zu tun.

(Abg. Dr. Schlierer REP: Nein!)

Über die Zukunft der Stiftung, die hier ja viele Freunde und Unterstützer hat, wie mir seit dem Sommer bewußt geworden ist, werden wir dann sehr konkret sprechen und entscheiden, wenn der Bericht des Landesrechnungshofs vorliegt. Herr Schlierer, es wäre doch nicht in Ordnung, wenn gesagt würde: „In drei, vier Wochen kommt der Bericht“ und ich verkünden würde, wie wir mit dem Instrument weiter verfahren.

(Abg. Dr. Schlierer REP: Das hat mit der Kapitalisierung nichts zu tun!)

Deswegen werden wir das Gesamtkonzept dann angehen, wenn der Rechnungshofbericht vorliegt.

Ich will Ihnen abschließend noch einmal versichern: Ich halte die Entwicklungspolitik aus Baden-Württemberg heraus für eine außerordentlich wichtige Aufgabe. Wir dürfen diese Aufgabe aber nicht ausschließlich unter dem Aspekt

(Minister Dr. Döring)

sehen, welcher Nutzen für uns zurückkommt, wie es hier angedeutet ist.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der FDP/  
DVP)

Ich empfehle Ihnen in aller Deutlichkeit, das Wort von der humanitären Hilfe sehr ernst zu nehmen. Es ist nicht in erster Linie zweckorientiert, sondern es ist tatsächlich Hilfe für die Ärmsten in der Welt. Dazu sind wir in Baden-Württemberg – uns geht es hier nach wie vor sehr gut, auch wenn wir Abstriche machen müssen – verpflichtet. Ich bitte Sie da um Ihre Unterstützung.

(Beifall bei der FDP/DVP sowie Abgeordneten der  
CDU, der SPD und des Bündnisses 90/Die Grünen)

**Präsident Straub:** Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Ich gehe davon aus, daß ich feststellen kann, daß Sie der Beschlußempfehlung entsprechend dem Abstimmungsverhalten im Ausschuß zustimmen.

(Zurufe: Ja!)

– Es ist so beschlossen.

Punkt 14 der Tagesordnung ist erledigt.

Ich rufe **Punkt 15** der Tagesordnung auf:

**Beschlußempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu der Mitteilung der Landesregierung vom 25. September 1996 – Unterrichtung des Landtags in EU-Angelegenheiten; Mitteilung der Kommission der Europäischen Gemeinschaften: „Ein gemeinsames Mehrwertsteuersystem – ein Programm für den Binnenmarkt“ – Drucksachen 12/461, 12/510**

Berichterstatter: Abg. Kuhn

– Sie stimmen der Beschlußempfehlung zu.

(Abg. Weimer SPD: Nein! Abstimmung, bitte!)

– Zu Punkt 15?

(Abg. Weimer SPD: Ja!)

– Gut. Dann lasse ich über die Beschlußempfehlung unter Punkt 15 der Tagesordnung abstimmen. Wer zustimmt, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? –

(Abg. Nagel SPD: Das zweite war die Mehrheit!)

Ich kann nicht feststellen, wo die Mehrheit lag. Dann lasse ich die Abstimmung wiederholen. Wer zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. –

(Abg. Weimer SPD: Auszählen!)

Enthaltungen? – Gegenstimmen? –

(Abg. Deuschle REP: Deutliche Mehrheit! – Abg.  
Weimer SPD: Das ist eindeutig die Mehrheit!)

Meine Damen und Herren, wir sind uns auch bei dieser Abstimmung – –

(Lachen und Widerspruch bei der SPD – Abg. Weimer SPD: 30 : 25! Eindeutig! – Abg. Schmiedel SPD: Das ist Mißbrauch des Amtes! Unglaublich! – Abg. Birgit Kipfer SPD: Nicht zu fassen!)

Wir sind uns auch bei dieser Abstimmung nicht einig, und deshalb müssen wir nach unserer Geschäftsordnung durch Namensaufruf abstimmen. Es geht nicht anders, tut mir leid.

(Abg. Weimer SPD: Das ist unglaublich! Das war eindeutig!)

Ich bitte den Schriftführer Hehn, mit dem Namensaufruf zu beginnen. Der Namensaufruf beginnt mit dem Buchstaben G.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Ich bitte um Ruhe, damit man die Namen versteht.

(Namensaufruf)

Ich schließe die Abstimmung und bitte, das Ergebnis festzustellen.

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Eine Erklärung zur Abstimmung!)

– Nachher.

(Abg. Moser SPD: Auch eine Erklärung zur Abstimmung! – Auszählen der Stimmen)

Ich gebe das Ergebnis des Namensaufrufs bekannt:

Mit Ja haben 57 Abgeordnete gestimmt,  
mit Nein 51 Abgeordnete;  
eine Abgeordnete hat sich der Stimme enthalten.

Damit ist der Beschlußempfehlung zugestimmt.

Für eine Erklärung zur Abstimmung hat Herr Abg. Moser ums Wort gebeten. Bitte, Sie haben das Wort.

**Abg. Moser SPD:** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe zusammen mit der SPD-Fraktion der Beschlußempfehlung Drucksache 12/510 deswegen nicht zugestimmt, weil sie in der Praxis eine Aufforderung zur Erhöhung der Mehrwertsteuer bedeutet.

(Abg. Weimer SPD: So ist es!)

Wir erklären nicht vor der Landtagswahl, daß wir eine Mehrwertsteuererhöhung nicht wollen, um nach der Landtagswahl den Spieß umzudrehen. Die Harmonisierung der Mehrwertsteuer in Europa bedeutet für die Bundesrepublik Deutschland und somit für das Land Baden-Württemberg und für die Wirtschaft in Baden-Württemberg erhöhte Belastungen. Deswegen konnten wir nicht zustimmen.

(Beifall bei der SPD)

**Präsident Straub:** Das Wort für eine Erklärung zur Abstimmung erteile ich Herrn Abg. Kuhn.

**Abg. Kuhn** Bündnis 90/Die Grünen: Meine Damen und Herren, wir haben mit Nein gestimmt, und zwar mit einer etwas anderen Begründung, nicht deshalb, weil wir eine Harmonisierung des europäischen Steuersystems auch bei der Mehrwertsteuer nicht für sinnvoll hielten – es ist ja sinnvoll, sie zu harmonisieren –, sondern weil die Beschlußempfehlung in Abschnitt II begehrt, daß die Umsatzsteuerharmonisierung auf EG-Ebene auf keinen Fall zu einem Finanzausgleich zwischen den Mitgliedsstaaten der Gemeinschaft führen darf.

Ich sage Ihnen voraus: Es wird keine Steuerharmonisierung auf EG-Ebene, egal bei welcher Steuerart, geben, bei der für denjenigen, der Europa wirklich will, nicht die Frage eines Ausgleichs zumindest diskutiert werden muß. Das ist doch ganz klar. Wenn ich unterschiedliche Steuersysteme anpassen muß und es logischerweise bei dieser Anpassung Gewinner und Verlierer geben muß, muß ich auch die Frage stellen, was dies in bezug auf einen Finanzausgleich zwischen den EU-Mitgliedsstaaten bedeutet. Deswegen haben wir mit Nein gestimmt. Aber eine Harmonisierung des Steuersystems auf EU-Ebene ist sicher sinnvoll.

**Präsident Straub:** Meine Damen und Herren, damit ist Punkt 15 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Punkt 16** der Tagesordnung auf:

#### **Kleine Anfragen – Drucksachen 12/390, 12/392, 12/394**

Die auf der Tagesordnung stehenden Kleinen Anfragen sind zwischenzeitlich schriftlich beantwortet worden.

Damit ist Punkt 16 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Punkt 17** der Tagesordnung auf:

#### **Abgeordnetenbriefe**

Diese Abgeordnetenbriefe wurden in der Zwischenzeit ebenfalls schriftlich beantwortet.

Deswegen ist auch Punkt 17 der Tagesordnung erledigt.

Meine Damen und Herren, die nächste Plenarsitzung findet am Mittwoch, dem 13. November 1996, um 10 Uhr statt. Die Tagesordnung wird vom Präsidium aufgestellt und Ihnen rechtzeitig zugeleitet.

Ich danke Ihnen und schließe die Sitzung.

**Schluß: 17.44 Uhr**

## Wahlvorschlag

der Fraktion der CDU, der Fraktion der SPD  
und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

### Wahl der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder der Verwaltungsräte des Badischen Staatstheaters Karlsruhe, der Württembergischen Staatstheater Stuttgart und des Landestheaters Württemberg-Hohenzollern Tübingen

Zur Wahl werden vorgeschlagen:

#### a) Verwaltungsrat des Badischen Staatstheaters

	CDU:	SPD:	Bündnis 90/ Die Grünen:
ordentl. Mitglieder:	Bender, Hans-Michael Blank, Ingrid Mappus	Fischer Kielburger	Stolz
stellv. Mitglieder:	Rech Wacker Zimmermann	Göschel Wintruff	Rastätter, Renate

#### b) Verwaltungsrat der Württembergischen Staatstheater

	CDU:	SPD:	Bündnis 90/ Die Grünen:
ordentl. Mitglieder:	Heinz Dr. Mauz Oettinger	Bregenzer, Carla Solinger, Helga	Jacobi
stellv. Mitglieder:	List Schmid Dr. Stanienda, Eva	Braun Reinelt	Kretschmann

#### c) Verwaltungsrat des Landestheaters Württemberg-Hohenzollern

	CDU:	SPD:
ordentl. Mitglieder:	Kluck	Weimer
stellv. Mitglieder:	Dr. Repnik	Hausmann

17.10.96

Günther H. Oettinger und Fraktion  
Ulrich Maurer und Fraktion  
Fritz Kuhn und Fraktion

## **Wahlvorschlag**

der Fraktion Die Republikaner

### **Wahl der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder der Verwaltungsräte des Badischen Staatstheaters Karlsruhe und der Württembergischen Staatstheater Stuttgart**

Zur Wahl werden vorgeschlagen:

#### a) Verwaltungsrat des Badischen Staatstheaters

ordentl. Mitglied:

Rapp

stellv. Mitglied:

Troll

#### b) Verwaltungsrat der Württembergischen Staatstheater

ordentl. Mitglied:

Eigenthaler

stellv. Mitglied:

Krisch

17.10.96

Dr. Rolf Schlierer und Fraktion